

DER BAYERISCHE LEHRER- UND LEHRERINNENVERBAND
ALS INTERESSENVERBAND

Diplom-Volkswirt Wilhelm Weimer

1973

DER BAYERISCHE LEHRER- UND LEHRERINNENVERBAND
ALS INTERESSENVERBAND



Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Wilhelm Weimer
aus München

1973



Referent: Prof. Dr. F. Schneider

Korreferent: Prof. Dr. K. Sontheimer

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Februar 1973

Meiner lieben Mutter

in Dankbarkeit gewidmet

Meine liebste Mutter, Deine Gedächtnisrede ist eine große Freude. Sie ist die schönste Erinnerung an Deine Person und die schönste Erinnerung an Deine Liebe. Sie ist die schönste Erinnerung an Deine Güte und Deine Güte ist die schönste Erinnerung an Deine Güte.

Deine Gedächtnisrede ist eine große Freude. Sie ist die schönste Erinnerung an Deine Person und die schönste Erinnerung an Deine Liebe. Sie ist die schönste Erinnerung an Deine Güte und Deine Güte ist die schönste Erinnerung an Deine Güte.

Wien, im November 1894

Alfred Döblin

VORWORT

Mit dieser Arbeit werden die Ergebnisse einer Untersuchung vorgelegt, die im Rahmen der empirischen Verbandsforschung den Einfluß zu erhellen versucht, den ein relativ kleiner, auf regionaler Basis operierender und nur begrenzt konfliktfähiger Verband wie der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband auf Prozesse politischer Willensbildung zu nehmen vermag.

Meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Dr. Franz Schneider, bin ich für wertvolle wissenschaftliche Anregungen und für die Betreuung der Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Herrn Professor Dr. Kurt Sontheimer danke ich für die Übernahme des Korreferats.

Besonders danken möchte ich dem Präsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Herrn Dr. Wilhelm Ebert, sowie dem Landesgeschäftsführer des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Herrn Heinz Hottnr, ohne deren Unterstützung die Untersuchung nicht hätte durchgeführt werden können. Verpflichtet fühle ich mich auch den Lehrerinnen und Lehrern, die zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben. Aufrichtigen Dank schulde ich dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband, der die Kosten der umfassenden Mitgliederbefragung in voller Höhe übernommen hat.

München, im Dezember 1972

Wilhelm Weimer



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

Seite

EINFÜHRUNG

1

1. Teil: DIE STELLUNG DES BAYERISCHEN LEHRER- UND LEHRERINNENVERBANDES IM POLITI- SCHEN KRÄFTESPIEL	3
1. Geschichtlicher Rückblick	3
2. Die Einflußfaktoren des BLLV	8
2.1. Die Verbandsideologie des BLLV	9
2.1.1. Der gesellschaftspolitische Standort des BLLV	9
2.1.2. Das Zielsystem des BLLV	14
2.1.3. Bemerkungen zum Postulat der Überkonfessionalität	22
2.1.4. Bemerkungen zum Postulat der parteipolitischen Unabhängigkeit	25
2.1.5. Bemerkungen zum Postulat der Traditionsverbunden- heit	30
2.2. Die Organisation des BLLV	32
2.2.1. Gliederungen des Verbandes	32
2.2.2. Beschlußorgane	35
2.2.2.1. Landesdelegiertenversammlung	35
2.2.2.2. Landesausschuß	38
2.2.2.3. Landesvorstand	38
2.2.3. Präsidium	39
2.2.4. Landesgeschäftsstelle	41
2.2.4.1. Hochschulreferat	42
2.2.4.2. Referat für parlamentarische Arbeit	43
2.2.4.3. Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	44
2.2.5. Hauptstellen	47
2.2.6. Rechtsabteilung	49
2.2.7. Weitere Arbeitsstellen des Verbandes	49

	Seite
2.2.8. Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer	52
2.2.9. Landesstudentengruppe	54
2.2.10. Würdigung der Organisation und Arbeitsweise des BLLV	55
2.3. Die Qualität der Führung	57
2.3.1. Die Rekrutierung der Verbandsführung	57
2.3.2. Der innerverbandliche Willensbildungsprozeß	61
2.3.3. Die Oligarchisierungstendenzen im BLLV	66
2.3.4. Vorschläge zur Aktivierung der Basis	76
2.4. Der repräsentative Charakter des BLLV	79
2.5. Die Finanzkraft des BLLV	86
3. Die institutionalisierte Interessenvertretung in Form des Lehrpersonalrats	92
3.1. Allgemeine Bemerkungen	92
3.2. Die institutionalisierte Interessenvertretung aufgrund des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes von 1958	94
3.3. Die Personalratswahlen	97
3.4. Bemerkungen zum Patronageproblem	102
3.5. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Regierungspräsidenten von Schwaben und dem Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats bei der Regierung von Schwaben	106
4. Die Stellung des BLLV im Pluralismus der Lehrerverbände	112
4.1. Der Pluralismus der Lehrerverbände in Bayern	112
4.2. Das Problem der Annäherung an eine Spitzenorganisation	118
4.3. Der Deutsche Lehrerverband	122
5. Die Adressaten des Einflusses	129
5.1. Die öffentliche Meinung	129
5.2. Die Legislative	138

	Seite
5.3. Die Exekutive	148
6. Die Methoden des Einflusses	154
 2. Teil: ANALYSE DER VERBANDSTÄTIGKEIT VON FRÜHJAHR 1970 BIS HERBST 1972	 163
1. Die Ausgangssituation	164
2. Die Neuorientierung der Verbandspolitik	166
3. Die Unruhe an der Basis	171
4. Das Dilemma der Verbandspolitik	180
5. Die Aktivitäten des BLLV in der Frage der Arbeitszeitverkürzung	190
 3. Teil: ERLÄUTERUNGEN ZUR FRAGEBOGEN- AKTION	 233
 4. Teil: ERGEBNISSE	 245

ANLAGEN

LITERATURVERZEICHNIS

EINFÜHRUNG

In Deutschland wurden die pluralistischen Erscheinungsformen unserer Gesellschaft bis zur Mitte der 50er Jahre praktisch nicht zur Kenntnis genommen und als Forschungsgegenstand weitgehend ausgeklammert. Unter dem Einfluß grundlegender Studien in den angelsächsischen Ländern zur Theorie und Empirie der Interessengruppen hat die deutsche Politikwissenschaft bis heute jedoch eine Fülle von Einzeluntersuchungen vorgelegt, die den Einfluß erhellen, den die Interessengruppen auf Prozesse politischer Willensbildung nehmen.

Im Vordergrund der deutschen empirischen Verbandsforschung standen bisher einflußreiche Interessenverbände, die sich entweder durch erhebliche Finanzkraft auszeichnen oder ein beachtliches Stimmenpaket im Hintergrund haben. Viel subtilere Formen der Einflußnahme muß dagegen ein kleiner Interessenverband anwenden, der wie der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband nur auf regionaler Ebene operiert und zudem weder sehr finanzkräftig ist noch über ein erhebliches Stimmenpaket verfügt. Dennoch wird er als erfolgreicher Interessenverband anerkannt.

Die vorliegende Arbeit stellt sich die Aufgabe, die Rolle des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes im politischen Kräftespiel zu analysieren und den Einfluß zu erhellen, den dieser kleine Interessenverband auf Prozesse politischer Willensbildung zu nehmen vermag. Im 1. Teil der Arbeit erfolgt eine Bestandsaufnahme über die aktuelle Situation des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes. Der 2. Teil analysiert vorwiegend die Verbandstätigkeit in den Jahren 1970, 1971 und 1972. Maßgebend für die Konzentration auf diesen Zeitabschnitt war, daß der Verfasser Gelegenheit hatte, in diesen Jahren an fast allen Besprechungen und Veranstaltungen des Verbandes teilzunehmen. Fallbeispiele aus früheren Jahren werden nur herangezogen, sofern sie durch Interviews oder schriftliche Aufzeichnungen ausreichend belegt werden können. In aller Regel gilt jedoch, daß die dem Verfasser zugänglichen schrift-

lichen Aufzeichnungen aus früheren Jahren nicht ausreichen, um gesicherte Aussagen machen zu können. Der 3. Teil der Arbeit erläutert die vom Verfasser durchgeführte Fragebogenaktion. Die Ergebnisse der Untersuchung sind im 4. Teil der Arbeit zusammengefaßt.

Der Verbandsforschung ist es bisher nicht gelungen, zu einer einheitlichen Begriffsbestimmung des Untersuchungsgegenstandes zu kommen. Aus der Vielzahl der verwendeten Termini wählt der Verfasser den Begriff "Interessenverband", weil dadurch der Forschungsgegenstand aus zwei Richtungen beleuchtet werden kann. Zum einen steckt in dem Begriff "Verband" der organisatorische Gesichtspunkt, der mit Max Weber ganz allgemein wie folgt umschrieben werden kann: "Verband soll eine nach außen regulierend beschränkte oder geschlossene soziale Beziehung dann heißen, wenn die Innehaltung ihrer Ordnung garantiert wird durch das eigene auf deren Durchführung eingestellte Verhalten bestimmter Menschen: eines Leiters und, eventuell, eines Verwaltungsstabes, der gegebenenfalls normalerweise zugleich Vertretungsgewalt hat."¹⁾

Zum anderen zielt die Verwendung des Begriffs "Interesse" darauf, daß zu diesen soziologischen Kriterien des Verbandes noch das Merkmal des Strebens, Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen, kommen muß, um den Interessenverband als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft akzeptieren zu können.²⁾

1) Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Halbbd., Tübingen 1956, S. 26.

2) Vgl. Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 13. Beyme gebraucht die Ausdrücke "Interessenverband" und "Interessengruppe" synonym. Um dem international verbreiteten Sprachgebrauch Rechnung zu tragen, spricht er jedoch vornehmlich von "Interessengruppen".

1. Teil

DIE STELLUNG DES BAYERISCHEN LEHRER- UND LEHRERINNENVERBANDES IM POLITISCHEN KRÄFTESPIEL

1. Geschichtlicher Rückblick

"Sollten wir Lehrer immer isoliert und ohne Vertretung bleiben; wir, die wir für eine höchst wichtige, auf das Volkswohl sehr großen Einfluß ausübende Sache - für die Volkserziehung einzustehen haben, wir, die wir nur durch gehobene Achtung mit Erfolg unserm Beruf uns widmen können und wir, die wir auf Grund unserer Praxis und Erfahrung ein nicht ganz zu ignorierendes Urteil abzugeben vermöchten?" ... "Auf denn, zeigt Euch als Männer, die für ihr Amt begeistert sind; gründet einen Bayerischen Lehrerverein, der frei von jeder politischen Tendenz nur das Wohl der Schule und der vaterländischen Jugend im Auge behält."¹⁾

Über 200 Lehrer aus 59 Schulbezirken folgen diesem Aufruf des Lehrersohns Carl Heiß aus Starnberg und gründen am 27. Dezember 1861 in Regensburg den Bayerischen Lehrerverein auf Landesbasis.²⁾

Der neugegründete Landesverein versteht sich als überparteilich und überkonfessionell und wendet sich vor allem gegen eine Bevormundung durch die Kirchen und die Bürokratie.³⁾

-
- 1) Aufruf zur Gründung des Bayerischen Lehrervereins vom 16. August 1861, zit. nach: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), Regensburg 1961, Hundert Jahre BLLV, o. O., o. J., S. 189.
 - 2) Vgl. Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, München 1961, S. 106.
 - 3) Vgl. Ellwein, Thomas, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln und Opladen 1965, S. 103 ff.

Die Verbitterung über die Rechtlosigkeit und Abhängigkeit des bayerischen Volksschullehrers ist groß und so verwundert es nicht, daß im Mittelpunkt der Verbandstätigkeit der folgenden 60 Jahre ein zähes und außerordentlich hartes Ringen um die Fachaufsicht steht. Da zu diesem Zeitpunkt der Volksschullehrer noch dem Geistlichen unterstellt ist, richtet sich der Kampf vor allem gegen die Kirchen. Und obwohl die führenden Funktionäre des Bayerischen Lehrervereins immer wieder versichern, der Verein stehe eindeutig auf religiöser Grundlage und lehne die religionslose Schule ab, so erhält der Verein doch in dieser Zeit das Image einer "bekenntnislosen", "antiklerikalen", "liberalen", "laizistischen" Vereinigung.¹⁾

Doch alle Bemühungen zeitigen keinen Erfolg. Das Organische Edikt vom 15. 9. 1808, das die Grundlage für die Ausübung der staatlichen Schulaufsicht durch Geistliche bildet, bleibt bis Ende 1918 bestehen.²⁾

Die Forderungen des Bayerischen Lehrervereins werden vor allem mit dem Hinweis auf die unzureichende Bildung des Volksschullehrers zurückgewiesen. Und so ist es nur konsequent, daß bereits die erste kulturpolitische Denkschrift des Verbandes aus dem Jahre 1863 die "Umgestaltung der Lehrerbildung als Kern- und Angelpunkt der gesamten Schulfrage"³⁾ bezeichnet und die akademische Lehrerbildung auch für den Volksschullehrer fordert. Vergleicht man die programmatischen Erklärungen des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes des Jahres 1972 mit den Denkschriften des Bayerischen Lehrervereins von 1863, so ist man überrascht, wie wenig sich eigentlich in mehr als 100 Jahren geändert hat.

-
- 1) Vgl. Geißler, Hans, Vom Zunftschulmeister zum Akademiker, Skizzen aus einer hundertjährigen Standesgeschichte der Lehrer, zit. nach: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), Regensburg 1961, Hundert Jahre BLLV, o. O., o. J., S. 266 - 270. Dieser Beitrag wurde vom Bayerischen Rundfunk in der Sendung für "Eltern und Erzieher" am 22. 7. 1961, 16.40 - 17.00 Uhr, ausgestrahlt.
 - 2) Vgl. Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, München 1961, S. 112 ff.
 - 3) Ebenda, S. 142.

Am 18. Oktober 1918 werden die Lehrer endgültig Staatsdiener, die Trennung von Kirche und Schule ist vollzogen. "3 Wochen später bricht die Revolution aus. Die Lehrer entpuppten sich in diesem Augenblick als die entscheidendsten Vertreter eines bayerischen Staatsbewußtseins. Am 13. April 1919 lehnten die Vertreter des Bayerischen Lehrervereins in einer Kundgebung die Räteregierung 'entschieden und mit allem Nachdruck' ab."¹⁾

In der Zeit der Weimarer Republik wird der Bayerische Lehrerverein durch eine verbandsinterne Krise weitgehend lahmgelegt. Die städtischen Lehrer geraten in heftige Auseinandersetzungen mit ihren Landkollegen und paralysieren den Verein.

"Ein halbes Jahr nach der sogenannten Machtübernahme durch Adolf Hitler ist der auf die Lehrer ausgeübte politische Druck schon so stark, daß sich bei einer Umfrage im Herbst 1933 zwar noch rund 33 Prozent der Mitglieder des Bayerischen Lehrervereins für seine Beibehaltung und nur rund 18 Prozent für seine Auflösung aussprechen. Mehr als 40 Prozent geben aber überhaupt keine Antwort darauf. Die Gegenwehr - verhältnismäßig lange aktiv gehalten - bricht zusammen. Aus dem Lehrerverein wird eine 'Landesfachschaft der Lehrer an Volks- und Sonderschulen' und am 1. Juli 1934 erfolgt die endgültige Eingliederung in den NS-Lehrerbund."²⁾

Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs versuchen einige ehemalige Vereinsmitglieder, den Bayerischen Lehrerverein unter schwierigsten Umständen wieder ins Leben zu rufen. Am 26. August 1946 gelingt in Nürnberg die Neugründung des Vereins. Die ehemaligen Vorstände des Bayerischen Lehrerinnen-

1) Geißler, Hans, Vom Zunftschulmeister zum Akademiker, a.a.O., S.269.

2) Ebenda, S. 270.

Johannes Guthmann, a.a.O., setzt sich in seiner Standes- und Vereinsgeschichte auf den Seiten 306 - 326 ausführlich mit dieser Problematik auseinander.

nenvereins sowie des Katholischen Lehrerinnenvereins empfehlen ihren ehemaligen Mitgliedern, dem neuen Verein beizutreten. Damit sind erstmals sowohl männliche als auch weibliche Volksschullehrer in einem Verein zusammengeschlossen. Zunächst wird jedoch der alte Name "Bayerischer Lehrerverein" beibehalten. Erst auf der Vertreterversammlung 1951 in Augsburg wird nach heftigen Diskussionen eine Namensänderung in "Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnen-Verein" vollzogen. Damit wird der wachsenden Zahl der Kolleginnen unter den Mitgliedern, die 1951 bereits 28 % betrug, Rechnung getragen.¹⁾

Bis 1955 leiten Männer die Geschicke des Verbandes, welche die Maßstäbe ihres Denkens und Handelns noch ganz aus der Kulturwelt vor 1933 beziehen. Dann übernimmt die junge Generation die Führung des Vereins, eine neue Ära bricht an. Zum neuen Vorsitzenden wird auf der Vertreterversammlung in Coburg 1955 der damals 32 Jahre alte Oberlehrer Wilhelm Ebert gewählt, der mit einer Unterbrechung bis heute an der Spitze des Verbandes steht und der den Verband so prägt, wie er sich heute offenbart. Eine Neubesinnung erfolgt, neue Maßstäbe werden gesetzt, erstmals werden Begriffe wie "Einfluß" und "Macht" offiziell verwandt. Sichtbaren Ausdruck findet diese Wandlung in einer Namensänderung. Die Delegiertentagung in München 1965 beschließt, den Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverein in "Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband"^{2) 3)} umzubenennen.

Obwohl in den folgenden Ausführungen geschichtliche Rückblicke nicht immer zu vermeiden sind, so steht doch das Bemühen des Verfassers im Vordergrund,

1) Vgl. Guthmann, Johannes, a.a.O., S. 355.

2) Vgl. Drescher, Reinhold, Künftig: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, in: Die Bayerische Schule, 1965, Nr. 19, S. 289 - 290.

3) Im folgenden wird hierfür die Abkürzung BLLV verwandt. Diese Abkürzung wird auch dann beibehalten, wenn Probleme diskutiert werden, die in der Zeit vor der Namensumbenennung liegen.

stets den aktuellen Bezug zu suchen und den BLLV zu diskutieren, wie er sich heute im politischen Kräftespiel zeigt. Damit wird aus der langen Standes- und Vereinsgeschichte des BLLV im wesentlichen nur die Ära Ebert herausgegriffen.

Das folgende Schaubild soll zum Abschluß dieses Kapitels nochmals die Entwicklung des Bayerischen Lehrervereins zum Berufsverband der bayerischen Lehrerschaft verdeutlichen:¹⁾

1862	1.529 Mitglieder
1872	6.906 Mitglieder
1884	9.248 Mitglieder
1893	11.372 Mitglieder
1902	12.863 Mitglieder
1911	14.371 Mitglieder
1921	17.658 Mitglieder
1933	18.673 Mitglieder
1947	8.304 Mitglieder
1950	14.982 Mitglieder
1953	20.336 Mitglieder
1956	21.564 Mitglieder
1959	23.824 Mitglieder
1961	25.093 Mitglieder
1972	37.314 Mitglieder

1) Quelle: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), Regensburg 1961, Hundert Jahre BLLV, o. O., o. J., S. 248. Die Zahl für 1972 spiegelt den neuesten Mitgliederstand zum 1. 4. 1972 wider und ist einer Aktennotiz des Schatzmeisters des BLLV entnommen.

2. Die Einflußfaktoren des BLLV

In diesem Kapitel soll versucht werden, die Faktoren zu analysieren und faktenmäßig zu belegen, die nach dem Selbstverständnis des BLLV die Stärke und das Durchsetzungsvermögen des Verbandes bestimmen. Eine allgemeine, endgültige Würdigung dieser Faktoren ist nach Auffassung des Verfassers hier jedoch noch nicht möglich. Vielmehr bestimmt sich die Bedeutung dieser Faktoren nach der jeweiligen politischen Konstellation sowie nach der Wahl der Strategie. Aus diesem Grund soll versucht werden, den Einfluß sowie die Grenzen dieser Kräftefaktoren erst bei den später behandelten Fallbeispielen zu würdigen.

Der Schwerpunkt der Analyse liegt zunächst auf den verbandsinternen Faktoren. Die institutionalisierte Interessenvertretung in Form des Lehrpersonalrats wird in einem eigenen Abschnitt behandelt. Die Bedeutung der äußeren Faktoren des Einflusses wie Rechtsordnung, Regierungssystem und politische Kultur des Landes wird dagegen erst später im Rahmen der näher untersuchten Fallbeispiele erläutert.

Die Gliederung der folgenden Ausführungen lehnt sich weitgehend an die Systematik Klaus von Beymes an.¹⁾

1) Vgl. Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, insbesondere die Seiten 38 bis 84.
Vgl. Wasser, Hartmut, Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung, 1971, Nr. 145, S. 9 - 10.
Vgl. Ehrlich, Stanislaw, Die Macht der Minderheit, Die Einflußgruppen in der politischen Struktur des Kapitalismus, Wien 1966, S. 41 - 43.

2.1. Die Verbandsideologie des BLLV

In diesem Abschnitt sollen sowohl der gesellschaftspolitische Standort des BLLV als auch das Zielsystem des Verbandes analysiert werden. Insbesondere interessiert die Rangordnung der Ziele, die in einer umfassenden Befragung der Mitglieder ermittelt wurde. Darüber hinaus wird der Versuch unternommen, einige Postulate zu diskutieren, die sich im Schriftgut des Verbandes ständig wiederholen.

2.1.1. Der gesellschaftspolitische Standort des BLLV

Der BLLV verfügt im Gegensatz zur Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und auch zur Katholischen Erziehergemeinschaft über keinen klar formulierten gesellschaftspolitischen Standort. Auch eine Art Plattform in Gestalt eines lang- oder mittelfristigen Programms fehlt völlig. Der BLLV der Ära Ebert neigt zu einer Pragmatisierung der Konzeptionen. Im Vordergrund der Arbeit stehen faktisch keine großen Pläne, sondern begrenzte Ziele, politische Details. Die Hauptarbeitszeit wird darauf verwendet, Abänderungen einzelner Gesetzestexte zu erreichen, den Kultusbehörden eine für den BLLV günstige Interpretation von Gesetzen abzurufen, kultusministerielle Erlasse abzuschwächen oder eine Aufhebung zu erreichen.

Große gesellschaftspolitische Konzeptionen fehlen; sie werden als Ideologien bezeichnet und abgelehnt. An ihre Stelle tritt das Postulat der Sachlichkeit. Auf allen Vorstands- und Ausschusssitzungen der letzten 2 Jahre, an denen der Verfasser teilnahm, sowie in allen ihm bekannten Referaten führender Verbandspolitiker ist die Rede von "Sachzwängen", "ideologiefreien, sachlichen Entscheidungen", der "Notwendigkeit sachgerechter Entscheidung". Das Denken des Verbandes orientiert sich an der augenblicklichen Wirklichkeit. Es ist aber dadurch nicht ideologiefrei, wie vorgegeben wird, sondern verdeckt nur ideologische Positionen. Denn:

"Sachlichkeit kann keineswegs normativen Charakter im Hinblick auf Ziele und Zwecke haben, sondern nur in der Anwendung der Mittel in Frage kommen. Ziele setzen kann oder sollte nur der sachüberlegene Mensch mit Normen, die nicht aus dem Bereich der Sachen stammen. Andernfalls führt Sachlichkeit zu einer distanzlosen Hörigkeit, die die Reaktionen auf Umweltsignale zum Lebensprinzip und Lebensinhalt erhebt."¹⁾

Die für den BLLV typische Sachbezogenheit sowie das Fehlen expliziter Äußerungen über den gesellschaftspolitischen Standort des BLLV können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der BLLV in seinem praktischen Handeln von einer festen gesellschaftspolitischen Grundposition leiten läßt, die im folgenden kurz skizziert werden soll:

Unsere Gesellschaft zerfällt in Gruppen, die in einem arbeitsteiligen Zusammenhang bestimmte Funktionen erfüllen und Interessen entwickeln, die Teile eines sich aus vielen Sonderinteressen bildenden Interessenspektrums sind. Die ungehinderte Interessenvertretung ist wesentlicher Bestandteil einer gesellschaftlichen Ordnung, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorsieht. In einer solchen pluralistischen Gesellschaft gibt es neben einem nicht-kontroversen Sektor einen weiteren Sektor, nämlich den Bereich der Politik, in dem die Wertauffassungen differieren. Der BLLV lehnt es ab, sich mit einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren. Er versteht sich als überparteilich und überkonfessionell und ist bereit, die Führung im Staat zu respektieren, die sich legitim die Mehrheit verschaffen konnte und ihr Regierungsprogramm im Rahmen des Grundgesetzes zu verwirklichen versucht. Konsequenterweise gesteht er zu, daß es dabei kein eindeutiges Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen gibt.

1) Lefringhaus, K., Interessengruppen als Problem politischer Ethik, Berlin 1967, S. 28.

Vgl. Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 42 - 43.

Deshalb bedarf es zur Bestimmung von gesellschaftspolitischen Zielen und Inhalten einer Übereinkunft, eines Mehrheitsbeschlusses. Dazu ist das Parlament mit seiner denkbar breitesten Legitimationsbasis am ehesten berufen. Im Parlament als politische Repräsentanz des ganzen Volkes entstehen dann Gesetze, die den Anspruch erheben können, dem Gesamtinteresse zu entsprechen.

Der Lehrer ist an diese Gesetze gebunden. Er erteilt seinen Unterricht in eigener Verantwortung und in Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Er darf jedoch im Rahmen seiner pädagogischen Freiheit nicht einseitig parteipolitisch oder ideologisch unterrichten und den Schülern seine - wenn auch noch so gut gemeinte - Überzeugung aufzwingen wollen. Er muß auch gegensätzlichen Auffassungen in seinem Unterricht Raum geben. Erst die Darstellung auch kontroverser Auffassungen schult die Kritikfähigkeit und erlaubt dem Schüler die Entwicklung eines eigenen Weltbildes und eigener Wertvorstellungen. Ein solcher Unterricht fordert vom Lehrer nicht die Leugnung des eigenen Standortes. Aber er bleibt dazu verpflichtet, auch andere Auffassungen sachlich darzustellen und sie zu tolerieren.

Dieses Toleranzprinzip ermöglicht es dem BLLV, Lehrer unterschiedlichster Wertauffassungen zu organisieren. Andererseits verliert der Verband dadurch an Profil.

Die Aufgabe des Verbandes besteht darin, die Interessen der organisierten Lehrer voll zur Geltung zu bringen. Er ist dabei unmittelbar am staatlichen Handeln interessiert, weil sich der Staat vom liberalen "Nachtwächterstaat" zu einem "Vertellerstaat" gewandelt hat, der das gesamte öffentliche Leben maßgeblich gestaltet. Wenn man seine relative soziale Stellung verbessern oder zumindest halten möchte, ist es geradezu eine Notwendigkeit, sich heute zu organisieren und zu einem Machtfaktor zu entwickeln, der Einfluß auf das staatliche Handeln zu nehmen vermag oder gar Teile des Staatsapparats vorübergehend zu okkupieren in der Lage ist. Das gilt auch für eine Beamtenorganisation wie den BLLV, denn nach dieser Konzeption sind auch Beamte nur

eine Gruppe unter anderen.¹⁾

Hier zeigt sich besonders deutlich der erhebliche Wandel im Staatsverständnis gegenüber dem Kaiserreich und auch noch gegenüber der Weimarer Republik. Zwar ist einzuräumen, daß noch nicht alle Verbandsmitglieder diesen Wandel nachvollzogen haben, manche sind noch unsicher und labil. Aber zumindest für die Führungsoligarchie des BLLV der Ära Ebert und damit für das praktische Verbandshandeln, das in dieser Arbeit untersucht werden soll, gilt, daß die Vorrangigkeit des Staates vor der Gesellschaft, also der dualistisch angelegte Staatsbegriff der traditionellen deutschen Staatslehre bis hin zu Carl Schmitt, nicht mehr anerkannt wird. Das Denken des BLLV orientiert sich an der sozialen Wirklichkeit, derzufolge der Staat im Regierungssystem konkretisiert ist. Der Staat des Grundgesetzes ist nicht Selbstzweck, er trägt seine Rechtfertigung nicht in sich. Vielmehr ist er in eine durchaus funktionelle Stellung zurückgedrängt.

In den Prozeß der politischen Willensbildung, der an die Einhaltung bestimmter Spielregeln gebunden ist, greifen auch Interessengruppen ein, die selbst integrierender Bestandteil der Gesamtordnung sind. Da politische Entscheidungen häufig durch Druck und Gegendruck erzwungen werden, wären die Lehrer in einer schwachen Position, wenn sie sich nicht gewerkschaftlich organisieren würden. Der Beamtenstatus garantiert zwar ein ausreichendes Maß an Sicherheit. Dennoch ist eine wirksame Interessenvertretung notwendig, um im Verteilungskampf der Gruppen um das Sozialprodukt angemessen berücksichtigt zu werden. Manchmal wird der Beamtenstatus sogar als hinderlich angesehen, da er einer handfesten Interessenwahrnehmung im Wege steht.

Der BLLV legt stets Wert auf die Feststellung, daß er nicht nur die materiellen Interessen der Lehrer vertritt, sondern daß er sich gleichzeitig als

1) Vgl. Mayer, Simon, Zum Selbstverständnis einer Lehrerorganisation, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 14, S. 309 - 310.

Anwalt der Schule, als Anwalt der Kinder versteht. Dies erscheint ihm um so bedeutsamer, als zwar die Interessen der großen sozialen Gruppen ausgezeichnete Durchsetzungschancen in unserem politischen System haben, das allgemeine Interesse an einem optimalen Schulsystem dagegen bisher relativ wenig berücksichtigt wurde. Es gehört dabei zu den Kennzeichen einer geschickten Verbandspolitik, daß die berufsständischen Interessen des BLLV, die in aller Regel an den Bereich der Schule gebunden sind, als in Übereinstimmung mit dem Gesamtinteresse dargestellt werden.

Ein solcher gesellschaftspolitischer Standort impliziert, daß der gesellschaftliche status quo der Bundesrepublik Deutschland nicht radikal in Frage gestellt wird. Der BLLV mißtraut den Doktrinen, baut lieber auf Erfahrung und Realitätssinn und begnügt sich mit Reformen, die Veränderungen nur in kleinen und kleinsten Schritten bewirken. Ohnehin ist das pluralistische System der Bundesrepublik Deutschland, zu dem sich der BLLV uneingeschränkt bekennt, dadurch gekennzeichnet, daß es weitgehend starr ist und gesellschaftlichen Veränderungen großen Widerstand entgegensetzt.¹⁾

Der BLLV vertritt eine Art Evolutionstheorie des menschlichen Bewußtseins, nach der eine immer humaner werdende Welt eines Tages notwendig kommen muß, wenn frühest mögliche konsequente Erziehung und allgemeine permanente schulische Bildung erst ihre Früchte tragen.²⁾

Mit dieser liberal-konservativen Einstellung, die einen äußerst weitgespannten Spielraum für persönliche Meinung und Aktivität zuläßt, trägt der BLLV

1) Vgl. Sontheimer, Kurt, Die Kritik am Pluralismus, in: Nuscheler, Franz, Steffani, Winfried (Hrsg.), Pluralismus, Konzeptionen und Kontroversen, München 1972, S. 211 - 212.

Vgl. Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 2. Auflage, München 1972, insbesondere S. 151 - 231.

2) Vgl. Ebert, Wilhelm, Education as an Instrument for Peace in a World of Conflicts, unveröffentlichtes Manuskript, o. O., o. J., S. 12 und 13.

der konservativen Mentalität der Lehrer Rechnung, die von allen dem Verfasser bekannten diesbezüglichen wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigt wird.

Arno Combe untermauert seine These von der konservativen Mentalität der Lehrer durch Zitate von H. Pross, die von der Dominanz einer "konservativen Mentalität" spricht, Teschner, der im Zusammenhang mit dem Sozialkundeunterricht die Formel von der "gesellschaftlichen Harmonielehre" gebraucht, sowie Becker, Herkommer und Bergmann, welche die Denkweisen des Lehrers als "mittelständische Bewußtseinslage" charakterisieren.¹⁾

Die vom Verfasser durchgeführte Fragebogenaktion zeitigt ähnliche Ergebnisse. Der folgende Abschnitt liefert hierzu einen ersten Beitrag.

2.1.2. Das Zielsystem des BLLV

Wie bereits ausgeführt wurde, verfügt der BLLV über keine Plattform in Gestalt eines lang- oder mittelfristigen Programms. Auch die in der Satzung sowie in den Werbeschriften, Broschüren und Mitarbeiterhandbüchern genannten Leitlinien sind so allgemein gehalten, daß auf eine Wiedergabe hier verzichtet werden kann.²⁾

-
- 1) Vgl. Combe, Arno, Kritik der Lehrerrolle, Gesellschaftliche Voraussetzungen und soziale Folgen des Lehrerbewußtseins, München 1971, S. 19.
Vgl. Schefer, G., Das Gesellschaftsbild des Gymnasiallehrers, Frankfurt 1969, S. 247.
Vgl. Teschner, M., Politik und Gesellschaft im Unterricht, Frankfurt 1968, S. 134.
Vgl. Becker, E., Herkommer, S., Bergmann, J., Erziehung zur Anpassung, Frankfurt 1967, S. 151.
Vgl. Kratsch, Vathke, Bertlein, Studien zur Soziologie des Volksschullehrers, Weinheim 1967.
 - 2) Vgl. § 3 der Satzung.
Vgl. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (Hrsg.), Wissenswer-

Um diese Lücke zu schließen und insbesondere um zu klären, welche Rangfolge der Ziele sich die Mitglieder des BLLV wünschen, entwickelte der Verfasser Frage 21 des Fragebogens. Sie räumt den Mitgliedern die Möglichkeit ein, bildungs- und standespolitische Prioritäten im Sachprogramm des BLLV für die 70er Jahre zu setzen, indem sie unter insgesamt 22 Zielen die ihres Erachtens wichtigsten 5 Ziele mit den Rangziffern 1 - 5 versehen. Die genannten Ziele sind den Programmen der politischen Parteien sowie der Konkurrenzorganisationen des BLLV entnommen. Insbesondere finden die Ziele der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Philologenverbandes sowie der Katholischen Erziehergemeinschaft Berücksichtigung. Die Ziele, die dadurch teilweise konträr sind, wurden in wahlloser Reihenfolge vorgegeben.¹⁾

Das folgende Schaubild faßt die Ergebnisse der Befragung zusammen:²⁾

Der Prioritätenkatalog der BLLV-Mitglieder

Rang- ziffer	Ziel	1. Priori- tät	2. Priori- tät	3. Priori- tät	4. Priori- tät	5. Priori- tät	Summe 1 - 5
		% der Be- fragten	% der Be- fragten	% der Be- fragten	% der Be- fragten	% der Be- fragten	
1	Verbesserung der Arbeits- bedingungen	28	12	13	10	6	69

tes für junge Lehrer, Passau 1969, S. 64 - 65.

Vgl. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (Hrsg.), BLLV, München, o. J., S. 3.

Vgl. Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (Hrsg.), Mitarbeiterhandbuch, o. O., o. J., S. 1.2.

1) Vgl. Frage 21 des Fragebogens.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 206 - 227.

2	Gemeinsame Ausbildung aller Lehrer und Er- zieher an den Universitäten	21	15	8	6	4	54
3	Gleiche Be- soldung aller Lehrer	17	13	10	6	4	50
4	Vertretung standespo- litischer Interessen	7	7	6	7	7	34
5	Umfassender Rechtsschutz für alle Mit- glieder	7	6	6	6	8	33
6	Berufliche Fort- bildung der Mitglieder	6	6	7	6	5	30
7	Abbau der hie- rarchischen Autoritäts- strukturen in- nerhalb unse- rer Schulen und Schulver- waltungen	5	5	5	7	8	30
8	Bildung von in- tegrierten und differenzierten Gesamtschulen, in denen es kei- ne Trennung mehr nach Schularten gibt	4	4	6	6	5	25
9	Parteipoliti- sche Neutrali- tät	5	3	4	4	7	23
10	Einführung eines Mindest- studiums von 8 Semestern für alle Lehrer	4	7	6	4	2	23

11	Förderung der Mitbestimmungsrechte der Lehrer und Erzieher	2	2	4	5	6	19
12	Förderung der Kinder aus den unteren sozialen Schichten	3	3	4	4	4	18
13	Schaffung eines gemeinsamen Dachverbandes aller Lehrer und Erzieher der BRD	2	2	3	4	6	17
14	Sicherung des jetzigen dreigliedrigen Schulsystems und Ausbau zu einer gegliederten Leistungsschule	2	2	2	2	2	10
15	Besoldung der Lehrer entsprechend der Dauer und dem Schwierigkeitsgrad ihres Studiums	2	1	2	2	2	9
16	Bildung von Schulzentren, in denen alle Schularten räumlich zusammengefaßt sind	1	1	2	3	2	9
17	Zusätzliche Dienstleistungen für alle Mitglieder (z. B. Versicherungen)	1	1	1	2	4	9

18	Frühzeitige Auslese der Schüler und Studenten nach Leistung und Begabung	1	1	2	2	2	8
19	Einrichtung von Gesamt- hochschulen mit grundsätz- licher Gleich- wertigkeit aller Studiengänge	2	1	1	1	2	7
20	Einführung eines 10. Schuljahres	1	0	1	1	1	4
21	Politische Bildung der Mitglieder	0	0	1	1	1	3
22	Förderung der Mitbestim- mungsrechte der Schüler	0	0	0	0	1	1

Eine leichte Verzerrung der Ergebnisse ergibt sich dadurch, daß etwa jeder 25. Fragebogen bei der Frage 21 keine Rangziffern, sondern lediglich Kreuzchen vor den ausgewählten Zielen aufweist. Dadurch ist eine Rangfolge der Ziele bei diesen Fragebogen nicht ersichtlich. In der Lochanweisung wurde festgelegt, daß jedes mit einem Kreuzchen versehene Ziel die 1. Priorität erhält. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Summe der Prozentzahlen in der Spalte "1. Priorität" mehr als 100 % ergibt.

Das mit Abstand wichtigste Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Hier kommen vor allem die großen Schwierigkeiten zum Ausdruck, denen sich der einzelne Lehrer im Schulalltag ausgesetzt sieht.¹⁾ In den letzten 2 Jahren

1) Vgl. o. V., In fast jeder Klasse Unruhe und Konflikte, in: Der Spiegel, 1972, Nr. 14, S. 52 - 82.

häuften sich die Resolutionen, in denen einzelne Kreisverbände die Verbandsführung auf diese Verhältnisse aufmerksam machten. Die hieran geknüpften Forderungen sind insbesondere Verringerung der Klassenfrequenz, Verkürzung der Arbeitszeit und Verschärfung der bisherigen Schulstrafen.¹⁾ In Teil 2 der Arbeit werden diese Aussagen noch im einzelnen belegt.

Rang 2 belegt die gemeinsame Ausbildung aller Lehrer und Erzieher an den Universitäten. Es ist der Verbandsführung offensichtlich gelungen, den Mitgliedern die Bedeutung und weitreichenden Konsequenzen der Frage der Lehrerbildung verständlich zu machen, obwohl einige führende Verbandsfunktionäre hier Zweifel hegten.²⁾

Mit der gemeinsamen Ausbildung aller Lehrer und Erzieher an den Universitäten sowie gleichen Besoldung aller Lehrer (Rangziffer 3), die sich als Konsequenz der Lehrerbildung weitgehend einstellen dürfte, sind wichtige Statusmerkmale angesprochen. Hier dokumentiert sich der jahrzehntelange Wunsch der Volksschullehrer, die Privilegien der Gymnasiallehrer und Realschullehrer abzubauen, die sich ihrerseits aus Statusfurcht diesen Bemühungen entschieden entgegenstemmen.

"Sie (die Gymnasiallehrer, Anm. d. Verf.) sehen in der Einkommensverbesserung der unteren Schichten oder der Statuserhöhung ihrer 'Kollegen' an der Volksschule durch eine universitäre Ausbildung eine beklagenswerte Nivellierung traditioneller Unterschiede des Lebensstandards und des Sozialprestiges, aber auch eine gewisse Entwertung herkömmlicher sozialer Prä-

-
- 1) Vgl. Fragen 15 und 16 des Fragebogens.
Vgl. Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 159 und 160.
- 2) Quelle: Sitzung des Landesvorstandes in Würzburg am 3. 12. 1971.
Klausurtagung in Nürnberg am 7. und 8. 1. 1972.
Sitzung des Landesvorstandes in München am 16. 2. 1972.
Der Verfasser nahm an allen 3 Sitzungen teil.

dikate, die in der Vergangenheit ihrer Auffassung nach zwischen den Menschen sozial differenziert hatten."¹⁾

Der Prioritätenkatalog läßt den Schluß zu, daß die Mitglieder in erster Linie standes- und dienstleistungsorientiert sind, gesellschaftspolitische Ziele treten in den Hintergrund. Immerhin erreicht die integrierte und differenzierte Gesamtschule Rang 8, während sich die gegliederte Leistungsschule mit Rang 14 begnügen muß.

Die Mitbestimmungsrechte der Lehrer und Erzieher placieren sich auf Rang 11, während die Mitbestimmungsrechte der Schüler das Schlußlicht bilden. Auch das Ziel "Förderung der Kinder aus den unteren sozialen Schichten" kann nur einen mittleren Rang einnehmen.

Dem Politologen fällt sofort auf, daß die politische Bildung der Mitglieder nicht das geringste Interesse findet. Hier dokumentiert sich wieder die apolitische Einstellung der Lehrer, die bereits beschrieben wurde.

Diese These wird auch bestätigt durch Frage 3 des Fragebogens, die nach den 3 wichtigsten Beitrittsmotiven fragt. Am häufigsten werden genannt:²⁾

"Weil der BLLV für die besonderen Interessen meiner Berufsgruppe eintritt"	73 %
"Weil ich mich einem Kreis anschließen wollte, in dem man fachliche Probleme diskutieren kann"	36 %
"Weil ich in den Genuß des Rechtsschutzes des BLLV kommen wollte"	29 %

1) Combe, Arno, Kritik der Lehrerrolle, Gesellschaftliche Voraussetzungen und soziale Folgen des Lehrerbewußtseins, München 1971, S. 24. Vgl. Becker, E., Herkommer, S., Bergmann, J., Erziehung zur Anpassung, Frankfurt 1967, S. 152.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 116 und 117.

"Weil mich die bildungspolitische Konzeption des BLLV überzeugte"	26 %
"Weil sich der BLLV für eine grundlegende Reform der Lehrerbildung einsetzt"	23 %
"Weil ich die Dienstleistungen des BLLV in Anspruch nehmen wollte"	11 %
"Weil ich besser über die Bildungspolitik in Bayern und der Bundesrepublik Deutschland informiert sein wollte"	11 %
"Weil der BLLV keine Gewerkschaft ist"	10 %

Eindeutig steht in allen Bezirksverbänden das Motiv der partikularen Interessenvertretung im Vordergrund. 3 von 4 Mitgliedern bekennen sich dazu.

Mit großem Abstand folgt das Bedürfnis, fachliche Probleme in einem vertrauten Kreis von Kollegen diskutieren zu können. Die höchsten Werte erzielt dieses Motiv in den fränkischen Bezirken, vor allem im ländlichen Oberfranken, während die städtischen Bezirke, vor allem München, etwas abfallen.

Der Rechtsschutz wird auf Rang 3 gesetzt; und erst dann folgt das erste bildungspolitische Motiv.

Es zeigt sich also auch hier, daß die Mitglieder vor allem ihre standespolitischen Interessen in den Vordergrund gerückt sehen wollen und Dienstleistungen zu schätzen wissen. Gesellschaftspolitisches Engagement tritt in den Hintergrund. Auffallend ist weiter, daß die Persönlichkeiten in den Funktionärspositionen kaum Einfluß auf den Beitritt hatten.

Wahrscheinlich trugen insbesondere die älteren Verbandsmitglieder dazu bei, daß die traditionelle Einstellung "weil der BLLV keine Gewerkschaft ist" immerhin noch auf Platz 8 kam. Präsident Wilhelm Ebert meint hierzu:
"Rein theoretisch ist zwar kein Unterschied da zur Gewerkschaft, in der Praxis besteht jedoch ein großer Unterschied, weil beim BLLV im Vordergrund

des Handelns der Schüler und die Professionalität des Lehrers stehen."¹⁾

Dieses Bild wird auch dadurch beleuchtet, daß der Schriftleiter der "Bayerischen Schule" in einer Vielzahl von Leserbriefen immer wieder aufgefordert wird, vermehrt schulpraktische Fragen und Probleme des Schulalltags zu bringen, dagegen Abstand von gesellschaftspolitischen Themen zu nehmen.²⁾

Diese unpolitische Einstellung beinhaltet, daß der gesellschaftliche status quo der Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage gestellt wird. Die Erwartungen, die man an die Führung des Verbandes stellt, sind überwiegend dienstleistungsorientiert, gesellschaftspolitische Initiativen treffen auf wenig Gegenliebe.

2.1.3. Bemerkungen zum Postulat der Überkonfessionalität

Das Postulat der Überkonfessionalität wird verständlich, wenn man es aus der Verbandsgeschichte heraus zu begreifen versucht. Der Verband wurde 1861 geradezu als Abwehrinstrument gegen die Kirchen gegründet. Mit das wichtigste Verbandsziel war, die Volksschule und ihre Lehrer aus der geistlichen Bevormundung zu befreien. Dieser Kampf gegen den kirchlichen Einfluß auf die Schule war bestimmend für die ersten Jahrzehnte der Verbandsarbeit und brachte dem BLLV das Image einer antiklerikalen Vereinigung ein. Dieser Anschein wurde neu genährt durch die Auseinandersetzungen um die Gemeinschaftsschule sowie konfessionelle Lehrerbildung.

1) Linkenheil, Rolf, Der BLLV fühlt sich als Lobby und handelt danach, in: Schwäbische Zeitung Nr. 158 vom 14. 7. 1971.

2) Quelle: Gespräch mit dem Schriftleiter der "Bayerischen Schule", Korbinian Huber, am 17. 3. 1972.

Ein sorgfältiges Studium des einschlägigen Schrifttums zeigt jedoch, daß dieses Image heute zu Unrecht besteht. Besonders aufschlußreich ist ein Schreiben, das Präsident Wilhelm Ebert im Zusammenhang mit der geplanten Änderung des Artikels 135 der Bayerischen Verfassung mittels Volksentscheid an den Apostolischen Nuntius, Erzbischof Dr. Corrado Bafile, gerichtet hat und dem die folgenden Zitate entnommen sind:¹⁾

"Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband mit 32.000 Mitgliedern - davon 70 % Katholiken, die regelmäßig in den Schulen katholischen Religionsunterricht erteilen - war am Zustandekommen dieses gemeinsamen Vorschlages wesentlich beteiligt. Die bayerischen Lehrer wünschen, daß in unserem Land die bestmögliche Schulform für die wirksamste Bildung gefunden und entwickelt wird. Als Präsident des BLLV liegt mir daran, Ihnen gegenüber eindeutig festzustellen, daß es drei Hauptmotive waren, die unseren Verband bei der Förderung des Parteienkompromisses geleitet haben:

1. Eine den modernen pädagogischen Erfordernissen angepaßte Schulorganisation.
2. Die volle Wahrnehmung und Sicherung des Christlichen in einem leistungsfähigen Schulwesen.
3. Die Schaffung und Förderung eines Schulfriedens, der die immer wiederkehrenden destruktiven Auseinandersetzungen und Schulkämpfe beendet...

Für die Mitglieder des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes ergibt sich daraus die einmalige Chance, aus dem jahrzehntelangen vorbelasteten Verhältnis zwischen Pfarrer und Lehrer herauszukommen und sich in einem verstärkten freiwilligen persönlichen Engagement für eine christliche Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder einzusetzen."

1) Quelle: Brief vom 2. 4. 1968.

Heute sind praktisch alle Streitpunkte ausgeräumt, das Verhältnis zur nachkonziliaren Kirche hat sich normalisiert. Es ist üblich, zu repräsentativen Veranstaltungen hohe geistliche Würdenträger beider Konfessionen einzuladen, die die Einladungen gerne annehmen und Grußworte sprechen.¹⁾

Auch wird seit etwa zwei Jahren offen diskutiert, einen Zusammenschluß zwischen dem BLLV und der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayerns herbeizuführen. Diese Problematik wird im 4. Abschnitt noch näher diskutiert. Regierungsschuldirektor Ludwig Glück, langjähriger Vorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayerns, vertritt die Auffassung, daß sowohl vom Programm her als auch von der politischen Zielsetzung beider Verbände einem Zusammenschluß nichts im Wege stehen würde.²⁾

So bleibt festzuhalten, daß das Postulat der Überkonfessionalität heute an Bedeutung verloren hat. Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war dieses liberale Postulat dagegen notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Verbandsarbeit, um den Kampf gegen die Interessen der Kirchen ohne konfessionelle Rücksichtnahmen oder gar Bindungen führen zu können. Gleichzeitig wurde durch dieses Postulat der Überkonfessionalität das Organisationspotential wesentlich vergrößert, da nun - ein Novum z. Zt. der Verbandsgründung - sowohl katholische als auch protestantische Lehrer in einem Verband vereinigt waren, der das gemeinsame Interesse an der Schule und am Berufsstand über das Trennende der Konfessionen stellte.

1) Beispielsweise bei der Bezirksdelegiertenversammlung des Bezirksverbandes Oberfranken in Coburg am 6. 4. 1972 oder auf der Delegiertentagung des Niederbayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes in Vilshofen am 28. 3. 1972. Der Verfasser nahm an beiden Tagungen teil.

2) Quelle: Interview Glück vom 11. 10. 1971.

2.1.4. Bemerkungen zum Postulat der parteipolitischen Unabhängigkeit

"Fragen wir uns nach den Wurzeln unserer Kraft, so ist zu betonen: Der BLLV ist weder schwarz noch rot. Darin liegt seine einmalige Stärke."¹⁾

Wolfram Machalitzky, Hochschulreferent des BLLV und ehemaliger ASTA-Vorsitzender der Pädagogischen Hochschule München, kommentiert:

"Der Schlüssel zu dieser Kraft liegt in einem Grundsatz des BLLV: in seiner Überparteilichkeit. Diese Überparteilichkeit bewirkt zweierlei: Nach innen bewahrt sie den Verband, kultur- und bildungspolitische Probleme durch die Fesseln der Parteibrille zu sehen, Rücksichten nehmen zu müssen, dem Parteiengozänk ausgesetzt zu sein, die Lehrerschaft zu spalten.

Nach außen ermöglicht sie: Zusammenarbeit und Unterstützung mit bzw. durch alle demokratischen Parteien (Mitglieder des BLLV gehören ihnen an), verleiht sie ihm mehr Gewicht und Vertrauen seitens der Öffentlichkeit, sichert sie ihm die nötige Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit, kann er mit keiner Partei in Verbindung gebracht werden und ist dadurch für alle Lehrenden offen und attraktiv."²⁾

Zwei weitere Beispiele sollen diese Haltung verdeutlichen:

Der Präsident des BLLV, Wilhelm Ebert, war Anfang der 50er Jahre Mitglied der FDP. Er trat jedoch vor seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden 1955 in Coburg aus der FDP aus und konnte so nach seiner Wahl unter langanhaltendem Beifall der Mitglieder erklären:

-
- 1) Ebert, Wilhelm, Ansprache an die Delegiertenversammlung in Regensburg 1967, zit. nach: Die Bayerische Schule, 1967, Heft 15, S. 234.
 - 2) Machalitzky, Wolfram, Warum Mitglied beim BLLV?, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 17, S. 404.

"Ich werde ohne parteipolitische Bindungen in voller Loyalität, vor allem auch gegenüber den Kirchen, allein der Sache der Schule, der Lehrerschaft und meinem Gewissen verpflichtet, mein Amt ausüben. Meine Kraft gehört in den nächsten Jahren vermehrt dem BLLV." ¹⁾ Ebert ist bis heute parteilos geblieben.

Als zweites Beispiel sei angeführt, daß bei der Einstellung von hauptamtlichen Mitarbeitern stets auf Überparteilichkeit großer Wert gelegt wird. Den hauptamtlichen Mitarbeitern wird eine Erklärung abgenötigt, während der Zugehörigkeit zum BLLV keiner politischen Partei beizutreten. ²⁾

Die Befragung der Mitglieder zeigte, ³⁾ daß 2 von 3 Mitgliedern den BLLV für parteipolitisch neutral halten. Nur 7 % bezeichnen ihn als der CSU nahestehend, 20 % als der SPD nahestehend und 3 % als der FDP nahestehend. ⁴⁾

88 % der Mitglieder befürworten die parteipolitische Neutralität des BLLV. Bemerkenswert ist hier auch, daß alle 9 Bezirksverbände einhellig mit überwältigender Mehrheit diesem Postulat zustimmen. Nur 2 % der Mitglieder sprechen sich für eine Annäherung an die CSU aus, 7 % für die SPD und 1 % für die FDP. ⁵⁾

1) Die Bayerische Schule, 1955, Nr. 23/24, S. 367.

Vgl. Interview Ebert vom 29. 3. 1971.

Vgl. Abendzeitung Nr. 133 vom 12. 6. 1970.

2) Quelle: Eigene stenographische Notizen über ein Einstellungsgespräch am 8. 1. 1972. Diese These wird außerdem durch die Aussagen mehrerer hauptamtlicher Mitarbeiter des BLLV untermauert.

3) Vgl. Fragen 23 und 24 des Fragebogens.

4) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 229.

5) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 230.

Die starke Betonung der parteipolitischen Unabhängigkeit liegt zu einem großen Teil in der Geschichte des Verbandes begründet. Die politische Konstellation im Königreich Bayern wie auch nach 1918 und nach 1945 war stets dadurch gekennzeichnet, daß die konfessionellen Kräfte einen dominierenden Einfluß auf die bayerische Schulpolitik ausübten. Die reale Chance des BLLV, dennoch seine konträren Forderungen durchzusetzen, bestand darin, daß er als überparteilicher Sachwalter der Schule auftrat und versuchte, die öffentliche Meinung für seine Forderungen zu mobilisieren. Dabei verstand er es geschickt, die Interessen der Kinder, die Interessen der Schule in den Vordergrund zu rücken und seine standespolitischen Wünsche daran aufzuhängen. -

So ist es auch zu erklären, daß der BLLV stets die Sachbezogenheit sucht und sich aus den Auseinandersetzungen der politischen Parteien, die manchem Staatsbürger immer noch als etwas anrüchig erscheinen, nach Möglichkeit heraushält. Seine Glaubwürdigkeit und damit seine Einflußmöglichkeit würden stark leiden, wenn das Postulat der parteipolitischen Unabhängigkeit aufgegeben würde.

In der langen Verbandsgeschichte des BLLV gibt es nur wenige Anzeichen dafür, daß diese parteipolitische Unabhängigkeit relativiert wurde und in Parteilichkeit umschlug. Dem Verfasser wurde lediglich ein Beispiel bekannt. In den Jahren 1953 und 1954 trat der BLLV in eine totale Opposition zur Staatsregierung ein, um seine Vorstellungen zur Lehrerbildungsreform zu verwirklichen.¹⁾

Wilhelm Ebert, damals Leiter der schulpolitischen Hauptstelle des BLLV, engagierte sich im Wahlkampf vor der bayerischen Landtagswahl am 28.11.1954 sehr stark und gab die Parole aus: "Ihr könnt alles wählen, nur nicht die CSU!"²⁾

1) Vgl. Ebert, Wilhelm, Lehrerbildung zwischen gestern und morgen, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 15, S. 340.

2) Interview Ebert vom 20. 7. 1971.

Nach der Wahl ging Ebert sofort zu den Vorsitzenden der Parteien SPD, BP, BHE und FDP und trug maßgeblich dazu bei, daß die Bildung der Viererkoalition zustandekam. Von CSU-Kreisen wurde er sogar als "Vater der Viererkoalition" apostrophiert.¹⁾

Wäre die CSU dagegen weiter an der Regierung geblieben, so hätte er nach eigenen Angaben seine Ämter im BLLV niederlegen müssen, um den Verband nicht zu belasten. Es spricht für die Wendigkeit und Flexibilität Wilhelm Eberts, daß er bereits wenig später der in die Opposition verdrängten CSU seine Kooperation anbot und mit dem damaligen Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Hanns Seidel, das Verhältnis der CSU zum BLLV erörterte. In diesen Gesprächen wurde bereits der Grundstein für die spätere gedeihliche Zusammenarbeit gelegt.

Die praktische Politik war dagegen ganz auf die Viererkoalition fixiert, mit deren Hilfe der BLLV seine Vorstellungen zur Lehrerbildungsreform verwirklichen wollte. 1955 gelang es Ebert, den sog. "Montagskreis" zu bilden, der stets montags im Verbandsgebäude in München, Bavariaring 37, von 20 - 23 Uhr tagte. An dieser Diskussionsrunde nahmen in der Regel teil:²⁾

- (1) Waldemar von Knoeringen, der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD
- (2) Dr. Hans-Jochen Vogel, SPD, heute Oberbürgermeister von München und Landesvorsitzender der bayerischen SPD
- (3) Rudolf Schlichtinger, SPD, heute Oberbürgermeister von Regensburg
- (4) Dr. Hildegard Brücher, FDP, heute Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag

1) Vgl. Ellwein, Thomas, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 105.
Vgl. Linkenheil, Rolf, Der BLLV fühlt sich als Lobby und handelt danach, in: Schwäbische Zeitung Nr. 158 vom 14. 7. 1971.

2) Quelle: Interview Ebert vom 20. 7. 1971.

- (5) Hasemann, der damalige Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission
- (6) Dr. Gerhard Szczesny, damals Leiter des Sonderprogramms des Bayerischen Rundfunks, heute Vorsitzender der Humanistischen Union
- (7) Dr. Thomas Ellwein, damals noch FDP-Mitglied und Leiter der "Landeszentrale für Heimatdienst"; heute SPD-Mitglied und Leiter der "Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr"
- (8) Hannes Pfefferkorn, der damalige persönliche Referent von Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner
- (9) Brandt, der damalige persönliche Referent von Kultusminister Rucker
- (10) Wilhelm Ebert, Erster Vorsitzender des BLLV und Organisator des "Montagskreises", parteilos.

Der "Montagskreis" entwickelte und diskutierte die erste Bildungsplanung in Bayern, später als "Rucker-Plan" bezeichnet, und bereitete die Gründung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing vor. In dieser Zeit schlug die Maxime der Unabhängigkeit doch weitgehend in Parteilichkeit um, was sich auch schon aus der Zusammensetzung des "Montagskreises" ablesen läßt.

Heute dagegen wird dem Postulat der parteipolitischen Unabhängigkeit wieder eine herausragende Bedeutung beigemessen. Wie in Teil 2 der Arbeit noch zu zeigen versucht wird, erfolgte in den letzten Jahren zwar eine gewisse Annäherung an die CSU. Darin ist aber nicht der Versuch zu sehen, die parteipolitische Unabhängigkeit aufzugeben oder auch nur einzuengen. Diese Annäherung liegt vielmehr in der Tatsache begründet, daß das Hauptkriterium für die Verbandswirksamkeit in dem Erfolg gesehen wird, den der BLLV bei der Durchsetzung seiner Forderungen erzielt. Der ständige, rein erfolgsorientierte Wechsel zwischen Kooperationskurs und Konfrontationskurs ist geradezu ein Charakteristikum der Verbandspolitik der Ära Ebert. Hierzu ist es unbedingt erforderlich, daß das Postulat der Überparteilichkeit beibehalten wird und gute Beziehungen zu allen Seiten gepflegt werden.

Gleichzeitig wird dadurch sichergestellt, daß die wichtigste Waffe des BLLV, nämlich als Anwalt der Kinder aufzutreten und sich über das "Parteiengezänk"

zu erheben, scharf bleibt. Die Lehrer verbinden sich mit dem Begriff "Kinder", mit dem in unserer Gesellschaft leicht Emotionen zu wecken sind, da es ein Tabu ist, den "lieben Kindern" ein Haar zu krümmen. Folglich können sich die Lehrer leicht in die Lage versetzen, über die Identifikation mit den Schülern die öffentliche Meinung gegen die staatlichen Institutionen zu mobilisieren. Würde der BLLV dagegen mit der einen oder anderen politischen Partei identifiziert werden, so würde das seine Einflußmöglichkeiten sehr negativ beeinträchtigen.

2.1.5. Bemerkungen zum Postulat der Traditionsverbundenheit

"Bei der Lösung dieser wichtigen Aufgabe würde dem BLLV ein anderes einmaliges Element zugute kommen:

Seine mehr als hundertjährige Geschichte. Diese Geschichte bedeutet mehr als Tradition. Sie brachte harte Bewährungsproben, reichen Erfahrungsschatz und Erfolge. Daraus bezieht der BLLV ebenfalls Kraft, daraus erklären sich zusätzlich das Vertrauen, die Autorität und der Zuspruch für den BLLV."¹⁾

Und auch Regierungsdirektor Ludwig Glück, Leiter des Staatlichen Schulamtes der Stadt München und langjähriger Vorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft, glaubt, daß die Tradition einer der wesentlichen Faktoren ist, welche die Stärke des BLLV ausmachen.²⁾ Aus Lehrerfamilien stammende Junglehrer werden Mitglied im BLLV, weil eben der Vater und der Großvater auch schon Mitglied im BLLV waren.³⁾

1) Machalitzky, Wolfram, Warum Mitglied beim BLLV?, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 17, S. 407.

2) Quelle: Interview Glück vom 11. 10. 1971.

3) Von den 7.495 Lehrern, die sich an der Fragebogenaktion beteiligten, entstammen 1.263 oder 17 % einer Lehrerfamilie.
Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 133.

Doch diese Traditionsverbundenheit beschert auch Probleme, die Spannungen in den Verband tragen. Bei den Etatberatungen des Verbandes in Würzburg am 3. und 4. 12. 1971 zeigte sich, daß dieses Postulat etwas brüchig geworden ist. Verschiedene Sozialeinrichtungen und Dienstleistungen, die der Verband im 19. Jahrhundert und Anfang dieses Jahrhunderts ins Leben rief und die zu dieser Zeit einen echten Fortschritt und Hilfe für die Mitglieder bedeuteten, werden von einem Teil der Mitglieder heute in Frage gestellt. Nach Auffassung dieses Teils der Mitglieder könnten die beachtlichen Geldmittel, die diese Einrichtungen verschlingen, dem Verband in einer anderen Verwendungsrichtung einen größeren Nutzen stiften, während der andere Teil der Mitglieder beharrlich an dem Überkommenen festhält. Beispiele für solche Streitpunkte sind die Süddeutsche Lehrerbücherei sowie soziale Einrichtungen wie die Kinderverschickung des Verbandes. Tendenziell läßt sich eine Neubesinnung des BLLV insofern erkennen, als die soziale Komponente Schritt für Schritt abgebaut wird zugunsten eines großzügigen Ausbaus der Organisation zu einer professionellen Interessenvertretung mit hauptamtlichem Apparat und modernem Management.

2.2. Die Organisation des BLLV

Dieser Abschnitt stellt sich die Aufgabe, die Organisation und Arbeitsweise des Verbandes darzustellen und eine kurze Funktionsbeschreibung der Arbeitsstellen des Verbandes zu geben. Im Vordergrund steht die Frage, inwieweit die Organisationsform die politische Durchsetzungskraft bestimmt. Die Probleme der Interessenaggregation und Interessenartikulation werden dagegen erst in Abschnitt 2.3.2. behandelt.

Die Ausführungen über die Arbeitsstellen und Einrichtungen des Verbandes erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Ausführlichkeit. Sie vermögen nur bruchstückartig die Funktion dieser Stellen zu beleuchten. Ausführliche Beschreibungen und Analysen finden sich bei Guthmann und Strehler.¹⁾

Die folgenden Ausführungen lehnen sich an ein bisher unveröffentlichtes Handbuch in Form einer Loseblattsammlung an, das die Landesgeschäftsstelle des BLLV erstellt hat.

2.2.1. Gliederungen des Verbandes

Der BLLV ist pyramidal aufgebaut. An der Spitze steht der Landesverband, der sich über das gesamte Gebiet des bayerischen Staates erstreckt. Der Landesverband gliedert sich in 9 Bezirksverbände, die sich wiederum in 210 Kreisverbände auffächern. Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (ABJ) sowie die Landesstudentengruppe bilden eigenständige Gliederungen.

1) Vgl. Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, München 1961.

Vgl. Strehler, Adolf, Fünfzig Jahre Bildungsarbeit im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verein, Ein Beitrag zum Bildungsgeschehen der letzten Jahrzehnte, München 1959.

Entsprechend den sieben bayerischen Regierungsbezirken bestehen ein BLLV-Bezirksverband Oberbayern, ein BLLV-Bezirksverband Niederbayern, ein BLLV-Bezirksverband Oberpfalz, ein BLLV-Bezirksverband Oberfranken, ein BLLV-Bezirksverband Mittelfranken, ein BLLV-Bezirksverband Unterfranken und ein BLLV-Bezirksverband Schwaben. Die Großstädte München und Nürnberg bilden eigene Bezirksverbände.

Der Bezirksverband Oberbayern gliedert sich in 29 Kreisverbände, der Bezirksverband Niederbayern in 24 Kreisverbände, der Bezirksverband Oberpfalz in 28 Kreisverbände, der Bezirksverband Oberfranken in 39 Kreisverbände, der Bezirksverband Mittelfranken in 31 Kreisverbände, der Bezirksverband Unterfranken in 34 Kreisverbände und der Bezirksverband Schwaben in 25 Kreisverbände.¹⁾

Die städtischen Bezirksverbände München und Nürnberg fächern sich nicht in Kreisverbände auf. Sie versuchen, ein engmaschiges Informations- und Kommunikationsnetz dadurch zu schaffen, daß sie an den einzelnen Schulen ihres Einzugsgebietes Vertrauensleute benennen.

Das Einzugsgebiet eines Kreisverbandes deckt sich in der Regel mit dem Aufsichtsbezirk des Staatlichen Schulamtes. Gemäß Art. 31 des Volksschulgesetzes besteht in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis ein Staatliches Schulamt. Der Zuständigkeitsbereich eines Schulamtes stimmt in der Regel mit dem jeweiligen Kreisgebiet überein.

Damit zeigt sich als Ergebnis, daß der Aufbau des BLLV dem Aufbau der Schulverwaltung entspricht. Dem Kultusministerium steht als Partner oder

1) Quelle: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), BLLV, München, o. J., S. 5.

Als Folge der Gebietsreform könnte sich eine Verringerung der Zahl der Kreisverbände anbahnen. Diese Entscheidung liegt jedoch ausschließlich bei den betroffenen Kreisverbänden selbst.

Opponent der Landesverband gegenüber, dem Regierungsschulamamt entspricht der Bezirksverband, und die Kreisverbände schließlich treten auf der Ebene des Staatlichen Schulamtes an. Damit bewährt sich eine These der Verbandsforschung:

"Die Organisationsform ist keine unabhängige Variable, die Verbände können sie nicht frei nach den Bedürfnissen ihrer Mitgliedschaft wählen, sondern müssen sich dem Hauptadressaten des gewünschten Einflusses in gewisser Weise anpassen. Wo die Bürokratie Hauptadressat ist, bürokratisiert sich auch die Verbandsorganisation zunehmend. Das gilt vor allem für Länder, wo Ministerien durch ihre Geschäftsordnung gehalten sind, nur mit den Spitzenverbänden zu verhandeln, was die Konzentration und die Hierarchisierung des Verbandswesens sehr gefördert hat."¹⁾

Diese Verbandsorganisation bildet die Grundlage für das politische Durchsetzungsvermögen des BLLV. Damit besitzt der BLLV als einziger Verband in Bayern die Möglichkeit, ein organisatorisches und informelles Gegengewicht zur Kultusverwaltung zu bilden. Sein engmaschiges Informations- und Kommunikationsnetz bringt ihm einen Vorsprung gegenüber allen anderen konkurrierenden Verbänden ein und macht ihn zum ebenbürtigen Partner der Kultusbürokratie. Gleichzeitig eröffnet sich die Möglichkeit, jeden Stimmkreisabgeordneten durch den jeweiligen Kreisverband betreuen zu lassen und Einfluß auf die Lokalpresse auszuüben.

Diese organisatorische Sonderstellung des BLLV wird auch dadurch beleuchtet, daß sich Journalisten großer bayerischer Tageszeitungen regelmäßig an den BLLV wenden, wenn sie Verlautbarungen des Kultusministeriums anzweifeln oder Kritik am Kultusministerium üben wollen, um sich beim BLLV Gewißheit über die tatsächlichen Schulverhältnisse in Bayern zu holen.

1) Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 50.

Vgl. Hennis, Wilhelm, Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: Politische Vierteljahresschrift, 1961, S. 23 - 35.

Dazu kommt, daß die Informatoren des Kultusministeriums, nämlich die Leiter der Regierungsschulämter, der Staatlichen Schulämter und der Schulen überwiegend beim BLLV organisiert sind,¹⁾ dort teilweise hohe Funktionspositionen bekleiden oder bekleidet haben und nicht auszuschließen ist, daß sie die Schulverhältnisse durch die Verbandsbrille gefärbt sehen. Denn in manchen Fällen verdanken sie die Beförderung in diese Position gerade dem Einfluß des BLLV. Darauf wird in Abschnitt 3.4. noch näher eingegangen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich - soweit nicht ausdrücklich anders vermerkt - stets nur auf den Landesverband.

2.2.2. Beschlußorgane

Der BLLV weist drei beschlußfassende Gremien auf: die Landesdelegiertenversammlung, den Landesausschuß und den Landesvorstand.²⁾

2.2.2.1. Landesdelegiertenversammlung

Die Landesdelegiertenversammlung stellt das höchste Entscheidungsgremium des Verbandes dar. Sie findet alle zwei Jahre statt, bestimmt die Richtlinien der Verbandsarbeit und nimmt die Wahlen vor. Die Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth, an der der Verfasser teilnahm, dauerte vier Tage und setzte sich wie folgt zusammen:

-
- 1) Der BLLV organisiert ca. 80 % der Schulleiter von bayerischen Grund-, Haupt- und Sonderschulen sowie ca. 75 % der bayerischen Schulräte.
Vgl. Abschnitt 2.4.
 - 2) Vgl. §§ 15 - 18 der Satzung des BLLV.

Delegierte der Bezirksausschüsse (9 x 11)	99
Delegierte der Kreisverbände der Bezirke ¹⁾	
Oberbayern	59
Niederbayern	39
Oberpfalz	50
Oberfranken	62
Mittelfranken	47
Unterfranken	56
Schwaben	56
München	42
Nürnberg	25
ABJ	14
Vertreter der Pädagogischen Hochschulen (8 x 2)	16
Studentenreferenten	8
3. Vorsitzender der Landesstudentengruppe	1
Landesausschuß	<u>61</u>
Gesamtzahl der Delegierten	<u>635</u>

Es liegt auf der Hand, daß ein derartig großes Gremium nicht mehr arbeitsfähig ist. Und so verwundert nicht, daß die Mehrzahl der 169 Anträge ohne Diskussion an die Hauptstellen überwiesen wurde. Ein Oberpfälzer Lehrer schreibt hierzu:

"Ebert lobte und dankte für hervorragende Diskussionen in Bayreuth. Ich habe dieses Parlament anders gesehen! Da war doch gar keine echte Diskussion der Delegierten, nur Satzungsstreit der Paragraphenreiter und Sitzungshüter! Wieviel Delegierte sind denn zu den vorgebrachten Vorschlägen zu Wort gekommen?"²⁾

1) Die Bezirksverbände erhalten für je 80 Mitglieder 1 Mandat zur Weitergabe an ihre Kreisverbände zugeteilt. Jeder Kreisverband muß jedoch durch mindestens 1 Delegierten vertreten sein.

2) Quelle: Schreiben vom 9. 1. 1972, S. 7.

Dies erkannte wohl auch die Mehrzahl der Delegierten; und so wurde beschlossen, die Schlüsselzahl für die Zuweisung der Mandate von 80 auf 120 zu erhöhen. Dadurch verringert sich die Delegiertenzahl in Zukunft von 635 auf 491. Doch auch dann dürfte das Gremium noch zu groß sein, um echt arbeitsfähig zu sein. Das Problem liegt in der großen Zahl der Kreisverbände, die zumindest mit einem Delegierten vertreten sein wollen.

Die Wahlen bringen gewöhnlich keine Überraschungen. Meist werden die bisherigen Inhaber in ihren Ämtern bestätigt. Kampfabstimmungen sind selten. Eine Ausnahme bildete lediglich die Zeit der Führungskrise 1962/63.

In früheren Jahren wurde die Landesdelegiertenversammlung als großes Familienfest aufgezo-gen, auch heute geht sicherlich noch eine bedeutende integrierende Wirkung von ihr aus. Die Landesdelegiertenversammlung in Bay-reuth war jedoch so angelegt, daß im Vordergrund nicht die Wirkung nach innen, sondern die Wirkung nach außen, die Öffentlichkeitswirkung, stand. Eine Vielzahl von Ehrengästen unterschiedlichster Couleur, Festvortrag durch den Kultusminister, umrahmt von klassischer Musik, Reden "zum Fenster hinaus", umfangreiche Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Es wäre zu fragen, ob die hohen Kosten von rund 200.000 DM sowie der Gesichtspunkt einer höheren Arbeitseffektivität in Zukunft nicht dazu zwingen werden, die Landesdelegiertenversammlung alten Stils durch nüchterne Arbeits-sitzungen auf regionaler Basis zu ersetzen und nur alle drei oder vier Jahre zu einer umfassenden Großveranstaltung zusammenzukommen, die dann die Wahlen vornimmt und Satzungsänderungen beschließen könnte.

2.2.2.2. Landesausschuß

Der Landesausschuß tritt zweimal im Jahr zusammen. Seine bedeutendste Aufgabe besteht darin, den Haushalt zu beschließen. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Landesvorstand	22
zwei weitere Vertreter jedes Bezirksverbandes	18
zwei weitere Vertreter der ABJ	2
Zweiter Vorsitzender der Landesstudentengruppe	1
Leiter der Rechtsabteilung	1
Leiter der Referate	6
Leiter der Fachgruppen ¹⁾	7
Stellvertretende Leiter der Hauptstellen	3
Stellvertretender Schriftleiter der Verbandszeitung	1
Gesamtzahl	<u>61</u>

2.2.2.3. Landesvorstand

Der Landesvorstand stellt das Verbandsgremium dar, in dem noch echte Diskussionen möglich sind und in dem die eigentlichen Entscheidungen fallen. Hier werden die Weichen für die Verbandsarbeit gestellt. Landesausschuß und Landesdelegiertenversammlung wirken gegenüber dem Landesvorstand eher als Akklamationsorgane. Es kommt äußerst selten vor, daß Entscheidungen des Landesvorstandes nicht durch den Landesausschuß oder die Landesdelegiertenversammlung bestätigt werden. Entscheidend hierfür dürfte sein,

1) Die Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth beschloß die Gründung einer Fachgruppe "Dozenten an Pädagogischen Hochschulen", deren Leiter ebenfalls dem Landesausschuß angehören wird. Dadurch erhöht sich in Zukunft die Gesamtzahl von 61 auf 62 Mitglieder.

daß sämtliche Vorstandsmitglieder die oft erst nach hartem Ringen gefaßten Beschlüsse äußerst loyal gegenüber den Mitgliedern vertreten, selbst wenn diese Entscheidungen nicht ihren persönlichen Überzeugungen entsprechen.

Der Landesvorstand tritt in der Regel alle vier Wochen zusammen. Stehen schwerwiegende Probleme an wie beispielsweise die Frage der Lehrerbildung, so sind zwei- bis dreitägige Klausurtagungen üblich. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Präsidium	3
Schatzmeister	1
Schriftführer	1
Erste Vorsitzende der Bezirksverbände	9
Hauptstellenleiter	3
Schriftleiter der Verbandszeitung	1
Erster Vorsitzender der ABJ	1
Leiterin der Frauengruppe und deren Stellvertreterin	2
Erster Vorsitzender der Landesstudentengruppe	1
Gesamtzahl	<u>22</u>

2.2.3. Präsidium

An der Spitze des Verbandes steht das Präsidium. Es setzt sich zusammen aus dem Präsidenten und seinem ersten und zweiten Stellvertreter. Während der erste und zweite Stellvertreter ehrenamtlich tätig sind und nur eine Aufwandsentschädigung erhalten, steht der Präsident hauptamtlich dem Verband zur Verfügung. Er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich und führt gemeinsam mit seinen Stellvertretern die laufenden Geschäfte des Verbandes. Hierbei besteht folgender Geschäftsverteilungsplan:

Der Präsident ist zuständig für:

Landesgeschäftsstelle
Personal des BLLV
Bayerische Schule
Hauptkasse
Berufswissenschaftliche Hauptstelle
Schulpolitische Hauptstelle
Standespolitische Hauptstelle
Rechtsabteilung
Parlamentarische Arbeit
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Film, Funk, Fernsehen
Schulverwaltung
Hochschulreferat
Hochschul-Kommission
Dozenten an Pädagogischen Hochschulen
Studentenarbeit
Internationale Zusammenarbeit.

Der erste Stellvertreter des Präsidenten betreut das Sozialreferat und das Referat Leibeserziehung sowie die Fachgruppen Berufsschulen, Realschulen, Sonderschulen und Fachlehrer. Er ist außerdem zuständig für die Süddeutsche Lehrerbücherei, das Kindererholungswerk, die Lehrerwaisenstiftung, das Lehrertöchterheim Öttingen, den Landesehrenrat sowie für Haus- und Grundbesitz.

Der zweite Stellvertreter des Präsidenten, in der Regel eine Dame,¹⁾ widmet sich der Frauengruppe, der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer, dem Referat Landschulen und den Fachgruppen Handarbeit und Hauswirtschaft

1) Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß dem Präsidium mindestens eine Dame angehören muß.

sowie Sozialpädagogen. Sie ist weiterhin zuständig für Ehrungen, Jugend und Volksbildung, Musisches Schaffen, Arbeitsgemeinschaft Schulspiel, Jugendschriftenausschuß, Pädagogische Arbeitsstätte Augsburg, Pädagogisch-Psychologisches Institut München, Erholungsheim Berchtesgaden und die Studentenwohnheime des BLLV.

Es zeigt sich, daß alle politisch interessanten Funktionen in der Hand des Präsidenten liegen. Auf weitere Ausführungen darf hier verzichtet werden, da diese Problematik in Abschnitt 2.3. noch ausführlich behandelt wird.

2.2.4. Landesgeschäftsstelle

Bis Anfang der 60er Jahre bestand der Grundsatz, daß sämtliche Funktionen ehrenamtlich zu erfüllen seien. "Dienen - nicht verdienen" hieß das Motto, das als Scheinargument immer wieder in die Streitgespräche während der Führungskrise 1962/63 einfloß. Heute hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß ein Verband von der Größe des BLLV hauptamtlicher Mitarbeiter bedarf, wenn er schlagkräftig bleiben möchte.

Der BLLV beschäftigt zur Zeit sechs hauptamtliche Mitarbeiter, eine relativ geringe Zahl, wenn man bedenkt, daß in Lehrerorganisationen anderer Länder, insbesondere in den USA, die Faustregel gilt, daß für je 1.000 Mitglieder ein hauptamtlicher Mitarbeiter eingestellt werden sollte.¹⁾

1) Quelle: Interview Ebert vom 29. 3. 1971.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter bekleiden folgende Funktionen:

1. Landesgeschäftsführer
2. Vertreter des Landesgeschäftsführers + Technischer Leiter der Geschäftsstelle
3. Hochschulreferent
4. Referent für parlamentarische Arbeit
5. Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
6. Technischer Leiter der Berufswissenschaftlichen und Schulpolitischen Hauptstelle in Personalunion.

Zu diesen sechs Funktionsträgern kommen noch 13 Stellen für Sekretärinnen, Kontoristinnen und Hilfskräfte, so daß der BLLV insgesamt 19 Personen beschäftigt. Nicht mit einbezogen in diese Zahlen ist das Personal der Süddeutschen Lehrerbücherei, des Erholungsheimes Berchtesgaden sowie der Studentenwohnheime.

Die Landesdelegiertenversammlung entscheidet über Planstellen für hauptamtliche Kräfte. Die hauptamtlichen Mitarbeiter besitzen Sitz, aber keine Stimme in den beschlußfassenden Gremien des BLLV. Der hauptamtliche Apparat des BLLV versteht sich als loyaler Erfüllungsgehilfe. Es konnte nicht festgestellt werden, daß er politisches Gewicht im Verband besitzt.

2.2.4.1. Hochschulreferat

Das BLLV-Hochschulreferat führt die zentrale Studenten-Mitgliedskartei und leistet die Betreuung und Information der Mitglieder an den Hochschulen gemeinsam mit den Studentenreferenten und den jeweiligen Vorstandschaften der Studentengruppen an allen acht bayerischen Pädagogischen Hochschulen. Eine wichtige Aufgabe besteht in der Suche und Schulung geeigneter Mitarbeiter. Die Hauptfunktion liegt aber in der Mitgliederwerbung.

Wie die Ergebnisse der Fragebogenaktion zeigen, sind 35 % der Mitglieder dem BLLV bereits als Student beigetreten, weitere 57 % als Junglehrer, nur 7 % als Lehrer.¹⁾ Das bedeutet, daß bereits während der Ausbildung die Weichen für eine Verbandsmitgliedschaft gestellt werden. Nach der Zweiten Lehr-
amtsprüfung können nur noch sehr schwer Mitglieder geworben werden. Aus diesem Grund sind gerade die Studenten und Junglehrer von den Verbänden sehr umworben. Die Studenten zahlen beim BLLV keinen Mitgliedsbeitrag und kommen kostenlos in den Genuß konkreter Studienhilfen wie Praxishelfer, Prüfungsordnung, Prüfungsfragen sowie sozialer Hilfeleistung. Außerdem besitzt der BLLV Studentenwohnheime in München, Regensburg und Würzburg, die insgesamt 243 Studierenden eine Wohngelegenheit zu Selbstkostenpreisen bieten.

2.2.4.2. Referat für parlamentarische Arbeit

Mit Wirkung vom 1. 4. 1972 stellte der BLLV einen hauptamtlichen Mitarbeiter für die Durchführung der Parlamentsarbeit ein. Seine Aufgabe "wird nicht nur darin bestehen, im Bayerischen Landtag als Sprach- und Hörrohr zu wirken; er soll darüber hinaus in den einzelnen Kreisverbänden politisch interessierte und engagierte Mitglieder finden, um zu jedem einzelnen Abgeordneten in seinem Stimmkreis optimale Kontakte herstellen zu können."²⁾

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 114.

2) Bayerische Schule, 1972, Heft 9, S. 195.

2.2.4.3. Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen dieses Abschnitts erfolgt lediglich eine kurze Funktionsbeschreibung dieses hauptamtlich besetzten Referats. Erst im Abschnitt 5.1. wird ausführlich diskutiert, wie der BLLV Einfluß auf die öffentliche Meinung¹⁾ zu nehmen versucht und welche Probleme sich hierbei ergeben.

Das Referat arbeitet in zwei Stoßrichtungen:

zum einen die Informationstätigkeit nach innen, gekennzeichnet durch den Versuch, die innerverbandliche Kommunikation sicherzustellen;
zum anderen die Informationstätigkeit nach außen, die als Zielgruppen die Tagespresse, Nachrichtenagenturen, Korrespondenten, Rundfunk und Fernsehen anpeilt; also der Versuch einer gesteuerten publizistischen Einflußnahme über Massenmedien, um die veröffentlichte Meinung positiv auf die vom BLLV verfolgten Ziele einzustimmen.²⁾

Hierbei wird der hauptamtliche Referent unterstützt durch ehrenamtliche Pressereferenten auf Bezirksebene, die als Mittler zu den regionalen Publikationsorganen fungieren.

Obwohl der Pressereferent nicht für sämtliche Publikationsorgane verantwortlich ist, die im folgenden aufgezählt werden, sollen hier der Vollständigkeit halber doch alle Informationsträger genannt werden, die im Dienst der Öffentlichkeitsarbeit des BLLV stehen.

1) Dieser Begriff wird zunächst nur als Fiktion eingeführt.

2) Vgl. Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 4. Auflage, Neuwied und Berlin 1969, insbesondere § 25.

Das mit Abstand wichtigste Organ des BLLV ist die Verbandszeitschrift "Bayerische Schule", die vierzehntägig in einer Auflage von 37.000 Exemplaren erscheint, je Heft 24 Seiten umfaßt und jedem Mitglied kostenlos zugestellt wird. Sie wird nicht nur in Lehrerhaushalten gelesen, sondern regelmäßig auch im Kultusministerium und in den Schulverwaltungen. Darüber hinaus erhalten sie vorab die Zeitungsredaktionen und Presseagenturen sowie die Kulturpolitiker der drei im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien. Der Pressereferent ist nur für die Redaktion des aktuellen Teils der "Bayerischen Schule" zuständig. Die Gesamtverantwortung liegt beim Schriftleiter, der ehrenamtlich tätig ist und von der Landesdelegiertenversammlung gewählt wird. Er ist stimmberechtigtes Vorstandsmitglied.

Die BLLV-Bezirksverbände geben eigene Verbandszeitschriften heraus, die ebenfalls kostenlos an die Mitglieder verteilt werden. Zu nennen sind im einzelnen die "Münchner Lehrerzeitung", die "Oberbayerische Schulzeitung", die "Heimatliche Schule" und die "Fränkische Schule", die alle monatlich erscheinen, sowie das "Nachrichtenblatt des Bezirksverbands Schwaben", das vierteljährlich veröffentlicht wird. Die Auflagenhöhe dieser Bezirksverbandszeitschriften beträgt je nach Mitgliedsstärke des Bezirksverbandes zwischen 3 und 5.000 Exemplaren. Ein Heft umfaßt in der Regel zwischen 16 und 24 Seiten.

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer gibt die Zeitschrift "Der Junglehrer" heraus. "Der Junglehrer" ist mit einer Auflagenhöhe von 9.000 Exemplaren die größte Junglehrerzeitschrift in der Bundesrepublik Deutschland. Jedes Jahr erscheinen zehn Nummern in einem Umfang von 24 Seiten je Heft. Junglehrer im Vorbereitungsdienst erhalten die Zeitschrift kostenlos. Nach der Zweiten Lehramtsprüfung besteht die Möglichkeit zu einem Abonnement.

Die "Jugendlust" ist die traditionsreiche Jugendzeitschrift des BLLV, die bereits im 87. Jahr ihres Bestehens erscheint und in Inhalt, Sprache und Illu-

stration auf die Entwicklungsphasen der jungen Leser abgestimmt ist. Die Ausgabe U (= Unterstufe) wendet sich besonders an die Kinder der Grundschule, die Ausgabe O (= Oberstufe) ist für Hauptschüler gedacht. Jährlich erscheinen 11 Hefte. Ein Heft umfaßt 16 Seiten und kostet DM 0,50. Die Auflagenhöhe wird auf etwa 20.000 Exemplare geschätzt. Die erzielten Überschüsse fließen restlos den Sozialeinrichtungen des BLLV zu.

Das "Elternblatt" versucht, die natürlichen Bundesgenossen im Einsatz für die Belange der Schule, nämlich die Eltern, anzusprechen und eine Solidarisierung zu erreichen. Es erscheint monatlich im Westermann-Verlag zu einem Einzelpreis von DM 1,20 für das 36seitige Heft und erreicht im gesamten Bundesgebiet eine Auflage von etwa 30.000 Exemplaren. In der Ausgabe für Bayern ist ein vierseitiger Landestell enthalten, der vom BLLV mit Hilfe von Dr. Hans Geißler, hauptberuflich Redakteur des "Münchner Merkur", gestaltet wird. Da in ganz Bayern jedoch nur knapp 2.000 Abonnenten gewonnen werden konnten und dadurch das "Elternblatt" völlig unrentabel arbeitet, wird eine Einstellung erwogen.

Speziell auf die Interessen der studentischen Mitglieder zugeschnitten ist der Informationsdienst "Uni-Press", der unregelmäßig in einer Auflage von 1.200 Exemplaren erscheint und insbesondere einer gezielten Nachwuchsarbeit dient.

Der in einer Auflage von 700 Exemplaren erscheinende Informationsdienst "BLLV-Intern" ist praktisch ein Funktionärsmitteilungsblatt, das gezielt für die Unterrichtung des BLLV-Landesvorstandes, Landesausschusses und der Kreisverbandsvorsitzenden eingesetzt wird, um sie in die Lage zu versetzen, die aktuellen Probleme auf der unteren Verbandsebene gut vorbereitet zu diskutieren und sie auf die offizielle Verbandslinie einzuschwören. 1970 erschienen 15 interne Informationsdienste, die z. B. folgende Themenkreise betrafen:

"Der BLLV und seine Position zum Konzept der Lehrerbildung",

"Differenzen zwischen BLLV und Kultusminister Huber beigelegt",

"Maier und Ebert treffen sich in Bonn: Wunsch und Willen zur Zusammenarbeit".¹⁾

1) Quelle: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Geschäftsbericht 1969/71, o. O., o. J., S. 91.

Der Pressereferent des BLLV ist schließlich noch für den Informationsdienst "BLLV-Information" verantwortlich, der nicht den vertraulichen Charakter des "BLLV-Intern" besitzt, sondern sowohl BLLV-Mitglieder als auch bildungspolitisch interessierte, verbandsexterne Kreise über bestimmte Entwicklungen und Tendenzen der Bildungspolitik unterrichten möchte. Beispielsweise wurde in dieser Reihe eine Kurzfassung des Strukturplans für das deutsche Bildungswesen veröffentlicht. Diese Informationssammlung erscheint in einer Auflage von etwa 1.000 Exemplaren und dient gleichzeitig als Archiv- und Hintergrundmaterial.

Der BLLV veröffentlicht darüber hinaus Broschüren, Geschäftsberichte, Handbücher, Erzeugnisse der Hauptstellen und ähnliches mehr, alles in allem eine außerordentlich umfangreiche Literatur, die das Image des Verbandes zu profilieren und positiv zu beeinflussen versucht.

In den Aufgabenbereich des Referats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit fallen weiterhin die Herausgabe von Pressediensten sowie die Durchführung von Pressekonferenzen und Pressefahrten. Hierauf wird jedoch erst im Abschnitt 5.1. näher eingegangen.

2.2.5. Hauptstellen

Die Arbeitsorganisation des BLLV gliedert sich in drei große Bereiche: Berufswissenschaft, Schulpolitik und Standespolitik. Für jeden Bereich ist eine sogenannte "Hauptstelle" institutionalisiert, in der die Spezialisten für die jeweiligen Problemkreise sitzen. Mit anderen Worten: Hier fließt der Sachverstand des Verbandes zusammen. Hier werden die Grundlagen für die Entscheidungen der beschlußfassenden Gremien des Verbandes erarbeitet. Hier werden die Erfahrungen der Schulpraktiker gesammelt und ausgewertet. An den Sitzungen der Hauptstellen nehmen neben dem ständigen Mitarbeiterstab die Bezirksreferenten sowie die Vertreter der Referate und Fachgruppen teil. Je nach Bedarf werden ad-hoc-Ausschüsse und Arbeitskreise gebildet.

"Threm Wesen nach sind die Aufgaben dieser drei Hauptstellen zunächst Planungsarbeiten, d. h., sie haben Planungen im pädagogischen und politischen Bereich zu erarbeiten. Von ihnen geht die Initiative aus, die sich später zu Gesetzen und Verordnungen verdichtet. Ihre Aufgabe ist es auch, alles zu prüfen, was in Form von Verordnungen sowohl die Schule als auch die Arbeit des Lehrers bestimmt. Mit ihrer Arbeit dienen die Hauptstellen dem pädagogischen Fortschritt und dem Recht des Lehrers."¹⁾

Obwohl in diesen Hauptstellen die fähigsten und erfahrensten Mitglieder des Verbandes sitzen, die bereit sind, ihre schulpraktischen Erfahrungen ehrenamtlich in den Dienst des Verbandes zu stellen, vermögen sie heute nicht mehr die Funktion zu erfüllen wie in früheren Zeiten. Denn während die Arbeitsweise der Hauptstellen in den letzten Jahrzehnten im wesentlichen unverändert geblieben ist, hat der Hauptadressat dieser Verbandsarbeit, nämlich das Kultusministerium inklusive Schulverwaltungen, seine ehemals kümmerlichen Planungsinstrumente verstärkt ausgebaut und sich ein Potential an wissenschaftlichen Mitarbeitern zugelegt, von dem Impulse für die gesamte bayerische Schulentwicklung ausgehen. Gedacht ist hier vor allem an die Errichtung von Staatsinstituten, die den immer vom BLLV ins Feld geführten "Sachverstand" ebenfalls für sich in Anspruch nehmen können. Das Staatsinstitut für Schulpädagogik widmet sich beispielsweise der Reform der Lehrpläne, der pädagogischen Betreuung von Schulversuchen und der inhaltlichen Planung der Lehrerfortbildung. Damit dringt das Staatsinstitut in Domänen vor, die bisher der BLLV weitgehend für sich reserviert hatte. Der Verbandseinfluß wird zurückgedrängt, Konflikte sind unausweichlich.²⁾

Kultusminister Maier plant ein Zentrum für Bildungsforschung im Münchner Arabellapark, das die Institute für Bildungsforschung und -planung, für Kin-

1) Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), BLLV, München, o. J., S. 8.

2) In Teil 2 der Arbeit wird diese These durch Beispiele belegt.

derforschung, für Schulpädagogik, für Unterrichtsmitschau und didaktische Forschung und die Projektgruppen für die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen und für Schullaufbahnberatung sowie für Hochschulforschung vereinigen soll.¹⁾

Damit dürfte sich der Trend fortsetzen, daß die vorwiegend ehrenamtlich besetzte Arbeitsorganisation des BLLV gegenüber diesen professionellen Einrichtungen immer mehr in die Defensive gedrängt wird. Was bleibt, ist die "Kluft zwischen Theorie und Praxis" heraufzubeschwören.

2.2.6. Rechtsabteilung

Die Rechtsabteilung berät die Mitglieder kostenlos in allen beruflichen Rechtsstreitigkeiten und vertritt sie gegenüber Eltern, Behörden und Gerichten. Für die Durchführung von Rechtsstreitigkeiten einschließlich Anwaltshilfe gewährt der Verband seinen Mitgliedern Beihilfen von teilweise beachtlicher Höhe. Jährlich gibt der BLLV für den Rechtsschutz seiner Mitglieder etwa 40.000 DM aus.

2.2.7. Weitere Arbeitsstellen des Verbandes

Innerhalb des Gesamtverbandes werden Spezialprobleme durch Fachgruppen und Referate wahrgenommen, die ehrenamtlich besetzt sind. Zur Zeit wirken im Verband die folgenden sechs Referate:

1) Vgl. Maier, Hans, Bildungspolitik am Scheideweg, Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus Professor Dr. Hans Maier am 13. Juli 1971 vor dem Bayerischen Landtag, München 1971, S. 4.

Film, Funk, Fernsehen
Internationale Zusammenarbeit
Jugend und Volksbildung
Landschulen
Leibeserziehung
Sozialreferat.

Besondere Bedeutung kommt dem Sozialreferat zu. Es betreut die Pensionisten, verwaltet die sog. Eigenhilfe und den Sozialfonds und trägt damit gemeinsam mit der Rechtsabteilung der Tatsache Rechnung, daß die BLLV-Mitglieder stark dienstleistungsorientiert sind.^{1) 2)}

Obwohl der BLLV vorwiegend Grund- und Hauptschullehrer organisiert,³⁾ versteht er sich als ein Gesamtverband für alle pädagogischen Berufe.

Um die breite Skala pädagogischer Funktionen wirkungsvoll und interessen-spezifisch vertreten zu können, bildet der BLLV Fachgruppen und Arbeitsgruppen aus. Die Koordination dieser Gruppen erfolgt in den Hauptstellen sowie im Landesausschuß. Zur Zeit bestehen die folgenden 11 Gruppen:

Berufsschulen
Dozenten an Pädagogischen Hochschulen
Fachlehrer
Gesamtschulen
Handarbeit und Hausarbeit
Pädagogische Assistenten
Realschulen

1) Vgl. Abschnitt 2.1.2.

2) Über die Sozialeinrichtungen des BLLV informiert ausführlich die Broschüre "Sozialwerk des BLLV". Vgl. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Sozialwerk des BLLV, o. O., o. J.

3) Vgl. Abschnitt 2.4.

Schulverwaltung und Seminar
Sonderschulen
Sozialpädagogen
Englischfachlehrer.

Durch die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände und die Neugründung des Deutschen Lehrerverbandes¹⁾ ist für einige Fachgruppen eine neue Situation entstanden, die gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilt werden kann. Die Fachgruppen können sowohl zu Verbindungsstellen zwischen den Verbänden als auch zu Konkurrenzorganisationen ausgebaut werden.

Darüber hinaus hat der BLLV im Dienste seiner Mitglieder eine Vielzahl von Sondereinrichtungen geschaffen, die dem Lehrer eine echte Hilfe bieten sollen oder die Antwort auf Probleme darstellen, mit denen sich der Verband im Laufe seiner 110jährigen Geschichte konfrontiert sah. Hier sind u. a. zu nennen:

Arbeits- und Beratungsstelle für Unterrichtsmittel
Hochschulkommission
Jugendschriftenausschuß
Pädagogisch-Psychologisches Institut
Süddeutsche Lehrerbücherei
Soziale Einrichtungen wie Studentenwohnheime, Stiftungen und ein Erholungsheim für Lehrer.

Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß im BLLV eine eigene Frauengruppe wirkt. Obwohl die Frauen in den Gremien des Verbandes vertreten und theoretisch ein integrierter Bestandteil der Gesamtorganisation sind, hat es sich als notwendig erwiesen, eine eigene Arbeitsgruppe zu schaffen, die die spezifischen Interessen der Frauen wahrnimmt. Die Daseinsberechtigung einer eigenen Frauengruppe wird zwar regelmäßig in Frage gestellt, weil die-

1) Vgl. Abschnitt 4.

ses Herausgehobensein einer selbstverständlichen Partnerschaft hinderlich im Wege stehen kann. Solange jedoch die Emanzipation nur formal, nicht aber auch in der Praxis gewährleistet ist, wird noch an dieser Institution festgehalten.

Die Frauengruppe des BLLV will auch einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, die Passivität vieler Frauen zu überwinden und sie für die aktive Verbandsarbeit zu gewinnen. Obwohl der Anteil der weiblichen Mitglieder im BLLV bereits 45 % beträgt und die Feminisierung gerade des Volksschullehrerberufs weiter zunimmt,¹⁾ sind die Funktionärsghremien des BLLV von Männern majorisiert.

2.2.8. Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (ABJ)²⁾

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (ABJ) wurde 1902 unter dem Namen "Pädagogia" gegründet und 1908 in die ABJ umgewandelt.³⁾ Sie bezeichnet sich als die größte und stärkste Junglehrerorganisation der Bundesrepublik Deutschland, die den speziellen Phasenproblemen des Junglehrers in Eigeninitiative gerecht werden möchte. In der ABJ sind etwa zwei Drittel der Junglehrerinnen und Junglehrer Bayerns organisiert.⁴⁾ Damit fühlt sie sich

-
- 1) Die Sendung des Studienprogramms des Bayerischen Rundfunks "Was denn sonst, wenn nicht Lehrerin?", die am 16. 4. 1972 von 19.30 - 20.00 Uhr ausgestrahlt wurde, bezifferte den Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der PH-Studenten der BRD mit 63 %.
 - 2) Die folgenden Ausführungen lehnen sich an das Mitarbeiterhandbuch der ABJ an, das 1971 in hektographierter Form erschien und praktische Hilfen für die Verbandsarbeit auf Junglehrezebene geben will.
 - 3) Vgl. Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, München 1961, S. 286 - 298.
 - 4) Der Bayerische Lehrerkalender sagt aus, daß die ABJ etwa 70 % der Lehrer zwischen dem 1. und 10. Dienstjahr betreut.
Vgl. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Bayerischer Lehrerkalender 1971 - 1972, 85. Jahrgang, o. O., o. J., S. 231.

zu Recht als Sprecherin der bayerischen Junglehrerschaft, deren Anliegen sie auf allen Stufen vom Schulamt über Regierung bis zum Ministerium vertritt.

Die Arbeit der ABJ auf Kreisebene zeigt unterschiedliche Organisationsstrukturen. Auf der einen Seite gibt es noch viele eigenständige ABJ-Kreisverbände mit einem eigenen Veranstaltungsprogramm; auf der anderen Seite finden sich ABJ-Kreisverbände, welche die Junglehrerarbeit voll in die Arbeit des BLLV-Kreisverbandes integriert haben. Gegenwärtig überwiegt die Tendenz, ABJ-Kreisverbände und BLLV-Kreisverbände zu integrieren und ein einheitliches Veranstaltungsprogramm zu erstellen. Zusätzliche eigene Junglehrerveranstaltungen sind dadurch nicht ausgeschlossen. Gelegentlich ist in Junglehrerkreisen auch die Rede vom "Marsch durch die Institutionen", was aber wohl mehr rhetorisch als praktisch gemeint ist. Zumindest zeigen sich keine konkreten Auswirkungen.

Entsprechend den sieben bayerischen Regierungsbezirken wählt die ABJ sieben Bezirksvorsitzende, die die Belange der Junglehrerschaft im BLLV-Bezirksverband vertreten. Die ABJ-Bezirksvorsitzenden stehen darüber hinaus in ständigem Kontakt mit den Schulabteilungen an den Bezirksregierungen.

Auf Landesebene bildet die ABJ einen eigenständigen Landesvorstand und Landesausschuß. Der Schriftleiter des "Junglehrer"¹⁾ ist stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes der ABJ. Auch werden eigene Landesdelegiertenversammlungen und Landestagungen durchgeführt. In allen Gremien des BLLV ist die ABJ mit Sitz und Stimme vertreten.

Der ABJ kommt eine große Bedeutung für die Mitgliederwerbung zu.²⁾ Besonders wirksam ist hierbei ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, das auf

1) Vgl. Abschnitt 2.2.4.3.

2) Vgl. Abschnitt 2.2.4.1.

die Zweite Lehramtsprüfung vorbereitet und "Überlebenstechniken" diskutiert, welche die Kluft zwischen praxisfeindlicher Theorie und theoriefeindlicher Praxis überwinden helfen sollen. Aus einer Erhebung ergibt sich, daß der BLLV inklusive ABJ im vergangenen Schuljahr 1970/71 insgesamt 695 eigene Lehrerfortbildungsveranstaltungen auf regionaler Ebene durchgeführt hat. Der finanzielle Aufwand hierfür betrug DM 119.000, -- ohne Reisekosten der Teilnehmer.¹⁾

Auch bietet die ABJ fähigen Junglehrern die Chance, sich zu profilieren und für gehobene Funktionärspositionen im BLLV vorzubereiten.

2.2.9. Landesstudentengruppe

Die Landesstudentengruppe stellt den Zusammenschluß der Studentengruppen des BLLV dar, die an allen acht bayerischen Pädagogischen Hochschulen bestehen und ungefähr jeden zweiten bayerischen PH-Studenten organisieren.²⁾ Sie versteht sich als Bindeglied zwischen Student und Hauptverband sowie als Koordinator der Arbeit der Studentengruppen. Hierbei arbeitet sie eng mit dem BLLV-Hochschulreferat zusammen.³⁾

1) Quelle: Bayerische Schule, 1971, Heft 20, S. 436.

2) Eine Aktennotiz des BLLV-Hochschulreferats sagt aus, daß der Mitgliederstand am 15. 9. 1971 4.466 Studenten oder 55,6 % aller bayerischen PH-Studenten betrug.

3) Vgl. Abschnitt 2.2.4.1.

2.2.10. Würdigung der Organisation und Arbeitsweise des BLLV

Als Ergebnis dieses Abschnitts bleibt festzuhalten, daß die Organisation des BLLV folgende Charakteristika aufweist:

- (1) ein gestuftes System von Vertretungsorganen, die als Repräsentativorgane konstruiert sind und mittels periodischer Wahlen besetzt werden. Sie sind nicht als Mittel zur Ermöglichung direkter Demokratie gedacht, sondern dienen der Aufrechterhaltung des Informationsflusses von oben nach unten und von unten nach oben. Gleichzeitig sichern sie eine weitgehende Unabhängigkeit der Verbandsführung. Die Analyse des rein formalen Organisationsaufbaus gestattet noch keine Aussage über den tatsächlichen Willensbildungsprozeß im Verband. Erst bei Berücksichtigung der personalen und situativen Faktoren kann beurteilt werden, ob eine innerverbandliche Demokratie gewährleistet ist oder eine Oligarchisierung vorherrscht. Diese Problematik wird im folgenden Abschnitt untersucht.
- (2) einen formalen Organisationsaufbau, der dem Aufbau der Schulverwaltung entspricht. Dem Kultusministerium steht als Partner oder Opponent der Landesverband gegenüber, dem Regierungsschulamts entspricht der Bezirksverband, und die Kreisverbände treten auf der Ebene des Staatlichen Schulamtes an. Damit ist die Organisation des BLLV völlig dem Hauptadressaten des gewünschten Einflusses angepaßt. Als einziger Verband in Bayern vermag der BLLV ein organisatorisches und informelles Gegengewicht zur Kultusverwaltung zu bilden.
Diese organisatorische Anpassung an die Schulverwaltung hat weitreichende innerverbandliche Konsequenzen. Die Verwaltung des Freistaates Bayern ist seit der Neuorganisation durch den absolutistischen Minister Maximilian Graf von Montgelas stark zentralisiert. Wie noch zu zeigen versucht wird, übt das Bayerische Kultusministerium auch heute noch im Schulbereich eine dominierende Rolle aus, die mit dem Zuständigkeitsprinzip der demokratisch-parlamentarischen Verantwortung nach

Ansicht der III. Kammer des Verwaltungsgerichts München nicht immer zu vereinbaren ist. Wesentliche Entscheidungen fallen zentral im Kultusministerium. Den nachgeordneten Behörden verbleibt nur ein geringer Spielraum. Entsprechend sind die Einflußmöglichkeiten der Bezirks- und Kreisverbände des BLLV eng begrenzt. Die Erfolge des Verbandes hängen entscheidend von der Schlagkraft des Landesverbandes ab. Und hier hat wiederum der Präsident als alleiniger Gesprächspartner des Kultusministers und als Gallionsfigur für die Öffentlichkeitsarbeit eine außerordentlich starke Stellung inne, die durch den mit dieser Position verbundenen Informationsvorsprung weiter gefestigt wird.

Eine Organisationsstruktur entsprechend der bayerischen Schulverwaltung begünstigt somit Oligarchisierungstendenzen.

- (3) eine uneinheitliche Organisationsform. Einerseits lassen sich Merkmale eines Honoratiorenverbandes feststellen, der von der ständigen freiwilligen Mitarbeit seiner Mitglieder und der persönlichen Initiative der ehrenamtlichen Leiter seiner Arbeitsstellen lebt. Zum anderen treten in den letzten Jahren aber auch vermehrt Kennzeichen eines Funktionärsverbandes hervor, der mit Hilfe von hauptamtlichen Experten, modernem Management und bürokratischen Hilfsmitteln arbeitet. Gegenwärtig überwiegen noch die Merkmale des Honoratiorenverbandes. Doch scheint sich ein Trend hin zum Funktionärsverband abzuzeichnen. Die Ära Ebert läßt sich auch als der Versuch begreifen, den BLLV von einer mehr amateurlaften zu einer professionellen Interessenvertretung zu wandeln.
- (4) eine weitgehend konstante Funktionärszahl. Sie ist durch die Organisationsstruktur fast völlig determiniert und wächst nicht proportional zur Mitgliederzahl. Zur Zeit bekleiden durchschnittlich 5,7 % der Mitglieder eine Funktionärsposition im BLLV. In den städtischen Bezirken sinkt der prozentuale Anteil der Funktionäre an der Gesamtmitgliederzahl sogar unter 3 % ab, da hier die Organisation nach Kreisverbänden entfällt. Nur jeder fünfte Funktionär ist eine Frau, obwohl die weiblichen

BLLV-Mitglieder 45 % der Gesamtmitgliederzahl ausmachen. Bei einem weiteren Mitgliederzuwachs verschlechtert sich die Relation zwischen den aktiv mitarbeitenden Funktionären und den passiven Mitgliedern zusehends.

- (5) Eine gute Organisation allein garantiert noch kein politisches Durchsetzungsvermögen. Sie ist jedoch die unabdingbare Grundlage für eine erfolgreiche Verbandsarbeit. Erst im Zusammenspiel mit den anderen Einflußfaktoren bestimmt sie das politische Gewicht des Verbandes. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Verbandsführung, von deren Qualität es abhängt, ob die Verbandsorganisation für die Interessenartikulation, Interessenintegration und Interessendurchsetzung optimal genutzt wird oder nicht. Dies zu untersuchen ist Aufgabe des folgenden Abschnitts.

2.3. Die Qualität der Führung

2.3.1. Die Rekrutierung der Verbandsführung

Die Rekrutierung der Spitzenfunktionäre erfolgte bisher stets aus den eigenen Reihen. Sämtliche führenden Persönlichkeiten des Verbandes waren oder sind Lehrer, es besteht ein ausgesprochenes Pädagogenmonopol. Ausnahmen bilden lediglich einige wenige hauptamtliche Mitarbeiter, die jedoch erst seit kurzem vom Verband beschäftigt werden. Grundsätzlich hält es der BLLV für wünschenswert, auch hauptamtliche Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zu rekrutieren.

Rank and file-Karrieren sind typisch für den Werdegang der Spitzenfunktionäre. Vielfach bietet bereits die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer die Möglichkeit der Profilierung. Nach einer mehrjährigen Mitarbeit in den Arbeitsstellen des Verbandes kann dann der Sprung in eine Spitzenstellung gelingen, wenn der Kandidat insbesondere über Rednertalent und Organisa-

tionsfähigkeit verfügt. Die Entwicklung dieser Fähigkeiten ist dem Funktionär selbst überlassen. Der BLLV führt keine Schulungen für Führungskräfte durch.

Die Führungsfunktion wird in aller Regel über mehrere Jahre hinweg ausgeübt. Junge aktive Mitglieder sind gewöhnlich nicht bereit, zu einer Kampf-abstimmung gegen den bisherigen Funktionsinhaber anzutreten, so daß erst dessen freiwilliger Rücktritt abgewartet werden muß. Manchmal wird allerdings die Führungsrotation dadurch gefördert, daß dynamische Persönlichkeiten nur vorübergehend eine leitende Funktionärsposition im BLLV anstreben, um ihren Namen bekanntzumachen, woraus sie sich eine Förderung ihrer beruflichen Position erhoffen.

Charakteristisch für die Verbandsführung des BLLV ist insbesondere, daß sie stets einmütig und geschlossen auftritt. Es muß geradezu als herausragendes Phänomen angesehen werden, daß im BLLV keine Oppositionsgruppen bestehen und Flügelkämpfe sowie Fraktionsbildungen dem Verband fremd sind. Dieses Phänomen vermag nicht nur mit der Führungs- und Überzeugungskraft des Präsidenten sowie dessen konsultativen Führungsstil erklärt werden. Auch Hinweise auf die Möglichkeit der freien Diskussion sowie auf das Toleranzprinzip vermögen nicht voll zu befriedigen. Vielmehr deutet diese Erscheinung darauf hin, daß doch eine weitgehend homogene Interessenlage der BLLV-Mitglieder besteht. Diese ist nach Meinung des Verfassers vor allem darauf zurückzuführen, daß der BLLV die Mittellagen eines Interessenspektrums organisiert, dessen Ränder durch die organisatorischen Alternativen der GEW und KEG abgedeckt sind. Beispielsweise wird ein stark gesellschaftspolitisch motivierter junger Lehrer, der den status quo der BRD radikal in Frage stellt, von vornherein nicht dem BLLV beitreten, sondern sich eher der GEW anschließen, während andererseits auch die KEG ein spezifisches Interessenspektrum abdeckt.

Die Einmütigkeit und Geschlossenheit des Verbandes wurde bisher lediglich einmal zerstört. 1962 kam es zu heftigen persönlichen Rivalitätskämp-

fen zwischen Wilhelm Ebert und seinem langjährigen Kampfgenossen Kurt Gemählich, Nachfolger Eberts als Leiter der Schulpolitischen Hauptstelle des BLLV und Hauptpersonalratsvorsitzender beim Kultusministerium, heute Erster Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern und Oberschulrat in Nürnberg. Nach den übereinstimmenden Äußerungen der Gesprächspartner des Verfassers vermögen weder sachliche noch ideologische Motive diese Auseinandersetzungen in der Führungsspitze des BLLV zu erklären, vielmehr beschworen rein persönliche Motive diese Führungskrise herauf.¹⁾

Es scheint, als ob diese heftigen Auseinandersetzungen auch heute noch immer nachwirken, obwohl sie nun schon 10 Jahre zurückliegen. Die Erfahrung, daß sämtliche Beteiligten angeschlagen aus der Krise herauskamen, trägt mit dazu bei, daß heute harte Auseinandersetzungen vermieden und demonstrative Einigkeit über alles gestellt wird.

Wie bereits in Abschnitt 2.2.3. gezeigt wurde, weist der Geschäftsverteilungsplan dem Präsidenten, Wilhelm Ebert, sämtliche politisch interessanten Funktionen zu. Auch eine Analyse der Verbandstätigkeit²⁾ zeigt, daß politische Entscheidungen praktisch ausschließlich vom Präsidenten getroffen werden. Es erscheint deshalb angebracht, abschließend den Werdegang dieser Persönlichkeit kurz darzustellen.³⁾

1) Vgl. insbesondere Weiß, Carl, Schicksalsfragen, Betrachtungen zur Vertreterversammlung 1963, in: Die Bayerische Schule, 1963, Nr. 15, S. 242 und 243.

Vgl. Die Bayerische Schule, 1962, Nr. 11, S. 165 und 166.

Vgl. Die Bayerische Schule, 1962, Nr. 14, S. 213 - 215.

Vgl. Die Bayerische Schule, 1962, Nr. 17, S. 265 und 266.

2) Vgl. Teil 2 der Arbeit.

3) Die folgenden Ausführungen lehnen sich an die Laudatio an, die Prof. Dr. Karl Bosl, Professor für bayerische Landesgeschichte an der Universität München und ehemaliger Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes, anlässlich der Ernennung Wilhelm Eberts zum Ehrendoktor der University of the Pacific, Kalifornien, am 2. Mai 1969 hielt.

Wilhelm Ebert, geboren am 6. Mai 1923 im Egerland, legt 1942 in Eger seine Erste Lehramtsprüfung ab. Nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft wird er 1947 Lehrer an der Volksschule in Dachau und absolviert 1948 seine Zweite Lehramtsprüfung. Im selben Jahr wird er zum Vorsitzenden der wiedergegründeten Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer gewählt. Von 1953 an ist Ebert Leiter der Schulpolitischen Hauptstelle des BLLV. Sie wird das Sprungbrett zur Spitze. Auf der Vertreterversammlung 1955 in Coburg gelingt es ihm, mit 32 Jahren Erster Vorsitzender des BLLV zu werden.

Im Sommer 1958 beruft der Weltlehrerverband¹⁾ Wilhelm Ebert zu seinem ständigen Vertreter bei der UNESCO. Diese Position ermöglicht es Ebert, große internationale Erfahrungen zu sammeln.²⁾ Er wird zum gewiegten Taktiker, der seine Erfolge heute weitgehend auf diese internationalen Erfahrungen zurückführt, sowie auf die Tatsache, daß auf dieser internationalen Bühne kulturpolitische Probleme sechs Jahre früher als in Deutschland diskutiert werden, so daß er stets mit einem Informationsvorsprung in die Gespräche mit deutschen Politikern gehen könne.³⁾

Am 2. 6. 1962 erklärt Wilhelm Ebert freiwillig seinen Rücktritt als Erster Vorsitzender des BLLV. Anlaß für diesen Schritt sind heftige verbandsinterne Auseinandersetzungen, die vordergründig um den von seinen Gegnern als autokratisch bezeichneten Führungsstil Eberts sowie die Einstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters geführt werden, im Grunde aber Ausdruck von

1) World Confederation of Organizations of the Teaching Profession, kurz WCOTP genannt. Der Weltlehrerverband vertritt 4 Mio. Lehrer der westlichen Welt, die in 94 Ländern leben und in 146 nationalen Verbänden organisiert sind. Quelle: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 10, S. 220.

2) Ebert führte Gespräche mit 70 Kultusministern. Quelle: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 10, S. 223.

3) Quelle: Rede Eberts auf der Bezirksdelegiertenversammlung des BLLV-Bezirksverbandes Oberfranken in Coburg am 6. 4. 1972.

persönlichen Rivalitätskämpfen sind. Wilhelm Ebert konzentriert sich fünf Jahre lang ganz auf die Arbeit beim Weltlehrerverband, übernimmt dann aber 1967 wieder den Vorsitz beim BLLV, den er bis heute innehat.

1969 wird ihm von der Pädagogischen Fakultät der University of the Pacific in Stockton, nahe San Franzisko, der Ehrendoktorhut eines Doctor of Pedagogy verliehen.

Die Führungsrolle Wilhelm Eberts im BLLV ist heute völlig unangefochten. Mögliche Gegenkandidaten zeichnen sich nicht ab. Seine unbestrittenen Führungsqualitäten verleihen dem BLLV die Qualität der Führung, die das Gewicht des BLLV im politischen Kräftespiel wesentlich mitbestimmt. Diese Konzentration auf eine Person bringt andererseits auch Probleme mit sich. Sie strahlt aus auf die innerverbandliche Demokratie und verhindert, daß sich rechtzeitig Nachfolger profilieren können. Würde Wilhelm Ebert für die Verbandstätigkeit ausfallen, so wären tiefe Rückschläge für den BLLV unvermeidlich.

2.3.2. Der innerverbandliche Willensbildungsprozeß

Jedes ordentliche Mitglied ist berechtigt, Anträge zu stellen und sie direkt schriftlich an den Vorsitzenden des angerufenen Verbandsorgans zu richten. Darüber hinaus bieten die monatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen der Kreisverbände Gelegenheit, seine Interessen zu artikulieren, Denkanstöße zu geben und einen Willensbildungsprozeß zu den anstehenden Problemen in die Wege zu leiten.

Die Verbandsorganisation sieht vor, daß diese Meinungsäußerungen schließlich in die Hauptstellen des Verbandes fließen, die die Grundlagen für die Entscheidungen der beschlußfassenden Gremien des Verbandes erarbeiten und dabei gleichzeitig auch den Versuch der Interessenintegration unternehmen. Obwohl die Hauptstellen auch eine Filterfunktion ausüben, zeigt die in Teil 2 der Arbeit durchgeführte Analyse der Verbandstätigkeit deutlich, daß die

Kommunikationskanäle des BLLV durchaus noch so weit offen sind, daß die Äußerungen der Basis nach oben dringen können.

Faktisch ist dieser von unten nach oben verlaufende Willensbildungsprozeß aber eher die Ausnahme als die Regel. Als Regelfall kann vielmehr angesehen werden, daß die Willensbildung fast ausschließlich im Landesvorstand und in den Hauptstellen erfolgt. Der Basis wird meist nur nachträglich Gelegenheit zur Akklamation gegeben. Bevor diese Oligarchisierungstendenzen im folgenden Abschnitt näher untersucht werden, soll noch auf ein Spezifikum der BLLV-Führung hingewiesen und innerverbandliche Interessenkonflikte verdeutlicht werden.

In den Führungsgremien des Verbandes werden vor allem sog. "Sachprobleme" diskutiert, während "politische Probleme" inklusive politischer Strategie ausschließlich dem Präsidenten überlassen werden, der auch als einziger über die für einen Verbandsführer so wichtige *door opening power* verfügt. Durch definitiorische Setzung dessen, was ein "politisches" und was ein "Sachproblem" ist, vermag der Präsident seinen Spielraum fast beliebig selbst festzulegen. Da zudem auch zu sog. "Sachproblemen" in aller Regel keine bindenden Beschlüsse in detaillierter Form vorliegen, ist der Präsident in der flexiblen Ausnutzung unvorhergesehener Verhandlungssituationen in keiner Weise eingeengt. Die Verhandlungen werden gewöhnlich vom Präsidenten alleine geführt. Verhandlungsdelegationen bilden eher die Ausnahme als die Regel. Gemessen nach Effizienzkriterien, ist diese Handhabung verständlich, denn "die Formulierung negotiabler Verhandlungspositionen entzieht sich notwendig auch der verbandsinternen Öffentlichkeit; eine Verhandlungsstrategie nähme sich, wäre sie an ausdiskutierte Weisungen und bindende Beschlüsse der Mitgliedschaft gebunden, alle Erfolgsaussichten, weil diplomatisches Taktieren und flexibles Ausnutzen unvorhergesehener Situationen dann unmöglich würden."¹⁾

1) Offe, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, Zur Analyse spät-kapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress, Gisela und Senghaas, Dieter (Hrsg.), Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme, 3. unveränderte Auflage, Frankfurt am Main 1971, S. 170 und 171.

So verständlich also dieses rein erfolgsorientierte Verhalten einerseits ist, so bedenklich ist es andererseits, da es notwendig zu einer elitären Führung führt und die innerverbandliche Demokratie untergräbt.

Dieses Problem wird dadurch etwas gemildert, daß - wie bereits ausgeführt - die BLLV-Mitglieder doch weitgehend homogene Interessen besitzen, da der BLLV fast ausschließlich die Mittellagen eines Interessenspektrums organisiert, dessen Ränder durch die organisatorischen Alternativen der GEW und KEG abgedeckt sind. Dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, daß die innerverbandliche Interessenintegration auf keine sehr großen Schwierigkeiten stößt und die Verbandsspitze in der Regel mit zureichender Sicherheit die Interessen der Basis zu erkennen vermag. Diese Aussage muß insofern relativiert werden, als die Verbandsspitze unter den Interessen der Basis in aller Regel nur die Interessen der Grund- und Hauptschullehrer zu verstehen scheint, die allerdings auch die überwältigende Mehrheit der Mitglieder stellen.¹⁾

Randgruppen wie beispielsweise Fachlehrer oder Pädagogische Assistenten werden dagegen de facto benachteiligt.

Die Fachlehrer kämpfen seit Jahren vergebens für eine volle Integration in die Lehrerschaft und in die akademische Lehrerbildung. Sie werden immer noch nach A 9 entlohnt, während die Fachlehrer Hessens bereits in A 11 eingestuft sind. Ein Fachlehrer schreibt hierzu unter der Überschrift "Fachlehrer, quo vadis?":

"Auf dem langen Marsch ihrer Bemühungen um Eingliederung und Weiterentwicklung mußten die Fachlehrer lernen, vor allem mit einer Vokabel zu leben: mit der Vokabel 'abgelehnt'. Ablehnung in allen Variationen und Differenzierungen, in letzter Zeit sogar mit mehr oder minder großem Verständnis und jüngst gar Ablehnung trotz berechtigter Forderungen. Die Hauptanliegen

1) Vgl. Abschnitt 2.4.

der Fachlehrer (standespolitische Weiterentwicklung, finanzielle Aufwertung), scheinen in ein Rad eingebaut zu sein, das, zwar von ihnen angetrieben, von Regierung und Ministerium aber gesteuert und zu unseren Ungunsten angehalten wird."¹⁾

Was die Pädagogischen Assistenten betrifft, die fast geschlossen in den BLLV eingetreten sind, so bestehen gravierende Interessengegensätze, die bisher jedoch nicht diskutiert, sondern nur vor sich hergeschoben werden. Zum einen ergibt sich ein Statusproblem. Viele Pädagogische Assistenten streben eine Aufwertung ihrer Position an, indem sie nicht nur Hilfstätigkeiten für den Klassenlehrer ausführen, sondern zudem pädagogische Funktionen wie z. B. den gesamten Leseunterricht in den unteren Klassen übernehmen möchten, was auf den entschiedenen Widerstand des BLLV trifft, der ohnehin die Bezeichnung "Pädagogischer Assistent" irreführend hält und sie durch die Bezeichnung "Technischer Assistent" ersetzt wissen möchte. Zum anderen befürchtet der BLLV angesichts des sogenannten "Pillenknicks" und der weiterhin zu erwartenden Sparmaßnahmen, daß langfristig zu wenig Planstellen für die neuen Lehrer zur Verfügung gestellt werden könnten. Es könnte dann die Rechnung aufgemacht werden, daß zwei Pädagogische Assistenten 0,8 Lehrern entsprechen.²⁾ Um solche Rechnungen von vornherein zu erschweren, will der BLLV auch verhindern, daß die Pädagogischen Assistenten einen festen Stundenplan erhalten, was im Gegensatz zu den Interessen der Pädagogischen Assistenten steht.

Während bisher stets die Dominanz der Volksschullehrerinteressen betont wurde, so muß diese These insofern differenziert werden, als sich gegenwärtig auch der einfache Volksschullehrer gegenüber den Schulleitern und Schulräten benachteiligt fühlt, insbesondere seit eine Arbeitszeitverkürzung für Schulleiter, nicht dagegen auch für den einfachen Lehrer vom BLLV erreicht wurde.³⁾ Diese

1) Hollekamp, Helmut, Fachlehrer, quo vadis?, in: Bayerische Schule, 1972, Heft 11, S. 231.

2) Quelle: Diskussionsbeitrag auf der Landesvorstandssitzung des BLLV am 12. 7. 1972 in München.

3) Diese Problematik wird in Teil 2 der Arbeit eingehend diskutiert und mit Dokumenten belegt.

Lehrer an der Basis weisen auf die Tatsache hin, daß sämtliche Präsidiumsmitglieder, Bezirksvorsitzende und Hauptstellenleiter entweder Schulräte oder Schulleiter sind. Folglich bestehe die Gefahr, daß im Konfliktfall die Interessen des einfachen Mitglieds vernachlässigt werden. Auch kommen Konstellationen vor, in denen sich das einfache Mitglied einer ganzen Phalanx von hohen BLLV-Funktionären gegenüber sieht, wenn beispielsweise sowohl der zuständige Schulrat, der Schulleiter als auch der Personalratsvorsitzende eng befreundete BLLV-Funktionäre sind.

Im Rahmen der vom BLLV praktizierten "friedlichen Umarmungstaktik", die in Teil 2 der Arbeit noch eingehend diskutiert wird, beschäftigten sich die Führungsgremien des Verbandes weder mit dem vom "Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit" initiierten Volksbegehren noch mit dem auch für den BLLV bindenden Beschluß des Deutschen Lehrerverbandes, die der NPD und DKP angehörenden Lehrer auszuschließen. Lediglich der Bezirksausschuß des BLLV-Bezirksverbandes Oberbayern sah sich auf seiner Sitzung vom 24. Juni 1972 veranlaßt, den Präsidenten schriftlich aufzufordern, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Rundfunkrates zur Problematik des Volksbegehrens Stellung zu nehmen, was jedoch mit dem Hinweis auf die Erkrankung Eberts unterblieb.

Es bleibt festzuhalten, daß während des vom Verfasser beobachteten Zeitraums die Führungsgremien des BLLV die Interessen der Mitglieder in aller Regel definitorisch setzten und durch die Verbandspublikationen bewußt machten. Obwohl führende Verbandsfunktionäre den BLLV gerne als "Intellektuellenverband" bezeichnen, halten sie den Sachverstand des einzelnen Mitglieds doch nicht für ausreichend, um komplexe Probleme zu diskutieren.

2.3.3. Die Oligarchisierungstendenzen im BLLV

Wie die vorstehenden Ausführungen zeigten, ist die Basis faktisch nicht in den innerverbandlichen Willensbildungsprozeß eingeschaltet, obwohl formal eine Beteiligung durchaus möglich wäre und auch die führenden Funktionäre des BLLV immer wieder versichern, daß sie dies für sehr wünschenswert hielten. Wie läßt sich diese offensichtliche Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit erklären?¹⁾

Der BLLV der Ära Ebert beginnt sich von einer mehr amateurhaften zu einer professionellen Interessenvertretung zu wandeln, die mit Hilfe von hauptamtlichen Experten, modernem Management und bürokratischen Hilfsmitteln arbeitet. Diese Wandlung ist nicht nur durch die erheblich wachsenden Mitgliederzahlen²⁾ bedingt. Vielmehr hat der Hauptadressat der Verbandsarbeit, nämlich das Kultusministerium inklusive Schulverwaltungen, durch die Gründung sog. Staatsinstitute³⁾ seine ehemals kümmerlichen Planungsinstrumente verstärkt ausgebaut und sich ein Potential an wissenschaftlichen Mitarbeitern zugelegt, dem ein rein ehrenamtlich besetzter Apparat nicht gewachsen wäre.

Dieser für moderne komplexe Organisationen typische Prozeß bringt aber notwendig auch eine Vergrößerung der Macht der Führungsspitze mit sich. Der

1) Diese von Robert Michels bereits 1911 formulierte Fragestellung erfreut sich in der politikwissenschaftlichen Forschung nach wie vor höchster Aktualität.

Vgl. Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Auflage, Stuttgart 1970.

Vgl. Lipset, S. M., Throw, M. A., Coleman, J. S., Union Democracy, Glencoe 1956.

Vgl. Goldstein, J., The Government of a British Trade Union, A Study of Apathy and the Democratic Process in the Transport and General Workers Union, Glencoe 1952.

Vgl. Scheilhoss, Hartmut, Apathie und Legitimität, Das Problem der neuen Gewerkschaft, München 1967.

2) Vgl. S. 7 dieser Arbeit.

3) Vgl. Abschnitt 2.2.5.

wissensmäßige Abstand zwischen Verbandsspitze und Basis wird so groß, daß eine elitäre Führung des Verbandes naheliegt. Dieser Trend wird beim BLLV noch dadurch verstärkt, daß selbst politische Probleme, die subjektive Wertentscheidungen bedingen, zu "Sachproblemen" gestempelt und damit für die Verbandsexperten "lösbar" werden, ohne daß die Mitglieder befragt werden müßten. Echte Diskussionen an der Basis werden von vornherein dadurch erstickt, daß die Führungsgremien des BLLV "perfekte" Problemlösungen entwickeln, die dann mit Hilfe des von der Führungsspitze okkupierten offiziellen Kommunikationsnetzes der Basis zur Akklamation unterbreitet werden. Alternative Problemlösungen werden nicht angeboten.

Die eigentliche Funktion der Basis reduziert sich dadurch auf die Vornahme periodischer Wahlen. Da aber in aller Regel die zur Wahl stehenden Kandidaten keine programmatischen Alternativen verkörpern,¹⁾ ist die Einflußmöglichkeit der Basis weiter verringert. Das Fehlen von innerverbandlichen Oppositionsgruppen oder Flügelbildungen im BLLV begünstigt die Oligarchisierungstendenzen.

Allerdings kann daraus noch nicht geschlossen werden, daß die Verbandspolitik die Mitgliederinteressen nicht weitgehend abdeckt. Der BLLV ist eine offene Organisation mit freiwilliger Mitgliedschaft und muß folglich stets damit rechnen, daß die potentiellen Mitglieder die organisatorischen Alternativen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft oder der Katholischen Erziehergemeinschaft vorziehen. Der starke Mitgliederzuwachs des BLLV - auch in Relation zu der Entwicklung der Mitgliederzahlen bei GEW und KEG - scheint ein Indiz dafür zu sein, daß der BLLV die zu Lasten der innerverbandlichen Demokratie erkaufte höhere Effektivität weitgehend im Sinne der Mitgliederinteressen einsetzt.

Eine weitere Ursache für die Oligarchisierungstendenzen im BLLV ist die

1) Vgl. Abschnitt 2.3.1.

Apathie der BLLV-Mitglieder.¹⁾ Allerdings ist es problematisch, diese Aussage zu verallgemeinern, da die Verhältnisse von Region zu Region, von Kreisverband zu Kreisverband variieren.

Mit besonderen Schwierigkeiten haben vor allem die städtischen Bezirke zu kämpfen. Bei den Veranstaltungen des Münchener Lehrerverbandes, die der Verfasser in den letzten zwei Jahren regelmäßig besuchte, waren beispielsweise stets nur 2 % der Mitglieder anwesend. Selbst auf der Mitgliederversammlung am 16. Mai 1972, auf der die Münchener Oberbürgermeister-Kandidaten sowie die Stadtratskandidaten, die ein Lehramt ausüben, vorgestellt wurden, konnte diese magische Grenze von 2 % nicht überschritten werden. Dies erscheint um so erstaunlicher, als eine hochinteressante Diskussion zwischen Georg Kronawitter, der wie sein Vorgänger Dr. Hans-Jochen Vogel BLLV-Mitglied ist, und Dr. Winfried Zehetmeier, Mitglied des Bayerischen Philologenverbandes, zu erwarten war. Darüber hinaus waren je zwei Stadtratskandidaten von SPD, CSU und FDP aufgeboten, u. a. die beiden BLLV-Mitglieder Gerson Peck und Josef Wirth, denen dann auch die Wahl in den Münchener Stadtrat gelang.

Andererseits sind ländliche Kreisverbände bekannt, die vor allem dörfliche Geselligkeit pflegen, bei deren Veranstaltungen 100 % der Mitglieder anwesend sind.

Herwig Baier kommt in einer empirischen Untersuchung über den meist spärlichen Besuch der Monatsversammlungen des BLLV-Kreisverbandes Erlangen-Stadt zu dem Ergebnis, daß mangelnder Anreiz und fehlende schulpolitische

1) Die Untersuchungen von Ilse Gahlings lassen den Schluß zu, daß die Apathie der Mitglieder keine bayerische Besonderheit darstellt.
Vgl. Gahlings, Ilse, Die Volksschullehrer und ihre Berufsverbände, Ein Beitrag zur Verbandssoziologie und zur Soziologie der Lehrerschaft, Berlin 1967, S. 172.

Aktivität des Kreisverbandes die primären Gründe für das Fernbleiben eines bedeutenden Teils der Mitglieder sind.¹⁾

Die Verbandsführung des BLLV neigt dagegen dazu, die geringe Partizipation der Mitglieder als Ausdruck der hohen Zufriedenheit mit der Verbandsarbeit zu werten. Die Ergebnisse der vom Verfasser durchgeführten Fragebogenaktion bestätigen, daß außerordentlich viele Mitglieder mit dem BLLV zufrieden sind. 15 % der Befragten zeigten sich mit dem BLLV sehr zufrieden, 62 % sind zufrieden und nur 22 % weniger zufrieden.²⁾

Dazu kommt - wiederum nach Meinung der Verbandsführung - daß heutzutage viele Lehrer saturiert sind. Die Münchner Lehrerzeitung bringt hierzu folgende aufschlußreiche Gehaltsarithmetik, die keines weiteren Kommentars bedarf:

"Gehaltsarithmetik in 23 Dienstjahren - oder der saturierte Lehrer?

Zeit	Bruttobezug	Nettobezug	Steuerabzüge	Bemerkungen
1. 10. 47	212,—	204,26	7,74	L.i.Pr.
1. 3. 48	230,93	219,91	11,02	A 4 c 2
1. 6. 49	271,14	262,44	8,70	1. Kinderzuschlag
1. 1. 50	303,84	287,46	16,38	
1. 11. 51	350,50	338,97	11,53	
1. 10. 52	375,50	360,20	15,30	planmäßiger Lehrer
1. 12. 52	400,50	380,95	19,55	Beamter a. Lebenszeit

1) Vgl. Baier, Herwig, Die Monatsversammlungen des BLLV im Urteil der Mitglieder, Aspekte des Erwartungsverhaltens der Lehrer im Hinblick auf ihre Standesorganisation - Dargestellt am Beispiel des Kreislehrerverbandes Erlangen-Stadt im BLLV, in: Die Bayerische Schule, 1968, Heft 16, S. 261 - 265.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 118.

1. 12. 53	510,67	478,89	31,78	Anrechg.d.Kriegs- dienstzeit
1. 4. 54	535,67	498,66	37,01	2. Kinderzuschl. A 4 b 4
1. 12. 55	593,17	552,03	41,14	
1. 7. 56	705,68	669,03	36,65	3. Kinderzuschlag
1. 12. 57	756,50	714,22	42,28	A 10
1. 12. 59	974,--	925,40	48,60	Ortszuschlag erhöht
1. 12. 61	1166,38	1075,66	90,72	
1. 9. 62	1221,45	1124,25	97,20	
1. 6. 63	1316,--	1198,28	107,72	
1. 12. 63	1360,--	1232,56	127,44	
1. 7. 64	1440,--	1295,28	134,72	Oberlehrer A 10 a
1. 12. 64	1553,--	1384,52	168,48	Überleitung A 11 a
1. 4. 65	1592,--	1433,14	158,86	
1. 3. 66	1772,96	1585,26	187,70	
1. 10. 66	1842,95	1640,99	201,96	
1. 7. 68	1922,10	1671,54	250,56	Bes.-Dienstalter um 4 Jahre verbessert; 1 Kinderzuschl.fällt weg
1. 12. 68	1967,20	1706,60	250,60	
1. 4. 69	2037,--	1760,42	276,58	Rektor A 12 a
1. 8. 69	2228,--	1896,88	331,12	
1. 4. 70	2418,--	2042,38	375,62	8 %
1. 10. 70	2569,60	2114,12	455,48	Überleitung nach A 13 (rückwirkend zum 1. 1. 70)
1. 1. 71	2769,87	2243,00	526,87	7 % + 27,-- DM OZ

Interessant: Das Gehalt hat sich bei diesem Werdegang in 23 Jahren verdreizehn-
facht, die Steuern stiegen rund auf das 70fache, obwohl sich die
Steuerklasse vom kinderlosen Verheirateten zum Verheirateten mit
2 Kindern verbesserte!"¹⁾

1) Quelle: Münchner Lehrerzeitung, 1971, Nr. 3, S. 40.

Die Lehrer genießen weiter die Sicherheit des Beamtenstatus und lange Ferien, finden im Rahmen des herrschenden Lehrermangels jederzeit sofort eine Anstellung, sehen sich keiner Statusbedrohung¹⁾ ausgesetzt. Die im BLLV überwiegend organisierten Volksschullehrer erwarten vielmehr im Rahmen der neuen Lehrerbildung eine weitere Statusverbesserung und eine Eingruppierung in den Höheren Dienst. Diese verständliche Zufriedenheit wird lediglich durch einen Faktor gestört, nämlich durch die derzeit an den Schulen herrschenden Arbeitsbedingungen. "Die Schule steckt in einer tiefen Autoritäts-Krise, die über den Generationskonflikt hinausgeht. Aggression und Apathie haben sich unter den Schülern ausgebreitet, und das Amt allein gibt dem Lehrer keine Autorität mehr. Der Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Schule verschärft die Konflikte."²⁾

Wie in Teil 2 der Arbeit noch im einzelnen dokumentiert wird, übertragen die Mitglieder ihr Unbehagen an den herrschenden Schulverhältnissen auf den Verband. In diesem Abschnitt soll die Feststellung genügen, daß sich eine Flut von Protestbriefen, Resolutionen und Unmutszeugnissen über die Verbandsführung ergoß. Die Analyse zeigt deutlich, daß die Kommunikationskanäle des BLLV durchaus noch so weit offen sind, daß Proteste von unten nach oben dringen können.

Diese gelegentlichen Unmutsbezeugungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine echte Partizipation nach dem traditionellen Demokratieverständnis nicht vorliegt. Das war nicht immer so! In der Nachkriegszeit war die Verbandstätigkeit von einem wesentlich stärkeren Engagement breiter Mitgliederkreise getragen. Führende Funktionäre erinnern sich heute noch gerne der sog. Kampfzeit des BLLV Anfang der 50er Jahre, insbesondere

1) Vgl. Naschold, Frieder, Kassenärzte und Krankenversicherungsreform, Zu einer Theorie der Statuspolitik, Freiburg 1967.

2) o. V., In fast jeder Klasse Unruhe und Konflikte, in: Der Spiegel, 1972, Nr. 14, S. 52.

aber an die Kundgebungen des BLLV am 1. 2. 1953 in München und Nürnberg, an denen sich trotz ungünstigster Witterungsbedingungen jedes dritte Mitglied aktiv beteiligte.¹⁾

Heute dagegen sind die Anreize zur aktiven Mitarbeit im Vergleich zu den Attraktionen einer verlängerten Freizeit zu gering. Belohnungen für Mitgliederaktivitäten fehlen weitgehend. Die Mitglieder ziehen sich aus dem aktiven Verbandsleben zurück und begnügen sich damit, ihre Verbandszeitung zu lesen, ab und zu eine Versammlung zu besuchen und die Dienstleistungen des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Sie werden immer mehr zu passiven Konsumenten. Nach einem Vergleich Wilhelm Eberts stellt der BLLV in den Augen vieler Mitglieder einen Versicherungsautomaten dar, in den man oben seinen Mitgliedsbeitrag einwirft und unten die Dienstleistungen herausfallen.

Optimistischer stimmen dagegen die Ergebnisse der vom Verfasser durchgeführten Mitgliederbefragung. Während 18 % der Befragten bereits eine Funktion im Verband bekleiden, wären immerhin 27 % bereit, eine Funktion im Verband zu übernehmen. Auch in den städtischen Bezirken ist diese hohe Bereitschaft vorhanden.²⁾

1) Vgl. Weiß, Carl, Sturm braust übers Land!, Zur Kundgebung des BLLV am 1. 2. 1953, in: Die Bayerische Schule, 1953, Sondernummer, S. 69.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 111 und 112.

An den Veranstaltungen des BLLV nehmen teil:

mehr als einmal im Monat	6 %
einmal im Monat	29 %
alle zwei Monate	15 %
vierteljährlich	16 %
halbjährlich	10 %
einmal im Jahr	13 %
nie	5 %
werde nicht eingeladen	4 %. ¹⁾

77 % der Mitglieder lesen jede Nummer und 18 % fast jede Nummer der "Baye-rischen Schule". Nur 4 % lesen sie unregelmäßig, 0 % überhaupt nicht.²⁾ Le-serbriefe sind eher die Ausnahme als die Regel. 73 % der Mitglieder halten die ihnen vom Verband zufließenden Informationen für ausreichend.³⁾

Insbesondere aber verdient hervorgehoben zu werden, daß die Mitglieder bei der Durchführung von Kampfmaßnahmen eine hohe Folgebereitschaft zeigen.⁴⁾

So liegt der Schluß nahe, daß der BLLV durchaus über ein nicht unbeachtliches, noch aktivierungsfähiges Potential verfügt, das aber in der Regel brachliegt, da es die Verbandsführung nicht zu nutzen versteht.

Versucht man diese Oligarchisierungstendenzen im BLLV zu werten, so ist letztlich entscheidend, welches Demokratieverständnis man zugrundelegt.

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 228.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 237.

3) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 236.

4) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 123 - 153.
Diese Problematik wird in Abschnitt 6 der Arbeit noch ausführlich be-handelt.

Geht man von der revidierten Pluralismustheorie mit ihrem auf das Elite-Modell verkürzten Demokratieverständnis¹⁾ aus, so kann man die Apathie der Mitglieder als ein Indiz für allgemeine Zufriedenheit und Systemstabilität werten.

Zudem ist Fritz Scharpf beizupflichten, der zu der Einsicht kommt, "daß vom Standpunkt des einzelnen Bürgers aus die Motivation zu aktiver politischer Beteiligung keineswegs selbstverständlich und universell vorausgesetzt werden kann. Empirisch erscheint das politische Engagement der wenigen viel eher erklärungsbedürftig als das relative Desinteresse der vielen, das nur selten über die passive Aufnahme politischer Informationen und die Beteiligung an politischen Wahlen hinausgeht."²⁾

Frieder Naschold dagegen meint:

"Die Teilnahme am politischen Leben bietet dem Individuum ein outside interest, das die Enge der rein privaten Lebensweise übersteigt und damit die Sinnhaftigkeit des Lebens steigert. Teilnahme an Gruppenprozessen führt zur Herausbildung von Gruppenidentifikationen, die einen Schutz vor narzißtischer Selbstisolierung bieten. Sie ermöglicht die Entwicklung latenter oder die Herausbildung neuer Fähigkeiten der Individuen. Individuelles Selbstbewußtsein wird eben nicht nur durch die Kenntnis vom formalen Recht auf Beteiligung, sondern gerade durch dessen Ausübung entwickelt. Beteiligung bietet somit individuelle Entwicklungschancen, die in der traditionellen Diskussion als Selbstverwirklichung des Menschen, als 'Ekstase des aufrechten Gangs' (Bloch) bezeichnet werden."³⁾

-
- 1) Vgl. Scharpf, Fritz, Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanzer Universitätsreden Nr. 25, Konstanz 1970, S. 29 ff.
 - 2) Ebenda, S. 62 und 63.
 - 3) Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie, 2. Auflage, Stuttgart 1971, S. 51.

Und als Ergebnis seiner Überlegungen zieht Naschold folgenden Schluß:

"Vom Individuum aus gesehen sprechen mehr und bessere Gründe für eine erhöhte politische Beteiligung. Wichtige Gegenargumente wie die von Fromm und Riesman, daß politische Beteiligung für manche Individuen nur Ausdruck ihrer pathologischen Bedürfnisse sei, zum anderen, daß erhöhte Beteiligung eine größere Gefahr der Manipulation bedeuten könne, sind zwar zu beachtende Einwände. Sie können jedoch beseitigt werden, wenn eine bestimmte Konstellation geschaffen wird, d. h. die Steigerung der Beteiligung unter bestimmten Bedingungen erfolgt, bei denen die dysfunktionalen Folgeprobleme erhöhter Partizipation verringert, wenn nicht gar gänzlich beseitigt werden. Dasselbe Argument kann auf Organisationsebene verwendet werden. Erhöhte Beteiligung der Mitglieder führt zwar nicht zwangsläufig zur Steigerung der Organisationseffektivität, doch können beide Faktoren unter bestimmten Bedingungen gleichzeitig erreicht werden."¹⁾

Naschold muß sich also letztlich auf ein outside interest zurückziehen, um sein Postulat zu stützen.²⁾ Obwohl der Verfasser persönlich diesem Postulat zuneigt, gewann er aus den vielen Gesprächen, die er mit BLLV-Mitgliedern führte, den Eindruck, daß gerade Lehrer ausgesprochene Individualisten sind, die schon von Berufs wegen nicht an Gruppenarbeit gewöhnt sind und in aller Regel unpolitischere und privatere Steigerungsformen des Lebens bevorzugen.

Der Verfasser ist mit der Verbandsspitze des BLLV der Meinung, daß eine Partizipation aller Mitglieder als Utopie anzusehen ist. Er hält jedoch eine reduzierte Partizipation für sinnvoll und möglich und möchte deshalb abschließend zwei partielle Partizipationsmodelle vorstellen, die gegenwärtig im BLLV diskutiert werden.

1) Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 52.
Vgl. Fromm, E., Escape from freedom, New York 1941.
Vgl. Riesman, D., The lonely crowd, New Haven 1950.

2) Vgl. Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, a.a.O., S. 193.

2.3.4. Vorschläge zur Aktivierung der Basis

Zur Zeit bekleiden 5,7 % der Mitglieder eine Funktionärsposition im BLLV.¹⁾ Nur in den städtischen Bezirken sinkt der prozentuale Anteil der Funktionäre an der Gesamtmitgliederzahl unter 3 % ab, weil hier die Organisation nach Kreisverbänden entfällt. Nur jeder fünfte Funktionär ist eine Frau, obwohl die weiblichen BLLV-Mitglieder 45 % der Gesamtmitgliederzahl ausmachen.²⁾

Die Verbandsführung strebt nun an, die Zahl der aktiven Mitglieder zu erhöhen und die Schlagkraft des Verbandes zu verbessern, indem in den einzelnen Kreisverbänden sich engagierte Mitglieder zu einer Art Kaderbildung zusammenfinden. Wie in Abschnitt 2.2.1. bereits gezeigt wurde, deckt sich das Einzugsgebiet eines BLLV-Kreisverbandes in der Regel mit dem Aufsichtsbezirk des staatlichen Schulamtes und dieser wiederum stimmt gewöhnlich mit dem jeweiligen Kreisgebiet überein. Es bietet sich also geradezu an, in jedem Kreisverband einige Mitglieder zu ermuntern, einen engen Kontakt zu dem jeweiligen Stimmkreisabgeordneten herzustellen und darüber hinaus Einfluß auf die Lokalpresse oder andere örtliche Institutionen auszuüben. Die Steuerung dieser Kader soll durch den hauptamtlichen Referenten für parlamentarische Arbeit³⁾ erfolgen, der auch für den wechselseitigen Informationsfluß verantwortlich sein soll.

Dadurch wird interessierten Mitgliedern die Möglichkeit eingeräumt, sich für den Verband zu engagieren und dessen Schlagkraft zu erhöhen. Die innerverbandliche Kommunikation wird gefördert. Mehr Verbandsmitglieder als bisher haben die Chance sich zu profilieren. Durch den persönlichen Kontakt des Mitglieds mit dem Abgeordneten bzw. mit der Lokalpresse kommen die konkreten Probleme an der Basis zur Sprache.

Während diese Kaderbildung von der Verbandsführung angestrebt wird, schlägt

1) Quelle: Umfrage bei den BLLV-Bezirksvorsitzenden vom 14. 4. 1972.

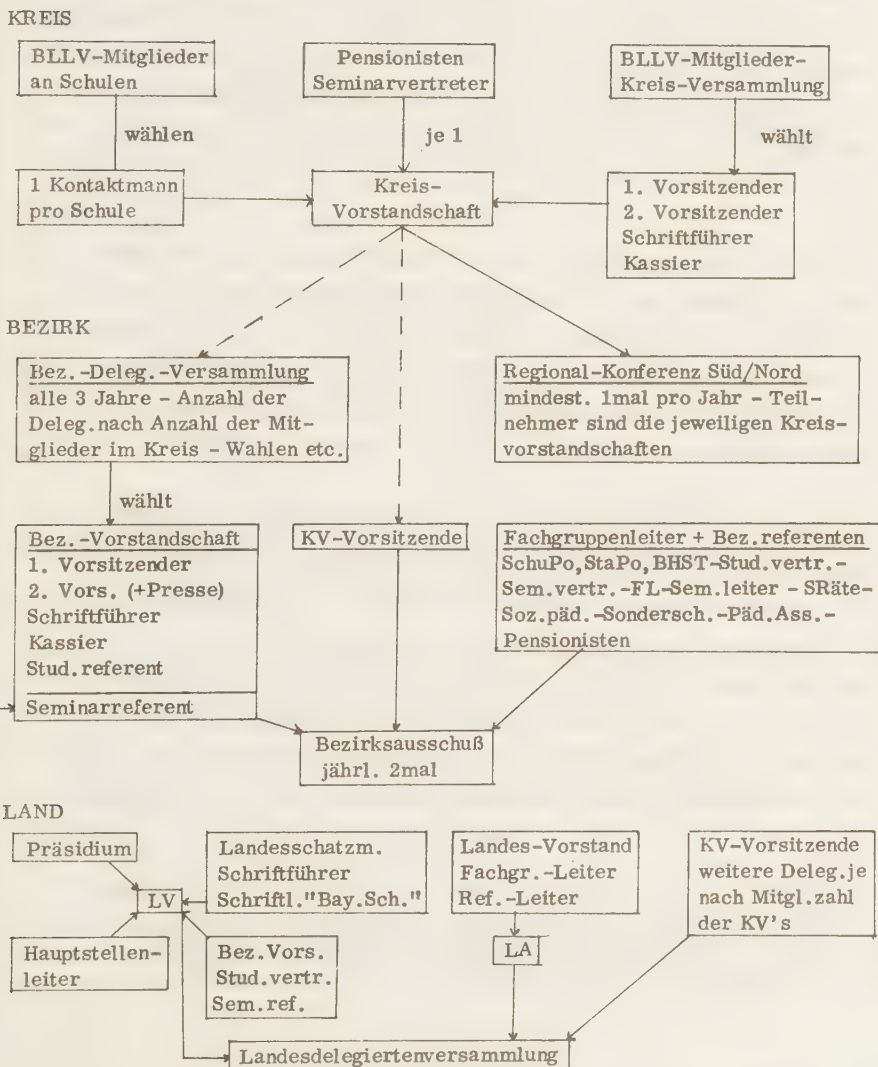
2) Vgl. Abschnitt 2.4.

3) Vgl. Abschnitt 2.2.4.2.

die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer, Bezirksverband Schwaben, das folgende Modell zur Aktivierung der Basis vor:¹⁾

ENTWURF EINES STRUKTURMODELLS

zur Neuorganisation der Verbandsarbeit



1) Quelle: Grotz, Anton, Gedanken zur Aktivierung der Basis im BLLV, o.O., o.J., o.S.

Hauptamtliche Mitarbeiter haben Sitz im Landesvorstand, jedoch ohne Stimmberechtigung.

Je nach Bedarf werden Referats- und Fachgruppenleiter zugeladen.

Neben der Einführung von Regionalkonferenzen liegt das Schwergewicht dieses Vorschlags auf der Einführung eines Kontaktmannes oder Vertrauensmannes an jeder einzelnen Schule sowie eines Seminarvertreters und Vertreters der Pensionisten. Damit soll sichergestellt werden, daß jedes einzelne BLLV-Mitglied in seiner täglichen Arbeit unmittelbar mit einem offiziellen Verbandsvertreter zusammentrifft, mit dem es seine persönlichen Sorgen und Nöte diskutieren kann.

Der Vertrauensmann¹⁾ stellt somit das Bindeglied zwischen den Mitgliedern und der Verbandsführung dar. Er könnte als eine Art Multiplikator im innerverbandlichen Willensbildungsprozeß wirken, Ziele verdeutlichen und Mitglieder aktivieren. Er würde die innerverbandliche Kommunikation sowohl von unten nach oben als auch von oben nach unten fördern, Diskussionen anregen und persönliche Einladungen zu den Veranstaltungen des Verbandes aussprechen.

Eine weitere wichtige Funktion des Vertrauensmannes wäre die Beratung und Betreuung der Mitglieder in schul- und beamtenrechtlichen, sozialen und unterrichtlichen Fragen, soweit ihm dies möglich ist. Zumindest könnte er die Mitglieder gleich an die entsprechenden Fachleute des Verbandes verweisen. Sehr dankbar für seine Hilfe wären insbesondere neu an die Schule kommende Kollegen sowie Junglehrer, die noch im Vorbereitungsdienst stehen. Daß sich hierbei günstige Möglichkeiten der Mitgliederwerbung ergeben, braucht nicht eigens betont zu werden. Denn durch die Tätigkeit des Vertrauensmannes

1) Eine ausführliche Funktionsbeschreibung findet sich bei Machalitzky, Bernd, Der Vertrauensmann im BLLV, unveröffentlichte Aktennotiz vom April 1972.

erscheint der BLLV nicht mehr als weitgehend anonyme Größe, sondern als ein von den Mitgliedern getragener Verband, der echte Hilfe bietet.

Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde sicherlich einen sinnvollen Beitrag zur innerverbandlichen Demokratie leisten. Die Erfahrungen des Münchener Lehrerverbandes, der anstelle der weiteren organisatorischen Auf-
fächerung in Kreisverbände bereits Vertrauensleute an den Münchener Volksschulen einsetzt, zeigen jedoch, daß das Hauptproblem darin liegt, die richtigen Persönlichkeiten für diese Funktion zu finden. An einigen Schulen arbeiten die Vertrauensleute hervorragend, an anderen Schulen ist von der Arbeit eines Vertrauensmannes nichts zu spüren, obwohl formal ein Lehrer zum Vertrauensmann ernannt ist.

2.4. Der repräsentative Charakter des BLLV

Der BLLV organisiert nach eigenen Angaben 80 % der bayerischen Grund- und Hauptschullehrer.¹⁾

Auch Kultusminister Maier geht von diesem hohen Organisationsgrad aus.²⁾ Er fügt jedoch hinzu, daß sich daraus noch kein Alleinvertretungsanspruch oder ein Vertretungsanspruch in allen Fragen ableiten ließe.

Die Kulturpolitiker der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien billigen dem BLLV ebenfalls einen Organisationsgrad von 80 % zu.³⁾

1) Quelle: Interview Ebert vom 29. 3. 1971.

2) Quelle: Interview Maier vom 19. 10. 1971.

3) Quelle: Parlamentarischer Abend des BLLV mit CSU-Politikern am 25.1.1972.
Parlamentarischer Abend des BLLV mit SPD-Politikern am 26.1.1972.
Parlamentarischer Abend des BLLV mit FDP-Politikern am 22.3.1972.

Maßgebend für diese hohe Einschätzung des BLLV mögen die Ergebnisse der Personalratswahlen, Gruppe Lehrer an Volksschulen, gewesen sein, bei denen der BLLV ununterbrochen seit 1959 rund 80 % der abgegebenen Stimmen erhielt, während auf die Katholische Erziehergemeinschaft etwa 20 % entfielen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft blieb bisher in Bayern erfolglos.¹⁾

Führende Funktionäre anderer Lehrerverbände gehen dagegen übereinstimmend von folgender Faustregel aus:²⁾

Erfahrungsgemäß ließen sich nicht sämtliche Lehrer organisieren, sondern etwa nur 80 %. Die restlichen 20 % seien entweder so starke Individualisten, daß sie sich nicht für einen Verbandsbeitritt entschließen könnten, oder es handle sich um "Trittbrettfahrer", die ohne Beitragszahlung in den Genuß der von den Lehrerverbänden erreichten Vergünstigungen kommen möchten. Von den 80 % organisierbaren Lehrern vertrete der BLLV etwa wiederum 80 % der Grund- und Hauptschullehrer. Insgesamt gesehen könne der BLLV also nur für sich in Anspruch nehmen, zwei von drei bayerischen Volksschullehrern zu organisieren.

Nach den Untersuchungen des Verfassers ist auch dieser Organisationsgrad noch zu hoch gegriffen. Fehlerquellen sind vor allem die mangelnde Berücksichtigung der Pensionisten, Schutzmitglieder³⁾ und Studenten, die beim BLLV

-
- 1) In Abschnitt 3 sind die Ergebnisse der Personalratswahlen detailliert aufgeführt und analysiert.
 - 2) Quelle: Interview Bruckner, Bayerischer Philologenverband, vom 25.11.1971.
Interview Frister, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, vom 25. 9. 1971.
Interview Glück, Katholische Erziehergemeinschaft, vom 11.10.1971.
 - 3) Gemäß § 5 Absatz 3 der Satzung werden verwitwete Ehegatten, minderjährige Kinder sowie volljährige ledige, verwaiste und berufslose Kinder verstorbener Verbandsmitglieder als Schutzmitglieder geführt. Schutzmitglieder können alle Schutz- und Sozialeinrichtungen des Verbandes in Anspruch nehmen.

am 1. 4. 1972 immerhin 13.000 Mitglieder von insgesamt 37.000 Mitgliedern stellen. Mit anderen Worten: Von 37.000 Mitgliedern üben nur 24.000 Mitglieder aktiv den Lehrerberuf aus. Fast 6.000 Mitglieder sind Pensionisten, über 2.000 Schutzmitglieder und über 5.000 Studenten.

Aufgeteilt nach BLLV-Bezirksverbänden, ergibt sich folgendes Bild:¹⁾

Bezirksverband	aktive Mitglieder	Pensionisten	ohne Beiträge	Schutz- mitglieder	sonstige Mitglieder	Summe
Oberbayern	3.692	845	13	292	4	4.846
Niederbayern	2.546	523	32	215	1	3.317
Oberpfalz	2.578	536	15	250	3	3.382
Oberfranken	3.235	833	—	467	—	4.535
Mittelfranken	2.682	727	14	358	—	3.781
Unterfranken	3.270	620	27	182	—	4.099
Schwaben	3.342	718	—	264	—	4.324
München	1.774	455	—	133	4	2.366
Nürnberg	953	392	5	104	—	1.454
gesamt	24.072	5.649	106	2.265	12	32.104
+ Studierende:						
	Pädagogische Hochschulen			4.557		
	Handarbeit und Hauswirtschaft			172		
	Fachlehrer			31		
	Pädagogische Assistenten			450		5.210
Mitglieder insgesamt						37.314

Nach einer am 14. 4. 1972 bei den BLLV-Bezirksvorsitzenden im Rahmen der Fragebogenaktion durchgeführten Umfrage erreichte der BLLV im Schuljahr

1) Quelle: Mitgliederstand am 1. 4. 1972 gemäß einer Aktennotiz des BLLV-Schatzmeisters.

1971/72 in den einzelnen Sparten den folgenden Organisationsgrad in Bayern:¹⁾

Tätigkeit	hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer insgesamt	davon BLLV- Mitglieder	Organisations- grad
Lehrer an Grund- und Hauptschulen	31.500	18.821	ca. 60 %
Lehrer an Sonderschulen	2.550	ca. 1.100	40 %
Lehrer an Real- schulen	6.600	177	ca. 3 %
Lehrer an Gymna- sien	12.600	11	0 %
Lehrer an Berufs- schulen	4.000	78	ca. 2 %
Schulleiter von Grund-, Haupt- und Sonderschulen	3.358	2.675	ca. 80 %
Schulräte	255	193	ca. 75 %
Seminarleiter	302	205	ca. 68 %
Fachlehrer	5.068	ca. 2.100	ca. 42 %
Prof., Doz., Wiss. Ass. an PHn	267	ca. 80	ca. 30 %
Pensionisten	8.500	5.662	ca. 67 %
in Ausbildung ²⁾	10.000	5.210	ca. 52 %
gesamt	85.000	36.312	ca. 43 %

- 1) Das folgende Zahlenmaterial basiert auf Angaben der BLLV-Bezirksvorsitzenden und korrespondiert nicht völlig mit vorstehender Übersicht, die der BLLV-Schatzmeister anhand der Angaben der Bezirkskassierer erstellte. Schutzmitglieder sind bei der Ermittlung des Organisationsgrades nicht berücksichtigt.
- 2) Erfasst sind die PH-Studenten, Fachlehrerstudenten incl. Handarbeit und Hauswirtschaft sowie Pädagogische Assistenten in Ausbildung.

Es ergibt sich ein Organisationspotential von insgesamt 85.000 Personen, das dem BLLV gemäß § 5 Absatz 2 der Satzung zur Verfügung steht, gegenwärtig jedoch nur zu 43 % ausgeschöpft wird. Berücksichtigt man weiter die 12.000 nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrkräfte an bayerischen Volksschulen¹⁾ sowie die Lehrerstudenten an den Universitäten, so erhält man sogar ein Organisationspotential von rund 100.000 Personen, das dann nur zu 36 % ausgeschöpft wäre.

Bemerkenswert hoch liegt der Organisationsgrad bei Schulleitern von Grund-, Haupt- und Sonderschulen mit 80 %, Schulräten mit 75 % und Seminarleitern mit 68 %, während der Organisationsgrad bei Grund- und Hauptschullehrern 60 % beträgt. Bei Berücksichtigung der nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrkräfte würde er nicht unwesentlich absinken.

In den fränkischen Bezirken liegt der Organisationsgrad in aller Regel etwas über dem Verbandsdurchschnitt, während er in den altbayerischen Bezirken leicht absinkt.

Es zeigt sich weiter, daß der BLLV ein "Volksschullehrerverband" geblieben ist, obwohl er von diesem Image wegzukommen trachtet und auch laut Satzung alle Männer und Frauen des bayerischen Bildungs- und Erziehungswesens organisieren möchte. Die neue Lehrerbildung, die den Stufenlehrer bringen wird, könnte allerdings wesentliche Veränderungen hervorrufen.

Die folgende Übersicht zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Mitgliedergruppen an der Gesamtmitgliederzahl des BLLV. Zugrundegelegt wurde wiederum das Zahlenmaterial, das bereits bei der Ermittlung des Organisationsgrades Verwendung fand. Schutzmitglieder sind nicht berücksichtigt.

1) Quelle: Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamtes, B I 1 - j/71, Nr. 308, ausgegeben im April 1972, S. 3.

Tätigkeit	BLLV-Mitglieder	prozentualer Anteil an der Gesamtmit- gliederzahl
Lehrer an Grund- und Hauptschulen	18.821	51,8 %
Lehrer an Sonderschulen	1.100	3,0 %
Lehrer an Realschulen	177	0,5 %
Lehrer an Gymnasien	11	0,0 %
Lehrer an Berufsschulen	78	0,2 %
Schulleiter von Grund-, Haupt- und Sonderschulen	2.675	7,4 %
Schulräte	193	0,5 %
Seminarleiter	205	0,6 %
Fachlehrer	2.100	5,8 %
Prof., Doz., Wiss.Ass. an PHn	80	0,2 %
Pensionisten	5.662	15,6 %
in Ausbildung	5.210	14,4 %
gesamt	36.312	100,0 %

Die Übersicht zeigt deutlich die überwältigende Stellung der Grund- und Hauptschullehrer im BLLV. Bemerkenswert hoch erscheint auch der Anteil der Pensionisten und der Studierenden an der Gesamtmitgliederzahl.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliederzahl schwankt in den einzelnen BLLV-Bezirksverbänden beachtlich.¹⁾ Während in den städtischen Bezirken München und Nürnberg bereits zwei von drei Mitgliedern Frauen sind, sinkt der Frauenanteil in den BLLV-Bezirksverbänden Oberpfalz und Oberfranken

1) Quelle: Umfrage bei den BLLV-Bezirksvorsitzenden am 14. 4. 1972.

auf 38 % ab. Im Gesamtverband liegt er bei 45 %. Da andererseits bereits 57 % der hauptamtlich und hauptberuflich an bayerischen Volksschulen 1971/72 unterrichtenden Klassenlehrer und Fachlehrer Frauen sind,¹⁾ läßt sich daraus schließen, daß die Frauen im BLLV unterrepräsentiert sind.

Die Bedeutung konkurrierender Lehrerorganisationen wird erst im Abschnitt 4 behandelt. Es kann jedoch als Ergebnis dieses Abschnitts bereits festgehalten werden, daß der BLLV durchaus repräsentativ für die Interessen der bayerischen Volksschullehrer zu sprechen vermag, deren dominierende Berufsvertretung er darstellt. Es erscheint jedoch bedenklich, diesen repräsentativen Charakter für die gesamte bayerische Lehrerschaft in Anspruch zu nehmen, wie es der BLLV des öfteren tut. So heißt es beispielsweise in einer Werbebroschüre:

"Die politische Arbeit leistet der BLLV als die Vertretung der bayerischen Lehrerschaft."²⁾

1) Quelle: Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamtes, B I 1 - j/71, Nr. 308, ausgegeben im April 1972, S. 5.

2) Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein (Hrsg.), BLLV, o. O., 1958, S. 7.
Ähnliche Formulierungen verwendete Wilhelm Ebert in seinen Reden in Erlangen am 15. 3. 1972, in Vilshofen am 28. 3. 1972 und in Coburg am 6. 4. 1972.

2.5. Die Finanzkraft des BLLV¹⁾

Der Finanzspielraum des Landesverbandes beträgt 1971 rund 2 Millionen DM. In der Regel werden diese Finanzmittel fast ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen aufgebracht. 1971 stellt jedoch insofern eine Ausnahme dar, als in diesem Jahr eine Beitragsneuregelung erfolgte, die erst 1972 zu einem ausgeglichenen Haushalt führen wird. 1971 mußten nicht unerhebliche Teile aus Vermögen zur Deckung der Etatlücken herangezogen werden.

Die Mitglieder haben monatlich einen Gesamtbeitrag zu entrichten, der sich aus dem Landesverbandsbeitrag und den Beiträgen zum Bezirks- und zum Kreisverband zusammensetzt. Nach der alten Beitragsregelung, die seit 1. Oktober 1967 in Kraft war, zahlten beispielsweise planmäßige Lehrkräfte im Beamtenverhältnis DM 6, -- Monatsbeitrag, Fachlehrer DM 5, --, Pensionisten DM 3, -- und Schutzmitglieder DM 0,50. 75 % dieser Einnahmen verblieben beim Landesverband, die restlichen 25 % wurden zwischen Bezirksverband und Kreisverband aufgeteilt, wobei der Aufteilungsschlüssel örtlich unterschiedlich war.

Nach der von der Landesdelegiertenversammlung Pfingsten 1971 in Bayreuth nach heftigen Diskussionen beschlossenen Beitragsneuregelung beträgt der Mitgliedsbeitrag ab 1. 10. 1971 einheitlich 0,6 % des Grundgehalts bzw. der Grundvergütung. Ortszuschlag, Stellenzulagen, Kindergeld, Zusatzunterricht, Weihnachtsgeld und ähnliches bleiben unberücksichtigt. Die folgende Übersicht zeigt die von den Mitgliedern gegenwärtig zu entrichtenden Monatsbeiträge im einzelnen:²⁾

-
- 1) Der Verfasser nahm an den Etatberatungen des Verbandes am 3. und 4. Dezember 1971 in Würzburg teil. Die folgenden Ausführungen fußen vorwiegend auf dem Zahlenmaterial, das dem Verfasser in Würzburg zugänglich war.
 - 2) Quelle: Offizielle Mitgliederbeitragstabelle des BLLV, Stand 1. 7. 1972.

MONATSBEITRAG IN PFENNIG

Stand 1. Juli 1972

0,6 % des Grundgebahes

Geburtsjahr	49/48	47/46	45/44	43/42	41/40	39/38	37/36	35/34	33/32	31/30	29/28	27/26	25/24	23/22	21/20
Dienstalters- stufe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 9	540	560	580	610	630	660	680	700	730	750	770	800	820		620
A 9 + Z	600	620	640	670	690	720	740	760	790	810	830	860	880		660
A 10	600	630	660	690	720	750	780	810	830	860	890	920	950		710
A 10 + Z	660	690	720	750	780	810	840	870	890	920	950	980	1010		760
A 11	700	730	760	790	820	850	880	910	940	970	1000	1030	1060	1090	820
A 12	760	800	830	870	900	940	970	1010	1050	1080	1120	1160	1190	1230	920
A 12 + Z	820	860	890	930	960	1000	1040	1070	1110	1140	1180	1220	1250	1290	970
A 13	860	900	940	980	1020	1060	1090	1130	1170	1210	1250	1290	1330	1370	1020
A 13 + Z	940	980	1020	1060	1100	1140	1170	1210	1250	1290	1330	1370	1410	1450	1080
A 14	890	940	990	1040	1090	1140	1190	1240	1290	1340	1390	1440	1490	1540	1160
A 14 + Z	990	1040	1090	1140	1190	1240	1290	1340	1390	1440	1500	1550	1600	1650	1230
A 15	1000	1050	1110	1170	1220	1280	1330	1390	1440	1500	1550	1610	1660	1720	1330
A 16	1110	1170	1240	1300	1370	1430	1490	1560	1620	1690	1750	1820	1880	1940	2010
															1500

Ehegatten von Mitgliedern zahlen als Mitglieder nur 50 % des in der Tabelle aufgeführten Beitrags. Schutzmitglieder, Beschäftigte im Auslandsschuldienst, Fachlehreranwärter und Assistentenanwärter zahlen einen Monatsbeitrag von DM 1, --. Studierende sind beitragsfrei.

Bei Doppelmitgliedschaft in einem der folgenden Verbände wird der Beitrag um 25 % ermäßigt:

- (1) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern
- (2) Bayerischer Philologenverband
- (3) Mittelschullehrerverband
- (4) Sonderschullehrerverband
- (5) Verband Bayerischer Schulverwaltungsbeamter
- (6) Berufsschullehrerverband
- (7) Bayerischer Diplom-Handelslehrerverband
- (8) Verband der Landwirtschaftslehrer in Bayern.

Konfessionelle und politische Lehrerverbände fallen nicht unter die Ermäßigung. Auffallend ist, daß Mitgliedern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft immer noch eine Beitragsermäßigung eingeräumt wird. Es handelt sich hierbei um ein Relikt aus der Zeit der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände".¹⁾

Durch diese Beitragsneuregelung erhöht sich das Beitragsaufkommen um rund 35 %.²⁾ Gleichzeitig erfolgt eine Dynamisierung des Beitragsaufkommens, da der BLLV in Zukunft an den Besoldungserhöhungen partizipieren wird, die schon allein im Hinblick auf die weiter zu erwartenden hohen Geldentwertungsraten sowie der als Folge der neuen Lehrerbildung wahrscheinlichen Einstufung aller Lehrer in den Höheren Dienst nicht unerheblich sein dürften.

1) Vgl. Abschnitt 4.

2) Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 125 vom 26. 5. 1971.

Ein Blick in die Vergangenheit verdeutlicht, welche bedeutenden Auswirkungen diese sogenannte Dynamisierung des Beitragsaufkommens auf die Finanzkraft des Verbandes haben kann. Aus einer von der Landespolitischen Hauptstelle am 26. 2. 1971 erstellten Statistik ist ersichtlich, daß ein bayerischer Volksschullehrer in der Zeit von 1965 bis 1971 Besoldungszugewinne linearer und struktureller Art von insgesamt 61,91 % erzielte. Ein Oberlehrer brachte es im gleichen Zeitraum auf 56,67 %.

Es bleibt festzuhalten, daß sich der Finanzspielraum des BLLV in den folgenden Jahren laufend ausdehnen wird. Der Durchschnittsbeitrag je zahlendes Mitglied wird gegenwärtig bereits auf DM 9,50 je Monat geschätzt.¹⁾ Dieser Gesamtbeitrag wird nach der Neuregelung wie folgt aufgeteilt:

Landesverband	70 %	=	DM 6,65
Bezirksverband	18 %	=	DM 1,71
Kreisverband	12 %	=	DM 1,14
			DM 9,50 ²⁾

Insgesamt gesehen fließen damit dem Landesverband nach eigenen Schätzungen jährlich rund DM 2,3 Mio. zu. Ein BLLV-Bezirksverband kann über jährlich rund DM 100.000,-- verfügen. Bei den Kreisverbänden schwanken die Beitrags-einnahmen erheblich je nach Mitgliederstärke.

Die Austritte, die sich als Folge dieser beträchtlichen Beitragsanhebung einstellten, sind relativ bescheiden geblieben. Eine Befragung der BLLV-Bezirks-

1) Quelle: Bezirksversammlung des BLLV-Bezirksverbandes Oberbayern in München am 13. 11. 1971, eigene stenographische Notizen, S. 14.

2) Einheitlich festgelegt ist nur die Aufteilung 70 % Landesverband zu 30 % für Bezirks- und Kreisverband. Der Aufteilungsschlüssel zwischen Bezirksverband und Kreisverband ist dagegen örtlich unterschiedlich geregelt.

verbände ergab, daß die Zahl der Austritte zwischen 1,5 % und 8 % schwankt.¹⁾ Nur in regionalen Einzelfällen sind gehäufte Austritte bekannt geworden. Die Gründe hierfür sind verschiedenartig; die Beitragsneuregelung oft nur ein Vorwand.

Eine politikwissenschaftliche Arbeit kann sich nicht darauf beschränken, lediglich die absolute Höhe der jährlich zur Verfügung stehenden Etatmittel und deren Aufbringung zu nennen. Vielmehr ist zu analysieren, welche politisch einsetzbare Manövriermasse dem Verband zur Verfügung steht.

Eine Analyse des Etats 1971 sowie des Haushaltsvoranschlags 1972 des Landesverbandes zeigt, daß über 90 % des Etats starr sind und auch im Falle einer ersten politischen Auseinandersetzung kaum umgeschichtet werden könnten. Sicherlich ist keine verbindliche Aussage möglich, welche Etatmittel letztendlich wirklich starr sind, denn Ausnahmesituationen lassen auch Ausnahmeentscheidungen zu. Dennoch erscheint es aufschlußreich, den Etat des BLLV nach den wichtigsten Etatposten aufzuschlüsseln:

(1) Personalkosten inklusive Sozial- und Zusatzversicherungen sowie Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Funktionäre	ca. 34 %
(2) Mittel für die Arbeit der Hauptstellen, Referate und Fachgruppen	ca. 14 %
(3) Verbandszeitschrift	ca. 12 %
(4) Soziales Wirken	ca. 8 %
(5) Beitragszahlung an den Deutschen Lehrerverband	ca. 8 %
(6) Nachwuchsförderung (Studenten und Junglehrer)	ca. 8 %
(7) Verbandsführung (Sitzungen, Tagungen, Reisekosten)	ca. 8 %
(8) Verwaltungskosten	ca. 5 %

1) Quelle: Bericht über eine Tagung von BLLV-Präsidium, Bezirksvorsitzenden und Bezirkskassierern am 1. 3. 1972 in Nürnberg, S. 3.

In den Etats des BLLV sind bisher keinerlei finanzielle Reserven oder strategische Rückstellungen eingeplant. Auch wäre das Verbandsvermögen, das vorwiegend in sozialen Einrichtungen angelegt ist, nicht schnell zu liquidieren. Dazu kommt, daß der BLLV über keine Streikkasse verfügt. Die vom Verfasser durchgeführte Fragebogenaktion zeigt jedoch, daß 44 % der Mitglieder ein Eintreten des BLLV für das Streikrecht für Lehrer auch dann befürworten, wenn dies eine weitere Anhebung des Mitgliedsbeitrages zur Folge haben würde, um den Mitgliedern im Falle eines Streiks eine Unterstützung zahlen zu können.¹⁾

Diese Ausführungen machen verständlich, warum einige BLLV-Vorstandsmitglieder die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages auf 0,6 % des Grundgehalts für zu niedrig hielten und für 0,7 % des Grundgehalts plädierten. Damit würde der BLLV immer noch unter den Beitragssätzen vergleichbarer Berufsverbände liegen,²⁾ auch hätte sich deshalb die Zahl der Austritte nicht wesentlich erhöht. Diese Chance ist jedoch zumindest für die nächsten Jahre vertan. So verbleibt nur die Möglichkeit, über eine verstärkte Mitgliederwerbung den Finanzspielraum des Verbandes weiter auszudehnen.

Als Ergebnis dieses Abschnitts bleibt festzuhalten, daß dem BLLV zwar laufend erhebliche Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zufließen, daß diese Mittel jedoch weitestgehend fixiert sind. Da auch keine Streikkasse oder strategische Reserven angelegt sind, bleibt die politisch einsetzbare Manövriermasse sehr begrenzt. "Gleichwohl wäre es ein vulgär-marxistischer Irrtum, die Finanzstärke mit Einfluß gleichzusetzen."³⁾

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 234. Vgl. Fragen 26, 27 und 28 des Fragebogens. Diese Problematik wird in Abschnitt 6 noch eingehend analysiert.

2) Bei der verbandsinternen Diskussion über die Beitragsneuregelung wurden zum Vergleich die Beitragssätze der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie der Gewerkschaft ÖTV herangezogen.

3) Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, a.a.O., S. 57.

3. Die institutionalisierte Interessenvertretung in Form des Lehrerpersonalrats

3.1. Allgemeine Bemerkungen

Durch das Bayerische Personalvertretungsgesetz vom 21. 11. 1958 wird eine Interessenvertretung für Lehrer von Gesetzes wegen institutionalisiert. Am 24. 6. 1959 werden erstmals Personalräte gewählt. Bereits 1951 und 1954 fanden Wahlen aufgrund des Betriebsrätegesetzes statt. Da das Betriebsrätegesetz jedoch auf die Bedürfnisse der freien Wirtschaft zugeschnitten war und zudem Betriebsräte nur auf der Ebene der Schulaufsichtsbezirke gewählt wurden - eine Stufenvertretung auf Regierungsebene oder ministerieller Ebene war nicht vorgesehen - waren die Einflußmöglichkeiten so bescheiden, daß auf eine Würdigung der Interessenvertretung der Lehrer aufgrund des Betriebsrätegesetzes im Rahmen dieser Arbeit verzichtet werden kann. .

Obwohl das Bayerische Personalvertretungsgesetz dem Personalrat nur eine außerordentlich schwache rechtliche Position zuerkennt - ganz abgesehen von der Partnerschaftsideologie, die aufgrund des Selbstverständnisses des BLLV ohnehin nie in Frage gestellt wird - zeigte sich der BLLV mit diesem Gesetz zufrieden:

"Es ist verständlich, daß die Gewerkschaften mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht zufrieden waren, es wurde praktisch das Mitbestimmungsrecht und die Beteiligung an wirtschaftlichen Fragen gestrichen. Für die besonderen Anliegen des BLLV ergaben sich im Landtag jeweils ausreichende Mehrheiten, so daß wir feststellen können: Wir sind mit diesem Gesetz zufrieden."¹⁾

1) Gemählich, Kurt, Das Bayerische Personalvertretungsgesetz, in: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 16, S. 270.

Heute hat sich dagegen die Einstellung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz geändert. Auf der Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth gab der derzeitige Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Kultusministerium, Siegfried Hausknecht, der gleichzeitig Leiter der Standespolitischen Hauptstelle des BLLV ist, die Parole aus:

"Mehr Mitbestimmung der Lehrerschaft im Schulbereich tut not. Überfällig ist eine Reform des derzeit geltenden Bayerischen Personalvertretungsgesetzes. Die Personalräte, die mit diesem Gesetz arbeiten müssen, sind nicht darum zu beneiden. Was wir brauchen, ist an Stelle der fast überall vorgeschriebenen Mitwirkung - die kaum Entscheidungscharakter hat - die Mitbestimmung, die den Lehrer in die Lage versetzt, die Vorgänge auch im Personalbereich transparent zu machen."¹⁾

Da die Novellierungsvorschläge des Verbandes im Bayerischen Landtag scheiterten, hofft man nun auf den Bundesgesetzgeber. Das Bundeskabinett hat am 24. 5. 1972 den Entwurf des neuen Bundes-Personalvertretungsgesetzes verabschiedet. Aufgrund der vorgezogenen Wahlen ist aber mit einer Beratung dieser Novelle noch in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen.

1) Informationen für Personalräte Nr. 4/71 vom 2. 7. 1971, S. 2.

3.2. Die institutionalisierte Interessenvertretung aufgrund des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes von 1958

Entsprechend dem staatlichen Behördenaufbau wird eine dreistufige Vertretung gewählt. Bei jeder Instanz, die über Angelegenheiten des Lehrers entscheidet, wird somit ein Personalrat gebildet:

die örtlichen Personalräte bei den Staatlichen Schulämtern;

die Bezirkspersonalräte bei den sieben Regierungen;

der Hauptpersonalrat beim Kultusministerium.

Im Bezirks- und Hauptpersonalrat, in denen auch die Verwaltungsbeamten, die Angestellten, die Arbeiter sowie Lehrer anderer Schularten vertreten sind, bilden die Volksschullehrer eine eigene Gruppe, die für sich allein berät und beschließt. Im Hauptpersonalrat haben die Volksschullehrer fünf Sitze inne, im Bezirkspersonalrat drei. In Schulaufsichtsbezirken mit weniger als 150 Lehrkräften besteht der Personalrat aus fünf, in Bezirken bis zu 300 Lehrkräften aus sieben Mitgliedern.

Die Aufgaben des Personalrats lassen sich in drei große Gruppen gliedern:¹⁾

Allgemeine Aufgaben:

Der Personalrat verfügt über ein Initiativrecht, d. h. er kann Maßnahmen beantragen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen. Ferner nimmt er Beschwerden entgegen und versucht, durch Verhandlungen mit dem Leiter der Dienststelle eine Abschaffung der Mißstände zu erreichen.

1) Die folgende Systematik verwendet der Leiter der Rechtsabteilung des BLLV, Friedrich Lehmann, in seinem Artikel "Personalrat und Rechtsschutz" in: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 26, S. 426.

Mitwirkung:

Der Personalrat wirkt sowohl bei sozialen Angelegenheiten (z. B. Gewährung von Unterstützungen, Zuweisungen von Wohnungen, Regelung der Ordnung in der Dienststelle, Fortbildung) als auch bei personellen Angelegenheiten (z. B. Einstellung, Anstellung, Beförderung, Versetzung, Entlassung) mit. Der Personalrat kann hierbei jedoch einen Entscheid weder erzwingen noch abändern. Er wird lediglich bei der Erörterung des Problems hinzugezogen und kann gegebenenfalls die vorgesetzte Dienststelle anrufen. Die Bedeutung des Mitwirkungsrechts liegt vorwiegend in der mit der Information und Beratung verbundenen mittelbaren Einflußnahme. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet letztlich der zuständige Staatsminister, dessen Entscheidung die Zustimmung des Personalrats ersetzt.

Mitbestimmung:

Das Mitbestimmungsrecht wurde praktisch wieder aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Ursprünglich war eine paritätisch besetzte Einigungsstelle für Streitfälle in Mitbestimmungsfragen vorgesehen, die jedoch bei den Beratungen im Landtag auf der Strecke blieb. Die verbliebenen kärglichen Reste beziehen sich mehr auf die Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst, sind aber für beamtete Lehrer von keinerlei Bedeutung.

Besonders problematisch erscheint § 55 PersVG, der zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet und einen Rollenkonflikt institutionalisiert. Der Personalrat gerät nämlich in eine Pufferstellung, die durch die Friedenspflicht, die Schweigepflicht und die Forderung nach prinzipieller Unabhängigkeit von den Gewerkschaften noch verstärkt wird. Diese Problematik wird anhand des Fallbeispiels, das im Abschnitt 3.5. analysiert wird, noch eingehend diskutiert. Es kann hier jedoch vorausgeschickt werden, daß dieses Beispiel aus dem Jahre 1960 in eklatanter Weise verdeutlicht, welch autoritäres Bewußtsein in Teilen der bayerischen Beamtenschaft noch vorhanden ist.

Dieses Beispiel zeigt aber auch, daß der Personalrat von seiner rechtlichen Konstruktion her keine innerbetriebliche Gegenmacht darstellen kann, sondern ein Instrument der Partnerschaftsideologie ist. Der BLLV bekennt sich zu dieser Ideologie, wenn er schreibt:

"Es liegt wohl im Sinn der Einrichtung der Personalräte und der Form ihrer Mitwirkung, daß sie mehr auf Diskussion und gemeinsame Erwägung und auf das Suchen nach einer akzeptablen Lösung für beide Seiten, d. h. also auf einen Kompromiß, bedacht ist, als daß sie Komplikationen und Streitfälle erzeugen oder erhalten soll. Ich darf hier für den BLLV wohl versichern, daß er die Personalräte nicht als Instrument des Kampfes gegen Schulverwaltung und -aufsicht gebrauchen wird, sondern daß er vielmehr bemüht sein wird, durch sie ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen der Lehrerschaft und der Schulverwaltung anzubahnen."¹⁾

Der Personalrat ist für den BLLV vor allem in personalpolitischer Hinsicht interessant. Wie Abschnitt 3.4. zeigt, eröffnen sich auf diesem Gebiet durchaus Einflußmöglichkeiten.

Der BLLV hat im Rahmen seiner Standespolitischen Hauptstelle eine eigene Arbeitsgruppe "Personalvertretung" gebildet, die sich mit allen Fragen des Personalvertretungsrechts befaßt. Zur Schulung und praktischen Unterstützung der in der Personalratsarbeit tätigen Mitglieder erscheinen etwa alle zwei Monate die "Informationen für Personalräte". Der Verteiler umfaßt 330 BLLV-Personalräte, die auf allen drei Ebenen der Personalvertretung tätig sind. Als weitere Hilfen erschienen die Broschüren "Die Personalversammlung", "Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalrat" und "Personalratswahlen". Für die Personalratswahlen 1969 wurden darüber hinaus Prospekte in der beachtlichen Auflagenhöhe von 90.000 Stück gedruckt.²⁾

1) Gemählich, Kurt, Das Bayerische Personalvertretungsgesetz, a.a.O., S. 271.

2) Quelle: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Geschäftsbericht 1969/71, o. O., o. J., S. 86.

3.3. Die Personalratswahlen

In den Monaten vor den Personalratswahlen entwickelt der BLLV eine verstärkte Aktivität, die nicht nur auf die Unterstützung der eigenen Kandidaten gerichtet ist, sondern zu einem wesentlichen Teil der Mitgliederwerbung dient. Erfahrungsgemäß lassen sich nämlich in dieser Zeit bisher nicht organisierte Kollegen leichter als Verbandsmitglieder gewinnen. Neben der Verbandszeitung setzt der BLLV Broschüren und Prospekte ein, in denen er die Leistungen des Verbandes herausstellt und sich gegenüber konkurrierenden Lehrerverbänden abzugrenzen versucht.

Der BLLV stellt als einziger Lehrerverband in sämtlichen Wahlkreisen eine eigene Liste auf. Bei den ersten Personalratswahlen 1959 lag in 132 Wahlkreisen von insgesamt 196 Wahlkreisen nur der Wahlvorschlag des BLLV vor. Dem bedeutendsten Mitbewerber, nämlich der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG), war es nur in 64 Kreisen gelungen, einen eigenen Wahlvorschlag einzureichen. Die GEW Bayern hatte damals überhaupt nicht kandidiert. Sie versuchte erstmals bei den letzten Personalratswahlen 1969, eine eigene Liste auf Regierungsbezirksebene in Oberbayern einzubringen, blieb jedoch erfolglos. Bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat hatte sie auch 1969 noch keine eigene Liste aufgestellt. Schon daraus ergibt sich die dominierende Stellung des BLLV.

Mit besonderer Spannung sah man dem Ausgang der ersten Personalratswahlen am 24. Juni 1959 entgegen. Obwohl mit einer hohen Wahlbeteiligung gerechnet wurde, übertraf die tatsächliche Wahlbeteiligung der Gruppe Lehrer an Volksschulen mit 90,83 % alle Erwartungen. Nur 2.586 Lehrer und Lehrerinnen von insgesamt 26.893 Wahlberechtigten gingen nicht zur Wahlurne.¹⁾ Auch bei den letzten Personalratswahlen im Jahre 1969 war die Wahlbeteiligung mit 83,16 % noch erstaunlich hoch.

1) Quelle: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 22/23, S. 374.

Die Wahlen im Jahre 1959 brachten erstmals auch einen Aufschluß über das bis dahin heftig umstrittene Kräfteverhältnis zwischen BLLV und KEG. Der BLLV errang einen überwältigenden Sieg. Fast 81 % der bayerischen Volksschullehrer stimmten für den BLLV, 19 % für die KEG. Diesen Erfolg kommentierte der BLLV mit den Worten:

"Auf die sauberste und fairste Weise, mit dem Stimmzettel, hat die bayerische Lehrerschaft den BLLV beauftragt, sie zu vertreten und für sie zu sprechen. Wir nehmen an, daß die Minorität diese Tatsache nach demokratischer Gepflogenheit respektiert. Die bisher in Umlauf gehaltenen Legenden, so etwa, viele Kollegen seien nur gezwungenermaßen beim BLLV, mit ihrem Herzen seien sie bei der KEG, oder der BLLV lebe nur von den Pensionisten, die Jugend wende sich von ihm ab, oder die Führung des BLLV vertrete gar nicht Meinung und Willen der Mitglieder, können nun in den Abfalleimer geworfen werden."¹⁾

Der BLLV konnte seine dominierende Stellung in allen bisher stattgefundenen fünf Personalratswahlen halten, trotz der Verbandskrise, trotz der Abwesenheit Wilhelm Eberts in den Jahren von 1962 bis 1967. Die Gesamtentwicklung seit 1959 zeigt das folgende Schaubild, das die Ergebnisse der Wahlen zum Hauptpersonalrat beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus für die Gruppe Lehrer an Volksschulen widerspiegelt. Die Prozentsätze beziehen sich stets auf die abgegebenen gültigen Stimmen.²⁾

1) Gemählich, Kurt, Erfolg des BLLV bei den Personalratswahlen, in: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 24, S. 396.

2) Quelle: Diese und die folgenden Zahlenangaben sind jeweils den Informationen für Personalräte Nr. 4/69 vom 11. 7. 1969 entnommen.

Jahr	BLLV in %	Veränderung gegenüber vor- heriger Wahl in %	KEG in %	Veränderung gegenüber vor- heriger Wahl in %
1959	80,60		19,40	
1961	78,60	- 2,00	21,40	+ 2,00
1963	78,17	- 0,43	21,83	+ 0,43
1966	77,41	- 0,76	22,59	+ 0,76
1969	79,44	+ 2,03	20,56	- 2,03

Eine Aufschlüsselung der Wahlergebnisse nach Regierungsbezirken zeigt, daß der BLLV in den fränkischen Gebieten besonders stark ist. Die folgende Übersicht zeigt die Ergebnisse der Wahlen zum Hauptpersonalrat, Gruppe Lehrer an Volksschulen, des Jahres 1969:

Regierungsbezirk	Stimmen für den BLLV in %
Oberbayern	78,86
Niederbayern	70,50
Oberpfalz	76,56
Oberfranken	85,53
Mittelfranken	90,57
Unterfranken	77,59
Schwaben	77,10

Der Gruppe Lehrer an Volksschulen stehen im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium fünf Sitze zu. Vier Sitze entfallen auf den BLLV, ein Sitz auf die KEG. Vorsitzender des siebzehnköpfigen Hauptpersonalrats wurde 1969 wiederum der Spitzenkandidat des BLLV, Siegfried Hausknecht. 12 Stimmen entfielen auf ihn neben zwei Enthaltungen. Ein Gegenkandidat war nicht benannt worden.

Hausknecht hatte bereits den Vorsitz von 1966 bis 1969 inne. Der erste Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Kultusministerium war 1959 Wilhelm Ebert, auf ihn folgte Kurt Gemählich, damals ebenfalls noch BLLV-Mitglied.

Die Wahlen der Bezirkspersonalräte bei den sieben Regierungen, Gruppe Lehrer an Volksschulen, werden ebenfalls klar vom BLLV beherrscht. 1969 stimmten 77,13 % für den BLLV. Von den insgesamt 21 Sitzen konnte der BLLV 19 Sitze, die KEG zwei Sitze gewinnen. Die KEG verlor gegenüber 1966 je einen Sitz in Oberbayern und in der Oberpfalz, gewann dagegen einen Sitz in Schwaben. Die GEW Bayern hatte erstmals auf Regierungsbezirksebene in Oberbayern eine Liste eingebracht, blieb aber erfolglos. Die detaillierten Ergebnisse der Wahlen der Bezirkspersonalräte bei den Regierungen, Gruppe Lehrer an Volksschulen, des Jahres 1969 zeigt das folgende Schaubild:

Regierungsbezirk	Abgegebene gültige Stimmen für den BLLV in %	Sitzverteilung			
		BLLV	KEG	GEW	Sonstige
Oberbayern	73,31	3	-	-	-
Niederbayern	71,85	2	1	-	-
Oberpfalz	75,94	3	-	-	-
Oberfranken	84,82	3	-	-	-
Mittelfranken	88,88	3	-	-	-
Unterfranken	79,40	3	-	-	-
Schwaben	70,81	2	1	-	-
insgesamt	77,13	19	2	-	-

Abschließend noch die Ergebnisse der Wahlen der örtlichen Personalräte bei den Staatlichen Schulämtern des Jahres 1969:

Regierungsbezirk	Stimmen für den BLLV in %	Sitzverteilung			
		BLLV	KEG	GEW	Sonstige
Oberbayern	75,27	184	34	2	2
Niederbayern	74,05	120	34	-	-
Oberpfalz	78,25	115	29	-	-
Oberfranken	85,35	131	16	1	1
Mittelfranken	92,10	141	6	-	-
Unterfranken	78,50	136	26	-	-
Schwaben	76,96	145	30	-	-
insgesamt	79,34	972	175	3	3

Diese Wahlergebnisse sprechen für sich, sie bedürfen keines weiteren Kommentars. Es sei nur noch angemerkt, daß der BLLV in 187 von insgesamt 189 örtlichen Personalräten den Vorsitzenden stellt.

3.4. Bemerkungen zum Patronageproblem

"Nur am Rande sei bemerkt, daß potentiell die Personalvertretungsgesetze, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, zur Ämterpatronage durch nichtparlamentarische Verbände, die Beamteninteressen vertreten, führen können. Nach den meisten Personalvertretungsgesetzen wirkt der Personalrat bei Einstellung und Beförderung der Beamten mit, zum Teil hat er sogar ein Mitbestimmungsrecht. Beauftragte der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften können an Personalratssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Die Beamtengewerkschaften können auf diese Weise die Möglichkeit haben, die Personalpolitik auch im Sinne der Patronage zu beeinflussen - vor allem dann, wenn zugleich ihre Funktionäre im Personalreferat der betreffenden Behörde sitzen. Von derartigen Versuchen ist aber bisher nichts bekannt geworden."¹⁾

Allein aus der Tatsache der Mitwirkung bei Personalentscheidungen läßt sich nach Meinung des Verfassers noch nicht der Vorwurf der Patronage ableiten, da diese Mitwirkung ja gesetzlich sanktioniert ist. Hinzukommen muß vielmehr, daß nicht funktionsspezifische Faktoren, sondern partikulare Verbandsinteressen den Ausschlag für die Auslese einer bestimmten Persönlichkeit geben. Da nun aber die objektive Beurteilung einer Persönlichkeit außerordentlich problematisch ist, ist es auch außerordentlich problematisch zu beurteilen, ob Patronage vorliegt oder nicht. In aller Regel werden auch subjektive Momente mit einfließen, ohne daß man bereits von Patronage sprechen möchte. Zweifellos gibt es auch vermeintliche Patronagemärtyrer,²⁾ die einen Patronageverdacht nur erregen, um ein Alibi für ihre eigenen Unzulänglichkeiten zu erhalten.

1) Eschenburg, Theodor, Ämterpatronage, Stuttgart 1961, S. 68 und 69.

2) Ebenda, S. 70.

Andererseits wird von Kennern der Materie wie beispielsweise Regierungsschuldirektor Ludwig Glück, langjähriger Vorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayerns und Leiter des Staatlichen Schulamtes München, darauf hingewiesen, daß die beamtenrechtlichen Vorschriften nicht stark genug sind, um Patronageeinwirkungsmöglichkeiten und -versuche der Verbände auf allen Ebenen zu unterbinden. Allein aufgrund der stets latent vorhandenen Patronagemöglichkeit bemächtigt sich mancher Beamter ein Gefühl der Unsicherheit, das auf ihre Verhaltensweise ausstrahlt und nicht selten dazu beiträgt, daß "Gefälligkeiten" erfüllt und Härten vermieden werden.¹⁾

Es bleibt zunächst festzuhalten, daß der BLLV über optimale Voraussetzungen für Patronageeinwirkungsmöglichkeiten verfügt. Er besitzt nicht nur eine erdrückende Mehrheit in den Personalvertretungen, sondern organisiert darüber hinaus den weitaus größten Teil der Schulräte und Schulverwaltungsbeamten bei den Regierungen. Aus einer am 14. 4. 1972 bei den BLLV-Bezirksvorsitzenden durchgeführten Umfrage ergibt sich, daß der BLLV 193 von insgesamt 255 bayerischen Schulräten organisiert; das ergibt einen Organisationsgrad von 75 %. In der Oberpfalz kommt er sogar auf 96 %, in Mittelfranken auf 90 % und in Oberfranken auf 85 %.²⁾ Dazu kommt, daß Schlüsselpositionen in den Regierungsschulämtern sowie in der für Volksschulen zuständigen Abteilung III des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von BLLV-Mitgliedern oder dem BLLV nahestehenden Persönlichkeiten besetzt sind. So war beispielsweise der Leiter der Abteilung III A des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Ministerialdirigent Felber, langjähriges BLLV-Mitglied, bevor er als Folge der im nächsten Abschnitt 3.5. behandelten Auseinandersetzungen zwischen dem Regierungspräsidenten von Schwaben und dem Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats bei der Regierung von Schwaben aus dem

1) Quelle: Interview Glück vom 11. 10. 1971, eigene stenographische Aufzeichnungen, S. 8.

2) Quelle: Umfrage bei den BLLV-Bezirksvorsitzenden am 14. 4. 1972.

BLLV austrat. Dennoch ist das Verhältnis durchaus freundschaftlich geblieben. Der Leiter des Referats III A 2 des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Ministerialrat Keitel, der wesentliche Bereiche des Volksschulwesens verwaltet, ist ebenfalls langjähriges BLLV-Mitglied. Die letzte Entscheidungsinstantz bei der Ernennung von Schulräten stellt der Kultusminister dar. Auch hier verfügt der BLLV über die nötige door opening power in Gestalt seines Präsidenten Wilhelm Ebert, um jederzeit Zugang zum Ort letzter Entscheidungsfindung zu erhalten.

Inwieweit nun der BLLV diese optimalen Voraussetzungen für Patronageeinwirkungsmöglichkeiten nützt und inwiefern sich Beamte als Patronageaspiranten fühlen und ihre Verhaltensweise danach richten, entzieht sich mangels gesicherter Informationen einer objektiven Beurteilung. Dem Verfasser ist nur ein einziger Fall aus dem Jahre 1969 bekannt geworden, der von mehreren Gesprächspartnern als Fall von Ämterpatronage bezeichnet wurde, obwohl auch hier die Grenzen fließend sind. Es handelt sich um den Fall des GEW-Mitglieds Emil Ammon, der im Schulaufsichtsbezirk Fürth Schulrat werden sollte. Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Siegfried Hausknecht, gleichzeitig Leiter der Landespolitischen Hauptstelle des BLLV, erhob Einspruch gegen die Ernennung des Rektors Ammon zum Schulrat, da Ammon von der Regierung von Mittelfranken nur auf die zweite Stelle der Vorschlagsliste gesetzt und mit der Qualifikation "gut geeignet" bedacht war, während der Mitbewerber Roland Kühn, BLLV-Mitglied, an erster Stelle der Vorschlagsliste stand und die Qualifikation "sehr gut" vorweisen konnte. Das Kultusministerium gab dem Einspruch statt und beauftragte Roland Kühn mit der Führung des Schulaufsichtsbezirks Fürth. Rektor Ammon leitete daraufhin eine Pressekampagne gegen den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats ein und beschuldigte diesen, er hätte sein Amt mißbraucht, weil er (Ammon) aktives Mitglied der GEW sei, während Kühn BLLV-Mitglied sei. Ammon beantragte am 7. 6. 1969 bei der Fachkammer für Personalvertretungssachen festzustellen, daß der Hauptpersonalrat bzw. dessen

Vorsitzender nicht befugt war, Einspruch gegen seine Ernennung zum Schulrat zu erheben. Der Antrag wurde jedoch von der Fachkammer für Personalvertretungssachen beim Verwaltungsgericht München am 11. 12. 1969 unter dem Aktenzeichen 9009/69 abgelehnt.

Dieser Fall wurde von der SPD aufgegriffen und am 25. 2. 1969 im Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen und am 13. 3. 1969 im Plenum des Bayerischen Landtags zur Sprache gebracht.¹⁾

Die SPD-Fraktion warf Kultusminister Huber vor, daß sie kein Vertrauen mehr in eine sachliche und unparteiische Personalpolitik von seiten des Kultusministeriums habe. Der SPD-Abgeordnete Haase behauptete, daß der Hauptpersonalrat in dieser Sache überhaupt nicht getagt, sondern der Vorsitzende des Hauptpersonalrats eigenmächtig interveniert habe. Delikaterweise war der Wortführer der SPD-Fraktion der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses, Anton Hochleitner, selbst langjähriges, aktives BLLV-Mitglied und eng befreundet mit dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, so daß sich auch hier wieder bewahrheitet, daß die Mitgliedschaft in einem Verband allein noch keine Aussagen zuläßt. Welche unterschiedlichen Wertungen gerade auf diesem Sektor getroffen werden, verdeutlicht der folgende Auszug aus dem stenographischen Bericht über die Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen am 25. 2. 1969:

"Im übrigen läßt er (Mitberichterstatler Adolf Härtl, SPD, Anm. d. Verf.) den Kultusminister wissen, daß die Stimmen im Lande - und das müsse auch heuer wieder gesagt werden - einfach nicht verstummen wollten, daß nur diejenigen Schulräte werden könnten, die dem Minister politisch ganz besonders nahe stünden; zumindest müsse einer der KEG angehören, um Schulrat werden zu können. (Vereinzelt Heiterkeit). Er verweist hierzu auf Ausführungen im

1) Quelle: Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht, 65. Sitzung vom 13. 3. 1969. Bayerischer Landtag, Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen, 65. Sitzung vom 25. 2. 1969.

Bayerischen Senat. (Staatsminister Dr. Huber: Dort ist gesagt worden, beim Evangelischen Arbeitskreis müssen sie sein! - Abgeordneter Wengenmeyer: Beim BLLV!)." ¹⁾

3.5. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Regierungspräsidenten von Schwaben und dem Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats bei der Regierung von Schwaben

Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrats bei der Regierung von Schwaben, Oberlehrer Hans Pletz, berichtet im Nachrichtenblatt des BLLV-Bezirksverbandes Schwaben über die einjährige Tätigkeit des Bezirkspersonalrats und führt u. a. aus:

"Der Sinn des Personalratsgedankens ist zweifellos die Demokratisierung der Verwaltung, d. h. die mitverantwortliche Beteiligung an Verwaltungsmaßnahmen durch die Betroffenen und die Pflege eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Verwaltenden und Verwalteten. Dies gilt trotz einer Äußerung des Herrn Regierungspräsidenten von Schwaben, daß die Verwaltung schon überdemokratisiert sei. Wir sind unnachgiebig der Meinung, daß eine wahre Demokratie nur unter realen Voraussetzungen existent ist.

Das Verhältnis des Staates gegenüber seinen Beamten ist durch seine übertragende Machtstellung ihnen gegenüber gekennzeichnet. Das demokratisierende, ausgleichende Moment in diesem Verhältnis liegt in der staatlichen Fürsorgepflicht. Dieser Gedanke ist in einem Urteil des Hamburger Oberverwaltungsgerichts vom 20. 12. 1956 ausgesprochen. Die Ausgewogenheit beider Pole scheint uns solange nicht erreicht zu sein, solange die Verwal-

1) Quelle: Bayerischer Landtag, Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen, 65. Sitzung vom 25. 2. 1969.

tungsstellen versuchen autoritativ-selbstherrlich in der Sache und in der Person zu wirken."¹⁾

Daraufhin erhält Hans Pletz einen fünf Seiten langen Brief des Regierungspräsidenten von Schwaben, Dr. Fellner, per Postzustellungsurkunde übermittelt, in dem ihm der Regierungspräsident von Schwaben mitteilt, er würde seinen Ausschuß aus dem Personalrat gemäß Art. 26 BayPVG beantragen, falls er seine "unglaublichen Angriffe" nicht durch eine publizierte Erklärung in der Verbandszeitung unverzüglich zurücknimmt. Dr. Fellner beruft sich vor allem auf Art. 55 BayPVG, nach dem der Personalrat alles zu unterlassen hat, was geeignet ist, den Frieden der Dienststelle zu gefährden.²⁾

Hans Pletz antwortet, daß es ihm aufrichtig leid täte, daß sein Bericht so mißverstanden wurde, und bittet um eine persönliche Aussprache.³⁾ Hierzu ist Dr. Fellner jedoch nur bereit, falls sich Hans Pletz vorab grundsätzlich be-reiterklärt, seine publizistischen Anschuldigungen durch eine öffentliche Erklärung richtigzustellen.⁴⁾

Als Hans Pletz mit Schreiben vom 11. 8. 1960 Aufklärung darüber erbittet, welche "publizierten Anschuldigungen" konkret in einer öffentlichen Erklärung richtig gestellt werden sollten, teilt ihm der Regierungspräsident von Schwaben mit Schreiben vom 17. 8. 1960 knapp mit, daß er seinen Ausschuß aus dem Bezirkspersonalrat beantragt habe.

1) Nachrichten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins, Kreisverein Schwaben, 1960, Nr. 4, o. S.

2) Quelle: Schreiben vom 7. Juli 1960.

3) Quelle: Schreiben vom 28. Juli 1960.

4) Quelle: Schreiben vom 5. August 1960.

Gleichzeitig ergeht an alle Stadt- und Bezirksschulämter des Regierungsbezirks Schwaben folgendes Schreiben:

"Betreff: Vollzug des Bay. PVG; hier Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Regierung von Schwaben.

Der Oberlehrer Hans Pletz hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Regierung von Schwaben in der Nr. 4/1960 der Nachrichten des Kreisvereins im Bayer. Lehrer- und Lehrerinnenverein haltlose Anschuldigungen wegen des Verhältnisses der Regierung zum Bezirkspersonalrat und insbesondere wegen der Behandlung von Angelegenheiten der Volksschullehrer erhoben. Ich habe ihm Gelegenheit gegeben, durch eine veröffentlichte Berichtigung wenigstens eine notdürftige Vertrauensgrundlage wiederherzustellen. Da Oberlehrer Pletz aber trotz wiederholter Beteuerung seines Interesses an einer Bereinigung durch Taktieren ausweicht, habe ich bei der Fachkammer gem. Art. 26, 52 Bay. PVG beantragt, ihn aus dem Bezirkspersonalrat auszuschließen.

Da der veröffentlichte Bericht des Bezirkspersonalratsvorsitzenden weit-
hin Aufsehen erregt hat, werden die Schulämter ermächtigt, bei Anlaß
von dieser Mitteilung Gebrauch zu machen."¹⁾

Im Laufe dieser Auseinandersetzung distanzieren sich die Mitglieder zunehmend von Hans Pletz, da - nach seinen eigenen Angaben - ein Druck von der Regierung ausgeübt wird. Die Kollegen sind ihm zwar wohlgesinnt, bringen aber nicht den Mut auf, sich mit ihm offen zu solidarisieren, so daß er schließlich in Schwaben weitgehend auf sich allein angewiesen ist.²⁾ Unterstützung wird ihm jedoch zuteil von dem Präsidenten des BLLV, Wilhelm Ebert, sowie von dem

1) Quelle: Schreiben vom 17. August 1960, Aktenzeichen I/2 - 104 D 1.

2) Quelle: Interview Pletz vom 24. 2. 1972, eigene stenographische Aufzeichnungen, insbesondere S. 2.

Vorsitzenden des Hauptpersonalrats im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Kurt Gemählich. Gleichzeitig erhält er Rechtsschutz vom BLLV. Am 7. 11. 1960 erläßt das Bayerische Verwaltungsgericht München, Fachkammer für Personalvertretungsangelegenheiten, folgenden Beschluß:

"Der Antragsgegner wird aus dem zur Zeit amtierenden Bezirkspersonalrat bei der Regierung von Schwaben ausgeschlossen."¹⁾

In der Urteilsbegründung führt die Fachkammer für Personalvertretungsangelegenheiten aus, daß die Grundkonzeption des Personalvertretungsgesetzes die vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht die Interessenwahrnehmung gegeneinander sei. Deshalb müßten Dienststellenleiter und Personalrat die gegenseitigen Befugnisse und Aufgaben respektieren und dienstliche Gegensätze vermeiden. Um den Frieden innerhalb der Dienststelle zu wahren und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Dienststelle beizulegen, hätten alle Beteiligten über die Besprechungen Stillschweigen zu bewahren. Gerade dagegen aber habe Hans Pletz verstoßen und dadurch die vertrauensvolle Zusammenarbeit erheblich gestört. Form und Inhalt des von Hans Pletz veröffentlichten Tätigkeitsberichts stellten eine gröbliche Pflichtverletzung dar. Auch ließe Hans Pletz den ernststen Willen zur Einigung vermissen.

Gegen diesen Beschluß legt Hans Pletz Beschwerde beim Fachsenat für Personalvertretungssachen beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof München ein. Am 10. 2. 1961 findet die mündliche Verhandlung statt. Nach geheimer Beratung fragt der Vorsitzende Hans Pletz, ob er bereit sei, folgende Erklärung abzugeben:

1) Bayerisches Verwaltungsgericht München, Fachkammer für Personalvertretungsangelegenheiten, Aktenzeichen IX - 9006/60.

"In meinem Tätigkeitsbericht 'Ein Jahr Personalräte' in einem Beiblatt der Nummer 4/60 der Nachrichten des BLLV, Kreisverein Schwaben, wollte ich weder der Regierung von Schwaben noch dem Herrn Regierungspräsidenten persönlich autoritativ-selbstherrliches Verhalten zum Vorwurf machen noch wollte ich zum Ausdruck bringen, daß die Behörde rechtswidrig Verwaltungsakte nicht erläßt und die freie Meinungsäußerung und Kritik unterdrückt. Noch viel weniger wollte ich erklären, daß der Herr Regierungspräsident dem Vollzug des Personalvertretungsgesetzes voreingenommen gegenüberstehe. Falls meinen Ausführungen etwas anderes entnommen werden konnte, bedaure ich dies hiermit ausdrücklich."¹⁾

Hans Pletz erklärt sich bereit, diese Erklärung abzugeben und in der Verbandszeitung sowie im Schulanzeiger für den Regierungsbezirk Schwaben zu veröffentlichen. Daraufhin hebt der Fachsenat den Beschluß des Verwaltungsgerichts München, Fachkammer für Personalvertretungsangelegenheiten, vom 7. November 1960 auf.²⁾

Der Fachsenat vertritt jedoch ebenfalls die Auffassung, daß Hans Pletz das zulässige Maß der einem Personalrat zustehenden öffentlichen Kritik an seiner Dienststelle wesentlich überschritten habe. Er hätte - "vielleicht in einem gewissen Gegensatz zu den Aufgaben und Rechten der Berufsverbände" - übermäßige Publicity vermeiden und durch interne Vorstellungen für eine Abhilfe der Mängel sorgen sollen.

Der Fachsenat hält ihm aber zugute, daß er durch die Abgabe obiger Erklärung zu erkennen gegeben habe, daß er nunmehr ernstlich gewillt sei, die

1) Quelle: Niederschrift über die mündliche Verhandlung des X. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 10. 2. 1961, Aktenzeichen 9 X 60.

2) Quelle: Bayerischer Verwaltungsgerichtshof München, X. Senat, Aktenzeichen 9 X 60.

gebotene Friedenspflicht in Zukunft gewissenhaft zu beachten. Damit sei die Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der Dienststelle in der Form wiederhergestellt. Zudem entfalle eine Verletzung der Schweigepflicht, da Dr. Fellner seine Meinung, das Personalvertretungsgesetz stelle eine Überdemokratisierung dar, auch anderwärts publiziert hätte. Insofern sei eine grobe Dienstpflichtverletzung nicht gegeben, und nur eine grobe Dienstpflichtverletzung würde den Ausschluß aus dem Personalrat rechtfertigen.

Als Folge dieser Auseinandersetzungen sind drei Schulaufsichtsbeamte der Regierung von Schwaben aus dem BLLV ausgetreten, weil auf sie die Berichterstattung und Tätigkeit des Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats bei der Regierung von Schwaben "befremdend" wirkte, und zwar die Schulräte Felber und Gabler sowie Wallner-Brachholz, Rektor mit Sonderaufgaben. Hier zeigt sich der Rollenkonflikt, in dem sich Schulaufsichtsbeamte befinden, die gleichzeitig Verbandsmitglieder sind.

Am 24. 2. 1972 erklärt Hans Pletz dem Verfasser, daß die Demokratisierung in der Schulverwaltung durch diese Auseinandersetzungen einen gewaltigen Antrieb erhalten habe.¹⁾ Dieses Beispiel und die hierzu ergangene Rechtsprechung zeigen jedoch deutlich, daß der Personalrat von seiner rechtlichen Konstruktion her ein Instrument der Partnerschaftsideologie ist und sich mehr zur Disziplinierung der öffentlich Bediensteten als zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen eignet. Folglich darf die erdrückende Mehrheit, die der BLLV in den Personalvertretungen besitzt, nicht zu hoch bewertet werden.

1) Quelle: Interview Pletz vom 24. 2. 1972.

4. Die Stellung des BLLV im Pluralismus der Lehrerverbände

Dieser Abschnitt wird eingefügt, um die "Konkurrenzsituation" des BLLV zu verdeutlichen und zu zeigen, welche Antwort der BLLV auf die zunehmenden Kompetenzverlagerungen nach Bonn fand. Die Ausführungen dieses Abschnitts vermögen jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

4.1. Der Pluralismus der Lehrerverbände in Bayern

Aufgrund des Anspruchs des BLLV, eine Berufsvertretung aller im bayerischen Erziehungs- und Bildungswesen tätigen Personen zu sein,¹⁾ erscheint es notwendig, das Kräfteverhältnis der bayerischen Lehrerverbände zu analysieren und daraus eine Aussage über die Konkurrenzsituation abzuleiten. Dieses Vorhaben ist mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, da zum einen eine starke Zersplitterung der Lehrerverbände besteht, traditionell bedingt vor allem durch unser 3-Klassen-Bildungssystem sowie durch konfessionelle Unterschiede, zum anderen aber nicht alle Verbände sehr publikationsfreudig sind. Der Verfasser stieß bei seinen Nachforschungen auf ein Dokument aus dem Jahre 1969, das wesentlich dazu beiträgt, das Kräfteverhältnis der bayerischen Lehrerverbände zu erhellen:

Nach dem Bayerischen Rundfunkgesetz sind die Lehrerverbände in Bayern berechtigt, gemeinsam einen Vertreter in den Rundfunkrat zu entsenden. Nach einer Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. 12. 1961 (Staatsanzeiger Nr. 51/52) sind folgende Verbände wahlberechtigt:

1) Vgl. Abschnitt 2.4.

1. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV)
2. Bayerischer Philologenverband (BPhV)
3. Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern (GEE)
4. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB (GEW)
5. Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern (KEG)
6. Bayerischer Realschullehrerverband (BRLV)
7. Pestalozzi-Fröbel Verband in Bayern
8. Verband Bayerischer Berufsschullehrer (VBB)
9. Verband der Diplomhandelslehrer in Bayern (VDH)
10. Verband der Bayerischen Landwirtschaftslehrer (VBL).

Diese Verbände sind im "Arbeitskreis bayerischer Lehrerverbände" zusammengefaßt. Hierbei handelt es sich um einen sehr lockeren Zusammenschluß. Seit der Gründung des Deutschen Lehrerverbandes¹⁾ traten diese Verbände lediglich einmal zur Wahl des gemeinsamen Vertreters in den Rundfunkrat zusammen.

Die Wahl des gemeinsamen Vertreters erfolgt dergestalt, daß die Vorstände der einzelnen Verbände Wahlmänner mitbringen, die vorher in den einzelnen Verbänden gewählt worden sind. Von den insgesamt 15 Wahlmännern entfielen bis 1968 auf die einzelnen Verbände:

BLLV	4 Wahlmänner
BPhV	2 Wahlmänner
GEE	1 Wahlmann
GEW	1 Wahlmann
KEG	2 Wahlmänner
BRLV	1 Wahlmann
Pestalozzi-Fröbel Verband	1 Wahlmann
VBB	1 Wahlmann

1) Vgl. Abschnitt 4.3.

VDH	1 Wahlmann
VBL	1 Wahlmann.

Bei der Wahl am 12. 11. 1968, die in geheimer Abstimmung erfolgte, entfielen auf Rudolf Karrasch, Vorsitzender des Verbandes Bayerischer Berufsschullehrer, 8 Stimmen, während sein Gegenkandidat Wilhelm Ebert, Präsident des BLLV, nur 7 Stimmen erhielt. Der BLLV focht diese Wahl mit Schreiben vom 18. 11. 1968 an, wobei er seine Anfechtung vor allem damit begründete, daß die Zusammensetzung der 15köpfigen Wahlversammlung nicht dem Kräfteverhältnis der bayerischen Lehrerverbände entspreche. Als Maßstab für das Kräfteverhältnis dienten die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände.

Auf der Verhandlung am 28. 7. 1969 vor der III. Kammer des Bayerischen Verwaltungsgerichts München wurde die Mitgliederstärke der einzelnen Verbände wie folgt angegeben:¹⁾

Mitgliederzahl zum 1. 1. 1969

BLLV	32.038
BPhV	ca. 10.000
GEE	ca. 1.000
GEW	1.521
KEG	7.500
BRLV	ca. 2.600
Pestalozzi-Fröbel Verband	ca. 100
VBB	ca. 2.350
VDH	900
VBL	ca. 625

1) Quelle: Bayerisches Verwaltungsgericht München, III. Kammer, Aktenzeichen 3102/69.

Das Gericht schloß sich der Auffassung des BLLV an und erklärte die Wahl des Vertreters der Lehrerverbände vom 12. 11. 1968 für ungültig. Die Bayerische Staatsregierung erließ daraufhin am 15. 1. 1970 eine Verordnung, die die Bildung der Wahlversammlung wie folgt vorschreibt:

"Diese (die Wahlversammlung, Anm. d. Verf.) besteht aus doppelt so vielen Mitgliedern, als Organisationen zur Wahl zugelassen sind, jedoch mindestens aus 15 Personen. Die Wahlmänner werden von den Vorständen der zur Wahl zugelassenen Organisationen benannt. Jede Organisation erhält zunächst einen Wahlmännersitz. Die restlichen Wahlmännersitze werden entsprechend der Mitgliederzahl der wahlberechtigten Organisationen nach dem d'Hondt'schen Verfahren verteilt. Diese Wahlversammlung wählt den Vertreter zum Rundfunkrat in geheimer Abstimmung. Die Wahl ist gültig, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Wahlversammlung an der Wahl teilgenommen hat."¹⁾

Bei den aufgrund dieser Verordnung durchgeführten Neuwahlen wurde dann Wilhelm Ebert anstelle von Rudolf Karrasch als Vertreter der bayerischen Lehrerverbände in den Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks gewählt.²⁾

Diese dominierende Stellung des BLLV unter den bayerischen Lehrerverbänden wurde auch dadurch begünstigt, daß der BLLV von 1949 bis 1969 mit der GEW die "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" (AGDL) bildete³⁾ und

-
- 1) Fünfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts "Der Bayerische Rundfunk" vom 15. 1. 1970, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 1 vom 30. 1. 1970, S. 1.
 - 2) Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 28./29. 11. 1970.
Abendzeitung vom 28./29. 11. 1970.
 - 3) Vgl. hierzu das 7-Punkte-Programm, das der BLLV 1947 als unabdingbare Grundlage für eine Angliederung an die Gewerkschaft festlegte, in: Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, a.a.O., S. 351.

die GEW in der Hoffnung, der BLLV würde eines Tages der GEW beitreten, in Bayern auf jede Werbung und politische Aktivität verzichtete. Doch 1969 trennten sich die Wege.¹⁾ Nach den Worten von Erich Frister befindet sich deshalb heute die GEW in Bayern in einer "Diaspora-Situation"; nur 2 % der GEW-Mitglieder unterrichten in Bayern.²⁾

Wie die Ausführungen über den Lehrpersonalrat zeigen³⁾, war in der Vergangenheit die Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) der einzige ernsthafte Konkurrent bei der Organisation des Volksschullehrers. Nachdem der Streit über die konfessionelle Lehrerbildung und die Bekenntnisschule Ende der 60er Jahre ausgestanden war und keine grundsätzlichen programmatischen Unterschiede mehr zwischen BLLV und KEG bestanden, waren Bestrebungen im Gange, einen Zusammenschluß zwischen BLLV und KEG herbeizuführen. Am 26. 2. 1970 schreibt Wilhelm Ebert an den Vorsitzenden der KEG, Ludwig Glück, daß ein Anschluß der KEG an den BLLV im Interesse einer wirkungsvollen Vertretung der Belange der Lehrerschaft zu begrüßen wäre. Als Diskussionsgrundlage schlage der BLLV folgenden Stufenplan vor:

"Stufe I:

Die KEG benennt auf ihrer DV in 'Religionspädagogische Arbeitsgemeinschaft e. V.' um. Im darauffolgenden Zeitraum bis zur nächsten DV in zwei Jahren (oder evtl. bis zu einer a. o. DV nach einem Jahr) wird eine Zusammenarbeit mit dem BLLV praktiziert. Dabei treffen sich die höchsten Beschlußgremien beider Verbände auf Landesebene und Bezirksebene ein- bis zweimal jährlich.

1) Vgl. den folgenden Abschnitt 4.2.

2) Quelle: Interview Frister vom 25. 9. 1971.

3) Vgl. Abschnitt 3.

Stufe II:

Nach der Übergangszeit wird die RAG in den BLLV integriert. Die Mitglieder haben alle Rechte und Pflichten der BLLV-Mitglieder. Die RAG konstituiert sich als neue AG im BLLV. Sie hat einen eigenen Etat und ein spezifisches Arbeitsgebiet.

Dieses umfaßt im wesentlichen:

- Alle Fragen der Religionspädagogik
- Religionspädagogische Weiterbildung der Lehrer
- Fragen der religiösen Erziehung
- Fragen des konfessionellen Religionsunterrichtes
- Religiöse Schulveranstaltungen (Schulgottesdienst, Entlastage usw.)

In diesen Fragen ist die AG beauftragt, Stellungnahmen und Vorschläge zu erarbeiten. Sie hat das Recht, zu o. a. Fragen im Benehmen mit dem LV des BLLV öffentliche Stellungnahmen abzugeben. Ferner hat die AG das Recht, in die Hauptstellen und Referate des BLLV einen Vertreter zu delegieren. Die zum Zeitpunkt der Integration tätigen Führungskräfte bleiben für vier Jahre in ihren Ämtern.

Stufe III:

Die RAG wird in eine Fachgruppe Religionspädagogik umgewandelt. Diese Fachgruppe hat den Status der übrigen Fachgruppen im BLLV." ¹⁾

Ludwig Glück antwortet am 16. 3. 1970, daß dieser Stufenplan "nach einhelliger Meinung der Mitglieder des Hauptvorstandes kaum Ansatzpunkte für mögliche Verhandlungen" biete. Die KEG hielte "allerdings grundsätzlich ein Gespräch in der Zukunft über Fragen einer engeren Zusammenarbeit für nützlich." ²⁾

1) Quelle: Schreiben vom 26. 2. 1970.

2) Quelle: Schreiben vom 16. 3. 1970.

Am 11. 10. 1971 erklärt Ludwig Glück gegenüber dem Verfasser, daß nicht nur die KEG, sondern auch andere bayerische Lehrerverbände begründete Zweifel hegen, ob der BLLV zu einem echten partnerschaftlichen Zusammengehen bereit sei. Beim BLLV überwiege die "Tendenz des Auffressens". Er wolle die KEG zu einer "Katechetengruppe abstempeln". Zur Zeit sei deshalb nicht an ein Zusammengehen gedacht.¹⁾

Die Zersplitterung der Lehrerverbände in Bayern hält bis heute an. Die im Deutschen Lehrerverband²⁾ zusammengeschlossenen Verbände beabsichtigen zwar, in den einzelnen Bundesländern Landesverbände zu gründen, um ein starkes Gegengewicht zur GEW zu bilden. In Bayern ist ein solcher Landesverband bis heute aber nicht in Sicht.

4.2. Das Problem der Annäherung an eine Spitzenorganisation

Die Tatsache, daß der BLLV keine Spitzenorganisation im beamtenrechtlichen Sinn ist, fiel in der Vergangenheit wenig ins Gewicht, da die für den BLLV relevanten Probleme von bayerischen Institutionen gelöst wurden und er in Bayern aufgrund seiner starken Position ohne weiteres Zugang zu allen Entscheidungsinstanzen hat. Als dann aber 1967 mit der 15. Änderung des Grundgesetzes ein Trend einsetzt, der die Balance der Machtverteilung zwischen Bund und Ländern immer mehr zugunsten des Bundes verschiebt,³⁾ läuft der BLLV als regionaler Verband Gefahr, den Zugang zu den Entscheidungsinstanzen zu verlieren. erinnert sei insbesondere daran, daß das Grundgesetz

1) Interview Glück vom 11. 10. 1971.

2) Vgl. Abschnitt 4.3.

3) Vgl. Heubl, Franz, Föderalismus als Modell für Staat und Gesellschaft von morgen, in: Politische Studien, Zweimonatsschrift für Zeitgeschehen und Politik, 1972, Heft 203, S. 227 - 236.

durch die Einfügung eines neuen Artikels 74a geändert und die konkurrierende Gesetzgebung auf Besoldung und Versorgung der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes ausgedehnt wurde. Die lockere "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände", die der BLLV 1949 mit der GEW eingegangen war, genügte nun nicht mehr, um die Interessen der Mitglieder optimal vertreten zu können. Man überlegte deshalb intensiv, wie das Faktum der Nichtspitzenorganisation auf Bundesebene kompensiert werden könnte.

Es bieten sich drei Alternativen an:

- a) Beitritt zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dessen Bundesbeamtenausschuß rund 640.000 Beamte als Mitglieder der DGB-Gewerkschaften repräsentiert. In den Einheitsgewerkschaften des DGB sind darüber hinaus 1,45 Mio. Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes organisiert.¹⁾ Insgesamt organisiert der DGB also rund 2 Mio. Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes, die sich jedoch auf mehrere Einzelgewerkschaften verteilen. Heinz Kluncker, Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, werden zwar Ambitionen nachgesagt, eine Einheitsorganisation für die Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes zu gründen,²⁾ die Rivalität unter den Einzelgewerkschaften läßt die Erfolgsaussichten eines solchen Vorhabens aber sehr gering erscheinen.
- b) Beitritt zum Deutschen Beamtenbund (DBB), der gegenwärtig 710.000 Mitglieder zählt.³⁾
- c) Gründung einer eigenen Bundesorganisation für Lehrer.

Die Verbandsspitze des BLLV unter maßgeblicher Beteiligung Wilhelm Eberts

1) Quelle: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung vom 1. 11. 1971, S. 2.

2) Vgl. Wirtschaftswoche vom 26. 5. 1972, S. 18 - 19.

3) Quelle: Wirtschaftswoche vom 26. 5. 1972, S. 18.

wagt ein Experiment: Sie schließt den späteren Beitritt in eine der beiden großen Spitzenorganisationen zwar nicht aus, schlägt aber den Mitgliedern die Gründung einer eigenen Bundesorganisation für Lehrer ohne GEW vor, da sie glaubt, die Interessen des BLLV in einer solchen Organisation besser zur Geltung bringen zu können. Nach Meinung Erich Fristers waren für diesen Schritt dagegen eher persönliche als sachliche Motive ausschlaggebend.¹⁾ Vielleicht spekulierte man auch darauf, daß die Unionsparteien bald wieder die Regierung stellen würden.

Auf der BLLV-Landesdelegiertenversammlung an Pfingsten 1969 in Ingolstadt folgen die Delegierten den Vorschlägen der Verbandsspitze mit überwältigender Mehrheit: mit 545 zu 6 Stimmen bei 20 Enthaltungen wird der Eintritt in die GEW abgelehnt. Der folgende Antrag, der Vorstand des BLLV möge den Beitritt in eine Bundesorganisation der Lehrer anstreben, wird sogar einstimmig angenommen. Und das, obwohl die GEW den Delegierten des BLLV vor der Entscheidung einen Pressedienst in die Hand drücken ließ, in dem zu lesen war:

"Äußerungen aus dem Bayerischen Lehrerverband, die Gründung einer neuen Bundesorganisation der Lehrer ohne die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu versuchen, sind Ausdruck eines illusionären Denkens und schrecken die GEW nicht."²⁾

Wie der folgende Abschnitt 4.3. zeigt, hat die GEW die Situation aber doch wohl verkannt. Denn schon einige Wochen später, am 3. 7. 1969, wird in Bonn der Deutsche Lehrerverband (DL) gegründet, der mit 102.000 Mitgliedern fast ebenso viele Lehrer organisiert wie die GEW, die zu diesem Zeitpunkt auf Bundesebene 107.000 Mitglieder zählt.³⁾

1) Quelle: Interview Frister vom 25. 9. 1971.

2) Elternblatt, 1969, Nr. 8, S. 13.

3) Quelle: Elternblatt, 1969, Nr. 8, S. 14.

Nach einem Rechtsgutachten von Professor Dr. Günther Küchenhoff, Würzburg, vom 17. 7. 1970 ist der Deutsche Lehrerverband eine Spitzenorganisation im Sinne des Bundesbeamtenrechts.¹⁾ Die GEW stellt demgegenüber jedoch fest, daß der Deutsche Lehrerverband auf Petitionen angewiesen sei, da in Bonn nur die Verhandlungskommissionen von DGB und DBB als Arbeitnehmervertreter im beamtenrechtlichen Sinn anerkannt seien.²⁾

"Es sind bei all diesen Verhandlungen nur zwei Spitzenorganisationen am Tisch. Der DGB hat eine ständige Verhandlungskommission für derartige Fälle, der die Verfasserin dieses Artikels angehört. Es ist also undenkbar, daß eine Verhandlung in Bonn, die beamtenrechtliche oder besoldungsrechtliche Fragen betrifft, ohne die GEW stattfindet. Wie sieht das aber nun beim DL aus? Der DBB mit seinen vielen Gruppierungen erscheint in immer wieder wechselnder Besetzung. Ganz selten ist auch der Philologenverband durch ein Mitglied in der Delegation vertreten. Wie aber soll nun da ein Verband, bei dem nur ein Teil der Mitglieder der Spitzenorganisation überhaupt angehört, in Erscheinung treten?"³⁾

Obwohl sich der Deutsche Lehrerverband als unabhängiger Dachverband versteht, gehören vier seiner fünf Mitgliedsverbände gleichzeitig dem Deutschen Beamtenbund an. Nur der BLLV ist dem DBB noch nicht beigetreten. Der DL residiert auch im Hause des DBB in Bad Godesberg und verfährt eine Politik, die weitgehend auf der Linie des DBB liegt. Insofern stellt sich für den BLLV nach wie vor das Problem, ob er seine völlige Unabhängigkeit aufgeben und dem DBB beitreten soll, um in den Verhandlungskommissionen des DBB vertreten zu sein. Auch eine spätere Annäherung an den DGB ist nicht auszuschließen.

-
- 1) Vgl. Küchenhoff, Günther, Der Deutsche Lehrerverband, eine Spitzenorganisation im Sinne des Bundesbeamtenrechts, Würzburg 1970, S. 20.
 - 2) Vgl. Hoppe, Annelies, Petitionen - und sonst nichts!, in: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung vom 1. 8. 1971, S. 9.
 - 3) Ebenda, S. 9.

In der vom Verfasser durchgeführten Fragebogenaktion werden die Mitglieder gefragt, was der BLLV im Hinblick auf die Kompetenzverlagerungen nach Bonn anstreben sollte. 29 % der Befragten befürworten eine Annäherung an den DBB, 19 % eine Annäherung an den DGB. 33 % sprechen sich für eine völlige Unabhängigkeit aus, 16 % antworten mit "weiß nicht".¹⁾

Gegenwärtig scheint der BLLV noch abzuwarten, wie sich das Experiment mit dem DL weiter entwickelt. Für eine endgültige Beurteilung reicht die bisherige Zeitspanne noch nicht aus.

4.3. Der Deutsche Lehrerverband (DL)²⁾

Der DL wird am 3. 7. 1969 in Bonn gegründet. Die Abkürzung VdL wird später aus juristischen Gründen in DL umgewandelt. Er versteht sich als ein weltanschaulich neutraler, überkonfessioneller und parteipolitisch unabhängiger Dachverband, dem die folgenden, in sich selbständigen Verbände angehören:

(1) Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV)

Sitz: München

Präsident: Wilhelm Ebert

Verbandszeitschrift: "Bayerische Schule"

Gemeldete Mitgliederzahl: 33.000

(2) Deutscher Philologenverband (DPHV)

Sitz: München

Vorsitzender: Franz Ebner

Verbandszeitschrift: "Die Höhere Schule"

Gemeldete Mitgliederzahl: 35.500

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 231.

2) Die folgenden Ausführungen lehnen sich an die im BLLV-Geschäftsbericht 1969/71 auf den Seiten 141 - 158 veröffentlichten Dokumente an.

- (3) Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)
Sitz: München
Vorsitzender: Georg Keeser
Verbandszeitschrift: "Die Realschule"
Gemeldete Mitgliederzahl: 12.000
- (4) Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)
Sitz: Bonn
Vorsitzender: Albert Bollmann
Verbandszeitschrift: "Die berufsbildende Schule"
Gemeldete Mitgliederzahl: 12.000
- (5) Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer (VDDH)
Sitz: Mainz
Vorsitzender: Erich Illmann
Verbandszeitschrift: "Wirtschaft und Erziehung"
Gemeldete Mitgliederzahl: 8.000.

Zum erstenmal in ihrer Geschichte - von der NS-Zeit abgesehen - assoziieren sich damit Lehrer aller Stufen und Fachrichtungen zu einem Dachverband. Als Initiatoren gelten Wilhelm Ebert und Franz Ebner. Es fällt auf, daß der BLLV als einziger Verband nur auf regionaler Basis operiert. Die Volksschullehrer außerhalb Bayerns sind noch nicht vertreten, so daß Spekulationen angestellt werden, ob sich der BLLV auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausweitet.

Die Organe des DL sind:

- (1) Das Präsidium, bestehend aus dem Präsidenten und den Vorsitzenden der Gründungsverbände;
- (2) Der Geschäftsführende Vorstand, der sich aus dem Präsidium, dem Schatzmeister, dem Schriftführer, den Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse und deren Stellvertreter zusammensetzt und die laufenden Geschäfte des Verbandes erledigen soll;

- (3) Der Hauptvorstand, dem der Geschäftsführende Vorstand und je zwei Beisitzer der Mitgliedsverbände angehören. Jeder Mitgliedsverband, der mehr als 10.000 Mitglieder zählt, entsendet für jede angefangenen 10.000 weitere Mitglieder einen weiteren Beisitzer. Damit entfallen insgesamt auf BLLV und BPhV je fünf Beisitzer, auf VDR und BLBS insgesamt je drei Beisitzer und auf den VDDH zwei Beisitzer. Der Hauptvorstand beschließt die allgemeinen Richtlinien der Verbandsarbeit.

Außerdem werden fünf ständige Ausschüsse eingerichtet, nämlich für Bildungsfragen, Schulpolitik, Lehrerbildung, Beamtenrecht und Besoldung sowie Internationale Zusammenarbeit.

Die Vorsitzenden der Mitgliedsverbände und die Beisitzer des Hauptvorstandes wählen den Präsidenten, den Schatzmeister, den Schriftführer sowie die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse mit absoluter Mehrheit. Zum ersten Präsidenten wird der Philologe Clemens Christians gewählt, der mit seinem Geschäftsführer Bruno Steiner im Haus des Deutschen Beamtenbundes in Bad Godesberg residiert.

Die dominierende Rolle, die der BLLV neben dem DPhV im DL spielt, wird auch daraus ersichtlich, daß Schlüsselpositionen in den DL-Gremien von BLLV-Vertretern besetzt sind. Der BLLV stellt vier Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes des DL, nämlich Wilhelm Ebert als Vizepräsident des DL, Erna Holzinger als Schriftführerin, Simon Mayer als Vorsitzender des Ausschusses Schulpolitik und Siegfried Hausknecht als Vorsitzender des Ausschusses Recht und Besoldung. Im Ausschuß Lehrerbildung ist der BLLV durch Dr. Heinz-Jürgen Ipfling vertreten, im Ausschuß Bildungsfragen durch Wolfram Machalitzky und im Ausschuß Internationale Zusammenarbeit durch Josef Wirth. Darüber hinaus sitzen im Hauptvorstand des DL die BLLV-Mitglieder Hugo Zirngibl, Adolf Eberle, Wilhelm Hoffmann, Fritz Schäffer und Volker

Körner. Zum Revisor wird das BLLV-Mitglied Hans Pecher bestimmt.¹⁾

Als Startkapital erhält der DL DM 100.000,-- zum Zeitpunkt der Gründung von den Mitgliedsverbänden zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird dadurch aufgebracht, daß jeder Verband pro Mitglied DM 1,-- entrichtet. Die laufende Finanzierung erfolgt dergestalt, daß jeder Mitgliedsverband monatlich DM 0,50 pro eigenes Mitglied an den DL zu zahlen hat. Nimmt man als gegenwärtige Mitgliederstärke des DL 110.000 Mitglieder an, so erhält man ein Jahresbudget von DM 660.000.--. Der Hauptteil dieser Finanzmittel fließt in die Verbandszeitung des DL "bildung konkret", die monatlich in einer Auflage von rund 100.000 Exemplaren erscheint und aus Kostengründen den Mitgliedern nicht direkt zugestellt, sondern in den Schulhäusern verteilt wird.

Gegenwärtig existiert nur eine vorläufige DL-Satzung, die bis zum 1. 7. 1971 in eine endgültige Satzung umgewandelt werden sollte. Dieser Termin ist jedoch längst verstrichen, ohne daß eine endgültige Satzung in Sicht wäre.

Auch aus diesem Grund sind Aussagen über den DL zur Zeit problematisch. Schwierigkeiten haben sich aber offensichtlich bei der Gründung von Landesverbänden des DL ergeben. Um als geschlossener Block gegen die GEW auftreten zu können, wollte der DL in den einzelnen Bundesländern Landesverbände ausbilden. Bisher gelang eine Gründung jedoch erst in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In Bayern, wo die führenden Persönlichkeiten des DL sitzen, ist ein Landesverband noch nicht in Sicht.

Obwohl die seit seiner Gründung verstrichene Zeit noch nicht ausreicht, um den DL abschließend zu beurteilen, so scheint doch, daß die auseinanderstrebenden Kräfte, insbesondere in Fragen der Besoldung und Lehrerbildung, nur

1) Quelle: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.); Geschäftsbericht 1969/71, o. O., o. J., S. 145.

mühsam zu einem Kompromiß geführt werden können. Zur Schicksalsfrage könnte werden, wer den künftigen SI-Lehrer der neuen Lehrerbildung organisiert.

Zwischen DL und GEW besteht ein gespanntes Verhältnis. "Man beobachtet 'mit Unbehagen', so DL-Geschäftsführer Steiner, daß die gewerkschaftliche Lehrerorganisation stark nach links tendiere. Die unterschiedlichen Auffassungen werden am deutlichsten in der heiß umstrittenen Frage des Streikrechts für Lehrer, das die GEW befürwortet, der Deutsche Lehrerverband aber strikt ablehnt."¹⁾ 2)

Gegenüber der GEW weist der DL den Konstruktionsfehler auf, daß er außerhalb Bayerns keine organisatorische Alternative für Grund- und Hauptschullehrer zu bieten vermag. Um diese Lücke zu schließen, fanden intensive Gespräche mit Prof. Dr. Konrad Mohr, dem Vorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), statt. Der VBE ging aus dem Verband der Katholischen Lehrerschaft Deutschlands hervor und zählt gegenwärtig knapp 30.000 Mitglieder. Er schied aus dem Bund Katholischer Erzieher Deutschlands aus, um sich mehr gewerkschaftlichen Fragen zu widmen. Auch sollte das Wort "katholisch" aus Werbegründen nicht mehr plakativ herausgestellt werden.³⁾ Der VBE ist Mitglied im Deutschen Beamtenbund und verfügt in allen Bundesländern über eigene Landesverbände, die vorwiegend Grund- und Hauptschullehrer organisieren. Eine Sonderstellung nimmt wiederum nur Bayern ein. Die Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern ist zwar Mitglied im Verband Bildung und Erziehung, firmiert aber nach wie vor unter ihrer alten Verbandsbezeichnung.

1) Die Welt vom 22. 7. 1971, S. 5.

2) Vgl. hierzu auch Abschnitt 6 dieser Arbeit.

3) Quelle: Interview Glück vom 11. 10. 1971.

Die Verhandlungen zwischen DL und VBE scheiterten jedoch endgültig im Herbst 1971, nicht zuletzt wohl wegen des angespannten Verhältnisses zwischen BLLV und KEG in Bayern.¹⁾ Damit ist aber auch eine große Chance vertan, einen umfassenden Dachverband von 140.000 Mitgliedern ins Leben zu rufen, der als Sammelbecken für alle nicht gewerkschaftlich orientierten Kräfte gedacht war. Gemessen nach der Mitgliederstärke, wäre die GEW, die gegenwärtig auf Bundesebene rund 120.000 Mitglieder zählt, bereits überflügelt gewesen.

Nach diesem Mißerfolg scheint der BLLV jetzt zu versuchen, mit Hilfe des Vorsitzenden des Deutschen Lehrerbundes (DLB), Egbert Jancke, eine Volksschullehrerorganisation auf Bundesebene aufzubauen. Der DLB mit Sitz in Berlin ist Mitglied im Deutschen Beamtenbund und organisiert knapp 3.000 Volksschullehrer, die zum größten Teil in Berlin unterrichten. Darüber hinaus bestehen Gliederungen in Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die jetzt als Keimzellen für den Aufbau einer Bundesorganisation für Volksschullehrer dienen sollen. Dabei läßt man sich von der Hoffnung tragen, daß man eine Vielzahl von GEW-Mitgliedern abwerben könnte, die mit dem unter Erich Frister eingeschlagenen Linkskurs der GEW nicht einverstanden sind. Außerdem versucht man eine Kooperation mit den konfessionellen Lehrerverbänden.

Diese Bemühungen werden fast ausschließlich vom BLLV finanziert, der auch in dieser geplanten Bundesorganisation für Volksschullehrer stets seinen Dominanzanspruch wahren dürfte. Vorsitzender dieser bisher noch namenlosen Bundesorganisation für Volksschullehrer soll allerdings nicht Wilhelm Ebert, sondern Egbert Jancke werden. Die Einbeziehung dieser Bundesorganisation in den DL sowie der mögliche Beitritt zum Deutschen Beamtenbund befinden sich erst im Stadium der Diskussion. Eine Beurteilung ist gegenwärtig noch nicht möglich.

1) Vgl. Abschnitt 4.1.

Über den DL ist der BLLV auch in den internationalen Lehrerorganisationen vertreten, zu denen er aufgrund der Tätigkeit Wilhelm Eberts als ständiger Vertreter des Weltlehrerverbandes bei der UNESCO traditionell gute Beziehungen pflegt.¹⁾ Neben dem Weltlehrerverband ist vor allem der Internationale Volksschullehrerverband FIAI (Fédération Internationale des Associations d'Instituteurs) zu nennen, dem bisher sowohl der DL als auch die GEW angehörten. Die GEW trat jedoch 1971 aus diesen internationalen Lehrerorganisationen aus, so daß der DL gegenwärtig der einzige deutsche Vertreter in diesen Organisationen ist. Die GEW begründete diesen Schritt mit den Worten: "Fort von überholten Standesverbänden, hin zu einer gewerkschaftlichen Organisation an der Seite aller Arbeitnehmer."²⁾

Die GEW konzentriert sich nun auf die Arbeit im Internationalen Gewerkschaftsbund der Lehrer, dem 1,5 Mio. Lehrer in aller Welt angehören.³⁾ Erich Frister wurde am 20. 7. 1972 in Wien zum neuen Vorsitzenden des Lehrerergewerkschaftsbundes gewählt,⁴⁾ während Wilhelm Ebert eine Woche später in London in den Vorstand des Weltlehrerverbandes avancierte, der 135 Lehrerorganisationen aus 85 Ländern umfaßt⁵⁾ und rund 4 Mio. Lehrer organisiert.⁶⁾ Damit könnte die Konfrontation, die in der Bundesrepublik Deutschland bereits eingetreten ist, auf internationaler Ebene fortgesetzt werden.

1) Vgl. Abschnitt 2.3.1.

2) Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung vom 1. 11. 1971, S. 6.

3) Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 166 vom 22./23. 7. 1972, S. 7.

4) Vgl. Erziehung und Wissenschaft vom 1. 8. 1972, S. 4.

5) Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 184 vom 12./13. 8. 1972, S. 18.

6) Quelle: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 10, S. 220.

5. Die Adressaten des Einflusses

Es ist nicht Absicht dieses Abschnitts, die Fülle der Adressaten im einzelnen zu analysieren. Eine isolierte Behandlung einzelner Adressaten erscheint auch nicht sinnvoll, da die Bevorzugung eines Adressaten je nach Problemstellung und politischer Konstellation wechselt und der BLLV in aller Regel mehrstufig agiert. Dieses mehrstufige Vorgehen unter wechselnder Bevorzugung einzelner Adressaten soll vielmehr in Teil 2 der Arbeit anhand von Fallbeispielen gezeigt werden. Dieser Abschnitt wird deshalb nur zur Vorbereitung auf Teil 2 der Arbeit eingefügt und soll die Fakten aufzeigen, die der Verfasser über die wichtigsten Adressaten ermitteln konnte. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann jedoch nicht erhoben werden.

5.1. Die öffentliche Meinung

"'Öffentlichkeit' bedeutet den Kommunikationsbereich, der nicht geheim und nicht privat ist, den also - positiv ausgedrückt - allgemeine Zugänglichkeit charakterisiert. Eine Mitteilung wird veröffentlicht, wenn man sie allgemeiner Kenntnisnahme öffnet, sie hat Öffentlichkeit, wenn sie tatsächlich zur Kenntnis genommen wird. Der Grad der Öffentlichkeit steigt mit der Zahl der Kenntnisnehmer. Ebenso wenig wie es eine verbindliche Definition für das Phänomen 'öffentliche Meinung' gibt, ist auch die 'Öffentlichkeit' begrifflich genau zu bestimmen; Jürgen Habermas' Reflexionen haben gezeigt, daß nur Annäherungen möglich sind. Der Begriff der Öffentlichkeit ist weiter gefaßt als jener der öffentlichen Meinung. Dessenungeachtet kommt es aber zu starken Überdeckungen, die sich im Sprachgebrauch seit der Wende zum 19. Jahrhundert werden nachweisen lassen."¹⁾

1) Schneider, Franz, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit, Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848, Neuwied und Berlin 1966, S. 11 und 12.

Im Sprachgebrauch des BLLV werden die Begriffe "öffentliche Meinung" und "Öffentlichkeit" synonym gebraucht. Der Verfasser folgt dieser Übung, denn er will einen Zugang zu den Formen der gezielten Meinungslenkung finden. Das Ideal einer politisch fungierenden Öffentlichkeit soll dagegen nur am Rande diskutiert werden.¹⁾ Vielmehr interessiert in dieser Arbeit, welche Versuche einer gesteuerten publizistischen Einflußnahme der BLLV unternimmt, welche "Öffentlichkeitsarbeit" er betreibt, um die veröffentlichte Meinung positiv auf die vom BLLV verfolgten Ziele einzustimmen.

Der Präsident des BLLV, Wilhelm Ebert, ordnet den Begriff "Öffentlichkeit" wie folgt ein:

"Welche Macht hätte aber wohl der BLLV, um einen Kultusminister 'zur Raison zu bringen'? Der Verband hat in der Vergangenheit praktisch viel politische Macht besessen. Ich erinnere nur an die Lehrerbildung und an die Konfessionsschulen. Die politische Macht besteht aus drei Faktoren: Öffentlichkeit - hier hat der BLLV eine gewichtige Stimme, Demonstration im Parlament - der BLLV hat Mitglieder und Freunde in allen demokratischen Parteien, Kritische Beobachtung der Exekutive von der Staatsregierung bis zu den Gemeindeverwaltungen - hier arbeiten für uns Leute mit bestem juristischen Sachverstand. Sollte also keine Übereinstimmung hinsichtlich der Orientierungsstufe mit dem Kultusminister möglich sein, so besteht die Alternative in Öffentlichkeitsarbeit und Einflußnahme auf die Meinungsbildung im Parlament."²⁾

1) Vgl. Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 4. Auflage, Neuwied und Berlin 1969, insbesondere §§ 21, 24 und 25.

2) Der Junglehrer, 1971, Nr. 10, S. 194.

Dieses Zitat bringt auch zum Ausdruck, was in Teil 2 der Arbeit noch mehrfach belegt wird, nämlich daß der BLLV den Einfluß auf die sogenannte öffentliche Meinung insbesondere als Verstärker seiner politischen Aktionen versteht. Meist versucht er zunächst im stillen, Einfluß auf die Exekutive auszuüben. Bleibt diesen Bemühungen der Erfolg versagt, dann weicht er auf die Aktionsparameter "Öffentlichkeitsarbeit" und "Parlamentsarbeit" aus. Manchmal allerdings dient die Öffentlichkeitsarbeit auch der Vorbereitung von Einflußversuchen auf die Exekutive und Legislative.

Im Herbst 1971, als die Versuche des BLLV, eine lineare Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu erreichen, bereits festgefahren waren, kommt Ebert dann zu der Erkenntnis:

"Die eigentliche Macht liegt aber in der öffentlichen Meinung! Gleichgültig, ob der BLLV 30.000, 40.000 oder 50.000 Mitglieder hat, der BLLV ist eine Null, wenn er nicht die öffentliche Meinung hinter sich hat. Sonst kümmert sich kein Minister und kein Abgeordneter um den BLLV. Das entscheidende Mittel für den BLLV heißt also Öffentlichkeitsarbeit!"¹⁾

Hierbei bedient sich der BLLV einer Vielzahl von Verbandspublikationen mit beachtlicher Auflagenstärke.²⁾ Da der Bürger heute aber von einer Flut von Werbebotschaften überschwemmt wird, die alle versuchen, ihn anzusprechen, zu interessieren, sein Vertrauen zu gewinnen, stumpft sein Interesse gegenüber solchen Botschaften ganz allgemein ab. Die Öffentlichkeitsarbeit des BLLV war nun in der Vergangenheit dadurch begünstigt, daß sie auf einer allgemeinen "Bildungswelle" mitschwimmen konnte. Die Massenmedien und breite Teile der Bevölkerung waren bereit, bildungspolitische Probleme zu diskutieren. Diese Welle schwächt sich aber deutlich ab, ohne daß schwerwie-

1) Sitzung des BLLV-Landesvorstandes in Nürnberg am 17. 11. 1971, eigene stenographische Aufzeichnungen, S. 5.

2) Vgl. Abschnitt 2.2.4.3.

gende bildungspolitische Probleme gelöst worden wären. Neue Prioritäten wie Umweltschutz, Soziales, Gesundheit treten in den Vordergrund, wodurch die Öffentlichkeitsarbeit des BLLV erschwert wird.

Eine infas-Untersuchung aus dem Jahre 1971 zeigt, daß nur noch 8 % der Bevölkerung Schulen, Bildung und Wissenschaft als das wichtigste Problem betrachten, mit dem man sich in der Bundesrepublik beschäftigen sollte. 41 % nennen Löhne, Preise und Arbeitsplätze; 40 % Außen-, insbesondere Ostpolitik. Im Rahmen der Reformen, die von der Bundesregierung angestrebt werden, halten persönlich für die wichtigste Aufgabe:

25 %	Reinhaltung von Luft und Wasser
23 %	Alterssicherung
21 %	Schulen, Bildung
15 %	Gesundheitswesen
10 %	Wohnungs- und Städtebau
5 %	Straßen, Verkehr. ¹⁾

Um in einer solchen Situation dennoch Beachtung zu finden, bedarf es neben den verbandseigenen Publikationen vor allem guter Kontakte zur Publizistik und gelegentlicher Veranstaltungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit. Hierbei wird stets versucht, eine Interessenkonvergenz zwischen dem Verbandsinteresse und den Interessen weiter Kreise der Gesellschaft vorzuspiegeln. Wie das im einzelnen geschieht, wird in Teil 2 der Arbeit noch ausreichend belegt.

In diesem Abschnitt sollen jedoch noch einige Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit des BLLV vorgestellt werden, die noch nicht in Abschnitt 2.2.4.3. behandelt wurden. Sie richten sich vor allem an die Tagespresse, Nachrichtenagenturen, Nachrichtendienste, Korrespondenten, Rundfunk und Fernsehen.

1) Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, infas 5/71, Teil 1 vom 2. Juli 1971.

"Ein besonderes Mittel, mit einem Kreis von Fachjournalisten eine permanente fachliche Diskussion und Zusammenarbeit zu erreichen, sind die vom BLLV durchgeführten Informationsfahrten, mit dem Ziel andere Schulmodelle gemeinsam zu besichtigen, zu diskutieren und gleichzeitig mit den unsrigen Verhältnissen zu vergleichen."¹⁾ Vor allem abends, wenn man gemütlich zusammensitzt, ergibt sich dann ausreichend Gelegenheit, die Journalisten intensiv mit dem BLLV-Standpunkt vertraut zu machen.

Ende Mai 1970 folgten 23 bayerische Journalisten der Einladung des BLLV, fünf Tage lang in Paris und Umgebung das französische Schulsystem zu studieren und die internationalen Organisationen UNESCO und OECD zu besuchen.²⁾ Vom 4. bis 6. Oktober 1971 wurde das sogenannte "Werkjahr" in Zürich besucht. An dieser Pressefahrt nahmen die Journalisten Manfred Brauneiser (Bayerischer Rundfunk), Heinz Brockert (Münchner Merkur), Peter Dyckhoff (dpa), Peter Menacher (Presseabteilung des Kultusministeriums), Rudolf Reiser (Süddeutsche Zeitung) und Friedel Wurm (Katholische Nachrichtenagentur) teil.³⁾ Die diesjährige Pressefahrt ging nach Schweden und dauerte vom 14. - 20. Mai 1972.⁴⁾ Unter den insgesamt 16 Journalisten befanden sich Helmut Hacker, der Leiter der Bayern-Redaktion der Süddeutschen Zeitung, Peter Dyckhoff von der Deutschen Presse-Agentur, dessen Berichterstattung die finanzschwachen bayerischen Lokalzeitungen kaum verändert übernehmen, sowie Willi Rathgeber, der Herausgeber des Bayerischen Landtagsdienstes. Der Bayerische Landtagsdienst erscheint täglich und erreicht die überwiegende Zahl aller bayerischen Landtagsabgeordneten und Ministerialbeamten. Bei allen drei genannten Publikationsorganen erfreut sich der BLLV eines sehr

1) Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Geschäftsbericht 1969/71, o. O., o. J., S. 90.

2) Vgl. Die Bayerische Schule, 1970, Heft 13, S. 260 - 261.

3) Vgl. Bayerische Schule, 1971, Heft 20, S. 440.

4) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 11, S. 239 - 241.

wohlwollenden Presseechos. Fast jede Verlautbarung des BLLV findet ihren Niederschlag in diesen Organen und wird so einem mediatisierten Publikum zugänglich gemacht.

Nicht nur der BLLV, sondern auch das Kultusministerium bemüht sich um diesen Kreis von Fachjournalisten, der die veröffentlichte Meinung zu kulturpolitischen Problemen in Bayern weitgehend bestimmt. So hat Kultusminister Maier im Herbst 1971 über seinen persönlichen Referenten Dr. Wolfgang Quint einen vertraulichen Stammtisch initiiert, zu dem nur die folgenden Journalisten eingeladen wurden:

Manfred Brauneiser, Bayerischer Rundfunk

Heinz Brockert, Münchner Merkur

Peter Dyckhoff, Deutsche Presse-Agentur

Dr. Hans Geißler, Münchner Merkur

Dr. Rudolf Reiser, Süddeutsche Zeitung.

Der Kreis war bewußt klein gehalten, zum Ärger der nicht eingeladenen Journalisten, die gegen diese Einrichtung opponierten und schließlich auch Erfolg hatten.

Es bleibt festzuhalten, daß ein kleiner Kreis von Fachjournalisten in einem engen Geflecht von Beziehungen steht und sich daraus eine Vielfalt von Kontakt- und Anknüpfungspunkten für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ergibt.

Neben den bereits genannten Instrumenten hält der BLLV natürlich auch Pressekonferenzen zu aktuellen Anlässen ab und gibt Pressedienste heraus. 1969 erschienen 30 Pressedienste, 1970 31 Pressedienste.¹⁾ Der BLLV-Pressedienst erscheint in einer Auflage von 120 Exemplaren und erreicht die Tagespresse,

1) Quelle: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Geschäftsbericht 1969/71, o. O., o. J., S. 87 - 89.

Nachrichtenagenturen, Nachrichtendienste, Korrespondenten, Rundfunk und Fernsehen. Beispiele für BLLV-Pressedienste, Leserbriefaktionen und das erzielte Echo in den Massenmedien finden sich in Teil 2 der Arbeit. Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang jedoch noch der Hinweis, daß der BLLV aufgrund seiner Verbandsstruktur¹⁾ ein Gegengewicht zum Informationsnetz des Kultusministeriums zu bilden vermag und seine Informationen aus der Tiefe des bayerischen Raumes - gepaart mit dem Sachverstand des Praktikers - sich bei den Journalisten großer Beliebtheit erfreuen.

Der Kontakt zu Rundfunk und Fernsehen wird dadurch begünstigt, daß der Präsident des BLLV, Wilhelm Ebert, seit Jahren als Vertreter der bayerischen Lehrerverbände Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks ist²⁾ und zudem am 25. 5. 1972 zum Vorsitzenden des Fernseh-Ausschusses des Rundfunkrats gewählt wurde. Die bisherigen Ausführungen ließen den Schluß zu, daß sich der BLLV bei seiner Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich an die Massenmedien wende. Dies trifft in aller Regel auch zu. Nur zweimal in seiner 110jährigen Geschichte hat er sich mit Demonstrationen an die Öffentlichkeit gewandt, nämlich 1908 in München und 1953 in München und Nürnberg.

Auch bei Wahlveranstaltungen hält sich der BLLV in aller Regel sehr zurück. Nur bei der Landtagswahl 1954 versuchte er unter der Führung von Wilhelm Ebert in über 100 von ihm durchgeführten Wahlveranstaltungen³⁾ in breiten Kreisen der Bevölkerung und bei den Kandidaten für die Landtagswahl die Parole durchzusetzen, daß Landespolitik primär Kulturpolitik sei.

1) Vgl. Abschnitt 2.2.1.

2) Vgl. Abschnitt 4.1., in dem die gerichtlichen Auseinandersetzungen um den Vertreter der bayerischen Lehrerverbände im Rundfunkrat dargelegt sind.

3) Quelle: Interview Ebert vom 20. 7. 1971.

Die größte Aktion zur Aufklärung der Öffentlichkeit startete der BLLV jedoch anlässlich des Volksentscheids vom 7. Juli 1968, der die bayerischen Volksschulen von öffentlichen Konfessionsschulen zu christlichen Gemeinschaftsschulen wandeln sollte. Wilhelm Ebert übernahm die Rolle des Mittlers im Parteienstreit und setzte sich für den schließlich ausgehandelten gemeinsamen Verfassungstext aller politischen Parteien ein. Zur Unterstützung dieses gemeinsamen Vorschlags führte der BLLV folgende Maßnahmen durch:

- (1) Versand von Informationsmaterial an Lehrer, Elternbeiräte, Pfarrräter und Lehrerelternversammlungen;
- (2) Herausgabe eines eigenen Rednerdienstes;
- (3) Gründung von Aktionskomitees auf Landkreisebene;
- (4) Verteilung von Flugblättern an die Eltern;
- (5) Versand von Informationsmaterial an befreundete und interessierte Verbände und Organisationen;
- (6) Laufende Information und enge Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen.¹⁾

Insgesamt verteilte der BLLV 1 Mio. Flugblätter, klebte 18.000 Plakate und führte über 200 exakt vorbereitete Veranstaltungen durch, zu denen neben den Lehrern und Eltern die Vertreter der politischen Parteien, Landräte, Schulräte, Bürgermeister sowie Dekane und Geistlichen der Katholischen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche eingeladen wurden. Die Lokalpresse berichtete meist in großer Aufmachung von diesen Veranstaltungen.

Zum Vergleich seien die Bemühungen der bayerischen SPD genannt, die auf Landesebene 1,8 Mio. Flugblätter und 50.000 Plakate verteilen ließ.²⁾

1) Quelle: BLLV-Pressedienst Nr. 11 vom 13. 5. 1968, S. 5.

2) Quelle: Pressekonferenz der SPD am 2. 7. 1968 in München.

Eine solch groß angelegte Aktion zur Beeinflussung der Öffentlichkeit, bei der der gesamte Apparat des Verbandes eingesetzt wird, ist jedoch einzigartig in der Geschichte des BLLV. In aller Regel begnügt er sich mit der Zielgruppe der Massenmedien. Der naheliegende Gedanke, vor allem die Eltern schulpflichtiger Kinder in die Aktionen miteinzubeziehen, stößt dagegen auf wenig Gegenliebe. Zum einen beklagt der BLLV das Desinteresse vieler Eltern, zum anderen ist aber auch eine ablehnende Haltung mancher Lehrer und Schulleiter festzustellen, die Elternaktivitäten als störend empfinden. Obwohl das Erziehungsrecht des Lehrers primär delegiertes Elternrecht ist, ist eine echte Beteiligung der Eltern an den Problemen der Schule bei vielen Lehrern unerwünscht, da sie darin eine Einengung des eigenen Entscheidungsspielraumes sehen.¹⁾

Es bleibt festzuhalten, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung die schärfste Waffe des BLLV darstellt. Seine reale Chance besteht darin, sich als überparteilicher Sachwalter der Schule,²⁾ als Anwalt der Kinder auszugeben und dafür zu sorgen, daß die Interessen des BLLV mit den Interessen der Kinder identifiziert werden. Es fällt in unserer Gesellschaft leicht, die öffentliche Meinung für die Belange der Kinder zu mobilisieren. Daran die Interessen der Lehrer aufzuhängen, gehört zu den Kennzeichen einer geschickten Verbandspolitik.

Es ist dem BLLV gelungen, sich in kulturpolitischen Fragen als Meinungsführer zu etablieren. Sein Wort gilt etwas, auf ihn hört "man". Sein politisches Gewicht leitet sich vor allem daraus ab, wie es ihm gelingt, als Meinungsführer "im unsichtbaren Parlament der öffentlichen Meinung"³⁾ den Kurs zu

1) Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 29 vom 3. 2. 1971, S. 13.

2) Vgl. Abschnitt 2.1.4.

3) Vgl. Löffler, Martin, Die öffentliche Meinung, Publizistik als Medium und Faktor der öffentlichen Meinung, München und Berlin 1962, S. 20 - 24.

bestimmen und damit den für die Durchsetzung seiner Interessen notwendigen Druck auf die staatlichen Institutionen auszuüben.

Obwohl der BLLV - gemessen an der Mitgliederzahl und der Finanzkraft - ein relativ kleiner Verband ist, ist er nicht durch das Wort "klein" zu begreifen. Über die Mobilisierung der öffentlichen Meinung vermag er letztlich jeden Kultusminister zum Nachgeben zu zwingen.

5.2. Die Legislative

Wie bereits angekündigt, soll auch dieser Abschnitt lediglich der Vorbereitung auf Teil 2 der Arbeit dienen, wo im Zusammenhang dargestellt wird, wie der BLLV mehrstufig vorgeht und je nach Konstellation seine Kräfte auch auf die Legislative konzentriert. Grundsätzlich läßt sich jedoch sagen, daß die Legislative gegenwärtig wieder mehr an Bedeutung für den BLLV gewinnt. In der Ära Ludwig Huber bezogen sich die Aktivitäten des BLLV dagegen fast ausschließlich auf diese Persönlichkeit, weil mit dem Kultusminister gleichzeitig auch die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sowie die CSU als Partei gewonnen werden konnten. Daraus wird schon ersichtlich, daß eine exakte Trennung zwischen Legislative, Exekutive und politischen Parteien faktisch nicht möglich ist. Aus methodischen Gründen behandelt der Verfasser dennoch in diesem Abschnitt die Legislative inklusive politischer Parteien, während der Exekutive ein eigener Abschnitt gewidmet wird.

Die größere Bedeutung, die der BLLV gegenwärtig wieder der Legislative beimißt, wird auch daraus ersichtlich, daß er mit Wirkung vom 1. 4. 1972 einen hauptamtlichen Referenten für die parlamentarische Arbeit einstellte.¹⁾ Seine

1) Vgl. Abschnitt 2.2.4.2.

Aufgabe besteht nicht nur darin, im Bayerischen Landtag als Sprach- und Hörrohr zu fungieren. Er soll vielmehr in den einzelnen Kreisverbänden des BLLV, die weitgehend deckungsgleich mit den Stimmkreisen der Landtagsabgeordneten sind, eine Kaderbildung anstreben, um zu jedem einzelnen Abgeordneten in seinem Stimmkreis optimale Kontakte herstellen zu können. Eine Aktion dieser Art wird in Teil 2 der Arbeit dargestellt.

Der BLLV behauptet, daß er durchschnittlich 5 % der rund 7 Mio. bayerischen Wählerstimmen mobilisieren könnte.¹⁾ Diese These wird jedoch von Parlamentariern entschieden bestritten. Sie billigen dem BLLV höchstens zu, 1 % der bayerischen Wählerstimmen mobilisieren zu können. Otto Meyer, CSU, Stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses und bis 1965 selbst Mitglied des BLLV, hält aufgrund seiner Erfahrungen auch diesen Prozentsatz noch für zu hoch. Von den rund 100.000 Wählern seines Stimmkreises seien etwa 250 Lehrer, die jedoch weitgehend von vornherein auf die SPD fixiert seien, so daß ihm eine Unterstützung durch den BLLV höchstens ein paar Stimmen brächte.²⁾ Es sei auch nicht richtig, daß man die Lehrer als opinion leaders bezeichne, die als Multiplikatoren im politischen Prozeß wirken. Die apolitische Einstellung vieler Lehrer in Verbindung mit der Tatsache, daß der BLLV stets seine parteipolitische Unabhängigkeit betone,³⁾ lasse den Einfluß des BLLV auf das Wahlverhalten der Bevölkerung auf ein Minimum absinken.

Thomas Ellwein konnte in Erfahrung bringen, daß der BLLV einige Verbandsmitglieder, die 1958 bei den Landtagswahlen kandidierten, mit finanziellen Leistungen in der Größenordnung von insgesamt etwa DM 20.000 - 30.000 unter-

1) Quelle: Interview Ebert vom 29. 3. 1971.

2) Quelle: Interview Meyer vom 7. 6. 1972.

3) Vgl. Abschnitt 2.1.4.

stunnte.¹⁾ Dem Verfasser wurden bei seinen Nachforschungen keine Fälle bekannt, in denen der BLLV einzelnen Abgeordneten oder politischen Parteien finanzielle Leistungen zukommen ließ. Er stieß lediglich auf eine Meldung der katholischen Nachrichtenagentur vom 18. März 1958, in der verbreitet wurde:

"Auf einer Tagung der Bezirksgruppe Deggendorf der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG) in Bayern teilte der Landesvorsitzende, Rektor Ludwig Glück, mit, der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverein (BLLV) verfüge nach Informationen aus bester Quelle über einen Kampffonds von 250.000 DM, 'aus dem die antikatholischen Aktionen dieses Verbandes mitfinanziert werden'. Um diesen Kampf zu organisieren, stünden von dieser Summe 100.000 DM zur freien Disposition des BLLV-Vorsitzenden Wilhelm Ebert. Glück stellte weiter fest, daß Ebert bereit sei, zur Unterstützung seiner Thesen über die Auslegung des Bayerischen Konkordats, 'fünftellige Summen aus dem auch von katholischen Mitgliedern gespeisten Kampffonds einzusetzen'. Der Zweck dieser Bestrebungen sei die Beeinflussung der Koalitionspartner der CSU gegen den Plan des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hanns Seidel zur Neuordnung der Lehrerbildung und der Versuch, die jetzige Dreier-Koalition in Bayern zu sprengen."²⁾

Der BLLV bezeichnete diese Ausführungen jedoch als "böswillige Verleumdung" und ließ Ludwig Glück mittels Einstweiliger Verfügung vom 14. 3. 1958 verbieten, solche Behauptungen in Umlauf zu bringen.³⁾

Der BLLV bedient sich vorwiegend des Mittels der Eingaben, um seine Vorstellungen an Legislative und Exekutive heranzutragen. In quantitativer Hinsicht

1) Vgl. Ellwein, Thomas, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 105.

2) Quelle: Meldung der Katholischen Nachrichtenagentur vom 18. März 1958.

3) Quelle: Landgericht München I, 4. Zivilkammer, Aktenzeichen 4 Q 21/58.

liegt hierbei die Exekutive mit Abstand vor der Legislative. Aus den "Standespolitischen Mitteilungen" vom 25. 5. 1971 geht beispielsweise hervor, daß alleine die Standespolitische Hauptstelle in der Zeit von Juli 1963 bis Mai 1971 78 Eingaben an die Legislative und Exekutive richtete.¹⁾ Von diesen 78 Eingaben entfallen 51 auf die Exekutive und nur 17 auf die Legislative. 10 Eingaben sind sowohl an die Exekutive als auch an die Legislative gerichtet. Auch die Verhandlungen, Gespräche und Besprechungen bewegen sich zum größten Teil auf der Ebene der Exekutive.

Auf der Ebene der Legislative entwickelt der BLLV die folgenden Aktivitäten:

Jeder Abgeordnete, der in den Bayerischen Landtag einzieht, erhält zunächst ein Glückwunschschreiben, in dem der BLLV seiner Freude Ausdruck gibt, daß die "sehr verehrte Frau Abgeordnete" oder der "sehr verehrte Herr Abgeordnete" in den Bayerischen Landtag gewählt wurde. Dem Schreiben liegt eine Broschüre bei, die das Sachprogramm des BLLV verdeutlicht. Gleichzeitig wird dem Abgeordneten angeboten, seine Stellungnahme zu diesem Programm in der Verbandszeitung zu veröffentlichen. Das Echo war hier aber sehr schwach.

Nach wenigen Wochen folgt dann eine Einladung zu einem sogenannten Parlamentarischen Abend. Hierbei handelt es sich um einen Empfang mit Abendessen und anschließender zwangloser Diskussion in einem Münchener Luxushotel. Die Parlamentarischen Abende werden getrennt nach Parteien durchgeführt und zeichnen sich gewöhnlich durch einen starken Besuch aus. In Teil 2 der Arbeit wird gezeigt, wie die Parlamentarischen Abende in die Strategie des BLLV eingebettet sind und welche Abgeordnete daran teilnehmen. Als Verallgemeinerung kann hier jedoch festgehalten werden, daß insbesondere die Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses diesen Einladungen gerne Folge leisten.

1) Quelle: Standespolitische Hauptstelle des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes e. V. (Hrsg.), Standespolitische Mitteilungen, Sondernummer vom 25. 5. 1971.

Am 17. 2. 1971 lud der BLLV darüber hinaus alle Abgeordneten, die aus dem Lehrerstand kommen, zu einem Empfang mit Abendessen ein, um damit den Auftakt zu weiteren Kontakten zu setzen. Von den insgesamt 30 Lehrerabgeordneten des Bayerischen Landtags (7. Wahlperiode) nahmen die folgenden 18 Abgeordneten an dem Empfang teil:

Adalbert Brunner (SPD), Alfred Dick (CSU), Rolf Eberle (SPD), Dr. Peter Glotz (SPD), Dr. Gebhard Glück (CSU), Anton Hochleitner (SPD), Otto Kahler (SPD), Franz Kick (SPD), Albert Koch (SPD), Otto Meyer (CSU), Siegfried Möslein (CSU), Willibald Moser (SPD), Erich Sauer (CSU), Joachim Schmolcke (SPD), Alfons Schneider (SPD), Friedrich Speth (CSU), Richard Wagner (CSU), Peter Widmann (CSU).

Die "Bayerische Schule" kommentierte diesen Empfang:

"Nicht wie sonst mußte man sich beim Begrüßungstrunk erst an Gesprächspartner herantasten, seinen Namen murmeln und dann überlegen, wie man ohne direktes Nachfragen auch den Namen seines Gegenüber erfahren könne. Die teilweise jahrelange Mitarbeit von jetzigen Abgeordneten im BLLV oder eine aus zahlreichen Begegnungen und Gesprächen stammende Bekanntheit mit BLLV-Vorstandsmitgliedern ließen von Anfang an eine Atmosphäre aufkommen, die kollegial-verbands-familiär bezeichnet werden könnte. Ein Indiz für den gelungenen Abend war auch die Tatsache, daß gegen Mitternacht erst ganz wenige ans Heimgehen dachten und auch diese meist nur unter lebhaftem Bedauern."¹⁾

Der Präsident des BLLV, Wilhelm Ebert, lud die Abgeordneten noch ein, "im Hinblick auf die kommenden Gehaltserhöhungen" den Getränken kräftig zuzusprechen, und Staatssekretär Alfred Dick meinte, "daß er nicht zum Schaden des Verbandes in der Regierung säße."²⁾

1) Die Bayerische Schule, 1971, Heft 5, S. 102.

2) Ebenda, S. 102 - 103.

Obwohl die Mitgliedschaft eines Abgeordneten in einem Verband noch keine Aussagen über seine tatsächliche Verhaltensweise zuläßt, erscheint es doch aufschlußreich zu analysieren, welche Abgeordneten Mitglieder des BLLV sind: Im Deutschen Bundestag sitzen nur zwei BLLV-Mitglieder, nämlich der SPD-Abgeordnete Karl Hofmann aus Kronach und der FDP-Abgeordnete Hansheinrich Schmidt aus Kempten, im Bayerischen Landtag (7. Wahlperiode) dagegen 19 BLLV-Mitglieder. Davon gehören 7 Mitglieder der CSU-Fraktion und 12 Mitglieder der SPD-Fraktion an. Die folgende Übersicht zeigt diese Abgeordneten im einzelnen:

CSU-Landtagsabgeordnete der 7. Wahlperiode, die gleichzeitig Mitglied im BLLV sind:

- (1) Bäuerlein, Marita, Fachlehrerin, Wahlkreis Unterfranken;
- (2) Bundschuh, Waldtraud, Land- und Hauswirtschaftsrätin, Stimmkreisverband Lichtenfels, Staffelstein;
- (3) Lechner, Ernst, Landwirtschaftsstudienrat, Stimmkreisverband Dinkelsbühl, Feuchtwangen, Gunzenhausen;
- (4) Maurer, Hans, Hauptlehrer, Stimmkreisverband Ansbach-Stadt und -Land;
- (5) Möslein, Siegfried, Rektor, Wahlkreis Oberfranken;
- (6) Sauer, Erich, Rektor, Stimmkreisverband Kitzingen-Stadt und -Land, Ochsenfurth;
- (7) Speth, Friedrich, Lehrer, Stimmkreisverband Miltenberg, Obernburg.

Sämtliche 7 CSU-Abgeordnete stammen also aus Franken.

SPD-Landtagsabgeordnete der 7. Wahlperiode, die gleichzeitig Mitglied im BLLV sind:

- (1) Dr. Böddrich, Jürgen, Oberstudiendirektor, Stimmkreis München-Stadt (8) - Stadtbezirke 26 und 27;
- (2) Brunner, Adalbert, Gymnasialprofessor, Stimmkreis München-Stadt (11) - Stadtbezirke 35, 37, 38, 39, 40;
- (3) Eberle, Rudolf, Oberlehrer, Wahlkreis Niederbayern;
- (4) Gentner, Fritz, Oberlehrer, Wahlkreis Oberfranken;
- (5) Hochleitner, Anton, Oberlehrer, Wahlkreis Niederbayern.
Hochleitner war von 1957 bis 1959 Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer¹⁾ und 1959 Schriftleiter der Verbandszeitschrift "Der Junglehrer"²⁾. Er ist heute Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags.
- (6) Kahler, Otto, Oberlehrer, Stimmkreisverband Marktrechwitz, Selb, Rehau, Wunsiedel;
- (7) Koch, Albert, Oberlehrer, Stimmkreisverband Coburg-Stadt und -Land, Stadt Neustadt bei Coburg;
- (8) Kronawitter, Georg, Oberstudienrat a. D., Oberbürgermeister von München³⁾, Wahlkreis Oberbayern;
- (9) Dr. Meyer, Helmut, Stadtdirektor, Stimmkreis München-Stadt (6) - Stadtbezirke 20, 25, 41;
- (10) Rummel, Oskar, Verwaltungsamtmann, Wahlkreis Unterfranken; Rummel ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung.
- (11) Schneider, Alfons, Oberlehrer, Wahlkreis Oberpfalz; Schneider ist gleichzeitig Vorsitzender des BLLV-Bezirksverbandes Oberpfalz.
- (12) Seibel, Lieselotte, Lehrerin, Stimmkreis Nürnberg-Stadt (Mitte).

1) Vgl. Abschnitt 2.2.8.

2) Vgl. Abschnitt 2.2.4.3.

3) Auch sein Vorgänger, Dr. Hans-Jochen Vogel, ist Mitglied des BLLV.

Diese Abgeordneten konzentrieren sich vor allem auf drei Ausschüsse, nämlich auf den Ausschuß für Eingaben und Beschwerden, in dem sieben BLLV-Mitglieder sitzen, auf den Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung mit sechs BLLV-Mitgliedern und auf den Ausschuß für kulturpolitische Fragen mit drei BLLV-Mitgliedern. Allerdings ist der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses, Anton Hochleitner, langjähriges BLLV-Mitglied, und auch der stellvertretende Vorsitzende, Otto Meyer, war 15 Jahre BLLV-Mitglied, ehe er 1965 aus Verstimung über eine Veranstaltung des BLLV-Bezirksverbandes Schwaben aus dem BLLV austrat. Dennoch hat er nach wie vor ein ausgesprochen herzliches Verhältnis zum BLLV.¹⁾ Die für den BLLV relevanten Probleme werden vor allem im Ausschuß für kulturpolitische Fragen sowie im Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung behandelt; folglich bemüht sich der BLLV insbesondere um diese Abgeordneten.

Zu bemerkenswerten Ergebnissen kommt man, wenn man die gegenwärtige Zusammensetzung des Bayerischen Landtags analysiert. Die Berufsstatistik,²⁾ die den Stand vom 22. November 1970 widerspiegelt, weist aus, daß nur 14 von insgesamt 204 Abgeordneten Frauen sind; das entspricht einem Prozentsatz von 6,9 %. 99 Abgeordnete entstammen dem Öffentlichen Dienst, 61 sind selbständig, 41 Angestellte und 3 Hausfrauen. Arbeiter weist die Statistik nicht aus.

Bezieht man die 19 Abgeordneten, die Mitglieder im BLLV sind, auf die Gesamtzahl von 204 Abgeordneten, so ergibt sich, daß 9,3 % oder jeder 11. Abgeordnete BLLV-Mitglied ist. 30 Abgeordnete übten den Beruf eines Lehrers aus, d. h. 14,8 % oder jeder 7. Abgeordnete ist Lehrer. Rechnet man die Lehrer schließlich der großen Gruppe der dem Öffentlichen Dienst entstam-

1) Vgl. Teil 2 der Arbeit.

2) Vgl. Landtagsamt des Bayerischen Landtags (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 7. Wahlperiode, München 1971, S. 69 ff.

menden Abgeordneten zu, so ergibt sich, daß 99 Abgeordnete oder 48,5 % beim Staat beschäftigt waren. Jeder zweite Abgeordnete ist also ein ehemaliger Staatsdiener. Es bleibt festzuhalten, daß die Lehrer im Bayerischen Landtag stark überrepräsentiert sind. Obwohl sie inklusive Lehrer-Studenten und Lehrer-Pensionisten nur 1,4 % der wahlberechtigten bayerischen Bevölkerung ausmachen,¹⁾ stellen sie jeden siebten Abgeordneten im Bayerischen Landtag.

Im Rahmen dieses Abschnitts soll auch noch kurz auf den Bayerischen Senat eingegangen werden, der gegenüber dem Landtag und der Regierung gutachtliche Funktionen hat und auch selbst Gesetzesentwürfe vorlegen kann, insgesamt jedoch nur eine sehr schwache Stellung innehat.²⁾ Nach Auffassung von Herrn Professor Dr. Audomar Scheuermann, Vizepräsident des Bayerischen Senats und Vorstand des Kanonistischen Instituts der Universität München, erfülle der Bayerische Senat dennoch eine wichtige Funktion, weil er weitgehend die Lobby ersetze.³⁾ Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen sitzen im Senat und haben die Möglichkeit, auf das Gesetzgebungsverfahren Einfluß zu nehmen. Den Eingaben des BLLV messe der Senat seit eh und je eine große Bedeutung zu, weil der BLLV nicht nur der mit Abstand größte Berufsverband der bayerischen Lehrer sei, sondern darüber hinaus durch Sachverstand und realistische Forderungen besteche.

Die bayerischen Lehrer sind zwar im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks als eigenständige Gruppe anerkannt und vertreten,⁴⁾ nicht dagegen im Bayerischen Senat, wo sie versuchen müssen, über die Gewerkschaftsvertreter oder Beamtenvertreter zu Wort zu kommen, wenn sie sich nicht auf das Verfassen von Eingaben beschränken wollen. Die GEW ist hier gegenüber dem BLLV im Vorteil, weil sie durch die Gewerkschaftsvertreter repräsentiert wird, während der BLLV keinen Vertreter entsenden darf.

1) Vgl. Abschnitt 2.4.

2) Vgl. Art. 40 der Bayerischen Verfassung.

3) Vgl. Interview Scheuermann vom 6. 10. 1971.

4) Vgl. Abschnitt 4.1.

Der BLLV hatte bereits 1955 beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof Einspruch gegen seine Nichtaufnahme in das beim Innenministerium geführte Verzeichnis der an der Wahl der Senatsmitglieder teilnahmeberechtigten Spitzenorganisationen erhoben. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof stellte jedoch am 30. 11. 1955 fest, "daß sich aus der Satzung wie auch aus dem Namen des BLLV ergebe, daß er sich ausschließlich aus Angehörigen eines Teiles der Beamtenschaft zusammensetze und lediglich die Interessen dieser Personen-Gruppe, des Lehrerstandes, fördern wolle. Er vertrete nicht 'alle Angehörigen' der Gruppe der Berufsbeamten, wie es § 4 des Senatsgesetzes verlange, sondern nur einen bestimmten Berufszweig innerhalb der großen Gruppe des Berufsbeamtentums. Das Innenministerium habe daher mit Recht die Auffassung vertreten, daß der BLLV die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anerkennung einer wahlberechtigten Spitzenorganisation im Sinne des Senatsgesetzes nicht erfülle."¹⁾

1967 ließ der BLLV von seinem Syndikus ein Rechtsgutachten erstellen, um nochmals die Frage zu prüfen, ob dem BLLV nicht doch der prestigeträchtige Sitz eines Senators zustünde. Das Gutachten kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß der BLLV "selbst bei großzügigster Auslegung" keine Spitzenorganisation im Sinne des Senatsgesetzes sei.²⁾

Der Verfasser konnte nicht feststellen, daß der BLLV über routinemäßige Eingaben hinaus Einfluß auf den Bayerischen Senat ausübt.

1) Die Bayerische Schule, 1955, Nr. 35/36, S. 580.

2) Vgl. Lehmann, Friedrich, Ist der BLLV eine Spitzenorganisation im Sinne des Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes über den Senat?, unveröffentlichtes Rechtsgutachten vom 27. 12. 1967.

5.3. Die Exekutive

Auch dieser Abschnitt soll lediglich zur Vorbereitung auf Teil 2 der Arbeit einige allgemeine Fakten zusammentragen, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können.

Wie die Ausführungen über die Legislative bereits zeigten und wie Teil 2 der Arbeit weiter verdeutlicht, ist die Exekutive - quantitativ gesehen - der Hauptadressat des BLLV, wobei unter Exekutive nicht nur die Regierung, sondern darüber hinaus der gesamte Bereich der Schulverwaltung verstanden werden soll. Das Schaubild auf der folgenden Seite zeigt den Aufbau der Schulverwaltung in Bayern.

Wie in Abschnitt 2.2.1. bereits gezeigt wurde, entspricht der Aufbau des BLLV exakt dem Aufbau der Schulverwaltung. Dem Kultusministerium steht als Partner oder Opponent der Landesverband gegenüber, dem Regierungsschulamt entspricht der Bezirksverband, und die Kreisverbände schließlich treten auf der Ebene des Staatlichen Schulamtes an.

Auf der untersten Ebene, nämlich der Ebene des Staatlichen Schulamtes, organisiert der BLLV 193 von insgesamt 255 bayerischen Schulräten.¹⁾ Auch Schlüsselpositionen in den Regierungsschulämtern sind von BLLV-Mitgliedern besetzt. Obwohl auch hier eine Verbandsmitgliedschaft keine endgültigen Aussagen über die tatsächliche Verhaltensweise zuläßt, so kann doch gefolgert werden, daß sich diese Verbandsmitglieder als natürliche Adressaten für die Aktivitäten des BLLV anbieten. Da ihre internalisierten Werthaltungen den Vorstellungen des BLLV entgegenkommen, werden sie in aller Regel wohl nicht zum Schaden des Verbandes in der Schulverwaltung sitzen. In vielen Fällen ist auch eine echte Interessenkonvergenz zwischen Schulverwaltung und BLLV gegeben, nämlich wenn es darum geht, einen gesunden Ressortegoismus zu entwickeln, um die Priorität der Schule gegenüber den Ansprüchen anderer Ressorts sicherzustellen.

1) Vgl. Abschnitt 3.4.

Auf der obersten Ebene der Schulverwaltung ist für den BLLV vor allem die Abteilung III des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus interessant. Auch hier sind Schlüsselpositionen von BLLV-Mitgliedern oder dem BLLV nahestehenden Persönlichkeiten besetzt.¹⁾ Während bis auf diese Ebene die Leiter der Arbeitsstellen des BLLV vorstoßen, ist der Zugang zu Kultusminister Professor Dr. Hans Maier oder zu Ministerialdirektor Dr. Böck dem Präsidenten des BLLV, Wilhelm Ebert, vorbehalten. Staatssekretär Erwin Lauerbach, der bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär im Juni 1964 an einem Schweinfurter Gymnasium als Philologe tätig war, wird dagegen mehr vom Bayerischen Philologenverband als Kontaktstelle bevorzugt. Wilhelm Ebert pflegt ein sehr gutes Verhältnis zum Kultusministerium und war auch bereits als Kultusminister oder Staatssekretär im Gespräch.²⁾

Neben den ständigen Kontakten, die die Arbeitsstellen des BLLV mit den entsprechenden Stellen der Schulverwaltung unterhalten, erhielt der BLLV von Kultusminister Maier die Zusage, regelmäßige Delegationen des BLLV zu empfangen und in Form von Arbeitssitzungen die jeweils aktuellen Probleme zu diskutieren. Außerdem nahm Kultusminister Maier bisher regelmäßig an den für CSU-Abgeordnete gedachten "Parlamentarischen Abenden" teil. In Teil 2 der Arbeit wird darauf noch näher eingegangen. Teil 2 der Arbeit zeigt weiter, daß die Exekutive durch die Gründung von sogenannten Staatsinstituten³⁾ ihre Planungsinstrumente verstärkt ausbaut und sich ein Potential an wissenschaftlichen Mitarbeitern zulegt, das ebenfalls den "Sachverstand" für sich in Anspruch nehmen kann, den bisher der BLLV für sich reserviert hatte, wodurch der Verbandseinfluß zurückgedrängt wird.

1) Vgl. Abschnitt 3.4.

2) Vgl. Abendzeitung Nr. 133 vom 12. 6. 1970.
Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 287 vom 1. 12. 1970, S. 13.

3) Vgl. Abschnitt 2.2.5.

Als weiteres Instrument zur Beeinflussung der Exekutive steht dem BLLV der Lehrerpersonalrat zur Verfügung, in dem die Interessenvertretung institutionalisiert ist.¹⁾ In Abschnitt 3.5. wurden bereits ausführlich die hierbei auftretenden Probleme diskutiert und der Schluß gezogen, daß die Möglichkeiten, die sich dem BLLV über die Personalvertretungen eröffnen, nicht zu hoch bewertet werden dürfen. Die geschilderten Auseinandersetzungen haben aber auch ein bezeichnendes Licht auf den Geist geworfen, der in den Schulverwaltungen heute teilweise noch herrscht. In diesem Zusammenhang erscheint es auch aufschlußreich, ein Gerichtsurteil zu zitieren, das sich mit dem gesamten Geschäftsbereich des Kultusministeriums befaßt und zu dem Ergebnis kommt, daß die "Prädominanz der Exekutive" einen "nachhaltigen Fortbestand vorkonstitutioneller Verhältnisse" bewirke und das Ausbildungsrecht in Bayern zu einer "Insel des Absolutismus" mache:

"Über Bildungsangebot, Schularten und -ordnungen, Prüfungsbestimmungen, Unterrichtsreformen, Zulassungsvoraussetzungen für das Studium, Vergaben von Förderungsmitteln und vieles andere wichtige mehr entscheidet ausschließlich oder doch im wesentlichen die Ministerialbürokratie. Mit dem Zuständigkeitsprinzip der demokratisch-parlamentarischen Verantwortung ist diese Übung offenkundig nicht zu vereinbaren. Und es ist in der Tat bemerkenswert, daß Bildung und Ausbildung zwar nach einem jedermann geläufigen Gemeinplatz zu den Existenzfragen des Staates gehören, daß sich aber andererseits der Gesetzgeber weithin damit begnügt, pauschal die Geldmittel für den Bildungsbedarf auszuwerfen. Bildung und Ausbildung sind jedoch viel zu bedeutsam, als daß man sie Ministerien allein überlassen könnte." 2)

1) Vgl. Abschnitt 3.

2) Quelle: Verwaltungsgericht München., III. Kammer, Urteil vom 26.4.1971, zit. nach: Der Spiegel Nr. 31 vom 26. 7. 1971, S. 56.

Es steht außer Zweifel, daß das Verwaltungshandeln heutzutage an Gewicht gewonnen hat, und wie auch Teil 2 der Arbeit zeigt, ist es nur zu verständlich, daß der BLLV die Schulverwaltung als Hauptadressaten gewählt hat. Kultusminister Maier kommentiert diese Tendenz wie folgt:

"Wie immer man die neuen Tendenzen im Bildungswesen beurteilen mag: sie bedeuten eine ungeheure Bürde neuer Aufgaben für den Staat als Träger der Schulen. Und tatsächlich scheint die Rolle des Staates im Schulbereich in jüngster Zeit immer mehr zu wachsen. Während der liberale Kulturstaat den gesellschaftlichen Kräften noch einen breiten Raum der Mitgestaltung ließ und nur eine Rahmenordnung setzte, ohne sie weltanschaulich auszufüllen, dringt der heutige Staat - in Ost und West - allmählich zu einer Globalsteuerung des gesamten Erziehungswesens vor."¹⁾ 2)

Der BLLV unter Führung seines Präsidenten, Wilhelm Ebert, begegnet dieser Tendenz bisher mit einer "friedlichen Umarmungstaktik". Er vermeidet harte Konfrontationen und zielt von vornherein auf ein mittleres level des Kompromißhandelns ab.³⁾ Es fällt auf, daß Wilhelm Ebert in den letzten Jahren stets Wert darauf legte, die Exekutive nicht zu verärgern und durch abgewogene Stellungnahmen das gute Einvernehmen zwischen Schulverwaltung und BLLV nicht in Frage stellte. Diese These wird in Teil 2 der Arbeit noch ausreichend belegt.

Der Verfasser plante ursprünglich, als weitere Adressaten des Verbandseinflusses die Justiz und die internationalen Organisationen herauszustellen. Seine

1) Maier, Hans, Bildungspolitik für morgen - Perspektiven und Konsequenzen, in: Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, vom 2. 2. 1972, S. 9.

2) Vgl. hierzu auch Abschnitt 2.1.1.

3) In Teil 2 der Arbeit wird dieser Prozeß eingehend analysiert.

Nachforschungen brachten jedoch keinerlei Hinweise darauf, daß der BLLV Einfluß auf die Justiz oder auf internationale Organisationen nimmt. In Abschnitt 4.3. wurde bereits darauf hingewiesen, daß Wilhelm Ebert gute Beziehungen zum Weltlehrerverband und zur UNESCO pflegt. Es konnte jedoch nicht festgestellt werden, daß diese Beziehungen für die Realisierung konkreter Ziele des BLLV direkt nutzbar gemacht wurden.

6. Die Methoden des Einflusses

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Aktivitäten des BLLV ganz von der jeweiligen Problemstellung sowie der politischen Konstellation abhängen. Ebenfalls von diesen Faktoren beeinflusst ist die Wahl der Methode. Da sich Verallgemeinerungen in aller Regel verbieten, sollen die vom BLLV praktizierten Methoden im Rahmen der in Teil 2 der Arbeit analysierten Verbandstätigkeit dargestellt werden.

Dieser Abschnitt setzt sich die Aufgabe, in Vorbereitung auf Teil 2 der Arbeit zu diskutieren, welche Methoden der BLLV überhaupt für die Durchsetzung seiner Forderungen anwenden könnte. Diesem Problem kommt in Teil 2 der Arbeit entscheidende Bedeutung zu. Es zeigt sich nämlich, daß der BLLV mit den vorwiegend von ihm praktizierten Methoden wie Pflege persönlicher Beziehungen, rationale Überzeugung und sachliche Autorität schon bald an die Grenze seines Durchsetzungsvermögens stößt. In den Reihen der Mitglieder werden deshalb Rufe laut nach "Kampfmaßnahmen", "direkten Aktionen", "Dienst nach Vorschrift" und ähnlichem.

An diesen Formulierungen zeigt sich schon das Dilemma, in dem der BLLV grundsätzlich steckt. Einerseits bekennt er sich uneingeschränkt zum Beamtenstatus und lehnt das Streikrecht für Beamte ab, andererseits sieht er sich vor die Notwendigkeit gestellt, "härtere" Methoden einzusetzen, um seinen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Da er nicht bereit ist, die von den Gewerkschaften ÖTV und GEW propagierte Trennung des Beamtenrechts in ein Status- und ein Folgerecht mitzumachen,¹⁾ muß er andere Möglichkeiten

1) Vgl. hierzu auch das auf Initiative der GEW im Auftrag des Bundesvorstandes des DGB erstellte Rechtsgutachten von Thilo Ramm, Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten, Köln 1970.

ergründen, die mit dem Beamtenstatus bei großzügigster Auslegung gerade noch vereinbar und dennoch effizient sind. Wilhelm Ebert gebraucht hierfür den Ausdruck "legitime Kampfmaßnahmen".

Einige Verbandsexperten haben deshalb unter Mitwirkung des Verfassers einen Katalog von Kampfmaßnahmen entwickelt, der wesentlicher Bestandteil der vom Verfasser durchgeführten Fragebogenaktion wurde.¹⁾ Einige Maßnahmen dieses Katalogs verdienen wohl nicht, als "Kampfmaßnahmen" bezeichnet zu werden. Es sind zum Teil nur unbedeutende Druckmittel gegenüber der Schulverwaltung oder spiegeln die Schwierigkeiten wider, die die Verbandsfunktionäre bei der Aktivierung der Mitglieder haben.

Die folgende Übersicht zeigt, welche Kampfmaßnahmen bei den Mitgliedern eine hohe Folgebereitschaft erwarten lassen und welche auf Ablehnung stoßen. Die Fragestellung lautete:

"Welche der nachstehenden Maßnahmen würden Sie persönlich durchführen, wenn der BLLV zu Aktionen aufruft, um die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und nach Abbau der Überlastungen durchzusetzen? Beantworten Sie bitte jede Frage mit ja oder nein. Wenn einzelne Fragen für Sie nicht zutreffen, bitte nichts ankreuzen."²⁾

In der Computer-Auswertung wurden die Ja-Stimmen und Nein-Stimmen jeweils auf die insgesamt ausgewerteten 7.495 Fragebogen bezogen. Diese Prozentsätze sind in Spalte 2 und 3 der folgenden Übersicht ausgewiesen. Zu wesentlich anderen Ergebnissen kommt man, wenn man als Basis nicht die insgesamt ausgewerteten 7.495 Fragebogen nimmt, sondern jeweils nur die Summe der mit Ja oder Nein gekennzeichneten Fragebogen. Spalte 5 der Übersicht zeigt diese Prozentsätze.

1) Vgl. Teil 3 der Arbeit.

2) Frage 9 des Fragebogens.

Art der Kampf- maßnahme	Ja-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	Nein-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	regionale Besonder- heiten (5 Punkte und mehr)	Ja-Stimmen in % der Summe der mit Ja oder Nein ge- kennzeich- neten Frage- bogen	Rang- ziffer
(1) Ablehnung aller Sammlungen	79	10	stark: Oberpfalz	88	3.
(2) Ablehnung von Überstunden ab Sept. 72	76	8	-	90	1.
(3) Sind Sie bereit, auf eigene Kosten an einer überre- gionalen Ver- sammlung teil- zunehmen?	70	14	schwach: Nieder- bayern schwach: Nürnberg	83	5.
(4) Ablehnung der Unterrichtser- teilung in Fä- chern, für die keine Ausbildung gegeben ist	67	15	schwach: Nieder- bayern	82	8.
(5) Ablehnung der Benutzung des privateigenen PKW für Fahrten zur Erteilung des Unterrichts in anderen Schulhäu- sern	58	12	schwach: Nürnberg schwach: München	83	4.
(6) Erwägen Sie ernsthaft, wegen der unbefriedi- genden Arbeits- bedingungen bzw. wegen Überla- stung vorzeitig in den Ruhestand zu treten?	56	14	stark: München schwach: Oberfran- ken	80	9.
(7) Ablehnung der Teilnahme am Aufnahmeverfah- ren bei Realschu- len und Gymnasien	56	17	stark: München	76	11.

Art der Kampf- maßnahme	Ja-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	Nein-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	regionale Besonder- heiten (5 Punkte und mehr)	Ja-Stimmen in % der Summe der mit Ja oder Nein ge- kennzeich- neten Frage- bogen	Rang- ziffer
(8) Ablehnung der gleichzeitigen Betreuung von zwei Klassen	54	25	-	68	19.
(9) Sind Sie bereit, sich persönlich oder schrift- lich in der Fra- ge der Arbeits- zeit und der Überlastung an Ihren Abgeord- neten zu wenden?	54	25	schwach: Nürnberg	69	18.
(10) Ablehnung der Beteiligung bei der Durchfüh- rung der Schul- milchspeisung	52	20	stark: Nürnberg schwach: Nieder- bayern	72	14.
(11) Würden Sie sich auch dann noch an Kampfmaß- nahmen beteili- gen, wenn Sie des- wegen dienstli- che Schwierig- keiten zu befürch- ten hätten?	50	27	schwach: Nürnberg	65	21.
(12) Ablehnung der Mitwirkung beim Schulspa- ren	49	30	stark: Nürnberg schwach: Ober- bayern schwach: Nieder- bayern	62	23.

Art der Kampf- maßnahme	Ja-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	Nein-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	regionale Besonder- heiten (5 Punkte und mehr)	Ja-Stimmen in % der Summe der mit Ja oder Nein ge- kennzeich- neten Frage- bogen	Rang- ziffer
(13) Ablehnung der Durchführung jeder Art von Hospitation in der eigenen Klasse	47	33	stark: Mittel- u. Unterfrk. schwach: München schwach: Ober- franken	59	25.
(14) Ablehnung der vorgeschriebe- nen Schulwan- derungen, wenn keine Reiseko- sten zur Verfü- gung gestellt werden können	45	33	schwach: Ober- bayern	58	26.
(15) Sind Sie bereit, an Ihre Tages- zeitung einen Leserbrief zu schreiben?	41	37	stark: München stark: Schwaben schwach: Nieder- bayern	52	27.
(16) Generelle Ab- lehnung von Schulfahrten, die nicht ver- bindlich vorge- schrieben sind	39	39	stark: München u. Nürnberg. schwach: Ober- bayern	50	28.
(17) Ablehnung von Schulveranstal- tungen	39	41	stark: Nürn- berg	49	29.
(18) Niederlegung der z.Zt. er- teilten Über- stunden	34	12	-	74	13.

Art der Kampf- maßnahme	Ja-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	Nein-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	regionale Besonder- heiten (5 Punkte und mehr)	Ja-Stimmen in % der Summe der mit Ja oder Nein ge- kennzeich- neten Fra- gebogen	Rang- ziffer
(19) Niederlegung der Lehr- und Lernmittel- verwaltung	33	15	schwach: Nürnberg schwach: München	69	17.
(20) Niederlegung der Verwal- tung von Leh- rer- und Schü- lerbüchereien	31	16	schwach: Nürnberg schwach: München	66	20.
(21) Ablehnung jeg- licher aktiven und passiven Be- teiligung an der freiwilligen Leh- rerfortbildung	30	52	stark: Nieder- bayern schwach: München schwach: Ober- bayern	37	30.
(22) Niederlegung des Amtes als Verkehrslehrer	28	11	stark: Ober- franken	72	15.
(23) Bei mehrhäu- sigen Schulen: Niederlegung jeglicher Tä- tigkeit als Quasi-Schul- leiter	26	5	schwach: München	83	6.
(24) Als Schulleiter: Ablehnung der Annahme aller Vorsprachen und Ferngesprä- che während stundenplanmä- ßiger Unter- richtsverpflich- tungen	24	3	stark: Nürnberg	90	2.

Art der Kampf- maßnahme	Ja-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	Nein-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	regionale Besonder- heiten (5 Punkte und mehr)	Ja-Stimmen in % der Summe der mit Ja oder Nein ge- kennzeich- neten Fra- gebogen	Rang- ziffer
(25) Als Schul- leiter: Ablehnung der Führung des Fahrnisver- zeichnisses für den Schulauf- wandsträger	17	6	-	76	12.
(26) Als Schulleiter: Einberufung von Lehrerkonferen- zen nur einmal je Schulhalb- jahr	17	10	-	64	22.
(27) Als Schulleiter: Ablehnung von Fahrten zu aus- gelagerten Klas- sen in mehr- häusigen Schulen mit dem privat- eigenen PKW	16	5	-	77	10.
(28) Als Konrektor: Ablehnung jeg- licher dauern- den Mitarbeit in der Schullei- tung, solange keine Stundener- mäßigung ge- währt wird und keine Dienstord- nung erlassen ist	15	3	-	83	7.
(29) Als Schulleiter: Ablehnung der Erstellung des Schulbusfahrpla- nes	15	6	-	71	16.

Art der Kampf- maßnahme	Ja-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	Nein-Stimmen in % der ins- gesamt aus- gewerteten 7.495 Frage- bogen	regionale Besonder- heiten (5 Punkte und mehr)	Ja-Stimmen in % der Summe der mit Ja oder Nein ge- kennzeich- neten Fra- gebogen	Rang- ziffer
(30) Als Schulleiter: Ablehnung aller Bestellungen und Prüfung der Rechnungen. Da- für: Mittellung an den Schulauf- wandsträger, wann und in wel- chen Mengen zu beschaffen ist	15	9	-	61	24.

1)

Die offene Frage am Ende des Katalogs der Kampfmaßnahmen, zu welchen weiteren Maßnahmen das Mitglied bereit wäre, benützten nur 22 % der Befragten, um zusätzliche Aktionen vorzuschlagen. Die Antworten variieren sehr stark, so daß Verallgemeinerungen problematisch sind. Es scheinen sich jedoch vor allem drei Gedanken herauszukristallisieren:

Ein Teil der 1.647 Antworten zu dieser offenen Frage plädiert für einen allgemeinen Streik, eventuell mit einem vorgelagerten Warnstreik. Die andere ersichtliche Tendenz liegt in dem Bemühen, das Kampfpotential zu erweitern. Diese Gruppe schlägt gemeinsame Aktionen mit anderen Lehrer- und Beamtenorganisationen sowie eine Einbeziehung der Eltern und Schüler vor. Der dritte Komplex beruht auf regionalen Differenzierungen.²⁾

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 123 - 152.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 153.

Insgesamt gesehen zeigen die Abstimmungsergebnisse zu diesem Katalog von Kampfmaßnahmen, daß dem BLLV durchaus handfeste Möglichkeiten offenstehen, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ob überhaupt und dann welche Maßnahmen der BLLV bereit ist einzusetzen, ist im Augenblick jedoch noch nicht abzusehen. Bisher beließ es der BLLV bei der Androhung von Kampfmaßnahmen.¹⁾ Beachtung verdient insbesondere die auf Rang 11 der obigen Übersicht stehende Frage, ob sich das Mitglied auch dann noch an Kampfmaßnahmen beteiligen würde, wenn es deswegen dienstliche Schwierigkeiten zu befürchten hätte. Nach der Computerauswertung ist nur jeder zweite Befragte auch dann noch zu Kampfmaßnahmen bereit. Der Verfasser hegt Zweifel, ob der BLLV eine wirklich harte Auseinandersetzung bis zum Schluß durchsetzen würde. Zum einen scheint die Bewußtseinslage vieler Lehrer dem entgegenzustehen,²⁾ zum anderen fehlen finanzielle Reserven.³⁾ Auch dürfte es schwerfallen, die "Öffentliche Meinung" für eine Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu gewinnen.⁴⁾

Die Fragebogenaktion zeigt weiter, daß die Mitglieder größten Wert darauf legen, daß der Beamtenstatus des Lehrers nicht verletzt wird. 92 % sprechen sich für eine Beibehaltung des Beamtenstatus des Lehrers aus, nur 5 % antworten mit Nein.⁵⁾ Andererseits ist eine Mehrheit der Mitglieder, nämlich 57 %, der Meinung, daß heutzutage auch beamtete Lehrer das Recht haben sollten, zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu streiken.⁶⁾ Jedoch nur 44 % wären bereit, eine Anhebung des Mitgliedsbeitrages zu akzeptieren, um den Mitgliedern im Falle eines Streiks eine Unterstützung zahlen zu können.⁷⁾

1) Vgl. Teil 2 der Arbeit.

2) Vgl. Abschnitt 2.1.

3) Vgl. Abschnitt 2.5.

4) Diese Problematik wird in Teil 2 der Arbeit noch eingehend behandelt.

5) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 232.

6) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 233.

7) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 234.

2. Teil

ANALYSE DER VERBANDSTÄTIGKEIT VON FRÜHJAHR 1970 BIS HERBST 1972

Der Verfasser wählt diesen Zeitraum, weil er Gelegenheit hatte, in dieser Zeit an fast allen Sitzungen des Landesvorstandes, Pressekonferenzen und Parlamentarischen Abenden des BLLV sowie weiteren wichtigen Gesprächen und Veranstaltungen des Verbandes teilzunehmen. Dieser Zeitraum eignet sich aber auch deshalb besonders für eine Untersuchung, weil 1970 die vom BLLV in der Vergangenheit als Grundanliegen bezeichneten Ziele verwirklicht sind und der Verband neue Prioritäten setzen muß. Die vom BLLV unternommenen Bemühungen zur Realisierung der neuen Zielsetzungen münden in einen mehrstufigen Prozeß ein, der gleichzeitig die Grenzen des Verbandseinflusses sichtbar werden läßt.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Bemühungen des BLLV nach einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer. Die gleichlaufenden Anstrengungen in der Frage der Lehrerbildung und der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten werden dagegen nur am Rande behandelt. Diese Abgrenzung rechtfertigt sich dadurch, daß die Verbandsspitze durch eine wachsende Unruhe an der Basis gezwungen wird, die Aktivitäten des Verbandes mehr und mehr auf das Problem der Arbeitszeitverkürzung zu verlagern. An den Problemen der Lehrerbildung und der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten beteiligen sich dagegen die Mitglieder nur in einem äußerst geringen Ausmaß.

1. Die Ausgangssituation

Zu Beginn des Schuljahres 1969/70 werden gleichzeitig vier große Reformvorhaben verwirklicht, nämlich der Vollzug der Verfassungsreform, mit der die Konfessionsschule in Bayern abgeschafft wird, die Einführung des neunten Schuljahres, das Umprägen der Oberstufe der Volksschule zur Hauptschule sowie die Durchführung der Landschulreform. Darüber hinaus löst Kultusminister Huber sein Versprechen ein, das er vor der Landesdelegiertenversammlung des BLLV zu Pfingsten 1969 in Ingolstadt gegeben hat, und kürzt das Pflichtstundenmaß aller Lehrkräfte um eine Stunde (45 Minuten) pro Woche. Die Arbeitszeitverkürzung wird in Form eines schulfreien Samstags pro Monat wirksam.

Als das Plenum des Bayerischen Landtags dann am 29. 4. 1970 in zweiter und dritter Lesung sowohl das Zweite Bayerische Besoldungsneuregelungsgesetz als auch das Siebte Besoldungserhöhungsgesetz verabschiedet und damit die Eingangsstufe für Lehrer an Volksschulen noch vor dem Wirksamwerden der Sperrklausel des Bundes auf A 12 angehoben wird, kehren in die Reihen des BLLV große Zufriedenheit, Freude und Genugtuung ein. BLLV-Präsident Wilhelm Ebert dankt Landtag und Regierung und wertet die Erhöhung der Lehrerbesoldung als einen wesentlichen Beitrag zur Linderung des anhaltenden Lehrermangels. Besonders hervorgehoben in dieser Dankadresse wird Dr. Ludwig Huber, Kultusminister und gleichzeitig Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Darüber hinaus gibt Wilhelm Ebert am 11. Juni 1970 einen Empfang für Ludwig Huber und Beamten seines Ministeriums. Ludwig Huber wird begleitet von Ministerialdirigent Dr. Ernst Schnerr, Abteilungsleiter Ministerialrat Alfons Felber, den Ministerialräten Ernst Kettel und Ludwig Müller, Regierungsdirektor Eugen Eberle und Oberregierungsrat Dieter Falckenberg. In seiner Ansprache führt BLLV-Präsident Wilhelm Ebert u. a. aus:

"Die Versuchung war groß, uns im Interesse eigenen Profils zu bekämpfen. Wir beide, täglich herausgefordert, haben den Weg der Zusammenarbeit immer wieder gesucht und immer wieder gefunden. So wurden die vergangenen drei Jahre in einem ungeahnten Ausmaße zu einem Erfolg Ihrer und unserer Schulpolitik. ... Von dieser Plattform aus werden wir als BLLV die kommende Schulpolitik betreiben. In Anerkennung und Anwendung des Grundsatzes 'Politik ist die Kunst des Möglichen'. Wie in der Vergangenheit so wollen wir dabei auch in der Zukunft den Akzent nicht auf das Mögliche, sondern auf die Kunst legen. Wir wollen nicht das Unmögliche, wir wollen das äußerste Mögliche möglich machen."¹⁾

Auch Kultusminister Huber betont in seiner Antwort die "vom Vertrauen getragene" Zusammenarbeit, die vielen gemeinsamen Vorstellungen sowie das für beide Seiten gültige Leitmotiv: "Das Wünschbare sehen, aber das äußerst Mögliche realisieren."²⁾

1) Die Bayerische Schule, 1970, Heft 13, S. 253.

2) Die Bayerische Schule, 1970, Heft 13, S. 254 und 255.

2. Die Neuorientierung der Verbandspolitik

Dieser Empfang symbolisiert eine Zäsur in der Arbeit des Verbandes. Am 17. Juni 1970 diskutiert der Landesvorstand in München eine Neuorientierung der Verbandspolitik. Als Schlüsselproblem wird die künftige Lehrerbildung herausgestellt, von der man sich nicht nur eine Statusverbesserung, sondern vor allem eine Eingruppierung in den Höheren Dienst erhofft. Gleichzeitig wird gefordert, vorrangig eine Verminderung der Klassenstärken anzustreben.

Da jedoch der BLLV aufgrund des gravierenden Lehrermangels selbst keine kurzfristig zu realisierenden Lösungsvorschläge zu unterbreiten vermag, begnügt er sich mit der Wiederholung seiner Forderungen vom 7. 3. 1969. Mit der Eingabe vom 7. 3. 1969 wird das Kultusministerium um Verbesserungen im sogenannten "Stundenermäßigungskatalog" gebeten, d. h. Lehrkräften, die besondere Funktionen erfüllen oder starken Mehrbelastungen ausgesetzt sind wie beispielsweise Lehrer von großen Klassen, Schulleiter und Schulleiterstellvertreter, wird eine Kürzung der Unterrichtspflichtzeit gewährt. Wegen der schlechten Personallage kann das Kultusministerium trotz "wohlwollender Prüfung" aber keine Verbesserungen für das Schuljahr 1970/71 zusagen. Es sieht sich sogar gezwungen, die Schülerwochenstunden an den Grund- und Hauptschulen um durchschnittlich zwei bis drei Stunden zu kürzen. Während die SPD und der Bayerische Elternverband diese Maßnahme heftig kritisieren, bezeichnet Wilhelm Ebert die Stundenkürzung als eine "provisorische Maßnahme", um dem Lehrermangel entgegenzuwirken.¹⁾

Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen am 22. 11. 1970 verhält sich der BLLV abwartend. Obwohl im Wahlkampf insbesondere Kultusminister Huber von allen Seiten scharf angegriffen wird, stimmt der BLLV nicht

1) Vgl. Die Bayerische Schule, 1970, Heft 16/17, S. 324.

in diese Kritik mit ein. Wilhelm Ebert bedankt sich vielmehr bei Staatsregierung und Kultusminister für die "bildungspolitische Weitsicht" und erscheint in der Wahlzeitung der CSU.¹⁾ Nach dem hohen Wahlsieg der CSU, die 56,4 % der Wählerstimmen erringen kann, erklärt Wilhelm Ebert vor dem Landesausschuß des BLLV am 5. Dezember 1970 in Augsburg, daß der BLLV als fortschrittlicher, keiner Ideologie verhafteter, für alle Lehrer offener Verband seine Reformpolitik in parteipolitischer Unabhängigkeit fortsetzen werde.²⁾

Vom 4. bis 6. Januar 1971 findet dann eine Klausurtagung des BLLV-Landesvorstandes in Regensburg statt, um in einer Grundsatzdiskussion den neuen Standort des Verbandes zu bestimmen und Vorbereitungen für die Landesdelegiertenversammlung zu treffen, die Pfingsten 1971 in Bayreuth stattfinden soll. Es besteht Einigkeit darin, daß der BLLV in den kommenden Jahren die Schlüsselrolle des Lehrers für den Bildungsprozeß stärker herausstellen muß. Der künftigen Lehrerbildung komme entscheidende Bedeutung zu. Gleichzeitig wird festgestellt, daß es bisher nicht gelungen sei, die Mitglieder für die Probleme der Lehrerbildung zu interessieren. Die Mitglieder wünschen sich vor allem eine Konzentration der Verbandsarbeit auf die konkreten Arbeitsbedingungen des Lehrers und auf die täglich anzutreffenden Probleme am Arbeitsplatz. Sie erwarten vom Verband Hilfen für die tägliche Arbeit. Schließlich einigen sich die Vorstandsmitglieder auf den folgenden Prioritätenkatalog:

1. Lehrerbildung
2. Arbeitsbedingungen des Lehrers
3. Dienstliche Beurteilung
4. Orientierungsstufe
5. Hilfen für den Lehrer.³⁾

1) Vgl. Union-Kurier vom 10. 10. 1970, o. S.

2) Vgl. Die Bayerische Schule, 1970, Heft 26, S. 538.

3) Vgl. Die Bayerische Schule, 1971, Heft 2, S. 30.

Es fällt auf, daß die Verminderung der Klassenstärken nicht mehr wie noch vor einem halben Jahr als eigenständiges Ziel aufgeführt wird, sondern unter dem weiten Begriff "Arbeitsbedingungen des Lehrers" subsumiert wird. Die Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth soll unter dem Leitthema "Der Lehrer zwischen Anspruch und Wirklichkeit" stehen. Damit wird bereits ersten Meldungen Rechnung getragen, die von einer Unruhe und Unzufriedenheit an der Basis sprechen. Nicht nur die zu erwartende beträchtliche Beitragserhöhung¹⁾ steht im Kreuzfeuer der Kritik. Viele Lehrer fühlen sich vielmehr in ihrer täglichen Arbeit in großen Klassen mit neuen Lehrplänen und disziplinosen Schülern überfordert und machen den Verband für diese Verhältnisse verantwortlich. Sie zeigen kein Verständnis dafür, daß die Führungsgremien des Verbandes sich vorwiegend von abstrakten Reformvorstellungen leiten lassen, sondern erwarten, daß sich die Funktionäre ihrer täglichen Sorgen annehmen.

Wilhelm Ebert reagiert schnell. Er beruft am 11. 1. 1971 in München eine Pressekonzferenz ein und stellt sie unter die einprägsame Formel: K K K, nämlich Kummer, Krise, Katastrophe. Er spricht von einer hoffnungslosen Überlastung der Lehrer, die zu einer Bildungskatastrophe führen wird, wenn sie nicht binnen kurzem abgebaut wird. Gleichzeitig bekräftigt er seinen Willen zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung:

"Ein Lehrerverband von der Stärke des BLLV - wir haben jetzt 34 300 Mitglieder - kann in der Opposition, das heißt mit Forderungen gegen die Regierung, die Mitglieder leichter befriedigen. Viele Organisationen, die nur irgendwie ein Kontra aufspüren können, nehmen es auch wahr: Ein Kontra ist populärer als ein Pro! Hier muß ich sagen, wir als BLLV verhalten uns anders. Wir sind bereit, Verantwortung mitzutragen, aber nur dann, wenn wir die Entwicklung mitgestalten können. Daraus ergibt sich

1) Vgl. Abschnitt 2.5.

auch immer unsere konstruktive Einstellung gegenüber Parlament als Ganzem, Regierung, Opposition, Kultusminister und Kultusministerium."¹⁾

Ebert versucht darüber hinaus, dem neuen Kultusminister Maier eine Rückenstärkung zu geben, damit dieser bei den bevorstehenden Etatverhandlungen im Kabinett den Vorrang der Kulturpolitik zu wahren vermag, und betont mehrmals den "ganz ernsthaften Willen der Zusammenarbeit" zwischen BLLV und Kultusminister Maier. In einem Jahr werde man beurteilen können, wie dieser Wille ins Konkrete umgesetzt worden sei.

Am 1. Februar 1971 empfängt Kultusminister Maier eine Delegation des BLLV. An dieser Gesprächsrunde nehmen auf Seiten des Ministeriums neben Kultusminister Maier Ministerialdirektor Dr. Karl Böck, Ministerialrat Müller, Ministerialrat Keitel und Regierungsdirektor Eberle teil. Die BLLV-Delegation setzt sich zusammen aus den Präsidiumsmitgliedern Wilhelm Ebert und Hugo Zirngibl, den Hauptstellenleitern Dr. Heinz-Jürgen Ipfling und Siegfried Hausknecht, Landesgeschäftsführer Heinz Hottner und Pressereferent Dieter Krause. Vor der über zweistündigen Aussprache findet ein über einstündiges vertrauliches Gespräch unter vier Augen zwischen Kultusminister Maier und Wilhelm Ebert statt.²⁾

Im Mittelpunkt der Aussprache steht die Neuordnung der Lehrerbildung sowie die Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten. Es fällt auf, daß der BLLV zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht über eine konkrete, von den Führungsgremien des Verbandes beschlossene und schriftlich fixierte Konzeption zur Neuordnung der Lehrerbildung und der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten verfügt. Zwar

1) Die Bayerische Schule, 1971, Heft 2, S. 28.

2) Vgl. Die Bayerische Schule, 1971, Heft 3, S. 52.

haben einige Arbeitsstellen des Verbandes Empfehlungen zu diesen Problemkreisen ausgearbeitet, insbesondere die Berufswissenschaftliche Hauptstelle und die Hochschul-Kommission. Diese Empfehlungen sind jedoch teils widersprüchlich, teils sehr unscharf formuliert. Der BLLV beläßt es jedoch bei der Formulierung einiger sehr dehnbarer allgemeiner Thesen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht zitiert werden sollen, und wartet auf eine Einigung der Kultusministerkonferenz.

Im Rahmen der Aussprache im Kultusministerium am 1. 2. 1971 weist der BLLV auch auf die Überlastung der Lehrer hin und fordert ihre Beteiligung an der am 1. Januar 1971 wirksam gewordenen Arbeitszeitverkürzung der Beamten. Der Kultusminister zeigt zwar volles Verständnis für dieses Anliegen, vermag aber aufgrund des herrschenden Lehrermangels keine konkreten Angebote zu unterbreiten. Eine Verkürzung der Unterrichtszeit der Lehrer auf Kosten einer Erhöhung der Klassenschülerzahlen wird von beiden Seiten als indiskutabel abgelehnt. So bleibt es zunächst dabei, daß der BLLV in drei Eingaben an Kultusminister Maier, nämlich am 22. 12. 1970, 22. 3. 1971 und 6. 5. 1971, für Inhaber besonderer Funktionsstellen eine geringfügige Entlastung vom Regelstundenmaß fordert. Doch auch hier gelingt kein Durchbruch.

Die Probleme der Lehrerbildung und der Arbeitsentlastung für Lehrer bleiben weiter auf der Tagesordnung. Auf jeder Landesvorstandssitzung gibt Wilhelm Ebert eine Situationsanalyse und sorgt durch Presseerklärungen und Pressekonferenzen dafür, daß diese Anliegen des BLLV nicht in Vergessenheit geraten. Insgesamt gesehen entfaltet der BLLV jedoch keine besonderen Aktivitäten. Die Funktionäre sind mit der Vorbereitung der vom 1. bis 5. Juni 1971 in Bayreuth stattfindenden Landesdelegiertenversammlung voll ausgelastet und haben Mühe, den Mitgliedern das in Bayreuth zur Abstimmung stehende neue Beitrags-system näherzubringen.

3. Die Unruhe an der Basis

Während der Landesdelegiertenversammlung in Bayreuth gelingt es noch, den Unmut der Basis über die herrschenden Arbeitsbedingungen zu zügeln. Die Delegierten sind beeindruckt von der feierlichen Eröffnungsveranstaltung am 2. 6. 1971, zu der Wilhelm Ebert eine außerordentlich große Zahl von Ehrengästen begrüßen kann.¹⁾

Den Festvortrag hält Kultusminister Professor Dr. Hans Maier.²⁾

Die Passage "Es geht hier um nichts geringeres als um die Überwindung des alten Dualismus der Volksschullehrer- und Philologenausbildung, um ein gemeinsames wissenschaftliches Studium für die Lehrer aller Stufen", die durchaus einen Sinneswandel gegenüber früheren Äußerungen erkennen läßt, vermag zur Überraschung des Verfassers bei den BLLV-Mitgliedern keinen spontanen Beifall zu erringen. Nur die Spitzenfunktionäre nehmen diese Formulierung mit Genugtuung zur Kenntnis. Dagegen erhält Maier außerordentlich starken Beifall für den Satz "Der Lehrer fühlt sich umstellt"³⁾.

Kultusminister Maier erkennt zwar grundsätzlich die Berechtigung einer Arbeitszeitverkürzung für Volksschullehrer an, macht aber die Verwirklichung von der personellen Situation abhängig. Vorsichtig deutet er an, daß vielleicht noch in diesem Jahr Erleichterungen für Inhaber besonderer Funktionsstellen, beispielsweise für die Schulleiter, möglich wären.

1) Vgl. Bayerische Schule, 1971, Heft 12, S. 251.

2) Vgl. Maier, Hans, Schulreform und Lehrerbildung, in: Bayerische Schule, 1971, Heft 12, S. 252 - 255.

3) Der Verfasser hatte Gelegenheit, selbst an der Landesdelegiertenversammlung in Bayreuth teilzunehmen. Da die wichtigsten Reden völlig unverändert in der Verbandszeitung abgedruckt sind, wird als Quelle vorwiegend die "Bayerische Schule" zitiert.

Während dieser 2. Juni 1971 ganz auf die Öffentlichkeitswirkung nach außen gerichtet ist und ein hervorragendes Presseecho auslöst, zielen die folgenden Tage auf eine Besänftigung der Basis. Wilhelm Ebert spricht in seinem Grundsatzreferat¹⁾ mit der drastischen Schilderung der Schulwirklichkeit und der einprägsamen Formel Kummer-Krise-Katastrophe den Delegierten aus den Herzen. Seine Ausführungen werden häufig durch starken Beifall unterbrochen. Auch die Referate der drei Hauptstellenleiter, die ebenfalls die Kluft zwischen Anspruch und rauher Wirklichkeit beschwören, kommen bei den Delegierten gut an. Wilhelm Ebert wird mit 524 von 573 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

So schließt die Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth voller Eintracht und Harmonie. Doch schon eine Woche später, nämlich am 11.6.1971, stiftet die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über die Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen neue Unruhe und Verwirrung bei den Mitgliedern. Auch die Führungsspitze des BLLV ist enttäuscht²⁾, denn sie hatte ursprünglich gehofft, über die Einführung eines weiteren freien Samstags eine Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu erreichen. Da die ausfallenden Stunden aber eingeholt werden müssen und nicht wie bei der Regelung des sogenannten Huber-Samstags ersatzlos gestrichen werden, vermag auch die schließlich erzielte Kompromißlösung, wahlweise die 5-Tage-Woche oder einen zweiten schulfreien Samstag je Monat einzuführen, den BLLV nicht zu befriedigen.

So geht das Schuljahr 1970/71 zu Ende, ohne daß der BLLV nennenswerte Erfolge hätte erzielen können. Die Aktivitäten des Verbandes erschöpften sich in routinemäßigen Erklärungen, Eingaben und Gesprächen. Höchstens

1) Vgl. Ebert, Wilhelm, Der Lehrer zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Bayerische Schule, 1971, Heft 12, S. 244 - 250.

2) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 7 vom 14. 6. 1971.

sind verbale Steigerungsformen zu konstatieren, denen jedoch keine konkreten Taten folgten. Es gelang jedenfalls noch, den Unmut der Mitglieder über die herrschenden Arbeitsbedingungen zu zügeln.

Zu Beginn des neuen Schuljahres 1971/72 erstellt der Schriftleiter der "Bayerischen Schule", Korbinian Huber, eine Situationsanalyse, die nach Meinung des Verfassers genau die Stimmung trifft, die große Teile der Mitgliedschaft des BLLV zu diesem Zeitpunkt erfaßt hat:

"Zu den an jedem neuen Schuljahr mit gewohnter Regelmäßigkeit erscheinenden Artikeln in den Zeitungen über Lehrer- und Schulraummangel, überfüllte Klassen, protestierende Eltern, spektakulären Veranstaltungen zur Hebung der Verkehrssicherheit mit Ministerpräsident und Kardinal gesellten sich diesmal noch weitere zur Fünftageweche. ...

Das neue Schuljahr unterscheidet sich in den äußeren Bedingungen in nichts von seinen unrühmlichen Vorgängern. Trotz offizieller Verschleierversuche ist der Lehrermangel drückender denn je. ... Daneben bleiben die hohen Klassenfrequenzen bestehen, Mammutklassen - mag man sie noch so oft als ein Verbrechen am Kind bezeichnen - werden nicht verhindert. ... Fehlanzeige auch in der Frage der Arbeitszeit. Diskriminierende Unterschiede im Stundenmaß der Lehrer verschiedener Schulgattungen bleiben bestehen; Verbesserungen werden mit dem Hinweis auf den Lehrermangel verhindert, ein Argument, das um 10 Jahre zu alt ist, um noch akzeptiert zu werden. ... Womit könnte man im bayerischen Schulwesen noch zufrieden sein? ... Womit kann man aber auf alle Fälle zufrieden sein? Mit der Schafsgeduld der Lehrer."¹⁾

Doch diese "Schafsgeduld" hält nicht mehr lange an. Ärger und Enttäuschung der Mitglieder machen sich Luft in scharfen Briefen an führende Funktionäre

1) Huber, Korbinian, Hauptsache: zufrieden, in: Bayerische Schule, 1971, Heft 18, S. 386.

oder an die Geschäftsstelle des BLLV in München, sie machen sich Luft in Resolutionen, die bei den Mitgliederversammlungen der BLLV-Kreisverbände, bei ABJ- oder Fachgruppenversammlungen verfaßt werden, und sie machen sich Luft in der Androhung von Austritten aus dem Verband. Von der Flut der Proteste und Forderungen, die sich im Laufe des Schuljahres 1971/72 über die Spitzenfunktionäre ergießt, sollen die folgenden Zitate zeugen:

Ein Memminger Lehrer schreibt am 7.9.1971, daß er sich "nach eingehenden Erwägungen" zum Austritt aus dem BLLV entschlossen habe, da er "nicht mehr voll der Überzeugung sein kann, daß unsere Belange vom BLLV mit dem notwendigen Nachdruck und dem erforderlichen Engagement vertreten werden". Die Erfolge des BLLV bis zu Beginn der Volksschulreform seien zwar nicht gering einzuschätzen, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung habe er dagegen versagt.¹⁾

Die Mitglieder des BLLV-Kreisverbandes Bayreuth-Stadt "müssen mit äußerster Befremdung feststellen", daß der BLLV "noch immer nicht zu einem sichtbaren Ergebnis durchgedrungen ist". Die Standespolitiker ließen "seit längerer Zeit die erforderlichen und entscheidenden Aktivitäten in Richtung einer dringend notwendigen Verbesserung der Besoldung und der Arbeitsbedingungen für Volksschullehrer vermissen".²⁾

"Im Augenblick ist eine deutliche Unzufriedenheit der Mitglieder zu verspüren, was sogar verschiedentlich zu Austritten führt. Um dieser unterschwellig gärenden Unzufriedenheit auf den Grund zu kommen, wollen wir für unseren Bereich eine Befragung durchführen."³⁾

1) Vgl. Schreiben vom 7. 9. 1971.

2) Schreiben vom 12. 10. 1971.

3) Schreiben vom 10. 11. 1971.

Am 25. 11. 1971 schreibt ein Lehrer, der seit 23 Jahren Mitglied im BLLV ist, daß sich "ein gewisser Groll" bei den Mitgliedern aufgestaut habe, so daß man befürchten müsse, "eine explosivartige Entladung stehe nicht in weiter Ferne". Er möchte nach 25jähriger Dienstzeit "endlich einmal normale Arbeitsbedingungen sowie eine gerechte Entlohnung und Aufstiegsmöglichkeit in greifbare Nähe gerückt sehen". Der BLLV sollte "von einem z. Z. vielfach empfundenen verlängerten Arm des Kultusministeriums zu einem Standes- besser Interessenverband der Volksschullehrer" umfunktioniert werden.¹⁾

Ein anderer Lehrer "wartete die ganze Zeit vergeblich auf eine unmißverständliche Sprache gegenüber der Staatsregierung". Bei den jungen Kollegen schwinde das Vertrauen in den kämpferischen Elan des BLLV. "Unser Verband darf keine Fiktion werden, bei dem sich 'theoretische Erwägungen' breitmachen und durch den der Staat nicht lautstark an die Treuepflicht erinnert wird." Er könne sich einfach nicht mit der Feststellung zufriedengeben, "Besoldungsverbesserungen für große Gruppen lassen sich ungleich schwieriger realisieren". "Dann bin ich nicht mehr stolz auf einen 30 000 köpfigen Verband, der deshalb nicht mehr zu kämpfen wagt, weil er ... groß ist. Besorgt"²⁾

In einer Resolution der Vertrauensleute des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbandes heißt es, daß die Belastungen der Volks- und Sonderschullehrkräfte "die Grenze des Erträglichen erreicht" hätten. "Während die übrige Beamtenschaft im Laufe der letzten 20 Jahre mehrmals in den Genuß einer Arbeitszeitverkürzung gelangte, blieben dem Lehrer in dieser Hinsicht nur Versprechungen. Die Durchführung scheiterte jeweils am herrschenden Lehrermangel."³⁾

1) Vgl. Schreiben vom 25. 11. 1971.

2) Schreiben vom 28. 11. 1971.

3) Resolution der Vertrauensleute des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbandes vom 30. 11. 1971.

Ein Mitglied beklagt "die fortschreitende Autoritätslosigkeit besonders in den Mittel- und Oberklassen der Volksschule". Er bewege sich "in einer permanenten Streß-Situation" und müsse sich "in den Oberklassen mit dem ausgepower-ten Rest der Jugendlichen abärgern". "Wie lange noch läßt sich der bayerische Volksschullehrer in die Ecke drücken? Er hat ja nichts zu sagen, man hat ihn ja schon seit Jahrzehnten undemokratisch und autoritär erzogen, man hat ihm ja den Mut genommen." Man könne jedem Jugendlichen, der Volksschullehrer werden möchte, "nur absolut abraten". "Ein Narr, der heute noch Volksschul-lehrer wird!"¹⁾

Auch der BLLV-Kreisverband Sulzbach-Rosenberg ist "mit seiner Standesor-ganisation nicht mehr zufrieden". "Wenn Sie Herr Dr. Ebert sagen, die Geduld der Lehrer sei am Ende, so sprechen Sie uns aus der Seele. Wenn aber jemand mit seiner Geduld am Ende ist, so wartet man darauf, daß etwas geschieht. Wir warten bis jetzt vergebens."²⁾

"Fürwahr, die Stimmung der Mitglieder ist nicht die beste. Um es kurz zu sagen: nach meiner Meinung befindet sich der BLLV in einem Dornröschenschlaf. ... Kurz: ich erwarte von meinem Verein mehr als das zuletzt Ge-botene - ich erwarte Kampf. Von der so oft beschworenen Arbeit 'im stillen' habe ich genug, und beileibe nicht ich allein. Wenn ich hier nur andeute, daß sich schon viele Kollegen für einen Austritt ausgesprochen haben, und man das nur nicht tun mag, da man ja zweifellos die hervorragende Arbeit früherer Jahre voll und ganz würdigen und anerkennen muß, so mag das die mehr und mehr aufkommende Stimmung zeigen. Ich bin unzufrieden, weil wir zur Zeit den schwächsten BLLV haben, den es je gab."³⁾

1) Schreiben vom 8. 12. 1971.

2) Schreiben vom 12. 12. 1971.

3) Schreiben vom 4. 1. 1972.

Die Monatsversammlung des BLLV-Kreisverbandes Bayreuth-Land am 1.12.1971 gestaltet sich "entgegen sonstigen Gewohnheiten nicht als friedliche Vorweihnachtsfeier". Die Mitglieder monieren, "daß die erzielten Resultate in keinem Verhältnis zu dem verwendeten Aufwand stehen. Wir fragen uns, ob dies nicht auf den Fehlschluß zurückzuführen ist, eine friedliche 'Umarmungstaktik' wäre in allen Fällen politischer Gegenwart die einzige Erfolgchance guter Verbandspolitik".¹⁾

"Weshalb geschieht denn nicht endlich etwas", fragen die Teilnehmer einer ABJ-Veranstaltung in Vilshofen vom 19.2.1972. Der Präsident hätte zwar Kampfmaßnahmen angekündigt, es aber bei der Ankündigung belassen. "Der BLLV-Präsident hat Krallen gezeigt, aber leider nur die eines Papiertigers!"²⁾

Der BLLV-Kreisverband Straubing stellt in einer Resolution fest, daß er es "beschämend und völlig unverständlich" finde, "daß es einem Verband von der Größe und Geschlossenheit des BLLV nicht möglich ist, wenigstens im bescheidenen Umfang Ansätze für eine Abhilfe" der Überlastung der Grund- und Hauptschullehrer zu erwirken. "Die Mehrheit der Mitglieder des KV Straubing nimmt noch nicht an, der Überhang an Schulräten und ähnlichem Aufsichtspersonal in der Vereinsführung trübe den Blick für die Stimmung an der Basis. Alle Mitglieder des Kreisverbandes erwarten aber in naher Zukunft nicht weiteres endloses Verhandlungsgeplätscher. Das ganze Gewicht eines starken Verbandes muß endlich in die Waagschale geworfen werden. Der KV Straubing will es vorerst noch nicht für wahr halten, der BLLV hätte kein Gewicht mehr und hätte sich überlebt."³⁾

Weitere Resolutionen gehen ein vom BLLV-Kreisverband Rothenburg⁴⁾ sowie

1) Schreiben vom 10. 1. 1972.

2) Auszug aus einem Bericht über eine ABJ-Veranstaltung am 19. 2. 1972 in Vilshofen.

3) Resolution vom 1. 3. 1972.

4) Vgl. Schreiben vom 23. 4. 1972.

vom Kreislehrerverband Ansbach-Stadt¹⁾, in denen nachdrücklich ein Abbau der "unzumutbaren Belastungen" gefordert wird.

Diese Resolutionen, Schreiben und Berichte zeigen in anschaulicher Weise, daß der BLLV der Jahre 1970/71 und 1971/72 dem überwiegenden Teil der Mitglieder zu zahm, zu lasch, zu wenig kämpferisch und aggressiv ist. Und in der Tat muß festgestellt werden, daß der BLLV große Erfolge in der Ära Ludwig Huber erzielen konnte, während Kultusminister Maier bisher nur zu sehr wenigen standespolitischen Zugeständnissen bereit war. Gerade der standespolitische Bereich - und auch das zeigen die Zitate - steht aber im Mittelpunkt des Interesses der BLLV-Mitglieder.

Auch die vom Verfasser durchgeführte Fragebogenaktion zeigt zweifelsfrei, daß die Mitglieder in erster Linie standes- und dienstleistungsorientiert sind. Das mit Abstand wichtigste Ziel im Prioritätenkatalog der BLLV-Mitglieder ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, während gesellschaftspolitische Ziele sich keiner besonderen Beliebtheit erfreuen.²⁾ Die offene Frage am Ende des Fragebogens, für welche Ziele sich der BLLV zu wenig einsetze, bestätigt ebenfalls diese These. An erster Stelle mit 18 % liegt der Abbau der Überlastung der Lehrer, verbunden mit besseren Arbeitsbedingungen und einer reduzierten Arbeitszeit. 12 % der Befragten nennen die Standespolitik und 8 % die Fortbildung der Mitglieder.³⁾ Im Kummerkasten schließlich sprechen sich nochmals 8 % der Mitglieder für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen aus, 5 % betonen die Probleme der jeweiligen Fachgruppe, 3 % liegt der Schutz vor Experimenten und 2 % die Förderung des Ansehens des Lehrers in der Öffentlichkeit besonders am Herzen.⁴⁾

1) Vgl. Resolution vom 18. 5. 1972.

2) Vgl. Abschnitt 2.1.2.

3) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 242.

4) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 243.

Etwas überraschend und im Gegensatz zu obigen Ausführungen sind dagegen die Antworten zu Frage 4 des Fragebogens. 62 % sind mit dem BLLV zufrieden, 15 % sogar sehr zufrieden, nur 22 % weniger zufrieden. Insgesamt gesehen sind also danach 3 von 4 Mitgliedern mit dem BLLV zufrieden.¹⁾

Dennoch ist es eine Tatsache, daß an der Basis Unruhe herrscht. Getrieben von dieser Unruhe an der Basis sucht die Verbandsführung intensiv nach realisierbaren Lösungsvorschlägen. Dabei befindet sie sich jedoch in einem Dilemma, wie der folgende Abschnitt zeigt.

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 118.

4. Das Dilemma der Verbandspolitik

Die Bemühungen des BLLV um eine Verringerung der Arbeitszeit der Lehrer sowie um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfreuten sich bereits in der Vergangenheit stets einer "wohlwollenden Prüfung" seitens der Exekutive. Eine Realisierung solcher Vorschläge wurde aber jeweils mit dem Hinweis auf den drastischen Lehrermangel abgelehnt.

Das Problem des "Begrenzungsfaktors" Lehrermangel liegt nun aber darin, daß er keine feste, mit eindeutigen Maßstäben objektiv feststellbare Größe ist. Was unter einer "optimalen Versorgung mit Lehrern" zu verstehen ist, ist durchaus unterschiedlich auslegbar. Das eine Extrem liegt in der Auffassung, daß es keinen Lehrermangel gibt, solange alle schulpflichtigen Kinder irgendwie in einer Klasse aufbewahrt sind und einen Lehrer haben, gleichgültig, ob der Lehrer 20, 50 oder 100 Kinder je Klasse zu "betreuen" hat. So gesehen kann es praktisch keinen Lehrermangel geben; es besteht höchstens das architektonische Problem möglichst großer Aufbewahrungsräume für Schulkinder. Das andere Extrem kommt in dem Standpunkt zum Ausdruck, daß man jedem Lehrer nur eine Kleingruppe von einigen wenigen Kindern anvertrauen sollte, damit der Lehrer vom Informator zum Moderator von Lernprozessen und zum Therapeuten bei Lernschwierigkeiten werden könne. Obwohl diese Forderung unter einem pädagogischen Blickwinkel durchaus verständlich ist, so ist doch zu bedenken, daß die Kluft zwischen bestehender Schulwirklichkeit und dieser Forderung gegenwärtig noch so groß ist, daß eine Realisierung in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich erscheint. Die Meßzahl für die Zuteilung von Lehrern an bayerischen Grund- und Hauptschulen liegt gegenwärtig bei 38 Schülern je Klasse. Senkt man diese Meßzahl nur um einen Schüler auf 37, so sind hierfür 1.400 Lehrer erforderlich.¹⁾ Würde man die Meßzahl

1) Quelle: Diskussionsbeitrag von Kultusminister Maier auf dem CSU-Parteitag am 28. 5. 1972 in München.

auf 25 reduzieren, so ergibt sich folglich ein Bedarf von zusätzlich 18.200 Lehrern allein für den Bereich der bayerischen Grund- und Hauptschulen.

Andererseits erwartet das Kultusministerium für das Jahr 1972 die stattliche Zahl von 2.300 Junglehrern, was gegenüber früheren Jahren einen beträchtlichen Zuwachs darstellt. Diesem Zuwachs steht aber ein nicht viel geringerer Bedarf gegenüber, wie die folgende Aufstellung verdeutlicht:

Ausscheiden durch Eintritt in den Ruhestand und Ruhestands-	
versetzungen	1.000
Übertritt in den Realschuldienst	ca. 100
Ausbildung für das Lehramt an Sonderschulen	ca. 100
Mehrbedarf für Schulversuche	ca. 100
Erweiterte Stundenermäßigung für Schulleiter	
ab 1. 4. 1972	180
Zunahme der Schülerzahlen 1972/73	
(4.400 an Volksschulen, 4.300 an Sonderschulen)	460
Zusätzliche Betreuung ausländischer Schulkinder	
(Vorbereitungsklassen, Förderunterricht, Förderkurse)	110
Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung weiblicher	
Lehrer nach Artikel 86a BayBG (geschätzt)	150
	2.200 ¹⁾

In dieser Übersicht ist die angestrebte Stundenermäßigung für Ausbildungslehrer sowie die dringend notwendige Teilung großer Klassen noch nicht berücksichtigt. So gibt es an bayerischen Grund- und Hauptschulen im Schuljahr 1971/72 noch 8.617 Klassen mit mehr als 40 Schülern,²⁾ das bedeutet, daß rund

1) Quelle: Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 90/72 vom 30. 5. 1972, S. 1 und 2.

2) Quelle: BLLV-Pressedienst Nr. 18 vom 18. 7. 1972, S. 2.

400.000 Schulkinder in Klassen unterrichtet werden, in denen Unterricht und Erziehung entsprechend den modernen Erkenntnissen der Pädagogik unmöglich sind. 538 Grund- und Hauptschulklassen haben sogar noch mehr als 50 Schüler¹⁾ und werden treffend als "Mammutklassen" bezeichnet.

Angesichts dieser Verhältnisse erscheint es verständlich, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrer auf Kosten einer Erhöhung der Klassenfrequenzen sowohl vom Kultusministerium als auch vom BLLV abgelehnt wird. Diese Variante wurde jedoch ebenfalls vom Kultusministerium durchgerechnet. Würde man das bisherige Regelstundenmaß der Volksschullehrer generell von 29 auf 28 Wochenstunden kürzen, so würde diese Maßnahme einen Zusatzbedarf von 1.500 Lehrern bewirken. Würde man diese 1.500 Lehrer durch eine Anhebung der Klassenfrequenzen zu gewinnen versuchen, so würde sich die gegenwärtige Klassenstärke von durchschnittlich²⁾ 38 auf 39,5 erhöhen.³⁾ Gleichzeitig würde ein zusätzlicher Personalaufwand von jährlich rund 44 Mio. DM entstehen.

Damit ist bereits der zweite Begrenzungsfaktor angesprochen, der den BLLV in eine wenig beneidenswerte Lage zwingt, nämlich die Finanzknappheit des Staates. In den letzten 10 Jahren wurden die Haushaltsmittel für den Bereich der bayerischen Volks- und Sonderschulen von 361 Mio. DM auf 1.124 Mio. DM erhöht. Die Zahl der Planstellen stieg in diesem Zeitraum allein im Be-

1) Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 210 vom 2. 9. 1971, S. 7.

2) Diese Durchschnittszahlen geben allerdings nur ein unvollständiges Bild. Nach einer Pressemeldung des Bayerischen Kultusministeriums vom 2. 2. 1972 werden in einer beträchtlichen Anzahl von Stunden die Klassen geteilt und in kleineren Gruppen oder Kursen unterrichtet. So werden in der Hauptschule die Klassen in etwa einem Drittel der Unterrichtszeit geteilt, in den 9. Klassen sogar in 65 % des Stundenmaßes. Im Durchschnitt treffen bereits auf jede Klasse 1,19 Lehrer (Bundesdurchschnitt 1,08). Das Verhältnis Schüler je Lehrer beträgt in Bayern 31,4 und entspricht dem Bundesdurchschnitt.

3) Quelle: Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 90/72 vom 30. 5. 1972, S. 2.

reich der Volks- und Sonderschulen um 12.800.¹⁾ Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung für den Zeitraum von 1972 bis 1975 sind weitere rund 20.000 zusätzliche Planstellen für Lehrer vorgesehen.²⁾ Insbesondere wegen dieser beträchtlichen zusätzlichen Lehrerplanstellen wird der Anteil der Personalausgaben am Gesamtetat des bayerischen Staates von 41,1 % im Jahre 1972 auf über 44 % im Jahre 1976 steigen.

Diese Projektionen stoßen nun bereits auf Kritik. Denn zum einen bewirken sie - eine gleichbleibende Steuerlastquote vorausgesetzt - daß für Reformen in den Bereichen außerhalb des Bildungswesens praktisch kein Spielraum mehr verbleibt. Zum anderen aber wird grundsätzlich in Zweifel gezogen, ob in einigen Jahren überhaupt noch ein Lehrermangel herrsche. Finanzminister Otto Schedl vertrat bereits im Juni 1971 vor dem Wirtschaftsbeirat der Union in München die Ansicht: "Jüngste Prognosen lassen die Möglichkeit erkennen, daß wir in nicht allzu ferner Zeit einem Lehrerüberschuß entgegengehen, wenn wir nicht die Schüler-Lehrer-Relation mehr als großzügig und möglicherweise über das pädagogisch Notwendige hinaus verbessern oder andere besonders personalintensive Maßnahmen treffen."³⁾ Diese Prognosen stützen sich vor allem darauf, daß die Geburtenzahl ständig zurückgeht und sich der sogenannte Pillenknick bereits 1974 in den Grundschulen stark bemerkbar macht.⁴⁾

Durch diese Argumentation wird der BLLV in die Defensive gedrängt. Er sieht sich in einen Kampf um Planstellen verwickelt, der angesichts der Finanzknappheit und der Konkurrenz anderer Reformvorhaben durchaus ernsten Charakter anzunehmen scheint. Kultusminister Maier verwies schon auf dem

-
- 1) Quelle: Informationen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 129/72 vom 4. 8. 1972, S. 1.
 - 2) Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 27 vom 3. 2. 1972, S. 14.
 - 3) Süddeutsche Zeitung Nr. 149 vom 23. 6. 1971.
 - 4) Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 101 vom 3. 5. 1972, S. 13.

CSU-Parteitag am 28. 5. 1972 in München darauf, daß die Lehrerverbände nur etwas Geduld zeigen müßten. Die in den nächsten Jahren zu erwartenden geburtsschwachen Jahrgänge würden automatisch dafür sorgen, daß die Klassenfrequenzen stark gesenkt werden könnten.¹⁾

Die Geduld vieler Lehrer ist jedoch zu Ende, wie der vorstehende Abschnitt 3 zeigt. Die BLLV-Mitglieder sind nicht mehr bereit, langfristig konzipierte Lösungsvorschläge zu akzeptieren, sondern möchten unverzüglich Erfolge präsentiert bekommen. Sie halten es auch nicht mehr für ausreichend, daß einzelne besonders belastete Gruppen eine geringfügige Stundenermäßigung erhalten, sondern wünschen sich eine lineare Arbeitszeitverkürzung. In dieser Situation scheint es verlockend, eine Alternative aufzugreifen, die weder einen einzigen zusätzlichen Lehrer noch zusätzliche Haushaltsmittel erfordert, also die bisherigen Begrenzungsfaktoren der BLLV-Politik "Lehrermangel" und "Finanzknappheit des Staates" elegant umschiffet. Das Zauberwort heißt "Entrümpelung der Lehrpläne" oder deutlicher "Kürzung der Schülerstunden". Die Ausführungen im folgenden Abschnitt zeigen, daß die BLLV-Führung nach langem Zögern diesen Weg gegen den Widerstand von Kultusminister Maier geht, wobei als Hauptargument der Vergleich mit den Schülerwochenstunden in den anderen Bundesländern herangezogen wird. Dieser Versuch kann aber wohl nur als kurzfristige Variante gewertet werden, denn langfristig gilt es, Beschäftigungsmöglichkeiten für den beträchtlichen Zuwachs an Junglehrern zu sichern. Und auch kurzfristig kommt die Verbandspolitik mit einem weiteren wesentlichen Begrenzungsfaktor in Konflikt, nämlich mit der sogenannten "öffentlichen Meinung".²⁾ Als zu Beginn des Schuljahres 1970/71 das Stundenmaß der bayerischen Schüler gekürzt und den Schülerstunden in anderen Bundesländern angeglichen wurde, protestierten damals

1) Zu der Problematik Lehrermangel oder Lehrerschwemme vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 213 vom 6. 9. 1971, S. 3 und Die Zeit Nr. 38 vom 17. 9. 1971.

2) Vgl. Abschnitt 5.1.

Lehrer und Elternbeiräte, die Opposition sprach von Skandal und das Presse-echo war durchwegs negativ. Es zeigte sich, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung noch das Stereotyp vorherrscht, Lehrer sein heißt, nach kurzer Ausbildungszeit nur vormittags arbeiten zu müssen, lange Ferien zu haben und dennoch in den Genuß beamtenrechtlicher Sicherungen zu kommen. Wenn nun die Arbeitszeit der Lehrer auf Kosten der Schülerstunden verkürzt werden soll, dann könnte sich obiges Stereotyp mit der ebenfalls häufig anzutreffenden Vorstellung verbinden, daß die Schulkinder heute ohnehin weniger lernen als früher. Früher, als man selbst noch zur Schule ging, war alles ganz anders und natürlich besser. Außerdem dürfte ein nicht unbeträchtlicher Teil der Eltern froh sein, wenn ihre Kinder möglichst lange in der Schule "gut aufgehoben" sind, dann kann man ungehindert und unbesorgt anderen Tätigkeiten nachgehen.

Und auch noch von einer anderen Seite droht der BLLV unter Beschuß zu kommen: Es fehlt nicht an Wünschen und Forderungen, die auf eine Erhöhung des Stundenmaßes hinauslaufen. Im Bayerischen Landtag liegen mehrere Anträge auf Neueinführung zusätzlicher Unterrichtsgebiete wie beispielsweise "Verkehrserziehung", "Erziehungslehre" und "Verbraucherkunde" vor. Auch eine zusätzliche Englisch-Stunde in der Hauptschule ist im Gespräch. Dazu kommt, daß die künftige Innere Reform der Orientierungsstufe eher eine Erhöhung als eine Kürzung der Unterrichtszeit erforderlich machen dürfte.

Deshalb wird auch die Möglichkeit diskutiert, die Unterrichtspflichtzeit generell um eine Stunde zu kürzen, die Lehrer aber zugleich zur Abhaltung einer zusätzlichen Stunde gegen gesonderte Vergütung so lange zu verpflichten, bis eine bessere Personallage die Aufhebung dieser Verpflichtung gestattet. Diese Variante, die zusätzliche Ausgaben von jährlich rund 44 Mio. DM erfordern würde,¹⁾ würde die Lehrer zwar nicht arbeitsmäßig entlasten, aber einen fi-

1) Quelle: Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 90/72 vom 30. 5. 1972, S. 4.

nanziellen Ausgleich für die starke Belastung darstellen. Kultusminister Maier steht einer solchen Lösung aufgeschlossen gegenüber, da ihm damit 1.500 Lehrer für von ihm geplante Reformvorhaben erhalten blieben. Die Entscheidung liegt in diesem Fall jedoch vor allem beim Finanzministerium, das prinzipiell keine weiteren Ausgabensteigerungen zulassen möchte.

So zeigt sich, daß die drei Begrenzungsfaktoren "Lehrermangel", "Finanzknappheit des Staates" und "Öffentliche Meinung" den Spielraum der Verbandspolitik erheblich einengen. Der Spielraum wird weiter verringert durch die gebotene Rücksichtnahme auf den Deutschen Lehrerverband, der Lehrer mit beträchtlichen Unterschieden im Stundenmaß organisiert. Kurzfristig bieten sich keine Alternativen an, die nicht außerordentlich problematisch oder risikoreich wären. Dabei ist das grundsätzliche Problem überhaupt noch nicht angesprochen. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Tatsache, daß an der Basis Unruhe herrscht. Wenn nun die Lehrer eine Stunde weniger unterrichten - und ausschließlich darum geht die aktuelle Diskussion - werden sie dann wirklich freudiger unterrichten? Werden die Belastungen dann erträglicher sein? Oder steckt die Ursache für diese Unruhe tiefer? Wurzelt sie nicht in einer allgemeinen Autoritäts- und Entwicklungskrise, die über den Generationskonflikt hinausgeht? Das Amt allein gibt dem Lehrer heute keine Autorität mehr. Unter den Schülern breiten sich sowohl Aggression als auch Apathie aus.

Kultusminister Maier führt hierzu in seiner Haushaltsrede am 13. Juli 1971 aus, daß die Schule gegenwärtig mit einem Realitätsdefizit zu kämpfen habe. Der Lehrer verliere sein altes Vermittlungsmonopol, Fernsehen und Taschenbuch seien dabei, ihn ein- und zu überholen. Die Jugend verselbständige sich immer mehr als Teilkultur, entwickle eigene Kommunikation und eigene Solidarität und halte die Anerkennung der Gleichaltrigen wichtiger als den Wunsch der Eltern oder Rat und Mahnung des Lehrers. Die Jüngeren versuchten, den Älteren "ihre gesellschaftliche Realität in Form von Protesten, Schulstreiks, Demonstrationen, Kampfansagen aufzudrängen. Extreme, aber gar nicht seltene Folgerungen sind die bewußte Lernverweigerung,

das In-Frage-Stellen der Lehr- und Wertgehalte unserer Zivilisation, ein rousseausches Zurück in die vorkulturelle Unschuld; auf der anderen Seite der Versuch, das pädagogische Defizit durch Totalpolitisierung von Schule und Hochschule auszufüllen, wobei nicht selten ein mißverständener Begriff von Demokratisierung Pate steht."¹⁾

Das Wochenmagazin "Der Spiegel" widmet der Autoritätskrise an westdeutschen Schulen sogar eine Titelgeschichte, die zu dem Ergebnis kommt, daß an den deutschen Schulen keineswegs Ruhe und Ordnung herrschten, "wie biedere Bürger es sich vorstellen und wünschen". Es sei zwar positiv anzumerken, daß die Jugend selbstbewußter und kritischer geworden sei. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Schule führe jedoch bei einem Teil der Lehrer zu Berufsmüdigkeit, bei einem Teil der Schüler zu Aggression, bei einem anderen Teil zu Apathie und Lustlosigkeit. Viele Konflikte resultierten aus der Doppelrolle, die vor allem den Schülern zugemutet werde. Einerseits würden sie schon anerkannt und umworben als Konsumenten, andererseits versuchten Elternhaus und Schule, sie abhängig und unselbständig zu halten. Wer aber den selbstbewußt gewordenen Schüler nicht ernst genug nehme, riskiere Widerspruch oder sogar Widerstand."²⁾

Eine Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer um eine Stunde verändert diese Situation nicht, und nichts spricht dafür, daß die Lehrer dann freudiger unterrichten würden, denn die ursächlichen Probleme bestehen nach wie vor. So sieht sich die Verbandsführung des BLLV vor dem Dilemma, gegen den hartnäckigen Widerstand von vielen Seiten auf die kurzfristige Verwirkli-

1) Maier, Hans, Bildungspolitik am Scheideweg, Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus Professor Dr. Hans Maier am 13. Juli 1971 vor dem Bayerischen Landtag, München 1971, S. 8.

2) Vgl. o. V., In fast jeder Klasse Unruhe und Konflikte, in: Der Spiegel, 1972, Nr. 14, S. 57 und 59.

chung einer Forderung drängen zu müssen, welche die Unruhe und Unzufriedenheit an der Basis nicht beseitigt, sondern höchstens für kurze Zeit ein wenig dämpft. Mit den dem Verband zur Verfügung stehenden Mitteln können die Wurzeln der Krise nicht gezogen werden.

In der vom Verfasser durchgeführten Befragung werden die BLLV-Mitglieder gefragt, durch welche Maßnahmen eine lineare Herabsetzung der Arbeitszeit der Lehrkräfte ermöglicht werden soll. 56 % der Befragten sprechen sich für eine Verringerung der Schülerwochenstunden aus, 48 % befürworten eine Strafung im Kursunterricht (z. B. Wegfall von Foto, Modellbaukursen u. dgl.), 9 % nennen einen größeren Anteil von freiwilligen Zusatzstunden, und nur 3 % könnten eine Heraufsetzung der Klassenfrequenz akzeptieren.¹⁾

Die Befragung zeigt weiter, daß sich nur 39 % der Mitglieder eine Beibehaltung des bisher einheitlichen Pflichtstundenmaßes der Lehrkräfte an Volksschulen wünschen. 54 % sprechen sich für eine Differenzierung des Pflichtstundenmaßes aus. Eine solche Maßnahme würde jedoch starke verbandsinterne Probleme mit sich bringen, so daß nicht zu erwarten ist, daß der BLLV von sich aus eine solche Forderung erhebt. Nach Meinung der Mitglieder soll diese Differenzierung eingeführt werden aufgrund der Fächer der Lehrkraft (37 %), aufgrund des Alters der Lehrkraft (28 %), aufgrund des Alters der Schüler (14 %).²⁾

Kultusminister Maier hat in einem Gespräch mit einer BLLV-Delegation am 13. 4. 1972 darauf hingewiesen, daß es durchaus prüfenswert erscheine, ob nicht den Lehrern von Klassen mit unter 30 Schülern eine Erhöhung des Pflichtstundenmaßes zugemutet werden könne, während dann andererseits die Lehrer

1) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 154.

2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 155 und 156.

von Mammutklassen entlastet werden könnten. Der Gesichtspunkt der Solidarität lege ein solches Vorgehen nahe.¹⁾

Aufschlußreich sind auch noch einige weitere Antworten aus der Fragebogenaktion. 87 % der Befragten sprechen sich für einen Abbau der Doppelführung von Klassen aus. Als geeignete Maßnahme hierfür halten 66 % den Einsatz von Fachlehrern als Klassenleiter, nur 6 % nennen eine Heraufsetzung der Klassenfrequenz.²⁾

Ebenfalls eine überwältigende Mehrheit, nämlich 78 %, hält die in der Volksschulordnung aufgeführten Schulstrafen für nicht ausreichend. Diese Mitglieder plädieren für die Einrichtung von Klassen für schwer erziehbare Schüler (38 %), die zeitliche Aussperrung (36 %), eine Verschärfung der bisherigen Schulstrafen (35 %), den Ausschluß aus der Schule (19 %), den Ausschluß von Wahlfähern (18 %) und die Überweisung an eine andere Schule (8 %).³⁾

In diesen Antworten spiegeln sich die Schwierigkeiten wider, die vielen Lehrern den Schulalltag verleiden. Sie fühlen sich angesichts der herrschenden Schulverhältnisse einfach überfordert und erwarten von ihrem Verband konkrete Hilfen. Der folgende Abschnitt soll zeigen, wie die BLLV-Führung agiert, um den Forderungen der Mitglieder in einer schwierigen politischen Konstellation gerecht zu werden.

-
- 1) Auf dieses Gespräch wird im folgenden Abschnitt noch näher eingegangen.
 - 2) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 157 und 158.
 - 3) Quelle: Fragebogenaktion, Auswertungsbogen Nr. 159 und 160.

5. Die Aktivitäten des BLLV in der Frage der Arbeitszeitverkürzung

In Abschnitt 2 des 2. Teils dieser Arbeit wurde bereits ausgeführt, daß der BLLV noch vor der Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth in mehreren Eingaben an das Kultusministerium eine Kürzung der Unterrichtspflichtzeit fordert, wobei insbesondere an Erleichterungen für Inhaber besonderer Funktionsstellen gedacht ist. Am 28. 7. 1971 macht sich das Kultusministerium einen Teil dieser Forderungen zu eigen und reicht beim Finanzministerium den Vorschlag zur Genehmigung ein, für Schulleiter sowie für Lehrer, die mindestens die Hälfte ihrer Unterrichtspflichtzeit in Klassen mit mehr als 50 Schülern ableisten, einen Stundennachlaß zu gewähren. Das Finanzministerium antwortet am 30. 8. 1971, daß die Vorschläge des Kultusministeriums erst 1973 im Rahmen der langfristigen Finanzplanung aufgegriffen werden könnten.

Am 14. 9. 1971 schreibt das Kultusministerium erneut an das Finanzministerium, daß es auf der Realisierung seiner Vorschläge vom 28. 7. 1971 bestehe und teilt gleichzeitig dem BLLV mit, daß ein abschließender Bescheid noch nicht möglich sei, da die Verhandlungen mit dem Finanzministerium andauern. Eine Woche später, nämlich am 22. 9. 1971, findet dann in München die erste Sitzung des BLLV-Landesvorstandes nach den Sommerferien statt, die traditionsgemäß mit grundsätzlichen Bemerkungen des Präsidenten eingeleitet wird.

An der Situationsanalyse Wilhelm Eberts erscheinen zwei Punkte bemerkenswert: zum einen die pessimistischen Äußerungen über die Erfolgsaussichten der BLLV-Politik aufgrund der ungefährteten Position der CSU. Damit spricht sich Wilhelm Ebert gleichzeitig für einen Kooperationskurs mit der CSU und gegen einen Konfrontationskurs aus. Zum anderen fällt auf, daß Wilhelm Ebert zunächst noch nicht auf das Problem der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer eingeht.¹⁾

1) Vgl. Beschlußprotokoll über die Sitzung des BLLV-Landesvorstandes am 22. 9. 1971 in München, S. 2 und 3.

Beim Tagesordnungspunkt "Kürzung der Unterrichtspflichtzeit für Funktionsträger an Volks- und Sonderschulen" nimmt diese Sitzung einen unerwartet heftigen Verlauf, so daß Präsident Wilhelm Ebert mehrfach alle Mühe hat, die Wogen zu glätten. Initiiert durch Anträge des oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Carl Fischer entwickelt sich eine Generaldebatte, in der sich der angestaute Unmut über die "unzumuthbaren Verhältnisse am Schulanfang" sowie die Enttäuschung über die ausgebliebenen Erfolge der Verbandspolitik entladen. Insbesondere wird kritisiert, daß für Schulleiter, Konrektoren und Lehrer von Mammutklassen keine Entlastung erreicht wurde.¹⁾

Am Ende der mehrstündigen Diskussion erklärt Wilhelm Ebert, daß die Geduld der Lehrer nun endgültig zu Ende sei und beauftragt eine Arbeitsgruppe, einen Katalog von abgestuften Maßnahmen zu erarbeiten, um den Forderungen des Verbandes zu gegebener Zeit mehr Nachdruck verleihen zu können.

Die angekündigte Arbeitsgruppe tritt vorerst jedoch nicht in Aktion. Man verfolgt mit der Einsetzung dieser Arbeitsgruppe zunächst offensichtlich nur einen Zeitgewinn. Die Vorarbeiten zu dem genannten "Katalog von abgestuften Maßnahmen" finden ihren Niederschlag dann in der vom Verfasser durchgeführten Fragebogenaktion. Die Fragebogen, die einen Katalog von 30 Kampfmaßnahmen enthalten, werden erst mit der "Bayerischen Schule" Nr. 6/7 vom 7. 4. 1972 an die Mitglieder verschickt.²⁾

Der BLLV läßt aber noch am selben Tag über dpa verbreiten, daß aus verschiedenen Regierungsbezirken zunehmend Fälle bekannt würden, in denen sich Direktoren von Volksschulen wegen Arbeitsüberlastung zum Oberlehrer zurückstufen ließen.³⁾

1) Vgl. Bayerische Schule, 1971, Heft 19, S. 411.

2) Vgl. Abschnitt 6 des 1. Teils dieser Arbeit sowie Teil 3 dieser Arbeit.

3) Die dpa-Meldung wurde ausführlich in der Abendzeitung Nr. 220 vom 23. 9. 1971, in der Süddeutschen Zeitung Nr. 229 vom 24. 9. 1971 sowie mehreren bayerischen Lokalzeitungen abgedruckt.

Kultusminister Maier zeigt sich über diese Meldung verärgert und läßt ein Gespräch mit Wilhelm Ebert absagen. Auf der nächsten BLLV-Vorstandssitzung am 27. 10. 1971 in München müssen dann die BLLV-Funktionäre bekennen, daß sie in ganz Bayern trotz intensivster Bemühungen nur drei Rektoren ausfindig machen konnten, die sich wegen Arbeitsüberlastung zum Oberlehrer zurückstufen ließen. Andererseits hatten Hunderte von Rektoren um Genehmigung einer Nebenbeschäftigung eingegeben.¹⁾

Am 26. 10. 1971 teilt das Finanzministerium dem Kultusministerium mit, daß es sich auch nach nochmaliger Prüfung vornehmlich aus haushaltsmäßigen Überlegungen nicht in der Lage sieht, den beabsichtigten Stundenermäßigungen zuzustimmen. BLLV-Präsident Wilhelm Ebert führt daraufhin zwei Gespräche im Finanzministerium und ein weiteres Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CSU, ohne jedoch einen Durchbruch zu erzielen.²⁾

Am 15. 11. 1971 empfängt dann Kultusminister Maier das Präsidium und die drei Hauptstellenleiter des BLLV zu einer eineinhalbstündigen Aussprache. Auf seiten des Ministeriums sind neben Kultusminister Maier Ministerialdirektor Dr. Böck sowie Dr. Scherer und Dr. Eberle anwesend. Vier Problemkreise werden diskutiert: Lehrerbildung, dienstliche Beurteilung der Lehrer, Orientierungsstufe inklusive Übertrittsverfahren sowie die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer an Volksschulen. Während in der Frage der Lehrerbildung eine Übereinstimmung im grundsätzlichen erzielt werden kann, vermag in der Frage der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer lediglich festgestellt zu werden, daß alle Bemühungen vom Finanzministerium bzw. vom Landespersonalausschuß blockiert werden. Wieder einmal erklärt Wilhelm Ebert, daß

1) Vgl. BLLV-Landesvorstandssitzung am 27. 10. 1971 in München, eigene stenographische Notizen, S. 4.

2) Vgl. Beschlußprotokoll über die Sitzung des BLLV-Landesvorstandes am 16./17. 11. 1971 in Nürnberg, S. 1.

der BLLV den jetzigen Zustand untragbar finde und nicht länger tatenlos hinnehmen könne.¹⁾

Einen Tag später, auf der BLLV-Landesvorstandssitzung am 16. 11. 1971 in Nürnberg, muß Wilhelm Ebert dann eingestehen, daß alle Versuche, eine Arbeitszeitverkürzung für Lehrer auf der Ebene der Exekutive durchzusetzen, festgefahren seien. Gleichzeitig deutet er vorsichtig an, daß eine Kürzung der Schülerstunden den einzig sichtbaren Ausweg darstellen würde, um die Forderungen des BLLV doch noch verwirklichen zu können. Er gibt zu verstehen, daß der BLLV bereit wäre, eine gemeinsame Kommission mit dem Kultusministerium zu bilden, um diese Kürzungen im einzelnen zu diskutieren.²⁾

Wilhelm Ebert scheint in diesem Stadium bereits Überlegungen anzustellen, die auf eine Neuorientierung der Verbandsstrategie schließen lassen. Während der BLLV bisher versuchte, gemeinsam mit dem Kultusministerium gegen den Einspruch des Finanzministeriums anzukämpfen, so deutet sich jetzt eine Stoßrichtung an, die auch gegen Kultusminister Maier gerichtet ist. Kultusminister Maier hatte nämlich in mehreren Gesprächen mit Wilhelm Ebert unmißverständlich erklärt, daß für ihn eine Kürzung der Schülerstunden nicht in Frage käme. Selbst bei der Einführung des sogenannten "Maier-Samstags" war er nicht bereit, die wenigen ausfallenden Stunden ersatzlos zu streichen. Vielmehr ordnete er an, daß die am Samstag ausfallenden Stunden eingeholt werden müssen.

Gerade zu dieser Zeit erreicht die Unruhe an der Basis einen ersten Höhepunkt.³⁾ Insbesondere die Rektoren sind verbittert und drohen, in Eigeninitiative Maßnahmen zu ergreifen. Um sich Gehör zu verschaffen, haben bei-

1) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 13 vom 15. 11. 1971.

2) Vgl. Beschlußprotokoll über die Sitzung des BLLV-Landesvorstandes am 16./17. 11. 1971 in Nürnberg, insbesondere S. 4.

3) Vgl. Abschnitt 3 des 2. Teils dieser Arbeit.

spielsweise die Leiter der Dachauer Volksschulen durchgesetzt, daß der BLLV-Kreisverband Dachau die Abgeordneten des Bayerischen Landtags zu einer Diskussion über die Arbeitsüberlastung der Direktoren an bayerischen Volksschulen einläßt. Der Einladung folgen jedoch nur die SPD-Abgeordneten Peter Glotz und Helmut Meyer sowie Ursula Noack in Vertretung der FDP-Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher. Die Parlamentarier Roland-Friedrich Messner (CSU) und Ursel Redepenning (FDP) lassen sich wegen Krankheit entschuldigen. Der SPD-Abgeordnete Helmut Meyer kündigt an, daß er sich im Parlament für die Gleichstellung aller Schulgattungen in Bayern einsetzen werde; dieses Thema sei "reif für eine Interpellation".¹⁾

In dieser Situation entschließt sich der BLLV, seine Bemühungen auf die Ebene der Legislative zu verlagern. Am 30. 11. 1971 leitet er den drei Fraktionen des Bayerischen Landtags sowie den Mitgliedern des Kulturpolitischen Ausschusses und des Haushaltsausschusses eine siebenseitige Eingabe zu, in der er eine Entlastung für Schulleiter und Konrektoren fordert. Gleichzeitig stellt die Landespolitische Hauptstelle des BLLV fest, daß der BLLV seit 1967 über 60 Verhandlungen mit der Exekutive geführt habe, um eine Verbesserung des sog. Stundenermäßigungskatalogs zu erreichen. Nachdem nun endlich das Kultusministerium bereit sei, für das Schuljahr 1971/72 erste Verbesserungen für Schulleiter und Lehrer von Mammutklassen zuzugestehen, verweigere jetzt das Finanzministerium als zuständiges Beamtenministerium seine Zustimmung. Deshalb verlagere der BLLV nun seine Bemühungen auf die Ebene der Legislative.²⁾

Mit der Eingabe vom 30. 11. 1971 konzentriert der BLLV seine Anstrengungen auf die Entlastung der Schulleiter. Wie die Ausführungen in Abschnitt 4

1) Süddeutsche Zeitung Nr. 281 vom 24. 11. 1971, S. 19.

2) Vgl. Landespolitische Hauptstelle des BLLV (Hrsg.), Bemühungen des BLLV zur Verbesserung des individuellen Stundemaßes der Lehrer an Volks- und Sonderschulen, 1. 12. 1971, S. 7.

des 2. Teils dieser Arbeit bereits zeigten, erfordert die erweiterte Stundenermä-
ßigung für Schulleiter 180 zusätzliche Lehrer, während eine allgemeine lineare
Arbeitszeitverkürzung für alle Lehrer an bayerischen Volksschulen wegen des
drastischen Lehrermangels kurzfristig nicht realisierbar erscheint. Die BLLV-
Mitglieder zeigen jedoch keinerlei Verständnis, daß der BLLV nicht auch
"Sofortmaßnahmen" zur Entlastung des "einfachen" Lehrers vorschlägt. Bei
den Lehrern an der Basis steigert sich die Entrüstung. Sie werfen dem BLLV
vor, ein "Rektorenverein" zu sein, der die "einfachen" Mitglieder vergessen
hat. Sie weisen darauf hin, daß der erzieherische und unterrichtliche Erfolg in
der Volksschule einzig und allein vom Klassenlehrer abhängt. Er sei der
"Frontsoldat" und gerade um seine Stellung und Aufwertung sollte sich der
BLLV weit mehr einsetzen als bisher.

Auf der Sitzung des BLLV-Landesausschusses am 4.12. 1971 in Würzburg
stellt Wilhelm Ebert dann fast resignierend fest: "Ludwig Huber hat Reformen
gemacht und dabei das Reservoir der Lehrer voll ausgeschöpft. Nun kommt
Maier und will auch in die Geschichte eingehen mit Reformen. Diese Reformen
sind zwar auch in unserem Sinne. Aber es geht nicht aufgrund des Lehrerman-
gels. Es ist nun das erstemal, daß die Lehrer nicht mehr mitspielen. Wir
müssen das bisherige Tabu, nämlich die Kürzung der Schülerstunden, überwin-
den."¹⁾

Schwerpunkthema in Würzburg sind die Etatberatungen. Gleichzeitig werden
jedoch zwei Maßnahmen getroffen, die in der Frage der Arbeitszeitverkürzung
einen Zeitgewinn bescherten und die zudem eine Art "Ventilfunktion" erfüllen
sollen:

1) Sitzung des BLLV-Landesausschusses am 4. 12. 1971 in Würzburg,
eigene stenographische Notizen, S. 7.

Der Landesvorstand beruft für den 7. und 8. Januar 1972 in Nürnberg eine Klausurtagung ein, zu der einige Kreisverbandsvorsitzende eingeladen werden und die unter dem offiziellen Thema "Aktivierung der Basisarbeit im BLLV" steht. Darüber hinaus soll damit natürlich auch eine Beruhigung der Basis erreicht werden.

Zum anderen vereinbart Wilhelm Ebert mit dem Verfasser dieser Arbeit endgültig, daß er auf Kosten und mit Unterstützung des Verbandes eine umfassende Mitgliederbefragung durchführen kann.¹⁾ In Heft 1 der "Bayerischen Schule" vom 28. 1. 1972, das über die Klausurtagung in Nürnberg berichtet, werden dann erstmals die Mitglieder informiert, daß bereits an der Konzeption einer solchen Untersuchung gearbeitet wird.²⁾

Anfang 1972 entwickelt der BLLV dann sowohl auf der Ebene der Legislative als auch in seiner Öffentlichkeitsarbeit eine außerordentlich starke Aktivität. Am 20. 1. 1972 stellt Anton Hochleittner, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags und langjähriges BLLV-Mitglied, im Bayerischen Landtag einen Antrag auf Senkung des Regelstundenmaßes der Lehrer, Fachlehrer und Schulleiter.³⁾ Am 25. 1. 1972 lädt der BLLV die Mitglieder der CSU-Fraktion und am 26. 1. 1972 die Mitglieder der SPD-Fraktion zu Parlamentarischen Abenden ein, auf denen sowohl Probleme der Lehrerbildung als auch der Lehrerüberlastung diskutiert werden sollen. Jeder Abgeordnete erhält das Positionspapier des BLLV zur Lehrerbildung, das erstmals detailliert die Vorstellungen des BLLV schriftlich fixiert, sowie die Leitsätze des BLLV zum Stundenmaß der Lehrer und Fachlehrer an Grund-, Haupt- und Sonderschulen.⁴⁾ Diese Leitsätze sind der Arbeit als Anlage beigefügt.

1) Vgl. den 3. Teil dieser Arbeit.

2) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 1, S. 5.

3) Vgl. Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1877 vom 20.1.1972.

4) Diese Leitsätze wurden auf den Parlamentarischen Abenden in hektographierter Form verteilt und am 17. 3. 1972 in den Standespolitischen Mitteilungen des BLLV in gedruckter Form veröffentlicht.

An dem Parlamentarischen Abend mit der CSU am 25. 1. 1972 im Hotel Sheraton in München nehmen teil:

Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister für Unterricht und Kultus

Erwin Lauerbach, Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 8721 Zell bei Schweinfurt, Stimmkreisverband Schweinfurt-Stadt und -Land

Alfred Dick, Staatssekretär im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, 8440 Straubing, Stimmkreisverband Straubing-Stadt und -Land, Bogen

Reinhold Vöth, Staatssekretär im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 8700 Würzburg, Stimmkreis Würzburg-Stadt

Otto Meyer, Vorsitzender des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU, 8872 Burgau/Schwaben, Stimmkreisverband Dillingen/Donau-Stadt und -Land

Marita Bäuerlein, 8721 Dittelbrunn, Wahlkreis Unterfranken

Marielies Schleicher, 8750 Aschaffenburg, Wahlkreis Unterfranken

Peter Widmann, 8121 Wildsteig, Stimmkreisverband Landsberg a. Lech-Stadt und -Land, Schongau

Herbert Hofmann, 8651 Grünlas, Stimmkreisverband Kulmbach-Stadt und -Land, Stadtsteinach

Willi Müller, 8591 Stemmas b. Thiersheim, Wahlkreis Oberfranken

Dr. Gebhard Glück, 8390 Passau, Wahlkreis Niederbayern

Franz Schick, 7911 Leibi, Stimmkreisverband Illertissen, Neu-Ulm-Stadt und -Land

Ewald Lechner, 8380 Landau a. d. Isar, Wahlkreis Niederbayern

Siegfried Möslein, 8621 Großheirath, Wahlkreis Oberfranken

Paul Wünsche, 8600 Bamberg, Stimmkreis Bamberg-Stadt

Friedrich Harrer, 8263 Burghausen, Stimmkreis Altötting

Ernst Dietz, 8596 Mitterteich, Stimmkreisverband Eschenbach, Kemnath, Tirschenreuth

Erich Sauer, 8703 Ochsenfurt/Main, Stimmkreisverband Kitzingen-Stadt und -Land, Ochsenfurt

Josef Feneberg, 8999 Heimenkirch, Wahlkreis Schwaben. ¹⁾

1) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 2, S. 33.

Es fällt auf, daß Wilhelm Ebert entgegen der Tradition auch den Nicht-Parlamentarier Kultusminister Maier eingeladen hat, so daß der Name "Parlamentarischer Abend" eigentlich nicht mehr zutreffend ist. Ansonsten kann sich die Gästeliste durchaus mit der anderer Verbände messen.

Beide Seiten betonen den ernsthaften Willen zur Zusammenarbeit und warnen vor Radikalisierungen. Als gemeinsamer Feind wird die GEW hingestellt, die zur Polarisierung neige und der alle anderen Lehrerverbände in Gestalt des Deutschen Lehrerverbandes geschlossen entgegentreten müßten. Kultusminister Maier greift einen Vergleich Wilhelm Eberts auf, der den BLLV auf der Landesdelegiertenversammlung 1971 in Bayreuth als eine Kletterstange bezeichnete, an der in den letzten 20 Jahren die Kulturpolitik in Bayern hochgeklettert sei, und fügt hinzu: "Wir sind heute darauf angewiesen, uns beim Klettern gegenseitig Hilfestellung zu leisten. Die Lage ist ernst, weil möglicherweise der Prozeß der Radikalisierung weitergeht und die vernünftigen Gestaltungsräume immer stärker einengt. Insofern sind wir zu einer Vernunfttete gezwungen."¹⁾

Der Abend verläuft sehr harmonisch und bringt in der Frage der Lehrerbildung und der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten erwartungsgemäß weitgehende Übereinstimmung. Das Positionspapier des BLLV umfaßt ohnehin nur ein Minimalprogramm, das von vornherein auf ein mittleres Level des Kompromißhandelns abzielt. Auch in der Frage der Arbeitsüberlastung der Lehrer zeigen die CSU-Parlamentarier sowie Kultusminister Maier großes Verständnis. Starken Beifall erhält die Äußerung Kultusminister Maiers: "Die Volksschullehrer stehen hintenan." Der BLLV bittet die Abgeordneten, im Parlament Möglichkeiten zu ventilieren, die spätestens zu Beginn des Schuljahres 1972/73 eine lineare Arbeitszeitverkürzung gestatten. Es sei nicht ausreichend, nur den Inhabern besonderer Funk-

1) Parlamentarischer Abend des BLLV vom 25. 1. 1972, eigene stenographische Notizen, S. 5.

tionsstellen eine Stundenermäßigung zu gewähren. Angesichts des herrschenden Lehrermangels und der Finanznot des Staates verweist der BLLV auf die Möglichkeit, die Schülerstunden zu kürzen. Er vermag jedoch noch keine Konzeption vorzulegen, wo konkret gekürzt werden soll. Auch erklärt Kultusminister Maier unmißverständlich, daß für ihn eine Kürzung der Schülerstunden nicht in Frage käme. Er werde sich beim Finanzministerium weiterhin bemühen, für Schulleiter und Lehrer von Mammutklassen eine Stundenermäßigung zu erreichen. Für eine lineare Arbeitszeitverkürzung zeichnen sich dagegen noch keine konkreten Lösungsmöglichkeiten ab.

Am nächsten Abend, dem 26. 1. 1972, sind dann die Abgeordneten der SPD-Fraktion zu Gast im Hotel Ambassador in München. Die Gästeliste weist die folgenden Namen auf:

Gerda Laufer, Stellvertr. Vorsitzende der SPD-Fraktion, 8700 Würzburg, Wahlkreis Unterfranken

Anton Hochleitner, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses, 8390 Passau, Wahlkreis Niederbayern

Oskar Rummel, Stellvertr. Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht und -besoldung, 8770 Lohr/Main, Wahlkreis Unterfranken

Lieselotte Seibel, 8500 Nürnberg, Stimmkreis Nürnberg-Stadt

Rudolf Eberle, 8312 Dingolfing, Wahlkreis Niederbayern

Ferdinand Drexler, 85 Nürnberg, Stimmkreis Nürnberg-Stadt (Süd)

Oskar Soldmann, 8720 Schweinfurt, Wahlkreis Unterfranken

Dr. Peter Glotz, 8031 Gröbenzell, Wahlkreis Oberbayern

Dr. Axel Wernitz, 8860 Nördlingen, Wahlkreis Schwaben

Dr. Jürgen Böddrich, 8000 München, Stimmkreis München-Stadt

Kurt Adelman, 8560 Lauf, Wahlkreis Mittelfranken

Willibald Moser, 8480 Weiden, Wahlkreis Oberpfalz

Albert Koch, 8632 Neustadt b. Coburg, Stimmkreisverband Coburg-Stadt und -Land, Stadt Neustadt b. Coburg

Otto Kahler,¹⁾ 8590 Marktedwitz, Stimmkreisverband Marktedwitz, Selb, Rehau, Wunsiedel

Dr. Helmut Meyer, 8000 München, Stimmkreis München-Stadt

Josef Klasen, 8920 Schongau, Wahlkreis Oberbayern.²⁾

Bekanntlich ist es immer leichter, von einer Oppositionspartei Zugeständnisse zu erhalten als von der Regierungspartei. Die SPD-Politiker deuten dezent an, daß der BLLV in seinem Positionspapier zur Lehrerbildung und zur Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten zu große Rücksicht auf die CSU-Vorstellungen genommen hätte. Die SPD dränge in der Frage der Lehrerbildung auf den grundsätzlich in 8 Semestern ausgebildeten Stufenlehrer und könne nicht verstehen, daß sich der BLLV von vornherein mit einem in nur 6 Semestern ausgebildeten Lehrer zufrieden gebe. Auch in der Frage der Integration scheine sich lediglich ein "Etikettenschwindel" anzubahnen, dem der BLLV in seinem Positionspapier Vorschub leiste. Außerdem fehlen die so wichtige Lehrerweiterbildung, der Vorschulbereich und die Erwachsenenbildung in der BLLV-Konzeption völlig.

Wilhelm Ebert antwortet darauf ganz offen, daß sich hier der BLLV in einem Dilemma befände: "Wir würden nicht 6 Semester vertreten sondern 8, wenn wir nicht unter dem Zwang stehen würden, daß wir die Überlastung der Lehrer abbauen müssen. Wenn Sie als Politiker glauben, aus übergeordneten Gesichtspunkten 8 Semester einführen zu müssen, dann tun Sie das. Aber die Geduld der Lehrer ist zu Ende. Deshalb sind wir für 6 Semester."³⁾

1) Kahler wird durch diesen Parlamentarischen Abend angeregt, bei der Staatsregierung die Klassenschülerzahlen und Schülerstunden in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern und zum Bundesdurchschnitt zu erfragen. Vgl. Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/2213 vom 9. 3. 1972.

2) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 2, S. 36.

3) Parlamentarischer Abend des BLLV vom 26. 1. 1972, eigene stenographische Notizen, S. 3.

Die Problematik der Lehrerüberlastung stößt bei der SPD auf volles Verständnis. Auf die Frage, wie diese Überlastung abgebaut werden soll, fährt sich jedoch auch hier die Diskussion fest. Der BLLV spricht wiederum von einer Kürzung der Schülerstunden, worauf sich die SPD-Politiker elegant aus der Affäre ziehen, indem sie feststellen, man könne darüber nicht global diskutieren. Man bräuchte einen detailliert ausgearbeiteten Kürzungsvorschlag. Einen solchen Vorschlag vermag der BLLV zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht vorzulegen.

Auch die 19 Journalisten, die der Einladung des BLLV zu einer Pressekonferenz am 31. 1. 1972 folgen, bringen den BLLV mit der Frage nach dem "Wie" in arge Bedrängnis. Sie wollen konkret wissen, in welchen Fächern der BLLV kürzen möchte. Diese Frage vermag der BLLV jedoch noch nicht zu beantworten. Er verweist darauf, daß es Aufgabe des Kultusministeriums sei, die katastrophalen Schulverhältnisse zu verbessern und überreicht den Pressedienst Nr. 3, der die Überschrift trägt "Die unsichtbare Katastrophe". Dieser Pressedienst verdeutlicht in anschaulicher Weise, daß der BLLV in seiner Öffentlichkeitsarbeit nicht als Interessenvertreter seiner Mitglieder, sondern als Anwalt der Kinder auftritt. Da es in unserer kinderliebenden Gesellschaft leicht fällt, die öffentliche Meinung für die Interessen der Kinder zu mobilisieren, sorgt er dafür, daß die Interessen des BLLV mit den Interessen der Kinder identifiziert werden. Der folgende Ausschnitt aus diesem Pressedienst soll diese These belegen:

"Diese Formen einer Bildungskatastrophe und deren Folgen werden von der Öffentlichkeit praktisch nicht gesehen; die ständige Stress-Situation für Schüler und Lehrer kümmert kaum jemand. Man verläßt sich lieber auf das Verantwortungsgefühl der Lehrer. Aus ihrer Berufung, so meint man, können sie ja gar nicht anders, als mit diesem permanenten Notstand in bestmöglicher Weise fertig zu werden.

Aber:

- Handeln die bayerischen Volksschullehrer wirklich verantwortlich den ihnen anvertrauten Kindern gegenüber, wenn sie über Jahre hinweg ge-

duldig Tatbestände hinnehmen, die allen Erkenntnissen der Pädagogik Hohn sprechen?

- Handeln die bayerischen Volksschullehrer wirklich verantwortlich, wenn sie aus ihrem Verantwortungsgefühl heraus bestrebt sind, das beste aus katastrophalen Zuständen zu machen?
- Handeln die bayerischen Volksschullehrer wirklich verantwortlich, wenn sie weiterhin Memoranden und Vorschläge ausarbeiten, die dann in Akten-schränken verstauben?"¹⁾

Auf dieser Pressekonferenz spricht Wilhelm Ebert zum erstenmal öffentlich davon, daß der BLLV bereit sei, "legitime Kampfmaßnahmen" zu ergreifen. Die Journalisten würden gerne Näheres darüber erfahren, aber Wilhelm Ebert hüllt sich in Schweigen. Dennoch erzielt gerade diese Andeutung von Kampfmaßnahmen ein außerordentlich starkes Presseecho.²⁾ Zu diesem Zeitpunkt bestehen beim BLLV nur sehr vage Vorstellungen, welche Maßnahmen man zur Durchsetzung seiner Forderungen ergreifen könnte. Es besteht nur Einigkeit darüber, daß es kein allgemeiner Streik sein dürfte, um nicht mit dem Beamtenstatus des Lehrers in Konflikt zu kommen. Zudem hegen einige Funktionäre starke Zweifel, inwieweit die Mitglieder einem Aufruf des BLLV zu Kampfmaßnahmen folgen würden.³⁾

1) BLLV-Pressedienst Nr. 3 vom 31. 1. 1972, S. 2.

2) Am 1. 2. 1972 berichten die folgenden Zeitungen über diese Pressekonferenz: Abendzeitung, Augsburger Allgemeine Zeitung, Bild, Donau Kurier, Fränkischer Tag, Main-Echo, Main Post, Mittelbayerische Zeitung, Neue Presse Coburg, Nürnberger Nachrichten, Straubinger Tagblatt, Süddeutsche Zeitung. Von diesen 12 Zeitungen verwenden 9 den Begriff "Kampfmaßnahmen" in der Artikelüberschrift, die Süddeutsche Zeitung spricht von Schulkatastrophe, Bild von Überlastung und der Donau Kurier vom Ärger der Lehrer.

3) Von dieser Skepsis zeugt auch ein Kommentar in der Verbandszeitung "Über den kämpferischen Verband". Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 2, S. 30.

Vgl. hierzu auch Abschnitt 6 des 1. Teils dieser Arbeit.

Damit die auf der Ebene der Legislative und der Öffentlichkeit ergriffenen Initiativen zum Abbau der Lehrerüberlastung nicht gleich wieder verpuffen, veranlaßt die BLLV-Geschäftsstelle in München eine gezielte Leserbriefaktion¹⁾ sowie eine Besuchsaktion bei den Abgeordneten des Bayerischen Landtags.²⁾ Die Vorsitzenden der BLLV-Kreisverbände werden gebeten, Kontakt zu dem Abgeordneten ihres Wahlkreises aufzunehmen und ihm die konkreten Probleme der Lehrerüberlastung zu verdeutlichen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß es sich hier nur um einen ersten Schritt zur Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens handeln sollte, dem weitere, zentral geplante Maßnahmen in Kürze folgen werden.

Das Kultusministerium reagiert auf die Angriffe des BLLV mit der Pressemeldung Nr. 25/72 vom 2. Februar 1972, in der kühl festgestellt wird, daß die vom BLLV angekündigten Kampfmaßnahmen die Situation der Lehrer keineswegs verbessern würden.

Der BLLV antwortet mit Pressedienst Nr. 5 vom 3. Februar 1972, in dem er darauf hinweist, daß die Arbeitszeit der nordrhein-westfälischen Lehrer an Grund-, Haupt- und berufsbildenden Schulen zum 1. 8. 1972 um eine Stunde gekürzt wird. Gleichzeitig ändert der BLLV das Kriterium zur Beurteilung der Schulsituation. Während bisher mit dem Hinweis auf die hohen Klassenfrequenzen an bayerischen Volksschulen von einer Katastrophe gesprochen wurde, so beruft sich der BLLV jetzt darauf, daß die Zahl der Lehrer je Klasse in Bayern über dem Bundesdurchschnitt liege, so daß "ein Schritt wie der in Nordrhein-Westfalen vorgenommene durchaus angemessen" wäre.³⁾

1) Vgl. Schreiben vom 1. 2. 1972.

2) Vgl. Schreiben vom 4. 2. 1972.

3) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 5 vom 3. 2. 1972.

Es bleibt festzuhalten, daß durch die Wahl unterschiedlicher Wertmaßstäbe sehr unterschiedliche Aussagen über die bayerischen Schulverhältnisse möglich sind. Eine geschickte Verbandspolitik versteht dies zu nützen.

Ebenfalls vom 3. 2. 1972 datiert ein Schreiben des Kultusministeriums an den Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverband, in dem Ministerialdirigent Felber zum wiederholten Male versichert, daß das Kultusministerium die Berechtigung des Anliegens nach einer weiteren Senkung der Unterrichtspflichtzeit anerkenne. Ein solches Vorhaben dürfe jedoch nicht auf Kosten der Schüler angestrebt werden.¹⁾

Durch die Aktivitäten des BLLV kommt die Diskussion über die Belastungen des bayerischen Volksschullehrers in der Öffentlichkeit voll in Gang. Während die Pressekonferenz vom 31. 1. 1972 noch ein sehr positives Echo erzielen konnte, melden sich nun auch einige kritische Kommentatoren zu Wort.

So schreibt Hans Krieger in der "Bayerischen Staatszeitung", daß sich die Verbandsführung des BLLV "offenbar unter dem Druck einer massiven Unzufriedenheit in den Reihen der Mitglieder" genötigt sah, die Standespolitik "auf Kosten des bildungsreformerischen Profils, um das sich Ebert in den letzten Jahren mit wechselndem Erfolg mühte", wieder stärker zu betonen. Es sei nun an der Zeit, den verdrossenen Mitgliedern Perspektiven aufzuzeigen, was natürlich voraussetzt, daß man selbst solche besitze. Wenn der Verband selbst keine konkreten Lösungsvorschläge anzubieten habe, dann verzichte er darauf, verantwortlicher Partner der Schulverwaltung zu sein. Damit signalisiere er aber "das reduzierte Selbstbewußtsein eines Berufsstandes, der durch seine geschichtliche Entwicklung daran gewöhnt wurde, sich einerseits gegängelt zu fühlen, andererseits aber alles von oben zu erwarten und den ihm zugestandenen Spielraum nicht auszuschöpfen". Man sollte über die Ver-

1) Vgl. Schreiben Nr. III A 6-4/185 696 vom 3. 2. 1972.

unsicherung des Lehrers nicht nur lamentieren, sondern sie als produktive Herausforderung begreifen. Dann bliebe das Nachdenken über die Widersprüche der Lehrerrolle nicht ganz den marxistisch orientierten jungen Erziehungswissenschaftlern überlassen. Die Arbeitszeitforderungen rührten jedenfalls nicht an den Kern der Krise.¹⁾

Auch Bernhard Ücker stellt in seinem Mittagskommentar vom 5. 2. 1972 kritisch fest, daß eine Überlastung des Lehrers durch die Menge der Unterrichtsstunden wohl nicht gegeben sei. Er spricht von "berufsmäßigen Berufsjammerern", erkennt aber gleichzeitig die Schwierigkeiten an, mit denen die Lehrer heute zu kämpfen haben. Diese Schwierigkeiten seien teils durch die Autoritätskrise, teils aber auch durch eine verfehlt Schulpolitik der Vergangenheit bedingt wie insbesondere der Einführung des neunten Pflichtschuljahres. Wenn jetzt sogar vom zehnten Pflichtschuljahr die Rede sei, so könne man sich kaum des Gefühls erwehren, daß "aus berufspolitischen Gründen ein künstlicher Lehrermangel aufrechterhalten" werde.²⁾

Der BLLV nutzt die Tatsache, daß die Massenmedien das Problem der Arbeitsüberlastung des Lehrers diskutieren, am 16. 2. 1972 zu einer weiteren Eingabe an den Bayerischen Landtag, in der er für den Schuljahresbeginn 1972/73 nicht nur eine lineare Arbeitszeitverkürzung um eine Unterrichtsstunde für Grund-, Haupt-, Fach- und Sonderschullehrer fordert, sondern darüber hinaus eine sog. "Altersermäßigung" um zwei Unterrichtsstunden für Lehrer ab dem 55. Lebensjahr sowie weitere Kürzungen der Unterrichtspflichtzeit der Schulleiter, Schulleiterstellvertreter sowie Lehrer von Mammutklassen. Er

-
- 1) Vgl. Krieger, Hans, Verunsicherte Lehrer, Arbeitszeitforderungen rühren nicht an den Kern der Krise, in: Bayerische Staatszeitung Nr. 5 vom 4. 2. 1972.
 - 2) Vgl. Ücker, Bernhard, Kommentar zur bayerischen Landespolitik, gesprochen am 5. 2. 1972, 13.10 - 15.20 Uhr, im 1. Programm des Bayerischen Rundfunks.

verzichtet in dieser Eingabe jedoch darauf, selbst Vorschläge zu unterbreiten, wie diese Kürzungen erreicht werden könnten. Die Landespolitische Hauptstelle hatte auf ihrer Sitzung am 22./23. 1. 1972 in Weiden fünf Alternativen diskutiert, wie die angestrebten Verbesserungen realisiert werden könnten, nämlich:

- (1) Erhöhung der Klassenfrequenz
- (2) Kürzung der Schülerwochenstunden auf den Bundesdurchschnitt
- (3) Anstellung aller Lehrer (auch Dienstortverweigerer)
- (4) Ausgleich über Mehrarbeitsvergütung
- (5) Stoffentrümpelung.¹⁾

Während die Landespolitiker des BLLV eine Erhöhung der Klassenfrequenz als nicht vertretbar ansehen, bejahen sie eine Kürzung der Schülerwochenstunden auf den Bundesdurchschnitt. Es besteht jedoch Einigkeit darüber, daß man es dem Kultusministerium überlassen sollte, sich über die Realisierung der BLLV-Forderungen Gedanken zu machen.

Am 7. 3. 1972 stellt Otto Meyer, Stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags und ehemaliges BLLV-Mitglied, gemeinsam mit einigen Kollegen aus der CSU-Fraktion den Antrag, "die bisher gewährten Ermäßigungen auf das Regelstundenmaß für die Leiter von Grund- und Hauptschulen nach Möglichkeit zum 1. Februar 1972, spätestens aber zum Schuljahresbeginn 1972/73, angemessen zu erweitern."²⁾

Damit sprechen sich nunmehr alle 3 im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien wie auch das Bayerische Kultusministerium für eine Entlastung der Schulleiter von Grund- und Hauptschulen aus.

1) Vgl. Protokoll vom 17. 2. 1972 über die Sitzung der Landespolitischen Hauptstelle des BLLV am 22./23. 1. 1972 in Weiden, S. 2 und 3.

2) Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/2144 vom 7.3.1972.

Ende März 1972 vermag dann der BLLV erste Erfolge zu verbuchen. Das Kultusministerium teilt ihm mit Schreiben vom 20. 3. 1972 mit, daß den Leitern von Volks- und Sonderschulen ab 1. 4. 1972 weitere Stundenermäßigungen gewährt werden, die je nach der Anzahl der Klassen je Schule gestaffelt sind. Die Leiter von Grund- und Hauptschulen mit 4 bis 5 Klassen erhielten bisher eine Ermäßigung von zwei Wochenstunden, nach der neuen Regelung sind es nun drei Stunden. Bei Schulen mit 21 und mehr Klassen erhöht sich die Ermäßigung von 8 auf 12 Wochenstunden.¹⁾

Diese Ermäßigungen werden gerade zu Beginn der Amtszeit des neuen bayerischen Finanzministers Dr. Ludwig Huber erzielt, zu dem Wilhelm Ebert außerordentlich gute Beziehungen pflegt. Wilhelm Ebert ist auch der erste Verbandsführer, den Ludwig Huber in seiner Eigenschaft als bayerischer Finanzminister bereits am 21. 3. 1972 zu einer Aussprache empfängt. Nach dem Gespräch zeigt sich Ebert betont optimistisch. Er erklärt, daß sich Huber gerne an die konstruktive Zusammenarbeit mit dem BLLV erinnere. Die Stundenermäßigungen für Schulleiter seien nur ein allererster Schritt. Er hoffe, daß bis zum Schuljahresbeginn im September 1972 die vom BLLV geforderten Erleichterungen verwirklicht werden könnten.

Allerdings muß hinzugefügt werden, daß das Staatsministerium der Finanzen erneut die Zustimmung zu der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus vorgesehenen Stundenermäßigung für die Lehrer von Klassen an Volksschulen mit mehr als 50 Schülern versagt hat. Die Ablehnung wird damit begründet, daß in anderen Ländern der BRD keine solche Regelung bestehe. Außerdem könnten sich Folgerungen für andere Schularten ergeben.

Ermutigt durch die ersten Erfolge, unternimmt der BLLV noch am 21.3.1972 einen weiteren Anlauf zur Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer. In einem Schreiben an das Kultusministerium schlägt er eine "Vereinfachung des Verfahrens" bei der Einführung der Fünf-Tage-Woche vor. Die "Vereinfachung" wird

1) Der detaillierte Ermäßigungskatalog ist abgedruckt in: Bayerische Schule, 1972, Heft 6/7, S. 127.

dadurch erreicht, daß die durch die unterrichtsfreien Samstage ausfallenden Unterrichtsstunden nicht eingebracht werden. Stattdessen sollte das Stundenmaß der Schüler und die Arbeitszeit der Lehrer um eine Stunde verkürzt werden. Diese Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit für Schüler und Lehrer sollte auch an den Schulen vorgenommen werden, die bereits die 5-Tage-Woche praktizieren.¹⁾

Der BLLV hatte in der Zwischenzeit feststellen müssen, daß sich die Forderung nach einer generellen Kürzung der Unterrichtspflichtzeit für Lehrer in der Öffentlichkeit schlecht "verkaufen" läßt. Deshalb versucht er nun, sein Ziel über die "Hintertür des schulfreien Samstags" zu erreichen. Hier kann der BLLV auf andere Berufszweige verweisen, die den freien Samstag mit dem Slogan "Samstags gehört Vati mir" sehr öffentlichkeitswirksam einführen konnten. Doch Kultusminister Maier bestätigt erneut, daß für ihn eine Kürzung der Schülerwochenstunden nicht in Frage kommt. Er besteht darauf, daß "zur Vermeidung eines nicht gering zu veranschlagenden Ausbildungsverlustes" die ausfallenden Unterrichtsstunden weiterhin eingebracht werden. Die "Durchforstung" der Lehrpläne müsse zunächst Platz schaffen für die Ausbreitung und Vertiefung einer Reihe von Unterrichtsfächern wie z. B. politische Bildung, musische Bildung, Arbeitslehre sowie für die Einführung neuer Fächer wie z. B. Informatik. "Die Eltern und Erziehungsberechtigten würden sich mit Recht dagegen wenden."²⁾

Am 22. 3. 1972 findet der seit langem geplante Parlamentarische Abend mit der FDP im Münchner Sheraton-Hotel statt. Vier der insgesamt 10 FDP-Abgeordneten folgen der Einladung des BLLV, nämlich Otto Bezold, der scheidende Fraktionsvorsitzende seiner Partei, Dr. Fritz Flath, Stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender sowie Ursel Redepenning und Artur Heinrich.³⁾

1) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 7 vom 22. 3. 1972, S. 1.

2) Schreiben Nr. II/12 - 8/48032 vom 21. 4. 1972.

3) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 6/7, S. 130.

Wiederum werden die Problemkreise Arbeitsüberlastung der Lehrer sowie Lehrerbildung diskutiert und die Unterlagen übergeben, die bereits bei den Parlamentarischen Abenden mit der CSU und SPD am 25. und 26. 1. 1972 Verwendung fanden. Der Abend verläuft sehr freundschaftlich und harmonisch, vermag aber keine erwähnenswerten Diskussionsbeiträge zu liefern.

In diesen Wochen bemüht sich der BLLV, daß die Diskussion über die Arbeitsbelastung der Lehrer anhält. Dieses Thema bleibt im Mittelpunkt der Versammlungen der BLLV-Bezirksverbände und BLLV-Kreisverbände und drängt den Problemkreis Lehrerbildung mehr und mehr in den Hintergrund. In den Reden, die Wilhelm Ebert in diesen Wochen auf den Veranstaltungen der BLLV-Gliederungen hält, verweist er zwar stets auf die Schlüsselrolle, die der Lehrerbildung zukomme.¹⁾ Doch die Mitglieder sind an diesem Themenkreis wenig interessiert. In den Diskussionen verweisen sie immer wieder auf ihre Arbeitsüberlastung und fordern streikähnliche, aber legale Kampfmaßnahmen, um den Aktivitäten des Verbandes mehr Nachdruck zu verleihen. Oft gelingt es nur mühsam, die Wogen der Erregung zu glätten.²⁾

Einen Beitrag hierzu liefert die Fragebogenaktion. Der "Bayerischen Schule" Nr. 6/7 vom 7. 4. 1972 ist der Fragebogen beigeheftet, den die Mitglieder bis 1. Mai 1972 ausgefüllt zurücksenden sollen. Ebenfalls vom 7. 4. 1972 datiert der BLLV-Pressedienst Nr. 9, der die Publikationsorgane über die Fragebogenaktion unterrichtet. Der Katalog der Kampfmaßnahmen erzielt ein starkes Presseecho.³⁾

-
- 1) Beispielsweise auf einer Großversammlung der BLLV-Kreisverbände Würzburg-Stadt und -Land am 8. 3. 1972, auf der Delegiertentagung des Niederbayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes am 28. 3. 1972 in Vilshofen sowie auf der Bezirksdelegiertenversammlung des Bezirksverbandes Oberfranken am 6. 4. 1972 in Coburg.
 - 2) Vgl. Abschnitt 3 des 2. Teils dieser Arbeit.
 - 3) Der gesamte Komplex der Fragebogenaktion wird in Teil 3 dieser Arbeit behandelt.

Als Kultusminister Maier und acht hohe Beamte seines Hauses am 13. 4. 1972 eine neun Mann starke BLLV-Delegation zu einer routinemäßigen Aussprache empfangen, liegt dieser Fragebogen mit dem Katalog von Kampfmaßnahmen demonstrativ vor Kultusminister Maier. Die "Bayerische Schule", die regelmäßig im Kultusministerium gelesen wird, war erst wenige Stunden vorher dort eingetroffen und hatte offensichtlich Unruhe ausgelöst. Kultusminister Maier bringt gleich unmißverständlich zum Ausdruck:

"Wenn Sie, Herr Ebert, sich Bundesgenossen suchen in der Lehrerbildung - und wir sind doch hier weitgehend Bundesgenossen - dann können wir in der Öffentlichkeit keinen Grabenkrieg führen und von Kampfmaßnahmen sprechen. Das muß weg, und zwar bald."¹⁾

Die Aussprache verläuft dann auch in einer gespannten Atmosphäre. Nachdem einige Mißverständnisse über die künftige Lehrerbildung ausgeräumt und auf diesem Sektor weitgehend Übereinstimmung erzielt werden kann, rechnet das Kultusministerium dem BLLV vor, daß die Verwirklichung seiner Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung²⁾ einen zusätzlichen Bedarf von 2.965 Lehrern sowie einen finanziellen Aufwand von jährlich 89 Mio. DM erfordern würden. Da aber weder Lehrer noch Geld in der augenblicklichen Situation zur Verfügung stünden, bliebe nur eine Heraufsetzung der Klassenfrequenzen oder eine Kürzung der Schülerstunden übrig. Da diese Maßnahmen aber zu Lasten der Schüler gingen, habe das Kultusministerium in seiner Stellungnahme an den Bayerischen Landtag vom 29. 3. 1972 die Forderungen des BLLV zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht unterstützen können.

1) Gespräch im Bayerischen Kultusministerium am 13. 4. 1972, eigene stenographische Aufzeichnungen, S. 2.

2) Das Kultusministerium bezieht sich hier auf die Eingabe des BLLV vom 16. 2. 1972, in der für den Schuljahresbeginn 1972/73 nicht nur eine lineare Arbeitszeitverkürzung um eine Unterrichtsstunde für Grund-, Haupt-, Fach- und Sonderschullehrer gefordert wird, sondern darüber hinaus eine sog. "Altersermäßigung" um zwei Unterrichtsstunden für Lehrer ab dem 55. Lebensjahr sowie weitere Kürzungen der Unterrichtspflichtzeit der Schulleiter, Schulleiterstellvertreter sowie Lehrer von Mammutklassen.

Die BLLV-Delegation zeigt sich bestürzt. Wilhelm Ebert stellt fest, daß er in den langen Jahren seiner Verbandstätigkeit noch nie eine derart lehrerfeindliche Stellungnahme eines Kultusministers gehört hätte. Andere BLLV-Funktionäre beschwören die Fürsorgepflicht des Kultusministers. Die Fronten verhärten sich. Man geht auseinander, ohne daß sich ein nur irgendwie gearteter Kompromiß abzeichnen würde.

Zwei Tage später, am 15. 4. 1972, spricht Wilhelm Ebert vor dem BLLV-Landesausschuß in Ingolstadt von einem "kühl - neutral - bürokratischen Verhalten des Kultusministeriums", das sich nur aus dem zu großen Abstand des Ministeriums von der Schulwirklichkeit erklären ließe. Die letztlich Leidtragenden seien die Schüler. Mit Pressedienst Nr. 10 vom 16. 4. 1972 wird diese Kritik den Massenmedien übermittelt. Einen Tag später schiebt der BLLV den Pressedienst Nr. 11 vom 17. 4. 1972 nach, in dem das Verfahren für den Übertritt in die weiterführenden Schulen scharf kritisiert wird. Offensichtlich wird nun die Taktik verfolgt, das Kultusministerium an anderen verwundbaren Stellen in der Öffentlichkeit anzugreifen, um es so zum Einlenken zu zwingen. Der BLLV wirft Kultusminister Maier u. a. vor, daß das neue Übertrittsverfahren nicht rechtzeitig bekanntgegeben wurde, so daß jetzt Verwirrung und Verärgerung unter Eltern und Lehrern herrsche. Doch der Angriff mißlingt. Dem BLLV war entgangen, daß die Lehrerschaft auf dem internen Dienstweg rechtzeitig unterrichtet wurde. Deshalb folgt am 18. 4. 1972 Pressedienst Nr. 12 mit einer "Klarstellung".

Die Landesausschußsitzung in Ingolstadt am 15. 4. 1972 bringt aber in anderer Hinsicht einen bemerkenswerten Durchbruch. Bisher forderte der BLLV pauschal eine Reduzierung der Arbeitszeit der Lehrer auf Kosten der Schülerstunden, ohne eine konkrete inhaltliche Aussage machen zu können, bei welchen Fächern im einzelnen gekürzt werden sollte. Nun ist die Berufswissenschaftliche Hauptstelle in der Lage, eine 14seitige "Stellungnahme zum Lehrplanproblem" vorzulegen, die Vorschläge für neue Stundentafeln in der Grund- und Hauptschule enthält. Der Leiter der Berufswissenschaftlichen Hauptstelle

stellt dazu fest, daß über 1 000 Mitglieder Verbesserungsvorschläge zu den bestehenden Lehrplänen eingereicht hätten. Da diese Äußerungen jedoch "unheimlich divergent" gewesen seien, mußte eine Kommission der Berufswissenschaftlichen Hauptstelle die neuen Lehrpläne "ziemlich elitär" setzen.¹⁾ Es handele sich hierbei um eine grundsätzliche Revision der Lehrpläne, da nur kosmetische Änderungen der bestehenden Lehrpläne nicht ausreichten, um die Arbeitszeit der Lehrer linear um eine Stunde reduzieren zu können.²⁾

In seiner Öffentlichkeitsarbeit bezeichnet der BLLV diese Vorschläge als eine "theoretische Basis für einen praxisnäheren Unterricht". Es sei nunmehr der Nachweis erbracht, "daß eine Kürzung der Arbeitszeit auf Kosten der hohen Schülerstunden möglich ist, ohne daß die bayerischen Schüler das Schlußlicht bilden".³⁾

Und Wilhelm Ebert argumentiert, es gäbe "keinen Grund, auf die hohe Stundenzahl, die Bayerns Schüler in der Schule sitzen müssen, besonders stolz zu sein. Hier wäre weniger mehr". Denn durch übermäßig belastete Lehrer

1) Vgl. Sitzung des BLLV-Landesausschusses am 15. 4. 1972 in Ingolstadt, eigene stenographische Notizen, S. 3.

2) Die BLLV-Vorschläge bringen gegenüber dem Lehrplan 1971/72 Einsparungen von insgesamt 18 Wochenstunden, im Vergleich zu den Stunden-
tafeln aus "Schulreform in Bayern" ist die Reduktion dagegen wesentlich
stärker, nämlich

von 113	auf 100	Wochenstunden in den Klassen 1 - 4
68	auf 58	Wochenstunden in den Klassen 5/6
100	auf 90	Wochenstunden in den Klassen 7 - 9.

Vgl. im einzelnen Berufswissenschaftliche Hauptstelle des BLLV, Stellungnahme zum Lehrplanproblem vom 10. 4. 1972, insbesondere die Seiten 9, 10 und 13.

3) Bayerische Schule, 1972, Heft 8, S. 154.

leide die Qualität des Unterrichts außerordentlich, den Kindern würde in ihrer Entwicklung schwerer Schaden zugefügt. "Bayerns Lehrer wissen verständnisvolle Worte ihres höchsten Vorgesetzten zu schätzen, werden aber nicht versäumen, ihn an den Taten zu messen."¹⁾

Der Verfasser ist der Meinung, daß diese neuen BLLV-Lehrpläne ausschließlich zur Unterstützung der standespolitischen Forderungen des BLLV konzipiert wurden. Schon in wenigen Jahren, wenn der herrschende Lehrermangel abgebaut sein wird, dürfte sich der BLLV von diesen Lehrplänen wieder distanzieren. Dennoch muß festgehalten werden, daß die BLLV-Lehrpläne noch durchaus als konservativ anzusehen sind. Konservativ insofern, als der BLLV am gängigen Fächerkanon festhält. Immer noch erscheinen 14 Fächer, wenn auch zum Teil nur noch mit einer Stunde, was unter einem pädagogischen Blickwinkel als zumindest sehr fragwürdig bezeichnet werden muß. Von einer echten "Entrümpelung" kann deshalb wohl nicht gesprochen werden. Der BLLV besitzt offensichtlich nicht den Mut, die Gunst der Stunde zu nutzen, um sein bildungsreformerisches Profil etwas aufzupolieren.

Da die Behandlung der Eingaben des BLLV nach einer Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer in den Ausschüssen des Bayerischen Landtags unmittelbar bevorsteht, startet der BLLV Ende April 1972 eine neue parlamentarische Offensive. Er lädt die SPD-Abgeordneten des Bayerischen Landtags zu einem Parlamentarischen Abend am 25. 4. 1972 und die CSU-Abgeordneten zu einem Parlamentarischen Abend am 26. 4. 1972 in das Münchner Sheraton-Hotel ein. Am 3. 5. 1972 ist der BLLV zu Gast bei der FDP-Fraktion im Maximilianeum. Am 4. 5. 1972 behandelt der Kulturpolitische Ausschuß des Bayerischen Landtags das Problem der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer.

1) Beschlußprotokoll über die Sitzung des BLLV-Landesvorstandes am 5./6.5.1972 in Nürnberg, S. 4.

Die folgenden Politiker nehmen an diesen Veranstaltungen teil:

SPD, 25. April 1972

Kurt Adelman

Michael Binder

Dr. Adalbert Peter Blasy

Ferdinand Drexler

Dr. Peter Glotz

Anton Hochleitner

Bertold Kamm

Franz Kick

Josef Klasen

Albert Koch

Gerda Laufer

Dr. Helmut Meyer

Willibald Moser

Oskar Rummel

Oskar Soldmann

Alfons Schneider

Volker Frhr. Truchseß v. u. z. Wetzhausen

Georg Weich

Peter Zink

CSU, 26. April 1972

Dr. Mathilde Berghofer-Weichner

Georg Frhr. v. Freyberg

Wilhelm Gastinger

Friedrich Harrer

Prof. Dr. Hans Maier

Hans Maurer

Dr. Alfred Seidl

Gerold Tandler

Richard Wagner

Wolfgang Maurus (persönl. Referent)

FDP, 3. Mai 1972

Otto Bezold

Dr. Fritz Flath

Artur Heinrich

Hans-Jürgen Jaeger

Dr. Franz Pensel

Ursel Redepenning

Anna Rothgang

Winfried Wachter

Heinz Brandt

(FDP-Hauptgeschäftsführer) ¹⁾

Der schwache Besuch des Parlamentarischen Abends mit der CSU erklärt sich daraus, daß die Plenarsitzung des Bayerischen Landtags früher als erwartet zu Ende gegangen war und manche CSU-Abgeordnete, die bereits zugesagt hatten, unverzüglich in ihre Heimatkreise abreisten. Dennoch fällt auf, daß führende Parteipolitiker anwesend sind, nämlich der Fraktionsvorsitzende Dr. Alfred Seidl, die Stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Berghofer-Weichner und der CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Auch Kultusminister Maier folgt wiederum der persönlichen Einladung durch Wilhelm Ebert.

Aus den gedruckten Einladungskarten zu diesen Parlamentarischen Abenden ist ersichtlich, daß im Mittelpunkt der Gespräche die BLLV-Konzeption für eine umfassende Neuorganisation der Schulaufsicht und Schulverwaltung stehen soll. Darüber hinaus soll auch die weitere Entwicklung in Fragen der Lehrerbildung und Arbeitsüberlastung der Lehrer besprochen werden. Doch nur bei den Veranstaltungen mit SPD und FDP wird diese Tagesordnung eingehalten.

1) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 9, S. 182.

Mit den CSU-Abgeordneten wird dagegen ausschließlich über das Problem der Arbeitsentlastung für Lehrer diskutiert, wobei Kultusminister Maier im Mittelpunkt der BLLV-Kritik steht. Die Verbandszeitung kommentiert diesen Parlamentarischen Abend wie folgt:

"Es zeigte sich, daß die Alternativen des BLLV zu einer umgehenden Arbeitsentlastung der Lehrer durchweg eine positive Reaktion der CSU-Abgeordneten hervorriefen. Allein Kultusminister Maier zeigte sich kühl und schien wenig geneigt, die Konsequenzen der praktischen Durchführung zu akzeptieren."¹⁾

Diese Formulierungen aus der Verbandszeitung deuten bereits einen Wandel in der Taktik des BLLV an. Es wird fein unterschieden zwischen CSU-Abgeordneten einerseits und Kultusminister Maier andererseits. Auch bei späteren Erklärungen und Presseverlautbarungen²⁾ wird stets versucht, den parteilosen Kultusminister von der CSU-Fraktion zu isolieren. Die Kritik des BLLV trifft Kultusminister Maier in voller Schärfe, während die CSU-Politiker von diesen Vorwürfen ausgenommen werden. Damit zerbricht gleichzeitig die Koalition, die Kultusminister Maier und der BLLV vorübergehend gebildet hatten, um gemeinsam den Widerstand des Finanzministeriums gegen zusätzliche finanzielle Vergütungen als Ausgleich für geleistete Mehrarbeit zu brechen.

Am 4. 5. 1972 beschäftigt sich der Kulturpolitische Ausschuß des Bayerischen Landtags 2 1/2 Stunden lang mit der Senkung des Regelstundenmaßes der Lehrer, Fachlehrer und Schulleiter. Anton Hochleitner, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses und langjähriges BLLV-Mitglied, identifiziert sich voll mit dem BLLV-Standpunkt und spricht von "Erbitterung und Verbitterung der Lehrerschaft", während das Kultusministerium auf seiner ablehnenden Haltung beharrt. Der Vertreter des Finanzministeriums teilt mit, daß Fi-

1) Bayerische Schule, 1972, Heft 9, S. 181.

2) Beispielsweise in der Erklärung Wilhelm Eberts vor dem BLLV-Landesvorstand am 5. 5. 1972 in Nürnberg oder in BLLV-Pressedienst Nr. 14 vom 7. 5. 1972.

nanzminister Huber dem BLLV-Präsidenten Wilhelm Ebert zugesichert habe, daß im Doppelhaushalt 1973/74 den Belangen der Lehrerschaft Rechnung getragen werde.¹⁾

Sämtliche Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses erkennen die schwierige Arbeitssituation der bayerischen Volksschullehrer an, der CSU-Abgeordnete Harrer warnt jedoch vor Dramatisierungen. Es sei absolut nicht so, daß die Volksschullehrer im Verhältnis zu anderen Beamtengruppen diejenigen seien, die benachteiligt und am schlechtesten gestellt wären. Er vergleicht den Werdegang zweier Abiturienten, von denen der eine 1950 zur Post gegangen, der andere Lehrer geworden sei, und kommt zu dem Ergebnis, daß der Lehrer ungleich besser abschneidet. Es sei Dramatisierung, von "Erbitterung und Verbitterung" der Lehrerschaft zu sprechen. Dennoch erkennt auch er das Verlangen der Lehrerschaft als berechtigt an, ebenso wie die anderen Gruppen am Fortschritt, der nun einmal auch in einer Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck komme, teilzunehmen. Als der Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialrat Eberle, aufgefordert wird, zu den vom BLLV vorgelegten neuen Stundentafeln Stellung zu nehmen, erklärt dieser zur Überraschung der Abgeordneten, daß das Kultusministerium hiervon noch keine Kenntnis habe. Anton Hochleitner überläßt daraufhin sein Exemplar dem Vertreter des Kultusministeriums.

Es ist offensichtlich, daß die CSU-Abgeordneten auf Zeitgewinn taktieren. Sie plädieren dafür, dem Kultusministerium eine "Denkpause" einzuräumen. Die SPD- und FDP-Abgeordneten wollen dagegen unverzüglich eine Entscheidung

1) Vgl. Bayerischer Landtag, Ausschuß für kulturpolitische Fragen, Protokoll der 54. Sitzung vom 4. 5. 1972.
Vgl. Bayerischer Landtagsdienst Nr. 145 vom 4. 5. 1972.
Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 9, S. 179.
Vgl. eigene stenographische Notizen vom 4. 5. 1972.

herbeiführen. Schließlich lehnt der Ausschuß den Antrag der SPD¹⁾ mit 13 gegen 9 Stimmen ab und stimmt mit den Stimmen der CSU bei Enthaltung von SPD und FDP dem folgenden Antrag des Mitberichterstatters, Widmann, CSU, zu:

- "1. Die Staatsregierung wird ersucht zu prüfen, ob das Regelstundenmaß der Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen und der Fachlehrer vom Schuljahr 1972/73 an um je eine Stunde gekürzt werden kann.
Die Staatsregierung wird ersucht, dem Ausschuß bis zum 31. Mai Bericht zu erstatten.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die unterschiedliche Belastung der Lehrer an Grund- und Hauptschulen in einer Untersuchung zu ermitteln und zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit einer variablen Lehrer-Wochenstundenzahl je nach Belastung besteht.
3. Außerdem ist zu prüfen, wo und inwieweit eine Entlastung der Lehrpläne möglich ist.
Auch darüber ist dem Ausschuß in angemessener Zeit zu berichten."²⁾

Die Eingabe des BLLV vom 30. 11. 1971 wird nach Ablehnung des Antrags des Berichterstatters, Dr. Wernitz, SPD, sie der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen (12 gegen 10 Stimmen), der Staatsregierung mit der gleichen Mehrheit als Material überwiesen.

Die weitere Eingabe des BLLV vom 16. 2. 1972 wird nach Ablehnung des Antrags des Berichterstatters, sie der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen (13 gegen 10 Stimmen), mit 13 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen.

1) Der SPD-Antrag entspricht weitgehend den BLLV-Vorstellungen.
Vgl. Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1877 vom 20.1.1972.

2) Bayerischer Landtag, Ausschuß für kulturpolitische Fragen, Protokoll der 54. Sitzung vom 4. 5. 1972, S. 18.

Während auf der parlamentarischen Ebene die Entscheidung also zunächst vertagt wird, führt Wilhelm Ebert Anfang Mai einige Gespräche mit CSU-Spitzenpolitikern, über die offiziell keine Verlautbarungen erfolgen. Offensichtlich sollen sie aber dazu beitragen, Kultusminister Maier zu isolieren und ihn zum Nachgeben zu zwingen. Am 3. 5. 1972 hat BLLV-Präsident Wilhelm Ebert ein Gespräch unter vier Augen mit Finanzminister Huber. Am 4. 5. 1972 wählt der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks seinen neuen Vorsitzenden. Wilhelm Ebert, der ebenfalls Mitglied des Rundfunkrates ist, trifft noch wenige¹⁾ Stunden vor der erwarteten Kampfabstimmung mit einigen führenden CSU-Politikern zusammen, u. a. wiederum mit Finanzminister Huber, mit dem Fraktionsvorsitzenden der CSU, Dr. Alfred Seidl, sowie mit dem CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Für den 5. 5. 1972 ist dann ein Spitzengespräch geplant, an dem neben den beiden Hauptkontrahenten Kultusminister Maier und Wilhelm Ebert Finanzminister Huber, CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Alfred Seidl, CSU-Generalsekretär Georg Tandler sowie der Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Max Streibl, teilnehmen sollen. Dieses Gespräch wird jedoch wegen dringender anderweitiger Verpflichtungen der CSU-Spitzenpolitiker auf den 10. 5. 1972 verschoben. Doch auch dieser Termin kann nicht wahrgenommen werden, da Wilhelm Ebert sich unerwartet einer Operation unterziehen muß und mehrere Wochen für die Verbandstätigkeit ausfällt. Da auch diesmal wieder wie schon stets in der Vergangenheit die politischen Aktionen des BLLV ganz auf die Person Eberts zugeschnitten sind, wird dieses so außerordentlich wichtige Spitzengespräch, von dem eine endgültige Entscheidung zugunsten des BLLV erwartet wird, nicht von anderen führenden BLLV-Funktionären stellvertretend für Wilhelm Ebert geführt. Das Gespräch fällt aus. Man will warten, bis Wilhelm Ebert wieder gesund ist. Wertvolle Wochen verrinnen weitgehend ungenutzt. Die Verbandspolitik des BLLV lahmt während der wochenlangen Abwesenheit Wilhelm Eberts.

1) Vgl. Abschnitt 4.1.

Noch auf der letzten BLLV-Landesvorstandssitzung unter Leitung Wilhelm Eberts am 5./6. Mai 1972 in Nürnberg werden einige Maßnahmen beschlossen, die die Exekutive zum Nachgeben zwingen sollen. Wilhelm Ebert gibt vor dem Landesvorstand eine Erklärung ab, die mittels Pressedienst Nr. 14 vom 7. Mai 1972 an die Massenmedien weitergeleitet wird. Darin wird nochmals um Verständnis für die schwierige Arbeitssituation des Volksschullehrers geworben. Nicht die Lehrer, sondern die Schüler seien letztlich die Leidtragenden der katastrophalen Schulverhältnisse. "Der BLLV dankt den Oppositionsparteien SPD und FDP, daß sie sich unsere Forderungen kompromißlos zu eigen gemacht haben. Der BLLV begrüßt das Verhalten der CSU-Führung sowie der CSU-Kulturpolitiker, dem Kultusminister bis 31. Mai d. J. Zeit zu einer nochmaligen Überprüfung zu geben."¹⁾

Am 8. 5. 1972 erhalten sämtliche Abgeordnete des Bayerischen Landtags eine Übersicht über die Schülerbelastung und die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte in der Bundesrepublik sowie den Vorschlag des BLLV für eine Stundentafel, die eine Reduzierung der Lehrerpflichtstunden um eine Wochenstunde möglich macht.²⁾ Am selben Tag geht ein Rundschreiben an alle BLLV-Kreisverbandsvorsitzenden, in dem diese um Kontaktaufnahme zu ihrem Abgeordneten gebeten werden. Es enthält Argumentationshilfen zu den Problemkreisen "Arbeitsentlastung" und "Lehrerbildung" und weist ausdrücklich darauf hin, daß nicht einzusehen sei, warum die CSU das bisherige "harmonische Verhältnis" wegen der verhältnismäßig bescheidenen BLLV-Forderungen aufs Spiel setzen sollte.³⁾

1) BLLV-Pressedienst Nr. 14 vom 7. Mai 1972, S. 1.

Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 106 vom 9. 5. 1972, S. 16.

Vgl. Abendzeitung Nr. 107 vom 10./11. 5. 1972, S. 20.

2) Es handelt sich hierbei um eine gekürzte Fassung der bereits zitierten "Stellungnahme zum Lehrplanproblem" vom 10. 4. 1972.

3) Vgl. Schreiben vom 8. 5. 1972.

Der Zeitpunkt für diese Besuchsaktion ist günstig. Die Abgeordneten stehen bereits mitten im Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 11. 6. 1972 und zeigen sich in aller Regel sehr aufgeschlossen und verständnisvoll. Aufgrund dieser erneuten Initiative des BLLV richtet beispielsweise der CSU-Abgeordnete Franz Josef Schick aus dem Stimmkreisverband Illertissen, Neu-Ulm-Stadt und -Land eine schriftliche Anfrage an die Staatsregierung, in der er nach den Gründen fragt, die eine unterschiedliche Festsetzung des Regelstundenmaßes sowie des Stundenermäßigungskatalogs für Gymnasial-, Real-schul- und Volksschullehrer fragt.¹⁾

Die BLLV-Funktionäre treffen jedoch nicht nur auf aufgeschlossene und verständnisvolle Abgeordnete. Einige betreiben offensichtlich nicht Stimmenmaximierung, so beispielsweise Erich Kiesel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern und Bezirksvorsitzender der Münchner CSU, der an den Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverband (MLLV) schreibt, er bedauere sehr, daß sich der MLLV "diese schon oft widerlegte politische Stimmungsmache der Opposition im Landtag zu eigen" mache. "Glauben Sie wirklich, daß nur die Lehrer an den Volksschulen an Arbeitsüberlastung leiden? Gilt das nicht in der heutigen Zeit in gleicher Weise auch für die Beamten der Polizei, der Justiz und der Verwaltung?"²⁾

Andere Abgeordnete³⁾ wiederum ziehen sich dadurch aus der Affäre, daß sie auf das Staatsinstitut für Schulpädagogik verweisen, dessen Zahlenmaterial stark von dem des BLLV abweicht und das folglich auch zu anderen Auffassungen kommt.

1) Vgl. Schreiben vom 8. 6. 1972.

2) Schreiben vom 24. Juli 1972.

3) Beispielsweise die CSU-Abgeordneten Hermann Leeb aus Aschaffenburg, Otto Meyer aus Dillingen und Peter Widmann aus Schongau.

Was war geschehen, daß nun plötzlich das Staatsinstitut für Schulpädagogik in die Auseinandersetzungen zwischen Kultusminister Maier und dem BLLV verwickelt wird und damit der Kampf um die Arbeitsentlastung der Volksschullehrer in ein neues und vorläufig letztes Stadium eintritt?

Während der BLLV Anfang Mai 1972 eine neue parlamentarische Offensive startet, versteht das Kultusministerium geschickt die Tatsache zu nutzen, daß ihm mit den Staatsinstituten neue Instrumente in die Hand gegeben sind, die dem BLLV den "Sachverstand" streitig machen, den dieser bisher immer für sich in Anspruch genommen hatte. Ministerialdirektor Dr. Böck vom Bayerischen Kultusministerium beauftragt am 15. Mai 1972 das Staatsinstitut für Schulpädagogik, zu den BLLV-Vorschlägen Stellung zu nehmen und zu prüfen, ob die Zielsetzungen der Lehrpläne an Grund- und Hauptschulen bei einer weiteren Kürzung der Stundentafeln der einzelnen Jahrgänge um je eine Stunde erreicht werden können. Diese Stellungnahme des Staatsinstituts für Schulpädagogik wird interessanterweise von Reinhold Drescher, dem ehemaligen BLLV-Vorstandsmitglied und Schriftleiter der "Bayerischen Schule", verfaßt. Ohnehin fällt auf, daß in Bayern der Kreis der Persönlichkeiten, die an kulturpolitischen Entscheidungen beteiligt sind, außerordentlich eng begrenzt ist. Reinhold Drescher kommt zu dem Ergebnis, daß die Berechnungen des BLLV nicht stimmten. Die bayerischen Volksschullehrer seien im Vergleich zu den anderen Bundesländern keineswegs mit der höchsten Unterrichtszeit belastet. Vielmehr liege Bayern an siebter Stelle unter 11 Bundesländern.

Im Schuljahr 1971/72 würden nämlich die Schülerwochenstunden aller Jahrgänge 1 bis 9 in Bayern nicht 266 Stunden,¹⁾ wie der BLLV behauptet, son-

1) Diese Stundenzahl wurde von der Berufswissenschaftlichen Hauptstelle des BLLV ermittelt und bei den Gesprächen mit den Parlamentariern im April und Mai 1972 verwendet. Die dieser Arbeit als Anlage beigefügten "Leitsätze des BLLV" sprechen dagegen von 256 Schülerwochenstunden plus 14 Spielstunden, insgesamt also von 270 Stunden. Doch auch diese Zahl ist nicht haltbar, da in den 256 Schülerwochenstunden bereits die künftige

dern nur 247,5 Stunden¹⁾ betragen. Er wundert sich dann, daß der BLLV mit seinen neuen Stundentafeln im Vergleich zu der derzeit vorgeschriebenen Unterrichtszeit "seltsamerweise" ein Mehr von 0,5 Wochenstunden vorschlägt. "Es sind also auch gemäß BLLV keine Stunden mehr verfügbar, aus denen eine Ermäßigung der Lehrerarbeit abzuleiten wäre! Hat man das in der BHST²⁾ nicht 'durchgerechnet'? Sträflich, man kann doch nicht mit falschen Zahlen ein Parlament irreführen!"³⁾

Die Argumentation und das Zahlenmaterial des Staatsinstituts für Schulpädagogik übernimmt das Kultusministerium in seinem Schreiben Nr. III A 2 - 4/76932 vom 30. 5. 1972, mit dem es dem Bayerischen Landtag erneut mitteilt, daß es "zu seinem Bedauern" keine Möglichkeit sehe, bereits zu Be-

innere Reform der Orientierungsstufe berücksichtigt ist, die im Schuljahr 1971/72 noch nicht realisiert ist. Außerdem werden die durch die Einführung des sog. "Huber-Samstags" ausfallenden 9 Unterrichtsstunden unterschlagen, was allerdings auch dem Staatsinstitut für Schulpädagogik nicht auffällt.

- 1) Die Differenz erklärt sich daraus, daß in den Berechnungen des BLLV 14 Sport- und Spielstunden enthalten sind, die - wenn überhaupt - grundsätzlich nicht von Volksschullehrern erteilt werden, sondern meist von freiberuflichen Turn- und Sportlehrern, so daß ein Wegfall dieser Stunden keine nennenswerte Bedeutung für die Unterrichtspflichtzeit der Volksschullehrer haben dürfte. Andererseits beschränkt sich das Staatsinstitut für Schulpädagogik auf den in den Stundentafeln ausgewiesenen Kernunterricht und unterschlägt damit die zur Erlangung des qualifizierenden Abschlusses obligatorischen Kursstunden. Beide Parteien arbeiten also mit angreifbarem Zahlenmaterial. Geht man von 247,5 Stunden effektiver Unterrichtsbelastung aus und kürzt das Regelstundenmaß der Lehrer um 1 Stunde auf Kosten der Schülerstunden, dann würde Bayern mit 238 Schülerwochenstunden gemeinsam mit Hamburg das Schlußlicht unter den Bundesländern bilden.
- 2) Berufswissenschaftliche Hauptstelle des BLLV.
- 3) Schreiben vom 16. 5. 1972, S. 3.

ginn des Schuljahres 1972/73 eine generelle Kürzung der Unterrichtspflichtzeit der Lehrer und Fachlehrer an Volks- und Sonderschulen um eine Stunde zu verwirklichen. Gleichzeitig gibt das Kultusministerium den Pressedienst Nr. 90/72 heraus, in dem diese erneute Stellungnahme an die Massenmedien verbreitet wird. Das Kultusministerium greift in dieser Mitteilung den alten Vorschlag auf, die Unterrichtspflichtzeit generell um eine Stunde zu kürzen, die Lehrer aber zugleich zur Abhaltung einer zusätzlichen Stunde gegen gesonderte Vergütung so lange zu verpflichten, bis eine bessere Personallage die Aufhebung dieser Verpflichtung gestattet.¹⁾ Bereits auf dem Parlamentarischen Abend am 26. 4. 1972 hatte Kultusminister Maier seine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, daß der BLLV die Frage der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer durch eine Änderung der Strategie nun plötzlich zu einem kulturpolitischen Problem gestempelt habe, während beide Parteien darin ursprünglich doch eine reine Finanzfrage gesehen hätten. Nun aber schon der BLLV den Finanzminister und lasse ihn im Stich.

Doch der BLLV geht auf diesen Vorschlag nicht ein. Er kontert mit Pressedienst Nr. 16 vom 6. Juni 1972, in dem er dem Kultusministerium irreführende und wirklichkeitsfremde Argumente vorwirft. Vergleicht man den hier angeführten Negativkatalog mit den bisherigen Aussagen des BLLV, so fällt auf, daß der BLLV stillschweigend seine ursprüngliche Behauptung zurückzieht, Bayerns Volksschüler seien durch die höchste Schülerwochenstundenzahl belastet. Dafür nennt er nun als neues Kriterium die Unterrichtsbelastung der bayerischen Gymnasial- und Realschullehrer, die 6 bzw. 5 Stunden je Woche weniger Unterricht zu halten haben als "ihre Kollegen in den Volksschulen".²⁾

Auf der Landesvorstandssitzung am 14. 6. 1972 in München halten die BLLV-Funktionäre Manöverkritik. In Abwesenheit des erkrankten Wilhelm Ebert

1) Vgl. Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 90/72 vom 30. 5. 1972, S. 4.

2) BLLV-Pressedienst Nr. 16 vom 6. 6. 1972, S. 2.

gestehen sie sich ein, daß sie es dem Kultusministerium mit dem unrichtigen Zahlenmaterial über die Schülerwochenstunden sehr leicht gemacht haben zu kontern. Auch auf parlamentarischer Ebene sei noch kein Durchbruch in Sicht, da die Abgeordneten durch die widersprüchlichen Zahlenangaben verwirrt seien und erst dann wieder über die BLLV-Vorschläge diskutieren wollten, wenn sich das Staatsinstitut für Schulpädagogik und der BLLV auf ein einheitliches Zahlenmaterial geeinigt hätten. Besonders verärgert zeigen sich die BLLV-Funktionäre darüber, daß das Kultusministerium in seinem Pressedienst Nr. 90/72 vom 30. Mai 1972 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß eine Unterrichtsstunde ohnehin nur 45 Minuten zähle, und das bei 29 Wochenstunden.¹⁾

Eine Woche nach dem Hinweis auf die nur 45 Minuten zählenden Unterrichtsstunden publiziert das Kultusministerium im Zusammenhang mit der Verlängerung der Pfingstferien, daß die Gesamtferiendauer von 75 Werktagen erhalten bleibe.²⁾

Zur gleichen Zeit erfreut sich ein Gutachten eines lebhaften Presseechos, das die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellt hat. Darin wird festgestellt, daß von einem Rückstand der Beamtenbesoldung im Vergleich zu den Gehältern der Privatwirtschaft keine Rede sein könne. Insgesamt hätten die Beamten (ohne den Verteidigungsbereich) in der Vergangenheit einen deutlichen Einkommensvorsprung erzielt. Dabei sei insbesondere die unterschiedliche Altersversorgung noch gar nicht berücksichtigt.³⁾

Der "Donau Kurier" kommentiert die Auseinandersetzungen zwischen BLLV und Kultusministerium unter der Überschrift "Der BLLV im Clinch" und rät

-
- 1) Vgl. Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 90/72 vom 30. 5. 1972, S. 1.
 - 2) Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 131 vom 10./11. 6. 1972, S. 19.
 - 3) Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 23 vom 9. 6. 1972, S. 40 und 41.

dem BLLV zu etwas mehr Bescheidenheit.¹⁾

Alle diese Faktoren beeinträchtigen die Bemühungen des BLLV, in der Öffentlichkeit um Verständnis für sein Anliegen zu werben.

Inzwischen breitet sich auch unter den Mitgliedern Verwirrung aus. In der Frage der effektiven Schülerwochenstunden steht Aussage gegen Aussage. Deshalb versendet die BLLV-Geschäftsstelle am 19. 6. 1972 ein "Intern"-Rundschreiben an alle BLLV-Kreisverbandsvorsitzenden, in dem es dem Kultusministerium "Taschenspielertricks" bei den Zahlenvergleichen vorwirft. "Wir bleiben dabei: Arbeitszeitverkürzung ist notwendig" und "Lassen Sie sich nicht ins Bockshorn jagen" lauten einige der Zwischenüberschriften. Dann werden die Mitglieder nochmals aufgefordert, mit ihrem Abgeordneten zu sprechen und ihm einen Einblick in die Schulwirklichkeit zu vermitteln.²⁾

Am 21. 6. 1972 nimmt Ministerialdirektor Dr. Böck vom Bayerischen Kultusministerium an einer Sitzung des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU teil. Er bekräftigt erneut den Standpunkt des Kultusministeriums. Die Zahl von 247,5 Schülerwochenstunden sei korrekt. Eine Reduzierung der Arbeitszeit der Lehrer auf Kosten der Schülerstunden sei "völlig indiskutabel", da sonst Bayern mit dann nur noch 238 Schülerwochenstunden gemeinsam mit Hamburg das Schlußlicht unter den Bundesländern bilden würde. Die CSU-Kulturpolitiker sind ebenfalls der Meinung, daß eine solche Maßnahme "politisch nicht vertretbar" sei. Andererseits müsse aber "für die Volksschullehrer etwas getan werden". Da aus Gründen des Lehrermangels im Schuljahr 1972/73 keine echte Arbeitszeitverkürzung für Lehrer möglich sei, soll das Regelstundenmaß zwar von 29 auf 28 Wochenstunden gekürzt, diese eine Stunde aber gleichzeitig zu einer obligatorischen Überstunde erklärt werden. Erst

1) Vgl. Donau Kurier vom 7. Juni 1972.

2) Vgl. BLLV-Intern Nr. 3 vom 19. 6. 1972.

Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 12, S. 254 und 255.

Vgl. Der Junglehrer, 1972, Heft 7, S. 138 und 139.

im Schuljahr 1973/74 könne dann auch faktisch die Arbeitszeit der Volksschullehrer reduziert werden, nicht dagegen das Stundenmaß der Realschullehrer und Gymnasiallehrer, so daß das Stundenmaß "zusammenrückt". Gleichzeitig kommt zum Ausdruck, daß man vom BLLV als Gegenleistung eine Art "Stillhalteabkommen" für das Schuljahr 1972/73 erwarten würde. Dann könnten die neu hinzukommenden Lehrer nicht für weitere Schulversuche und anderweitige Reformmaßnahmen, sondern für die Kürzung der Lehrerstunden herangezogen werden. Wie die für die Bezahlung der Überstunden anfallenden Mehrausgaben von jährlich 44 Mio. DM angesichts der Finanzknappheit aufgebracht werden könnten, diskutieren die Kulturpolitiker nicht.

In diesen Wochen harter Auseinandersetzungen veranstalten drei BLLV-Bezirksverbände die satzungsgemäß vorgeschriebenen Delegiertenversammlungen, nämlich der BLLV-Bezirksverband Mittelfranken vom 23. bis 25. Juni 1972 in Rothenburg, der BLLV-Bezirksverband Unterfranken am 8. und 9. Juli 1972 in Bad Neustadt an der Saale und schließlich der BLLV-Bezirksverband Oberbayern am 4. und 5. August 1972 in Waldkraiburg. Die BLLV-Führung nutzt diese Gelegenheiten, um die Schulverhältnisse in Bayern anzuprangern und darauf hinzuweisen, daß sich "in der Lehrerschaft landauf, landab Unmut, Verdrossenheit und Resignation ausbreiten, und auch der schon legendäre Berufsidealismus des Volksschullehrers hält auf die Dauer diesen Belastungen nicht stand."¹⁾ Die Delegierten fordern Sofortmaßnahmen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsbedingungen. Immer wieder wird der Ruf nach Kampfmaßnahmen laut. In Mittelfranken und Oberbayern werden die bisherigen Bezirksverbandsvorsitzenden durch jüngere Mitglieder abgelöst.

Am 10. Juli 1972 tritt der BLLV mit einem Pressedienst an die Öffentlichkeit, in dem er Kritik am Gesetzentwurf zur Eingliederung der Pädagogi-

1) Bayerische Schule, 1972, Heft 14, S. 325.

schen Hochschulen in die Landesuniversitäten übt. Der BLLV hatte sich in dieser Frage bisher sehr zurückgehalten, um das Verhältnis zur CSU nicht zu trüben. Er hatte es auch stillschweigend hingenommen, daß die neu zu errichtenden Erziehungswissenschaftlichen Fakultäten bzw. Fachbereiche keine Graduierungsrechte erhalten sollten. Erst jetzt, also bereits in der letzten Woche vor den Parlamentsferien, in der das Plenum des Bayerischen Landtags abschließend über das Integrationsgesetz befindet, meldet der BLLV aus Enttäuschung über die starre Haltung des Kultusministeriums in der Frage der Arbeitszeitverkürzung noch einige Änderungswünsche an,¹⁾ die natürlich aber nicht mehr berücksichtigt werden.

Am 12. Juli 1972 findet dann in München die letzte BLLV-Landesvorstandssitzung vor den Sommerferien statt. BLLV-Vizepräsident Erwin König erklärt in Vertretung des immer noch kranken Wilhelm Ebert, daß die vorgesehenen Gespräche mit CSU-Spitzenpolitikern wegen der Terminüberlastung der Politiker nicht zustandegekommen seien. Es bewahrheitet sich die eingangs vom Verfasser aufgestellte These, daß Wilhelm Ebert der einzige BLLV-Funktionär ist, der die für einen Verbandsführer so wichtige door opening power besitzt. In einer über zwei Stunden dauernden harten Diskussion setzen sich die Gegner des Kooperationskurses mit der CSU durch. Der BLLV bewege sich auf einer "weichen Welle". Diese Form von "Edelloobbyismus" zeitige aber offensichtlich keine Früchte. Vielmehr müsse das Kultusministerium "pausenlos" angegriffen werden, bis es zum Nachgeben bereit sei. Es werden die folgenden drei Beschlüsse gefaßt:²⁾

- (1) In der "Bayerischen Schule" erscheint ein Kommentar zur gescheiterten Arbeitszeitverkürzung, der sich kritisch mit den Gründen des Scheiterns auseinandersetzt.

1) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 17 vom 10. 7. 1972, S. 1 - 2.

2) Vgl. Beschlußprotokoll über die Sitzung des BLLV-Landesvorstandes am 12. 7. 1972 in München, S. 2.

- (2) In einem Rückblick auf das abgelaufene Schuljahr wird eine "Endabrechnung" mit dem Bayerischen Kultusministerium vorgenommen. Dieser Rückblick wird sowohl in der "Bayerischen Schule" publiziert als auch mittels Pressedienst an die Massenmedien weitergeleitet.
- (3) Anfang August 1972 erscheint eine kritische Stellungnahme zum Kindergartengesetz. Damit wird die bereits eingeschlagene Linie fortgesetzt, das Kultusministerium an allen verwundbaren Stellen anzugreifen.

Den Kommentar verfaßt BLLV-Vizepräsident Erwin König. Er beschwört die Fürsorgepflicht des Kultusministers, stellt aber gleichzeitig resigniert fest, daß es "weiterer Denkhilfen" bedürfe, um die nötige Einsicht zu wecken.¹⁾

Der Rückblick auf das abgelaufene Schuljahr 1971/72, der mit dem Kultusministerium "abrechnen" soll, wird mit Pressedienst Nr. 18 vom 18. Juli 1972 veröffentlicht.²⁾ Bemerkenswert erscheint insbesondere S. 4 dieses Pressedienstes mit dem öffentlichkeitswirksamen Vergleich: "Ein Sitzstreik auf den Straßenbahnschienen schadet nicht dem Wagenführer, dessen Dienstzeit auch im stehenden Wagen abläuft, sondern den Fahrgästen, die ihr Fahrtziel nicht erreichen." Zum anderen wird Kultusminister Maier ein "skandalöses" und "verantwortungsloses" Handeln vorgeworfen, weil er auf einer Pressekonferenz voraussagte, "daß sich Ende der siebziger Jahre ein Überangebot an Lehrern ergeben werde, weil dann selbst unter Berücksichtigung der Förderung nach kleineren Klassen mehr Hochschulabsolventen zur Verfügung stünden, als für den Schuldienst gebraucht würden."³⁾

-
- 1) Vgl. König, Erwin, Die Lehrer müssen weiter warten, in: Bayerische Schule, 1972, Heft 14, S. 302.
 - 2) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 18 vom 18. 7. 1972, S. 1 - 4.
Vgl. Abendzeitung Nr. 167 vom 22./23. 7. 1972, S. 14.
Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 175 vom 2. 8. 1972, S. 17.
 - 3) Süddeutsche Zeitung Nr. 162 vom 18. 7. 1972, S. 18.
Vgl. hierzu auch Süddeutsche Zeitung Nr. 163 vom 19. 7. 1972, S. 19.
Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 14, S. 303.

Das Kultusministerium kontert scharf mit Pressedienst Nr. 129/72 vom 4. August 1972.¹⁾ Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß das Kultusministerium fein unterscheidet zwischen BLLV-Präsident Wilhelm Ebert einerseits, dem es eine "sachlich-ausgewogene Art" bescheinigt, und einigen BLLV-Funktionären andererseits und die Frage aufwirft, ob der BLLV weiterhin Gesprächspartner bleiben wolle. Schon einmal, nämlich während der Abwesenheit Wilhelm Eberts in den Jahren 1962 bis 1967, hatte der BLLV versucht, auf Konfrontationskurs zu gehen. Da nur sehr spärliche Erfolge erzielt werden konnten, wurde 1967 Wilhelm Ebert wieder zurückgeholt.²⁾

Am 7. 8. 1972 tritt der BLLV zunächst mit Pressedienst Nr. 19 vom 7. August 1972 an die Öffentlichkeit und kritisiert das Kindergartengesetz. Am 8. 8. 1972 antwortet er auf den Pressedienst Nr. 129/72 des Kultusministeriums vom 4. 8. 1972 und stellt unter der Überschrift "Schulnotstand läßt sich nicht beschönigen" fest, daß Wilhelm Ebert in "sachlich ausgewogener Art" bereits am 11. Januar 1971 die schulpolitische Situation in Bayern mit der Formel "Kummer-Krise-Katastrophe" kennzeichnete.³⁾

Für dieses hartnäckige Hin und Her zwischen BLLV und Kultusministerium findet die Süddeutsche Zeitung die passende Bezeichnung "Hickhack um Volksschulen". Ergänzend teilt die Süddeutsche Zeitung mit:

"Mittlerweile hat sich auch die SPD in die Auseinandersetzung eingeschaltet. Sie meint, die jüngste Entgegnung des Kultusministeriums sei in einem Ton gehalten, 'der sich wie die Standpauke eines Lehrers gegenüber Schülern der Unterstufe' anhöre. Zudem sei der 'billige Versuch' unternommen worden, den Lehrerverband und seinen Vorsitzenden 'auseinanderzudividieren'".⁴⁾

-
- 1) Vgl. Informationen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 129/72 vom 4. 8. 1972, S. 1 - 2.
Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 180 vom 8. 8. 1972, S. 18.
Vgl. Abendzeitung Nr. 181 vom 8. 8. 1972.
 - 2) Vgl. Abschnitt 2.3.1. des 1. Teils dieser Arbeit.
 - 3) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 20 vom 8. 8. 1972, S. 1.
 - 4) Süddeutsche Zeitung Nr. 182 vom 10. 8. 1972, S. 14.

Schließlich schaltet sich Staatssekretär Lauerbach vom Bayerischen Kultusministerium ein, um diesem für beide Seiten unfruchtbaren Hin und Her ein Ende zu bereiten. Er veranlaßt eine Aussprache mit dem BLLV-Vizepräsidenten Erwin König, die am 14. 8. 1972 in Nürnberg stattfindet. Aus dem Kommuniqué geht hervor, daß Erwin König den Staatssekretär auf "die Verdrossenheit und die drohende Resignation der Lehrer" hingewiesen habe. Andererseits gesteht Lauerbach zu, "daß nicht alle Probleme gelöst seien und daß manche Wünsche vorerst noch unerfüllt bleiben müßten". Die Bayerische Staatsregierung werde die Werbung für den Lehrerberuf mit dem Ziel einer weiteren Senkung der Klassenfrequenz wie bisher mit größten Anstrengungen fortsetzen. Sinkende Schülerzahlen bedeuteten nicht schon die Einsparung von Lehrerplanstellen. Die Bayerische Staatsregierung bleibe nach wie vor um eine Verkürzung der Unterrichtspflichtzeit für die Lehrer an Grund-, Haupt- und Sonderschulen bemüht. Gleichzeitig deutet Staatssekretär Lauerbach an, daß diese Kürzung zu Beginn des Schuljahres 1973/74 wirksam werden könnte. Beide Seiten stimmen überein, "die zugespitzte Diskussion in der Öffentlichkeit um Zahlen und Zitate über bayerische Schulverhältnisse zu beenden". Im Herbst wolle man erneut Gespräche führen.¹⁾

Damit kann das Ziel, das Rang 1 in der Prioritätenskala des BLLV einnimmt, auch im Schuljahr 1971/72 nicht verwirklicht werden. Es gelang aber, in der Öffentlichkeit eine Diskussion über die Arbeitsbelastung des Volksschullehrers zu entfachen und manchen Parlamentarier positiv auf die Verbandsziele einzustimmen. Auch wurde ein Katalog von abgestuften Kampfmaßnahmen entwickelt. Der Einsatz solcher Mittel wurde jedoch im Laufe des Schuljahres 1971/72 nie ernsthaft in Erwägung gezogen.

Die Verbandspolitik konnte insbesondere aus zwei Gründen in diesem Schuljahr noch keinen durchschlagenden Erfolg verbuchen:

Zum einen waren die langwierigen und für die meisten unverständlichen Aus-

1) Vgl. dpa-Meldung vom 21. 8. 1972.

Vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung vom 22. 8. 1972.

Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 192 vom 23. 8. 1972, S. 15.

einandersetzungen um das "richtige" Zahlenmaterial eher verwirrend und ermüdend als zielführend. Es war vom BLLV taktisch unklug, sich vom Kultusministerium auf diese Ebene abdrängen zu lassen.

Schwerer dürfte dagegen der zweite Faktor wiegen, nämlich die Erkrankung Wilhelm Eberts. Die BLLV-Strategie sah vor, Kultusminister Maier von der CSU zu isolieren und mit Hilfe der für die Anliegen des BLLV mobilisierten "öffentlichen Meinung" sowie befreundeter Parlamentarier zum Nachgeben zu zwingen. Dieses Ziel war Anfang Mai 1972 bereits weitgehend erreicht. Auch war schon ein Termin für ein Spitzengespräch mit CSU-Politikern festgelegt, von dem sich die Verbandsführung des BLLV den endgültigen Durchbruch erhoffte. Doch dieser Termin wurde nicht wahrgenommen, da Wilhelm Ebert erkrankte und die Aktion ganz auf seine Person zugeschnitten war.

Wilhelm Ebert nimmt seine Geschäfte erst wieder mit Beginn des Schuljahres 1972/73 auf. Noch bevor der BLLV-Landesvorstand am 27. 9. 1972 zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammentritt, führt Wilhelm Ebert am 22. 9. 1972 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU, Otto Meyer, gleichzeitig Stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags. Otto Meyer arrangiert dann eine Aussprache zwischen Kultusminister Maier und Wilhelm Ebert für den 26. September 1972. In diesem mehr als zweistündigen Gespräch über die Kontroversen der letzten Wochen und Monate gelingt es Wilhelm Ebert, von Kultusminister Maier die verbindliche Zusage zu erhalten, daß mit Beginn des Schuljahres 1973/74 das Pflichtstundenmaß der bayerischen Volksschullehrer um eine Stunde von 29 auf 28 Wochenstunden gesenkt wird.¹⁾

Damit erreicht der BLLV unmittelbar vor Abschluß dieser Arbeit doch noch sein Ziel, nach seiner ursprünglichen Konzeption ein Jahr später als geplant, gegenüber den Prognosen zu Ende des Schuljahres 1971/72 früher als erwartet.

1) Vgl. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Beschlußprotokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 27.9.1972 in München, S.3. Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 228 vom 4. 10. 1972, S. 19. Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 19, S. 390.

3. Teil

ERLÄUTERUNGEN ZUR FRAGEBOGENAKTION

Der vom Verfasser entwickelte Fragebogen ist der Arbeit als Anlage beigelegt. Er wurde der "Bayerischen Schule" Nr. 6/7 vom 7. 4. 1972 beigelegt, von der 36 400 Exemplare ausgeliefert wurden. 7 816 BLLV-Mitglieder sandten den Fragebogen ausgefüllt zurück; das entspricht einer Beteiligungsquote von 21,5 %. In die statistische Auswertung wurden 7 495 Fragebogen einbezogen, die bis Pfingsten 1972 bei der BLLV-Geschäftsstelle in München eingetroffen waren. Die nach Pfingsten 1972 noch eingehenden Fragebogen konnten aus Termingründen nicht mehr abgefragt werden. Die Computer-Auswertung ist der Arbeit in einem eigenen Band beigelegt.

In der ursprünglichen Konzeption des Verfassers war eine derart umfassende Mitgliederbefragung nicht vorgesehen. In dem Gespräch, das der Verfasser am 20. Juli 1971 mit dem BLLV-Präsidenten Wilhelm Ebert führte, zeigte sich jedoch, daß der BLLV einer solchen Untersuchung großes Interesse entgegenbringen würde und deshalb auch bereit wäre, eine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Anlässlich der BLLV-Landesvorstandssitzungen am 22. 9. 1971, 27. 10. 1971 und 16./17. 11. 1971 traf der Verfasser erneut mit Wilhelm Ebert zusammen und hatte Gelegenheit, mit ihm Details der Befragung zu diskutieren. Auf der BLLV-Landesausschußsitzung am 4. 12. 1971 in Würzburg erhält der Verfasser dann von Wilhelm Ebert die endgültige und verbindliche Zusage, daß er auf Kosten und mit Unterstützung des Verbandes eine umfassende Mitgliederbefragung durchführen könnte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Vorarbeiten bereits weitgehend abgeschlossen. Im folgenden tritt jedoch eine Verzögerung ein, da nun die Arbeitsstellen des Verbandes eingeschaltet werden.

Zwar hatte der BLLV-Landesvorstand bereits auf seiner Sitzung am 22. 9. 1971 "eine eigens dafür zusammengestellte Arbeitsgruppe (beauftragt), einen Kata-

log von abgestuften Maßnahmen zu erarbeiten und vorzulegen, die den BLLV in die Lage versetzen sollen, den Forderungen seiner Mitglieder zu gegebener Zeit Nachdruck zu verleihen."¹⁾ Diese Arbeitsgruppe tritt jedoch vorerst nicht in Aktion; mit ihrer Einsetzung verfolgt man zunächst offensichtlich nur einen Zeitgewinn.²⁾ Erst im Dezember 1971 wird dann ein Entwurf vorgelegt, der jedoch nur eine Befragung der Schulleiter vorsieht. Ein detaillierter Katalog von Kampfmaßnahmen, der für die Befragung sämtlicher Mitglieder geeignet ist, wird erst am 6. 2. 1972 fertiggestellt und dem Verfasser zugänglich gemacht. Weitere Anregungen und Vorschläge für die geplante Fragebogenaktion werden dem Verfasser von den drei Hauptstellen des Verbandes sowie von dem Schriftleiter der "Bayerischen Schule" zuteil.³⁾

Am 3. Januar 1972 gibt die Rechtsabteilung des BLLV eine Stellungnahme ab, in der sie darauf hinweist, daß in Schulen gemäß Ziffer 588 VSO (Volksschulordnung, Anm. d. Verf.) Erhebungen aller Art nur mit Genehmigung des Kultusministeriums zulässig seien. Die Fragebogen dürften deshalb nur an die Privatschriften der Mitglieder versandt werden.⁴⁾

Gleichzeitig erhebt die Rechtsabteilung Bedenken gegen zwei Fragen, die die am 22. 9. 1971 gebildete Arbeitsgruppe in ihrem im Dezember 1971 vorgelegten Entwurf für die Befragung der Schulleiter vorgesehen hatte. Zu der Frage

"Sind Sie bereit, gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren wegen Pflichtverletzung zu beantragen?"

1) Bayerische Schule, 1971, Heft 19, S. 411.

2) Vgl. Abschnitt 5 des 2. Teils dieser Arbeit.

3) Vgl. Schreiben der Berufswissenschaftlichen Hauptstelle vom 28.2.1972.

Vgl. Schreiben der Schulpolitischen Hauptstelle vom 1. 3. 1972.

Vgl. Schreiben der Landespolitischen Hauptstelle vom 6. 3. 1972.

Vgl. Aktennotiz des Schriftleiters der Bayerischen Schule, ohne Datum.

4) Vgl. Schreiben vom 3. 1. 1972, S. 1.

schreibt die Rechtsabteilung des BLLV:

"Eine Verletzung von Amtspflichten ist nur dann disziplinarrechtlich zu ahnden, wenn diese Verletzung schuldhaft erfolgt. Wer seine Amtspflichten hingegen ohne eigenes Verschulden verletzt, begeht kein Dienstvergehen und braucht sich auch nicht erst im Rahmen eines Disziplinarverfahrens zu rehabilitieren. Allein schon die Beantragung eines Disziplinarverfahrens könnte im Außenstehenden die Meinung erwecken, der betreffende Beamte fühle sich schuldig oder ist zumindest seiner Sache nicht sicher."¹⁾

Ähnliche Bedenken hegt die Rechtsabteilung bei der Frage

"Erwägen Sie ernsthaft, wegen der unbefriedigenden Arbeitsbedingungen sich von der Schulleitung entpflichten zu lassen (freiwillige Rückstufung!)"

Sie schreibt hierzu:

"In letzter Zeit haben sich einige wenige Schulleiter zurückstufen lassen, wobei keineswegs immer der Nachweis erbracht werden konnte, daß sie dies deswegen getan haben, weil sie ihre Amtspflichten nicht länger verletzen wollten. Die wirklichen Gründe waren ganz andere, abgesehen davon, daß sich diese Fälle, haben sie auch großes Aufsehen erregt, doch nur auf ein Minimum beschränkten."²⁾

Alle anderen Fragen erscheinen der Rechtsabteilung des BLLV unbedenklich.

In Heft 1 der "Bayerischen Schule" vom 28. 1. 1972 werden dann erstmals die Mitglieder kurz über die geplante Fragebogenaktion informiert. In einem Bericht über die Klausurtagung des BLLV-Landesvorstandes, der am 7. und 8. Januar 1972 in Nürnberg die Aktivierung der Basisarbeit diskutierte, wird u. a. ausgeführt:

1) Schreiben vom 3. 1. 1972, S. 2.

2) Schreiben vom 3. 1. 1972, S. 2 und 3.

"Die Ergebnisse dieser Klausurtagung bestärkten die Verbandsführung in ihrer Absicht, die Erwartungen der Mitglieder mit Hilfe von genau abgegrenzten Untersuchungen zu analysieren und diese Basisarbeit stärker als bisher in die Entscheidungsvorbereitung einzubeziehen. Damit diese Arbeit Gestalt annehmen kann, wird bereits an der Konzeption einer solchen Untersuchung gearbeitet."¹⁾

Die Tagesordnung für die BLLV-Landesvorstandssitzung am 16. 2. 1972 sieht unter Punkt 15 eine Diskussion über die Fragebogenaktion vor. Aus Zeitmangel wird dieser Tagesordnungspunkt jedoch nicht behandelt. Auf der folgenden Vorstandssitzung am 10. 3. 1972 in Ingolstadt legt der Verfasser dann einen erweiterten Entwurf vor, in den die zwischenzeitlich eingegangenen Anregungen der Hauptstellen und des Schriftleiters der "Bayerischen Schule" eingearbeitet sind. Dieser Entwurf wird eingehend diskutiert und schließlich mit einigen Änderungen einstimmig akzeptiert.²⁾ Abgesehen von redaktionellen Korrekturen, werden die folgenden Änderungen vorgenommen:

Zwei vom Verfasser vorgesehene Fragen werden ersatzlos gestrichen, und zwar die Fragen:

- "Wie kamen Ihrer Meinung nach bisher die wichtigsten standespolitischen und bildungspolitischen Zielsetzungen und Richtlinien des BLLV zustande?
- o Aufgrund einer demokratischen Willensbildung der Mitglieder
 - o Aufgrund einer eingehenden Diskussion in der Fachgruppe
 - o Aufgrund einer eingehenden Diskussion in den Hauptstellen
 - o Aufgrund eines Beschlusses im Vorstand
 - o werden vom Präsidium gesetzt
 - o weiß nicht."

1) Bayerische Schule, 1972, Heft 1, S. 5.

2) Vgl. Beschlußprotokoll über die Sitzung des BLLV-Landesvorstandes am 10. und 11. 3. 1972 in Ingolstadt, S. 9.
Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 5, S. 103.

sowie

"Halten Sie den BLLV für

- o sehr konservativ
- o konservativ
- o liberal
- o linksliberal
- o links."

Drei Fragen werden neu aufgenommen, nämlich Frage 20 des Fragebogens, die nach Hemmnissen und Beschwerdnissen des Berufsalltags fragt, sowie Frage 35, die die Meinung der Mitglieder über die Herausgabe einer pädagogischen Fachzeitschrift erforscht. Am bedeutsamsten erscheint jedoch die Ergänzung zu Frage 9 des Fragebogens. In den Katalog der Kampfmaßnahmen wird die Frage eingefügt:

"Würden Sie sich auch dann noch an Kampfmaßnahmen beteiligen, wenn Sie deswegen dienstliche Schwierigkeiten zu befürchten hätten?"

Der Verfasser übernimmt die Gesamtverantwortung für den Fragebogen, der dieser Arbeit als Anlage beigelegt ist. Er weist jedoch ausdrücklich darauf hin, daß seine ursprüngliche Konzeption durch die Mitarbeit der Arbeitsstellen des BLLV wesentlich bereichert worden ist. So ist insbesondere der Katalog von Kampfmaßnahmen fast ausschließlich von Experten der Standespolitischen Hauptstelle des BLLV erstellt worden. Auch die Fragen 10 bis 20 sowie 29 und 35 gehen auf Anregungen bzw. Wünsche der Hauptstellen des Verbandes zurück. So stellt der Fragebogen letztlich einen Kompromiß zwischen den ursprünglichen Vorstellungen des Verfassers und den Anforderungen des Verbandes dar.

In Heft 5 der "Bayerischen Schule" vom 24. 3. 1972 werden die Mitglieder über die Ergebnisse der BLLV-Landesvorstandssitzung am 10. und 11. 3. 1972 in Ingolstadt informiert. In derselben Ausgabe erscheint der folgende **fettgedruckte Aufruf des Präsidenten:**

"Von den Mitgliedern - für den BLLV

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächsten 'Bayerischen Schule' wird ein detaillierter Fragebogen beigeheftet sein, der Ihnen allen die Möglichkeit gibt, am Entscheidungsprozeß des Verbandes teilzuhaben und unserer Verbandspolitik neue Impulse zu geben. Denken Sie bitte jetzt schon nach - über sich, über uns und über das, was im Verband geschieht oder geschehen sollte. Und senden Sie dann bitte den ausgefüllten Fragebogen auch an uns zurück. Denn bitte bedenken Sie, Ihre Meinung hat nur dann Gewicht, wenn wir Ihren ausgefüllten Fragebogen auch wieder bekommen. Wir werden Ihre Angaben sorgfältig prüfen. Und natürlich werden sie auch ihren Niederschlag finden in der Verbandspolitik der 70er Jahre, in einem Programm, das von uns allen gemeinsam erarbeitet wird.

Ihr Wilhelm Ebert" ¹⁾

Die folgende Ausgabe der "Bayerischen Schule" vom 7. 4. 1972 steht dann ganz im Dienste der Fragebogenaktion. Das Titelbild zeigt vier stilisierte Köpfe mit dem Aufdruck "Ihre Meinung", darunter die Aufforderung "Machen Sie mit bei der großen BLLV-Umfrage!". Seite zwei füllt der folgende Aufruf des Präsidenten, der vom Verfasser formuliert wurde und den Slogan wiederholt "Mit dem Mitglied - für das Mitglied - BLLV":

"Mit dem Mitglied - für das Mitglied - BLLV

Jede Meinung ist wichtig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wende mich heute an Sie alle, an die kritischen und die weniger kritischen Kolleginnen und Kollegen.

Ich wende mich an alle, die sich mitverantwortlich fühlen und am Entscheidungsprozeß des Verbandes teilhaben wollen.

1) Bayerische Schule, 1972, Heft 5, S. 103.

Ich wende mich an die Menschen, die nachdenken - über sich, über uns und über das, was im Verband geschieht oder geschehen sollte.

Ich wende mich an die Lehrer und Erzieher, die bereit sind, sich für ihren Verband zu engagieren und für die gemeinsam festgelegten Ziele zu kämpfen.

Denn, so müssen wir uns heute fragen:

Handeln Lehrer wirklich verantwortlich, verantwortlich den ihnen anvertrauten Kindern gegenüber, wenn sie über Jahre hinweg geduldig Tatbestände hinnehmen, die allen Erkenntnissen der Pädagogik hohnsprechen?

Handeln Lehrer wirklich verantwortlich, wenn sie aus ihrem Verantwortungsgefühl heraus bestrebt sind, das Beste aus katastrophalen Zuständen zu machen?

Handeln Lehrer wirklich verantwortlich und im Interesse der Schüler und ihrer Eltern, wenn sie weiterhin nur Memoranden und Vorschläge ausarbeiten?

Damit wir die Aktionen des Verbandes auf eine breite Basis stützen können, erbitte ich heute Ihre Mithilfe. Sie finden dieser Ausgabe der 'Bayerischen Schule' einen Fragebogen beigeheftet, der Ihnen eine echte Möglichkeit bietet, am Entscheidungsprozeß des Verbandes teilzuhaben und die Verbandspolitik mitzugestalten. Wir wissen, daß dies zusätzliche Arbeit für Sie bedeutet, aber eine einmalige Arbeit, die Sie für uns, aber auch für sich selbst tun. Bevor Sie nun aber an die Beantwortung der Fragen herangehen, müssen wir uns allerdings noch über einen sehr wichtigen Punkt klarwerden:

Haben Sie schon darüber nachgedacht, was eigentlich die Stärke eines Lehrerverbandes ausmacht? Es ist die Tatsache, daß jeder von uns ein Meinungsführer ist, der als Multiplikator im politischen Prozeß wirkt. Wir können deshalb unsere Kraft nur aus den Reihen unserer aktiven Mitglieder beziehen; unsere Schlagkraft steht und fällt mit dem persönlichen Engagement jedes einzelnen.

Über einen anderen Punkt sind wir uns im klaren: Gute Verbandspolitik kann durch nichts ersetzt werden. Auch nicht durch Umfragen bei den

Mitgliedern. Gute Verbandspolitik kann aber auf diese Weise neue Impulse erhalten. Und darum geht es!

Ich darf Sie deshalb nochmals bitten, sich die Zeit und die Mühe zu machen, den Fragebogen auszufüllen und ihn bis spätestens 1. Mai 1972 Ihrem Kreisverbandsvorsitzenden zu geben oder ihn direkt an uns zu senden. Denn bitte bedenken Sie, Ihre Meinung hat nur dann Gewicht, wenn uns Ihr ausgefüllter Fragebogen auch rechtzeitig erreicht. Wir werden jede Ihrer Angaben sorgfältig prüfen. Und natürlich werden sie auch ihren Niederschlag finden in der Verbandspolitik der 70er Jahre. In einem Programm, das von Ihnen, von uns allen gemeinsam erarbeitet wurde.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Wilhelm Ebert " 1)

Dieser Ausgabe der "Bayerischen Schule" ist der Fragebogen beigeheftet. Eine Unterschrift ist nicht erforderlich. Ein adressiertes und mit dem Slogan "Mit dem Mitglied - für das Mitglied - BLLV" versehenes, aber unfrankiertes Kuvert liegt lose bei. Als letzter Absendetermin ist der 1. Mai 1972 angegeben. Dieser Termin hat wesentlich dazu beigetragen, daß als Farbe für den Fragebogen ein kräftiges Rot gewählt wurde.

Gleichzeitig erscheint BLLV-Pressedienst Nr. 9 vom 7. 4. 1972, der im folgenden ungekürzt wiedergegeben wird:

"BLLV startet große Mitgliederbefragung

In der heutigen Nummer der 'Bayerischen Schule' ruft der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Dr. Wilhelm Ebert, sämtliche 35.000 Mitglieder des Verbandes zu einer umfassenden Fragebogenaktion auf. Er wendet sich an alle, die sich mitverantwortlich fühlen

1) Bayerische Schule, 1972, Heft 6/7, S. 126.

und am Entscheidungsprozeß des Verbandes teilhaben wollen. Er wendet sich an die Menschen, die nachdenken - über sich, über den Verband und über das, was im Verband geschieht oder geschehen sollte. Und er wendet sich besonders an die Lehrer und Erzieher, die bereit sind, sich für den Verband zu engagieren und für die gemeinsam festgelegten Ziele zu kämpfen.

Der Fragebogen, der der 'Bayerischen Schule' beigeheftet ist, bietet den Mitgliedern eine echte Möglichkeit, am Entscheidungsprozeß des Verbandes teilzuhaben und die Verbandspolitik mitzugestalten. Er stellt somit einen konstruktiven Beitrag zur innerverbandlichen Demokratie dar.

Neben Fragen nach den Beitritts- und Austrittsmotiven, Hemmnissen und Erschwernissen im Berufsalltag enthält der Fragebogen vor allem einen detaillierten Katalog von 25 Kampfmaßnahmen, zu denen die Mitglieder im einzelnen ihr Plazet abgeben können. Darüber hinaus räumt der Fragebogen den Mitgliedern die Möglichkeit ein, selbst ein Sachprogramm für den BLLV der 70er Jahre zu entwerfen und bildungs- und standespolitische Prioritäten zu setzen - ein in der BRD bisher einmaliges Angebot an Lehrer und Erzieher, die Verbandspolitik eigenhändig mitzugestalten.

Fragen nach dem Image des BLLV sowie seiner politischen Orientierung runden den Fragenkatalog ab. Schließlich steht am Ende des Fragebogens noch ein 'Kummerkasten', um auch die Sorgen und Nöte der Mitglieder erfassen zu können, die in den vorstehenden Problemkreisen noch nicht angesprochen wurden.

Die Rücksendung der Fragebogen wird bis zum 1. Mai 1972 erbeten. Da die Auswertung mittels Computer erfolgt, werden die Ergebnisse der Befragung bereits in der zweiten Maihälfte vorliegen. Wesentlich erscheint noch die Tatsache, daß die Ergebnisse der Befragung nach 30 verschiedenen Zielgruppen angelistet werden können, so daß der Verbandsführung eine außerordentlich differenzierte Beurteilung ermöglicht wird.¹⁾

1) BLLV-Pressedienst Nr. 9 vom 7. 4. 1972.

Das Presseecho ist ausgezeichnet. "Süddeutsche Zeitung", "Münchner Merkur", "Nürnberger Nachrichten", "Neue Presse Coburg" sowie mehrere Lokalzeitungen berichten in ihren Ausgaben vom 11. 4. 1972 über die Fragebogenaktion, wobei übereinstimmend der Katalog der Kampfmaßnahmen fettgedruckt hervorgehoben wird. Es fällt auf, daß alle vier obengenannten Publikationsorgane, wiederum völlig übereinstimmend, eine einzige Frage aus dem Fragebogen herausgreifen und wörtlich zitieren, nämlich die Frage "Würden Sie sich auch dann noch an Kampfmaßnahmen beteiligen, wenn Sie deswegen dienstliche Schwierigkeiten zu befürchten hätten?" Die "Abendzeitung" berichtet am 13. 4. 1972 und nochmals am 10. 5. 1972 über die Umfrage. Auch der "Bayerische Landtagsdienst" Nr. 128 vom 10. 4. 1972 informiert über die Mitgliederbefragung. Er hebt ebenfalls die Kampfmaßnahmen besonders hervor.

In den folgenden Tagen und Wochen wird das Interesse der Mitglieder an der Fragebogenaktion weiter geweckt durch Veröffentlichungen in den Publikationsorganen der BLLV-Bezirksverbände. Am 14. 4. 1972 ergeht ein "Intern"-Rundschreiben an sämtliche BLLV-Kreisverbandsvorsitzende, das die ganze erste Seite ausschließlich der Mitgliederbefragung widmet und die Kreisverbandsvorsitzenden auffordert, die Mitglieder über die Vertrauensleute an den einzelnen Schulen sowie auf den Kreisversammlungen nochmals zur Teilnahme an dieser Aktion zu ermuntern.¹⁾

Das Interesse der Mitglieder ist so groß, daß zunächst 1 000 Fragebogen und schließlich nochmals weitere 500 Fragebogen nachgedruckt und an die BLLV-Kreisverbandsvorsitzenden auf Anforderung verschickt werden. Die Kreisverbandsvorsitzenden verwenden diese Fragebogen teils für die Werbung neuer Mitglieder, zum anderen stellte sich aber heraus, daß sehr viele Lehrerehepaare nur ein Exemplar der "Bayerischen Schule" und somit auch nur einen Fragebogen erhielten, beide aber je einen Fragebogen getrennt ausfüllen möchten. Schließlich wird der Einsendetermin um drei Wochen verlängert. Heft 8 der "Bayerischen Schule" vom 5. Mai 1972 widmet wiederum das Titelblatt der

1) Vgl. BLLV-Intern Nr. 1 vom 14. 4. 1972, S. 1 und 2.

Fragebogenaktion. Die Darstellung symbolisiert "computer·futter". Darunter ist zu lesen: "Großes Echo auf BLLV-Umfrage. Noch können Sie mitmachen!" Im Inneren dieser Ausgabe dann der fettgedruckte Aufruf:

"Dalli-dalli

Die Fragebogenaktion läuft hervorragend. Tausende roter Briefe sind bereits bei der Geschäftsstelle eingetroffen. Trotzdem kann der BLLV nicht genug davon kriegen. Sollten Sie noch nicht dazugekommen sein, Ihren Fragebogen abzuschicken, dann tun Sie es bitte noch heute. Je mehr Fragebogen, um so zuverlässiger wird die Auswertung und außerdem: Jede Meinung und Ihre Meinung sind wichtig."¹⁾

Ebenfalls am 5. Mai 1972 wird ein weiteres "Intern"-Rundschreiben an die BLLV-Kreisverbandsvorsitzenden verschickt, in dem für die "unerwartet hohe Beteiligung unserer Mitglieder" ein "Dank an alle" ausgesprochen und auf die Verlängerung des Einsendetermins hingewiesen wird.²⁾

Obwohl alle publizistischen Möglichkeiten voll ausgeschöpft wurden und der gesamte Verbandsapparat für die Fragebogenaktion eingesetzt war, übertrifft die Beteiligung der Mitglieder doch alle Erwartungen. Bezieht man die 7.816 Rücksendungen auf die ausgelieferte Auflage der "Bayerischen Schule" von 36.400, so ergibt sich eine Beteiligungsquote von 21,5 %. Jedes fünfte Mitglied sandte also seinen Fragebogen zurück. In BLLV-Kreisen neigt man zu der Feststellung, daß sich sogar jedes dritte im aktiven Dienst stehende Mitglied an der Fragebogenaktion beteiligte. Bei dieser Überlegung dient als Basis nicht die ausgelieferte Auflage der "Bayerischen Schule", sondern die Zahl der im aktiven Dienst stehenden Mitglieder.³⁾

1) Bayerische Schule, 1972, Heft 8, S. 152.

2) Vgl. BLLV-Intern Nr. 2 vom 5. 5. 1972, S. 1.

3) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 12, S. 264.

Da 7.495 Fragebogen abgelocht und ausgewertet wurden, kann festgestellt werden, daß die Ergebnisse der Mitgliederbefragung als durchaus repräsentativ angesehen werden können. Die Rücklaufquote ist groß genug, um allgemeine, statistisch gesicherte Rückschlüsse auf die Wünsche und Motive aller Mitglieder des BLLV zuzulassen.

Die offenen Fragen des Fragebogens werden vom Verfasser gemeinsam mit drei Studenten verschlüsselt. Die Datenerfassung sowie Datenverarbeitung erfolgt durch ein Münchner Datenservicebüro. Sämtliche anfallenden Kosten werden vom BLLV in voller Höhe übernommen. Hierfür auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung sind den BLLV-Vorstandsmitgliedern seit dem 14. Juni 1972 bekannt. Die Mitglieder werden zunächst nur kurz über die Rücklaufquote sowie über die Auffächerung der 7.495 abgelochten Fragebogen nach Zielgruppen informiert.¹⁾ Erst im Oktober 1972 stellt dann eine Kommission von BLLV-Vorstandsmitgliedern ausgewählte Ergebnisse der Befragung zu einem Bericht zusammen, den die Verbandszeitung am 1.12.1972 veröffentlicht.²⁾ Ein Vorabdruck dieses Berichts wird mittels Pressedienst³⁾ an die Massenmedien versandt und erzielt ein beachtliches Presseecho.⁴⁾

1) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 12, S. 264.

2) Vgl. Bayerische Schule, 1972, Heft 22, S. 467 - 470.

3) Vgl. BLLV-Pressedienst Nr. 30 vom 29. 11. 1972, S. 1 - 3.

4) Vgl. Mittelbayerische Zeitung vom 1. 12. 1972.

Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 1. 12. 1972.

Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 277 vom 1. 12. 1972, S. 24.

4. Teil

ERGEBNISSE

- (1) Der BLLV verfügt über keinen klar formulierten gesellschaftspolitischen Standort. Eine Art Plattform in Gestalt eines lang- oder mittelfristigen Programms fehlt völlig. Er neigt vielmehr zu einer Pragmatisierung der Konzeptionen. Sein Denken orientiert sich an der augenblicklichen Wirklichkeit. Der BLLV mißtraut den Doktrinen, baut lieber auf Erfahrung und Realitäts-sinn und begnügt sich mit Reformen, die Veränderungen nur in kleinen und kleinsten Schritten bewirken.
- (2) Dies impliziert, daß er eine gesellschaftliche Ordnung, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorsieht, voll bejaht. Zu dieser Ordnung gehört notwendig die ungehinderte Interessenvertretung der gesellschaftlichen Gruppen. Das gilt auch für eine Beamtenorganisation wie den BLLV, denn in einer pluralistischen Gesellschaft stellen Beamte nur eine Gruppe unter anderen dar, die sich ebenfalls gewerkschaftlich organisieren und auf das staatliche Handeln Einfluß nehmen müssen. Der Beamtenstatus garantiert zwar ein gewisses Maß an Sicherheit, bietet jedoch keine ausreichende Gewähr dafür, daß die Lehrer im Verteilungskampf der Gruppen um das Sozialprodukt angemessen berücksichtigt werden. Der BLLV versteht sich dabei nicht nur als Vertreter der Interessen der Lehrer, sondern gleichzeitig als Anwalt der Schule und der Schulkinder, deren Interessen es ebenfalls wahrzunehmen gilt.
- (3) Das Postulat, daß ein Lehrer nicht einseitig parteipolitisch oder ideologisch unterrichten sollte, überträgt der BLLV auf sein praktisches politisches Handeln. Er ist überparteilich und überkonfessionell. Der ständige, rein erfolgsorientierte Wechsel zwischen Kooperationskurs und Konfrontationskurs ist geradezu ein Charakteristikum der Verbandspolitik der Ära Ebert.

- (4) Die Verbandsführung rekrutiert sich aus den eigenen Reihen und tritt stets einmütig und geschlossen auf. Politische Entscheidungen werden ausschließlich vom Präsidenten getroffen, der einen konsultativen Führungsstil pflegt und im Verband eine außerordentlich starke und ungefährdete Position innehat. Oppositionsgruppen, Flügelkämpfe oder Fraktionsbildungen sind dem BLLV fremd.
- (5) Die Willensbildung erfolgt fast ausschließlich im Landesvorstand und in den Hauptstellen. Die Basis ist faktisch nicht in den innerverbandlichen Willensbildungsprozeß eingeschaltet, obwohl formal eine Beteiligung möglich wäre. Diese Oligarchisierungstendenzen werden vor allem begünstigt durch die Apathie der Mitglieder, die immer mehr zu passiven Konsumenten werden, sowie durch den Trend zur professionellen Interessenvertretung, der den wissensmäßigen Abstand zwischen Verbandsspitze und Basis vergrößert. Allerdings trägt auch die Verbandsführung ihren Teil dazu bei, da sie der Basis keine alternativen Problemlösungen zur Diskussion anbietet und selbst Probleme, die subjektive Wertentscheidungen bedingen, zu "Sachproblemen" stempelt, deren Lösung den Verbandsexperten vorbehalten bleibt.
- (6) Die Mitglieder sind vorwiegend dienstleistungsorientiert. Sie erwarten von ihrer Berufsorganisation die Durchsetzung ihrer materiellen Interessen, praktische Hilfen für den Schulalltag sowie die Abdeckung bestimmter Risiken. Gesellschaftspolitische Ziele stoßen dagegen auf wenig Gegenliebe.
- (7) Kennzeichnend für den BLLV ist darüber hinaus die weitgehend homogene Interessenlage seiner Mitglieder. Diese Homogenität ist einmal darauf zurückzuführen, daß der BLLV trotz seines Anspruchs, eine Berufsvertretung aller pädagogischen Berufe zu sein, letztlich ein Volksschullehrerverband geblieben ist. Nur für die bayerischen Volksschullehrer vermag er repräsentativ zu sprechen. Zum anderen aber organisiert er selbst im Volksschulbereich nur die Mittellagen eines Interessenspektrums, dessen Ränder durch die organisatorischen Alternativen von GEW und KEG abgedeckt sind.

- (8) Der BLLV weist eine uneinheitliche Organisationsform auf. Einerseits lassen sich Merkmale eines Honoratiorenverbandes feststellen, der von der ständigen freiwilligen Mitarbeit seiner Mitglieder und der persönlichen Initiative der ehrenamtlichen Leiter seiner Arbeitsstellen lebt. Andererseits treten in den letzten Jahren vermehrt Kennzeichen eines Funktionärsverbandes hervor, der mit Hilfe von hauptamtlichen Experten, modernem Management und bürokratischen Hilfsmitteln arbeitet. Gegenwärtig überwiegen noch die Merkmale des Honoratiorenverbandes, doch scheint sich ein Trend hin zum Funktionärsverband abzuzeichnen. Die Ära Ebert läßt sich auch als der Versuch begreifen, den BLLV von einer mehr amateurhaften zu einer professionellen Interessenvertretung zu wandeln.
- (9) Der formale Organisationsaufbau entspricht dem Aufbau der Schulverwaltung und ist damit dem Hauptadressaten des Einflusses angepaßt. Als einziger Verband in Bayern vermag der BLLV ein organisatorisches und informelles Gegengewicht zur Schulverwaltung zu bilden. Diese Organisation und die als Repräsentativorgane konstruierten Vertretungsorgane sichern der Verbandsführung eine weitgehende Unabhängigkeit und begünstigen Oligarchisierungstendenzen.
- (10) Die Finanzierung der Verbandstätigkeit erfolgt ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen.
- (11) Der Lehrpersonalrat, der eine institutionalisierte Form der Interessenvertretung darstellt, wird vom BLLV voll beherrscht. Da der Personalrat von seiner rechtlichen Konstruktion her aber ein Instrument der Partnerschaftsideologie ist, das sich mehr zur Disziplinierung der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeitnehmer als zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen eignet, darf die dominierende Stellung des BLLV in den Personalvertretungen nicht zu hoch bewertet werden.
- (12) Der BLLV ist keine Spitzenorganisation im beamtenrechtlichen Sinne. Dieses Faktum fiel in der Vergangenheit nicht so stark ins Gewicht, da die

für ihn relevanten Probleme von bayerischen Institutionen gelöst wurden, zu denen er aufgrund seiner starken Position in Bayern Zugang hat. Mit dem ab 1967 einsetzenden Trend der Kompetenzverlagerung nach Bonn läuft der BLLV als regionaler Verband Gefahr, den Zugang zu den Entscheidungsinstanzen zu verlieren. Die Gründung des Deutschen Lehrerverbandes, der als bundesweites Sammelbecken für alle nicht gewerkschaftlich orientierten Pädagogen gedacht ist, verlagert das Problem, vermag aber nichts an der Tatsache zu ändern, daß nur der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund als Verhandlungspartner anerkannt sind. Im Laufe dieses Prozesses löst der BLLV weitgehend seine traditionell engen Bindungen zur GEW und nähert sich dem Beamtenbund an.

- (13) Die Adressaten der Verbandspolitik wechseln je nach Problemstellung, Wahl der Strategie und politischer Konstellation. In aller Regel geht der BLLV mehrstufig vor.
- (14) Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung stellt die schärfste Waffe des BLLV dar. Seine reale Chance besteht darin, sich als überparteilicher Sachwalter der Schule und als Anwalt der Kinder auszugeben und dafür zu sorgen, daß die Interessen des BLLV mit den Interessen der Kinder identifiziert werden. Es fällt in unserer kinderliebenden Gesellschaft leicht, die öffentliche Meinung für die Belange der Kinder zu mobilisieren. Daran die Interessen der Lehrer aufzuhängen, gehört zu den Kennzeichen einer geschickten Verbandspolitik.

Es ist dem BLLV gelungen, sich in kulturpolitischen Fragen als Meinungsführer zu etablieren. Sein Wort gilt etwas, auf ihn hört "man". Sein politisches Gewicht leitet sich vor allem daraus ab, wie es ihm gelingt, als Meinungsführer "im unsichtbaren Parlament der öffentlichen Meinung" den Kurs zu bestimmen und damit den für die Durchsetzung seiner Interessen notwendigen Druck auf die staatlichen Institutionen auszuüben.

Obwohl der BLLV - gemessen an der Mitgliederzahl und der Finanzkraft - ein relativ kleiner Verband ist, ist er nicht durch das Wort "klein" zu begreifen. Über die Mobilisierung der öffentlichen Meinung vermag er letztlich jeden Kultusminister in schwerste Bedrängnis zu bringen.

- (15) Gegenwärtig gewinnt die Legislative für den BLLV wieder etwas mehr an Bedeutung. In der Ära Ludwig Huber bezogen sich die Aktivitäten des BLLV dagegen fast ausschließlich auf die Exekutive. Die Lehrer sind im Bayerischen Landtag (7. Wahlperiode) stark überrepräsentiert. Obwohl sie nur 1,4 % der wahlberechtigten bayerischen Bevölkerung ausmachen, stellen sie jeden siebten Abgeordneten im Bayerischen Landtag. Jeder elfte Abgeordnete ist BLLV-Mitglied.
- Es ist stark umstritten, wieviele Prozent der bayerischen Wählerstimmen der BLLV zu mobilisieren vermöchte. Die Schätzungen schwanken zwischen 1 und 5 %.
- (16) Quantitativ gesehen ist die Exekutive der Hauptadressat der Verbandspolitik, und hier steht naturgemäß wiederum das Kultusministerium im Zentrum der Einflußversuche. In vielen Fällen besteht eine echte Interessenkonvergenz zwischen Schulverwaltung und BLLV. Zum anderen kommen die internalisierten Werthaltungen der Schulverwaltungsbeamten den Vorstellungen des BLLV entgegen. Die enge Verflechtung von Schulverwaltung und BLLV insbesondere auf der unteren und mittleren Ebene eröffnet vielfältige Einflußmöglichkeiten, steht andererseits aber einer handfesten Interessenvertretung im Wege.
- (17) Bei der Wahl seiner Methoden befindet sich der BLLV in einem Dilemma. Einerseits bekennt er sich uneingeschränkt zum Beamtenstatus und lehnt das Streikrecht für Beamte ab, andererseits stößt er mit den von ihm vorwiegend praktizierten Methoden wie Pflege persönlicher Beziehungen, rationale Überzeugung und sachliche Autorität schon bald an die Grenze seines Durchsetzungsvermögens. Deshalb drängt ein erheblicher Teil der Mitglieder auf den Einsatz "legitimer Kampfmaßnahmen", um den Forderungen des Verbandes mehr Nachdruck zu verleihen. Obwohl die Ergebnisse der Mitgliederbefragung eine hohe Folgebereitschaft der Mitglieder im Falle einer streikähnlichen Auseinandersetzung erwarten lassen, sind doch Zweifel angebracht, ob der BLLV eine wirklich harte Konfrontation bis zum Ende durchstehen würde. Die Bewußtseinslage vieler Lehrer scheint dem ent-

gegenzustehen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind jedenfalls nur verbale Steigerungsformen zu konstatieren.

Dennoch konnte der BLLV für einen relativ kleinen, auf regionaler Basis operierenden und nur begrenzt konfliktfähigen Verband bisher beachtliche Erfolge erzielen.

ANLAGEN

BLLV-Fragebogen

Perspektiven für die 70er Jahre

MIT DEM MITGLIED — FÜR DAS MITGLIED — BLLV

Frage 1: Angaben zu Ihrer Person

6 a) Welchem BLLV-Bezirksverband gehören Sie an?

- 1 ☐ Oberbayern
- 2 ☐ Niederbayern
- 3 ☐ Oberpfalz
- 4 ☐ Oberfranken
- 5 ☐ Mittelfranken
- 6 ☐ Unterfranken
- 7 ☐ Schwaben
- 8 ☐ München
- 9 ☐ Nürnberg

7 b) Altersstufe

- 1 ☐ unter 30 Jahre
- 2 ☐ 30–39 Jahre
- 3 ☐ 40–59 Jahre
- 4 ☐ 60 Jahre und mehr

8 c) Geschlecht

- 1 ☐ männlich
- 2 ☐ weiblich

9 d) Ortstyp der Arbeitsstelle

- 1 ☐ Großstadt (ab 100 000 Einw.)
- 2 ☐ Kleinstadt (ab 10 000 Einw.)
- 3 ☐ Dorf

10 e) Art der derzeit ausgeübten Tätigkeit

- 0 ☐ Lehrer an Grundschule
- 1 ☐ Lehrer an Hauptschule
- 2 ☐ Lehrer an Sonderschule
- 3 ☐ Lehrer an anderen Schularten
- 4 ☐ Schulleiter
- 5 ☐ Schulrat oder Seminarleiter
- 6 ☐ Fachlehrer
- 7 ☐ Pensionist
- 8 ☐ In Ausbildung
- 9 ☐ sonstige Tätigkeiten

11 f) Bekleiden Sie irgendeine Funktion im Verband?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

12 g) Wären Sie bereit, eine Funktion im Verband zu übernehmen?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

13 h) Entstammen Sie einer Lehrerfamilie?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

14 i) Sind Sie dem BLLV beigetreten als

- 1 ☐ Student
- 2 ☐ Junglehrer (1.–10. Dienstjahr)
- 3 ☐ Lehrer (mehr als 10 Dienstjahre)

15 Frage 2: Durch wen wurden Sie veranlaßt, dem BLLV beizutreten?

- 0 ☐ Eltern, Freunde oder Bekannte
- 1 ☐ Studienkollegen
- 2 ☐ Berufskollegen

3 ☐ Personalrat

4 ☐ Vertrauensmann

5 ☐ Vorgesetzte

6 ☐ Seminarleiter

7 ☐ Ausbildungslehrer

8 ☐ Sonstige Personen

9 ☐ Keine bestimmten Personen

16 Frage 3: Welche waren Ihre drei wichtigsten Beitrittsmotive?

- 1 ☐ weil ich mich einem Kreis anschließen wollte, in dem man fachliche Probleme diskutieren kann
 - 2 ☐ weil mich die bildungspolitische Konzeption des BLLV überzeugte
 - 3 ☐ weil ich in den Genuß des Rechtsschutzes des BLLV kommen wollte
 - 4 ☐ weil der BLLV für die besonderen Interessen meiner Berufsgruppe eintritt
 - 5 ☐ weil ich mir ggf. eine Unterstützung bei Beförderungen erhoffte
 - 6 ☐ weil Kollegen mich dazu aufforderten
 - 7 ☐ weil Vorgesetzte mich dazu aufforderten
 - 8 ☐ weil sich der BLLV für eine grundlegende Reform der Lehrerbildung einsetzt
 - 9 ☐ weil ich gesellschaftlichen Anschluß suchte
- 17
- 1 ☐ weil der BLLV keine Gewerkschaft ist
 - 2 ☐ weil es am Ort keine organisatorische Alternative zum BLLV gab
 - 3 ☐ weil ich besser über die Bildungspolitik in Bayern und der BRD informiert sein wollte
 - 4 ☐ weil ich mich bildungspolitisch engagieren wollte
 - 5 ☐ weil ich die Dienstleistungen des BLLV in Anspruch nehmen wollte
 - 6 ☐ weil mich Mitglieder des BLLV im Kreisverband personell überzeugten
 - 7 ☐ weil mich das Programm meiner Fachgruppe im BLLV überzeugte
 - 8 ☐ weil mich die Spitzenfunktionäre des BLLV-Landesverbandes personell überzeugten
 - 9 ☐ weil mich die Führungsmannschaft meines Bezirksverbandes überzeugte

18 Frage 4: Sind Sie mit dem BLLV

- 1 ☐ sehr zufrieden
- 2 ☐ zufrieden
- 3 ☐ weniger zufrieden

19 Frage 5: Haben Sie schon einmal erwogen, aus dem BLLV auszutreten?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

20 Frage 6: Aus welchen Gründen wollten Sie austreten?

1. _____
2. _____
3. _____

21 Frage 7: Möchten Sie Ihre jetzige berufliche Position beibehalten?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

22 Frage 8: Falls nein, was möchten Sie gerne in 10 Jahren sein?

- ☒ Lehrer an Grund- und Hauptschule
☐ Lehrer an Realschule
☐ Lehrer an Sonderschule
☐ Lehrer an Berufsschule
☐ Lehrer an Gymnasium
☐ Schulleiter
☐ Beamter in der Verwaltung der Schule
☐ Dozent (Lehrerbildung)
☐ Schulpsychologe
☐ Hausfrau
☐ weiß nicht

Frage 9: Welche der nachstehenden Maßnahmen würden Sie persönlich durchführen, wenn der BLLV zu Aktionen aufruft, um die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und nach Abbau der Überlastungen durchzusetzen? Beantworten Sie bitte jede Frage mit ja oder nein. Wenn einzelne Fragen für Sie nicht zutreffen, bitte nichts ankreuzen.

- 23 1. Generelle Ablehnung von Schulfahrten (= Ausflüge), die nicht verbindlich vorgeschrieben sind
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 24 2. Ablehnung der vorgeschriebenen Schulwanderungen, wenn keine Reisekosten zur Verfügung gestellt werden können
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 25 3. Ablehnung von Schulveranstaltungen (Sportfeste, Theaterbesuche, Elternabende etc.)
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 26 4. Ablehnung aller Sammlungen
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 27 5. Ablehnung der Beteiligung bei der Durchführung der Schulumilchspeisung
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 28 6. Ablehnung der Mitwirkung beim Schulsparen
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 29 7. Ablehnung der Unterrichtserteilung in Fächern, für die keine Ausbildung gegeben ist (Steno, Maschinenschreiben, Englisch usw.)
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 30 8. Ablehnung der Benutzung des privaten PKW für Fahrten zur Erteilung des Unterrichts in anderen Schulhäusern und Schulorten
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 31 9. Ablehnung von Überstunden ab September 1972
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 32 10. Niederlegung der z. Zt. erteilten Überstunden
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 33 11. Ablehnung der Teilnahme am Aufnahmeverfahren bei Realschulen und Gymnasien
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 34 12. Ablehnung jegl. aktiven und passiven Beteiligung an der freiwilligen Lehrerfortbildung (einschl. aller lokalen Arbeitsgemeinschaften)
1 ☐ ja 2 ☐ nein
- 35 13. Ablehnung der Durchführung jeder Art von Hospitation in der eigenen Klasse
1 ☐ ja 2 ☐ nein

36 14. Niederlegung des Amtes als Verkehrslehrer

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

37 15. Niederlegung der Lehr- und Lernmittelverwaltung

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

38 16. Niederlegung der Verwaltung von Lehrer- und Schülerbüchern

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

39 17. Ablehnung der gleichzeitigen Betreuung von zwei Klassen (bei plötzlicher Erkrankung eines Kollegen)

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

40 18. Bei mehrhäusigen Schulen:

Niederlegung jegl. Tätigkeit als Quasi-Schulleiter (im Auftrag und zur Unterstützung des amtierenden bzw. ernannten Schulleiters ausgeübt)

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

41 19. Als Konrektor:

Ablehnung jegl. dauernden Mitarbeit in der Schulleitung, solange keine Stundenermäßigung gewährt wird und keine Dienstorndung erlassen ist (nicht gemeint ist die Arbeit als Stellvertreter im Falle der Verhinderung des Schulleiters durch Krankheit etc.)

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

20. Als Schulleiter:

42 a) Ablehnung der Erstellung des Schulbusfahrplanes – Beschränkung auf die Bekanntgabe des Stundenplanes (Unt.-Beginn und -Ende und Aufsichtszeiten) an den Schulaufwandsträger

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

43 b) Ablehnung aller Bestellungen und Prüfung der Rechnungen. Dafür: Mitteilung an den Schulaufwandsträger, wann und in welchen Mengen zu beschaffen ist

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

44 c) Ablehnung der Führung des Fahrnisverzeichnisses für den Schulaufwandsträger

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

45 d) Ablehnung der Annahme aller Vorsprachen und Ferngespräche während stundenplanmäßiger Unterrichtsverpflichtungen

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

46 e) Einberufung von Lehrerkonferenzen nur einmal je Schulhalbjahr (entspr. der Mindestforderung gem. Ziffer 5 der KME v. 4. 1. 67 über die Lehrerkonferenz)

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

47 f) Ablehnung von Fahrten zu ausgelagerten Klassen in mehrhäusigen Schulen mit dem privaten PKW (dafür Inanspruchnahme des Mietautos, wenn kein öffentliches Verkehrsmittel zeitgerecht verkehrt)

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

48 21. Erwägen Sie ernsthaft, wegen der unbefriedigenden Arbeitsbedingungen bzw. wegen Überlastung vorzeitig (ab 62. Lebensjahr) in den Ruhestand zu treten?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

49 22. Sind Sie bereit, sich persönlich oder schriftlich in der Frage der Arbeitszeit und der Überlastung an Ihren Abgeordneten zu wenden?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

50 23. Sind Sie bereit, an Ihre Tageszeitung einen Leserbrief zu schreiben?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

51 24. Würden Sie sich auch dann noch an Kampfmaßnahmen beteiligen, wenn Sie deswegen dienstliche Schwierigkeiten zu befürchten hätten?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

52 25. Sind Sie bereit, auf eigene Kosten an einer überregionalen Versammlung teilzunehmen, um unsere Anliegen der Öffentlichkeit zu demonstrieren?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

53 26. Zu welchen anderen Maßnahmen wären Sie bereit?

54 Frage 10: Durch welche Maßnahmen soll eine lineare Herabsetzung der Arbeitszeit der Lehrkräfte ermöglicht werden?

- 1 ☐ Heraufsetzung der Klassenfrequenz
- 2 ☐ Verringerung der Schülerwochenstunden
- 3 ☐ Größerer Anteil von freiwilligen Zusatzstunden
- 4 ☐ Straffung im Kursunterricht (z. B. Wegfall von Foto, Modellbaukursen u. dgl.)

55 Frage 11: Soll das bisher einheitliche Pflichtstundenmaß der Lehrkräfte an Volksschulen differenziert werden?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

56 Frage 12: Wenn ja, nach welchen Kriterien?

- 1 ☐ Alter der Schüler (Schulstufen)
- 2 ☐ Fächer der Lehrkraft (z. B. sog. Korrekturfächer)
- 3 ☐ Alter der Lehrkraft

57 Frage 13: Soll die Doppelführung von Klassen wieder abgebaut werden?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

58 Frage 14: Wenn ja, welche Maßnahmen scheinen dafür annehmbar?

- 1 ☐ Heraufsetzung der Klassenfrequenz (weniger Klassen bilden)
- 2 ☐ Einsatz von Fachlehrern als Klaßleiter

59 Frage 15: Halten Sie die bisher in der VSO aufgeführten Schulstrafen für ausreichend, um ein gedeihliches Arbeitsklima zu erhalten und lernwillige Schüler vor Störversuchen zu schützen?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

60 Frage 16: Wenn nicht, welche Maßnahmen scheinen Ihnen geeignet?

- 1 ☐ Verschärfung der bisherigen Schulstrafen
- 2 ☐ Ausschuß von Wahlfächern (und zugleich Erweiterung des Katalogs der Wahlfächer)
- 3 ☐ Überweisung an eine andere Schule
- 4 ☐ Aussperrung von der Schule für begrenzte Zeit
- 5 ☐ Ausschuß aus der Schule
- 6 ☐ Einrichtung von Klassen für schwer erziehbare Schüler

61 Frage 17: Soll die Lehrerschaft bei der Besetzung von Beförderungsstellen ein direktes Mitspracherecht haben?

- 1 ☐ ja 2 ☐ nein

62 Frage 18: In welcher Form wünschen Sie die periodische dienstliche Beurteilung des Lehrers?

- 1 ☐ durch den Schulrat allein (wie z. Zt.)
- 2 ☐ durch den Schulrat unter Beteiligung Ihres Rektors
- 3 ☐ durch Ihren Rektor allein
- 4 ☐ durch eine mehrköpfige Kommission
- 5 ☐ durch Beteiligung der Eltern

63 Frage 19: Im Vollzug der Gebietsreform werden überall größere Schulämter entstehen, die mit mehreren Schulräten besetzt sind. Wie wünschen Sie sich deren Arbeitsteilung?

- 1 ☐ Wollen Sie vom gleichen Schulrat beraten und beurteilt werden?
- 2 ☐ Soll die Aufgabe der Beratung einem Schulrat, die Aufgabe der Beurteilung einem anderen übertragen werden?

64 Frage 20: Welche der folgenden Hemmnisse oder Erschwernisse verleißen Ihnen besonders den Berufsalltag?

- x ☐ Bevormundung durch die Schulaufsicht
- 0 ☐ Schwierigkeiten mit den Eltern
- 1 ☐ große Klassen
- 2 ☐ mangelnde Disziplin
- 3 ☐ schlechtes Arbeitsklima im Kollegium
- 4 ☐ ungenügendes Ansehen des Lehrerstandes
- 5 ☐ zu wenig Fortbildungsmöglichkeiten
- 6 ☐ zu hohe Stundenbelastung
- 7 ☐ Doppelführung von Klassen
- 8 ☐ Überforderung durch zu große Stofffülle
- 9 ☐ Überforderung durch ständige Reformen

Frage 21: Welche bildungs- und standespolitischen Prioritäten würden Sie im Sachprogramm des BLLV für die 70er Jahre setzen? Benennen Sie bitte die wichtigsten 5 Ziele, indem Sie in das freie Kästchen vor dem jeweiligen Ziel die Rangziffern 1-5 schreiben. Das Ihres Erachtens wichtigste Ziel erhält also die Rangziffer 1, das zweitwichtigste Ziel die Rangziffer 2 usw.

- 6 ☐ Umfassender Rechtsschutz für alle Mitglieder
- 7 ☐ Berufliche Fortbildung der Mitglieder
- 8 ☐ Gleiche Besoldung aller Lehrer
- 9 ☐ Gemeinsame Ausbildung aller Lehrer und Erzieher an den Universitäten
- 10 ☐ Förderung der Kinder aus den unteren sozialen Schichten
- 11 ☐ Einführung eines Mindeststudiums von 8 Semestern für alle Lehrer
- 12 ☐ Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- 13 ☐ Förderung der Mitbestimmungsrechte der Schüler
- 14 ☐ Politische Bildung der Mitglieder
- 15 ☐ Sicherung des jetzigen dreigliedrigen Schulsystems und Ausbau zu einer gegliederten Leistungsschule
- 16 ☐ Bildung von Schulzentren, in denen alle Schulkarten räumlich zusammengefaßt sind
- 17 ☐ Bildung von integrierten und differenzierten Gesamtschulen, in denen es keine Trennung mehr nach Schulkarten gibt
- 18 ☐ Parteipolitische Neutralität
- 19 ☐ Vertretung standespolitischer Interessen
- 20 ☐ Frühzeitige Auslese der Schüler und Studenten nach Leistung und Begabung
- 21 ☐ Einführung eines 10. Schuljahres
- 22 ☐ Abbau der hierarchischen Autoritätsstrukturen innerhalb unserer Schulen und Schulverwaltungen
- 23 ☐ Schaffung eines gemeinsamen Dachverbandes aller Lehrer und Erzieher der BRD
- 24 ☐ Förderung der Mitbestimmungsrechte der Lehrer und Erzieher
- 25 ☐ Besoldung der Lehrer entsprechend der Dauer und dem Schwierigkeitsgrad ihres Studiums
- 26 ☐ Einrichtung von Gesamthochschulen mit grundsätzlicher Gleichwertigkeit aller Studiengänge
- 27 ☐ Zusätzliche Dienstleistungen für alle Mitglieder (z. B. Versicherungen)

28 Frage 22: Wie häufig nehmen Sie an den Veranstaltungen des BLLV teil?

- 1 ☐ häufiger als einmal im Monat
- 2 ☐ einmal im Monat
- 3 ☐ alle zwei Monate
- 4 ☐ vierteljährlich
- 5 ☐ halbjährlich
- 6 ☐ etwa einmal im Jahr
- 7 ☐ nie
- 8 ☐ werde nicht eingeladen

29 Frage 23: Halten Sie den BLLV für

- 1 ☐ parteipol. neutral
- 2 ☐ der CSU nahestehend
- 3 ☐ der SPD nahestehend
- 4 ☐ der FDP nahestehend

0 Frage 24: Was würden Sie befürworten?

- ☐ 1 parteipol. Neutralität
- ☐ 2 Annäherung an die CSU
- ☐ 3 Annäherung an die SPD
- ☐ 4 Annäherung an die FDP

1 Frage 25: Was sollte der BLLV im Hinblick auf die Kompetenzverlagerungen nach Bonn anstreben?

- ☐ 1 eine Annäherung an den Deutschen Beamtenbund
- ☐ 2 eine Annäherung an den Deutschen Gewerkschaftsbund
- ☐ 3 eine völlige Unabhängigkeit
- ☐ 4 weiß nicht

2 Frage 26: Sind Sie für eine Beibehaltung des Beamtenstatus' des Lehrers?

- ☐ 1 ja ☐ 2 nein

3 Frage 27: Sind Sie der Meinung, daß heutzutage auch beamtete Lehrer das Recht haben sollten, zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu streiken?

- ☐ 1 ja ☐ 2 nein

4 Frage 28: Falls ja, würden Sie ein Eintreten des BLLV für das Streikrecht für Lehrer auch dann befürworten, wenn dies eine Anhebung des Mitgliedsbeitrages zur Folge haben würde, um den Mitgliedern im Falle eines Streiks eine Unterstützung zahlen zu können?

- ☐ 1 ja ☐ 2 nein

5 Frage 29: Welcher Meinung schließen Sie sich an?

- ☐ 1 Die Schule muß die Eltern als Verbündete gewinnen.
- ☐ 2 Die Schule hat ihren Eigencharakter, über den nur der Lehrer Bescheid weiß
- ☐ 3 Die Schule ersetzt weitgehend das Elternhaus, sie hat die eigentliche Erziehungskompetenz
- ☐ 4 Das Elternrecht ist die Grundlage für die Erziehung; die Schule ist nur Ersatz- und Hilfsinstitution

6 Frage 30: Halten Sie die Ihnen vom Verband zufließenden Informationen für ausreichend?

- ☐ 1 ja ☐ 2 nein

7 Frage 31: Wie häufig lesen Sie die „Bayerische Schule“?

- ☐ 1 jede Nummer
- ☐ 2 fast jede Nummer
- ☐ 3 unregelmäßig
- ☐ 4 überhaupt nicht

8 Frage 32: In welchem der folgenden Bereiche empfinden Sie den Informationsgehalt der „Bayerischen Schule“ als nicht ausreichend

- ☐ 0 verbandsinterne Fragen
- ☐ 1 berufswissenschaftliche Fragen (Wissenschaft + Praxis)
- ☐ 2 schulpolitische Fragen
- ☐ 3 ständespolitische Fragen
- ☐ 4 Rechtsfragen
- ☐ 5 fachliche Fragen
- ☐ 6 pädagogische Fragen
- ☐ 7 Leserbriefe
- ☐ 8 Bücher
- ☐ 9 TV

39 Frage 33: Was wünschen Sie sich in den Publikationen des BLLV ausführlicher oder häufiger behandelt? Was kritisieren Sie besonders?

- 1. _____
- 2. _____
- 3. _____

40 Frage 34: Sind Sie mit der Aufmachung und äußeren Gestaltung der „Bayerischen Schule“

- ☐ 1 sehr zufrieden
- ☐ 2 zufrieden
- ☐ 3 weniger zufrieden

41 Frage 35: Sind Sie der Meinung, daß der BLLV neben der „Bayerischen Schule“ eine pädagogische Fachzeitschrift herausgeben sollte, unter der Bedingung, daß dem BLLV keine Kosten entstehen?

- ☐ 1 ja ☐ 2 nein

42 Frage 36: Für welche Ziele setzt sich der BLLV Ihres Erachtens zuwenig ein?

- 1. _____
- 2. _____
- 3. _____

43 Frage 37: Kummerkasten

Was haben wir vergessen? Was liegt Ihnen besonders am Herzen? Bitte, geben Sie uns ein paar Stichworte!

Es ist schon ein Kreuz mit dem Ankreuzen! Sehr wichtig ist fast jede Frage. Aber in allen Bereichen muß man ja ständig darüber nachdenken, was am vordringlichsten ist. In ihrer Familie ist das nicht anders als in unserem Verband. Und je mehr Menschen sich Gedanken machen, desto besser ist es.

Aber jetzt haben Sie es geschafft! Eine Unterschrift ist nicht erforderlich. Stecken Sie bitte den ausgefüllten Fragebogen gleich in den beiliegenden Umschlag und geben Sie ihn Ihrem Kreisverbandsvorsitzenden oder opfern Sie eine 30-Pfg.-Briefmarke und ab kann's gehen zum nächsten Briefkasten. Letzter Absendetermin ist der 1. Mai 1972. Und herzlichen Dank für Ihre Mühewaltung. Sie wird ihren Niederschlag finden in der Verbandspolitik der 70er Jahre. In einem Programm, das von Ihnen, von uns allen gemeinsam erarbeitet wurde.

NIT DEM MITGLIED — FÜR DAS MITGLIED — BLLV

Leitsätze des BLLV

zum Stundenmaß (= Unterrichtspflichtzeit) der Lehrer und Fachlehrer an Grund-, Haupt- und Sonderschulen

1. **Lehrer partizipieren an linearen Arbeitszeitverkürzungen** im öffentlichen Dienst.
2. Die zum 1. 1. 1971 erfolgte Reduzierung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst von 43 auf 42 Wochenstunden ist umgehend auch den Lehrern entsprechend einzuräumen.
3. Eine stärkere und umfassendere Anrechnung von zusätzlichen Funktionen und besonderen Belastungen auf die Unterrichtspflichtzeit ist unumgänglich. Der bayerische „Katalog“ ist an die weit- aus bessere Regelung anderer Länder anzupassen.
4. Das Stundenmaß der **Fachlehrer** entspricht — je nach Einsatz — dem des Lehrers an Volks- bzw. Sonderschulen.
5. Eine **Angleichung** an das Stundenmaß
 - a) der Volks- und Sonderschullehrer an andere Bundesländer mit besserer Regelung und
 - b) der Lehrer weiterführender Schulenist notwendig,
6. Eine **Neufestsetzung des Stundenmaßes aller Lehrer** ist erst nach der Reform der Lehrerbildung (Stufenlehrausbildung) sinnvoll. Dazu sind Arbeitsfeld- und Arbeitsplatzanalysen Voraussetzung, die wissenschaftlich gesicherte, objektive Kriterien für die Festsetzung der Unterrichtspflichtzeit erbringen.
7. Eine Steigerung der Effizienz der Lehrerunterrichtszeit setzt u. a.
 - a) den Einsatz von **Pädagogischen Assistenten** und
 - b) eine Entlastung der Schulleiter und Lehrer von Verwaltungsarbeit durch ausreichendes **Verwaltungspersonal** voraus.

Anlage 1

Erläuterungen zu den BLLV-Leitsätzen

zum Stundenmaß der Lehrer und Fachlehrer an Grund-, Haupt- und Sonderschulen

1. Allgemeine Feststellung:

Ohne erkennbare sachliche oder rechtliche Begründung stellt die arbeitszeitliche Belastung **dieser** bayerischen Lehrer eine negative Sonderregelung dar, verglichen

- * an günstigeren Regelungen anderer Bundesländer
- * an weitaus günstigeren Regelungen für Lehrer anderer bayerischer Schulformen.

Beweis

Diesen Lehrern wird zugemutet

1. Die höchste Klassenfrequenz (Schüler je Klasse)
2. Die höchste Lehrerwochenstundenzahl
3. Der schlechteste „Stundenermäßigungskatalog“
4. Die geringste Zuteilung von Verwaltungspersonal
5. Die höchste Schülerwochenstundenzahl

Anlage 4!

Anlage 2!

Anlage 3!

Anlage 4!

Dazu kommt

- * Die niedrigste Besoldung
- * Der schlechteste Stellenschlüssel.

II. Erläuterungen zu den einzelnen Leitsätzen:

- Zu 1. u. 2.:** Die Teilhabe an „linearen“ und sozialen Verbesserungen im öffentlichen Dienst kann man dem Lehrer als Angehörigen dieser Gruppe nicht vorenthalten.
Dies gilt besonders für lineare Arbeitszeitverkürzungen.
- Zu 3.:** Ein Ländervergleich und ein Vergleich mit anderen Schulgattungen zeigt, daß der sogenannte „Stundenermäßigungskatalog“ für die betroffenen Lehrer am schwächsten ist:
* Funktionen und besondere Belastungen werden bei der Festsetzung des individuellen Stundenmaßes zu wenig, zu wenig differenziert oder überhaupt nicht berücksichtigt.
Erst unter Berücksichtigung dieses „Katalogs“ ergibt sich das echte, **tatsächliche Wochenstundenmaß der Lehrer**. Auch hier sieht der bayerische Lehrer an Volksschulen schlecht aus:
Bayern 28,5 Wochenstunden
Baden-Württemberg 23,6 Wochenstunden
* Bundesdurchschnitt 25,85 Wochenstunden
- Der **BLLV** hat dazu seit Jahren **Eingaben** gemacht. Zuletzt am 6. 5. 1971 an das Kultusministerium und u. a. am 30. 11. 1971 an die Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses und des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags.
- Zu 4.:** Einschlägige **Eingaben des BLLV** vom 11. 5. 1967 an das Kultusministerium und vom 21. 4. 1971 an den Kulturpolitischen Ausschuß des Bayerischen Landtags blieben letztlich ohne Erfolg.
- Zu 5. u. 6.:** Eine vom Volumen her einheitliche Arbeitszeit ist Kennzeichen und Grundsatz im öffentlichen Dienst. Wo Differenzierungen von der Sache her geboten sind, kann dies nur nach Ermittlung objektiver Kriterien geschehen.
Die Schulform als Kriterium für die Festlegung des Stundenmaßes der Lehrer ist unwissenschaftlich und daher abzulehnen.
- Zu 7. b):** Der **BLLV** hat sich seit 1965 um die Einführung und schrittweise Verbesserung der Zuteilung von Verwaltungspersonal an Volks- und Sonderschulen bemüht. In seiner Eingabe vom 30. 11. 1971 hat der **BLLV** weitere Vorschläge unterbreitet.
Die Minderversorgung der Volks- und teilweise der Sonderschulen zeigt die Vergleichsübersicht in Anlage 3.

Anlage 2

Regelstundenmaß für voll ausgebildete Lehrkräfte

Bundesland	Grundschule	Hauptschule	Sonderschule	Realschule	Gymnasium	Berufsbild. Schule
Baden-Württemberg	29	28	27	27	23	23
Bayern	29	29	27	28 musische und techn. Fächer 24 wissenschaft. Fächer	27 Kunst-erziehung, Musik, Leibes-erziehung u. Handarb. 23 wissenschaft. Fächer	24
Berlin	26,5	25,5	24,5	25,5	23	23
Bremen	27	27	26	27	23	23
Hamburg	28	28	26	26	23	26
Hessen	28	28	27	27	24	26
Niedersachsen	28	28	26	26	23	26
Nordrhein-Westfalen	30	30	28	28	25	28
Rheinland-Pfalz	28	28	27	27	24	26
Saarland	28	28	26	26	24	24
Schleswig-Holstein	29	29	27	27	24	27
Bundesdurchschnitt	28,23	28,05	26,50	26,50	23,73	25,69

Anmerkungen: 1. Ohne Einrechnung von besonderen Zeiten (Anwesenheits- und Aufsichtspflicht bei Pausen, vor bzw. nach dem Unterricht, Elternsprechstunden, Lehrerkonferenzen u. ä.).
2. Wochenstunden zu je 45 Minuten.

Zuteilung von Verwaltungspersonal an bayerischen Schulen

Schulart	Verw.-Pers. (Stellen)	Schüler	Klassen	Anmerkungen
Gymnasien	0,5	bis 300	bei höchstens 10	Diese 1963 getroffene Festlegung ist inzwischen noch verbessert worden, besonders für Schulen mit Sonder- aufgaben und Sonder- belastungen
	1,0	301 – 700	durchschnittlich 17	
	1,5	701 – 1 100	durchschnittlich 30	
	2,0	bei mindestens 1 101	mindestens 37	
Realschulen	0,5	höchstens 264	höchstens 8	Erstmals ab 1. 1. 1972
	1,0	mindestens 297	ab 9	
	1,5	mindestens 825	ab 25	
Volksschulen	0,33	durchschnittlich 630	bei 15 – 19 und bei 12 – 14, wenn in meh- reren Schul- häusern	Erstmals ab 11. 1. 1972
	0,5	mindestens 740	ab 20	
	1,0	mindestens 1 140	ab 30	
Sonderschulen	0,33	durchschnittlich 175	bei 7 – 15	Erstmals ab 1. 9. 1971
	0,5	mindestens 256	ab 16	Erstmals ab 1. 9. 1971

Hinweise: Bei obiger Tabelle wurde von folgenden Durchschnittsschülerzahlen je Klasse ausgegangen:

Gymnasien: 30 Schüler
 Realschulen: 33 Schüler
 Volksschulen: 37 Schüler
 Sonderschulen: 16 Schüler *

* (Mittelwert aus der Durchschnittsschülerzahl von Sonderschulen für Lernbehinderte und für geistig Behinderte)

Vergleichende Übersicht

Bundesland	Schüler-Wochenstunden			Schüler je Klasse		
	1. - 4.	5. - 9.	Gesamt)	1968	1970)	1971
Baden-Württemberg	88	158	246	34,7	34,8	34,9
Bayern (bei 2 Turnstunden ohne Spiel- und Sportstunden) **)						
a)	104	162	266			
b)	94	158	252	37,0	37,2	38,0
c)	98	158	256			
d)	109	160	269			
Berlin	88	153	241	31,6	30,4	30,6
Bremen	98	160	258	30,9	30,9	29,7
Hamburg	88	150	238	32,3	32,3	32,3
Hessen	94	158	252	32,8	33,0	33,1
Niedersachsen	94	153	247	30,3	30,3	30,1
Nordrhein-Westfalen	88	158	246	35,5	35,9	34,8
Rheinland-Pfalz	99	159	258	35,3	34,7	34,6
Saarland	96	155	251	34,1	33,3	33,2
Schleswig-Holstein	87	166	253	29,1	29,3	30,2
Durchschnitt (ohne Bayern)	92,0	157,0	249,0	32,66	32,49	32,35

Fußnoten:

e) Durchschnitt, wenn bei Kn./Mä. verschiedene Stundenzahl.

**) Laut Bildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 12. 6. 1970.

***) a) = Richtlinien 1966

b) = Schuljahr 1970/71

c) = Schuljahr 1971/72

d) = Lehrpläne November 1970

jeweils ohne Spiel- und Sportstunden.

Schülerwochenstunden:

Bundesdurchschnitt

(mit 3. Turnstunde; ohne Bayern)

= 249,2

Bayern a) = 266 und 12 Spielstunden

= 278

b) = 252 und 14 Spielstunden

= 266

c) = 256 und 14 Spielstunden

= 270

d) = 269 und 14 Spielstunden

= 283

LITERATURVERZEICHNIS

1. Bücher:

- Becker, E., Herkommer, S., Bergmann, J., Erziehung zur Anpassung, Frankfurt 1967
- Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969
- Combe, Arno, Kritik der Lehrerrolle, Gesellschaftliche Voraussetzungen und soziale Folgen des Lehrerbewußtseins, München 1971
- Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 2. Auflage, München 1972
- Ehrlich, Stanislaw, Die Macht der Minderheit, Die Einflußgruppen in der politischen Struktur des Kapitalismus, Wien 1966
- Ellwein, Thomas, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln und Opladen 1965
- Eschenburg, Theodor, Ämterpatronage, Stuttgart 1961
- Fromm, E., Escape from freedom, New York 1941
- Gahlings, Ilse, Die Volksschullehrer und ihre Berufsverbände, Ein Beitrag zur Verbandssoziologie und zur Soziologie der Lehrerschaft, Berlin 1967
- Goldstein, J., The Government of a British Trade Union, A Study of Apathy and the Democratic Process in the Transport and General Workers Union, Glencoe 1952
- Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, München 1961
- Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 4. Auflage, Neuwied und Berlin 1969
- Kratsch, Vathke, Bertlein, Studien zur Soziologie des Volksschullehrers, Weinheim 1967
- Lefringhaus, K., Interessengruppen als Problem politischer Ethik, Berlin 1967

Lipset, S. M., Throw, M. A., Coleman, J. S., Union Democracy, Glencoe 1956

Löffler, Martin, Die öffentliche Meinung, Publizistik als Medium und Faktor der öffentlichen Meinung, München und Berlin 1962

Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Auflage, Stuttgart 1970

Naschold, Frieder, Kassenärzte und Krankenversicherungsreform, Zu einer Theorie der Statuspolitik, Freiburg 1967

Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie, 2. Auflage, Stuttgart 1971

Ramm, Thilo, Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten, Köln 1970

Riesman, D., The lonely crowd, New Haven 1950

Scharpf, Fritz, Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanzer Universitätsreden Nr. 25, Konstanz 1970

Schefer, G., Das Gesellschaftsbild des Gymnasiallehrers, Frankfurt 1969

Schellhoss, Hartmut, Apathie und Legitimität, Das Problem der neuen Gewerkschaft, München 1967

Schneider, Franz, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit, Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848, Neuwied und Berlin 1966

Strehler, Adolf, Fünfzig Jahre Bildungsarbeit im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verein, Ein Beitrag zum Bildungsgeschehen der letzten Jahrzehnte, München 1959

Teschner, M., Politik und Gesellschaft im Unterricht, Frankfurt 1968

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Halbbd., Tübingen 1956

2. Aufsätze in Sammelwerken, Zeitschriften und Zeitungen:

Baier, Herwig, Die Monatsversammlungen des BLLV im Urteil der Mitglieder, Aspekte des Erwartungsverhaltens der Lehrer im Hinblick auf ihre Standesorganisation - Dargestellt am Beispiel des Kreislehrerverbandes Erlangen-Stadt im BLLV, in: Die Bayerische Schule, 1968, Heft 16, S. 261 - 265

- Drescher, Reinhold, Künftig: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, in: Die Bayerische Schule, 1965, Nr. 19, S. 289 - 290
- Ebert, Wilhelm, Der Lehrer zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Bayerische Schule, 1971, Heft 12, S. 244 - 250
- Ebert, Wilhelm, Lehrerbildung zwischen gestern und morgen, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 15, S. 340 - 341
- Geißler, Hans, Vom Zunftschulmeister zum Akademiker, Skizzen aus einer hundertjährigen Standesgeschichte der Lehrer, zit. nach: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), Regensburg 1961, Hundert Jahre BLLV, o. O., o. J., S. 266 - 270
- Gemählich, Kurt, Das Bayerische Personalvertretungsgesetz, in: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 16, S. 270 - 272
- Gemählich, Kurt, Erfolg des BLLV bei den Personalratswahlen, in: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 24, S. 396 - 398
- Hennis, Wilhelm, Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: Politische Vierteljahresschrift, 1961, S. 23 - 35
- Heubl, Franz, Föderalismus als Modell für Staat und Gesellschaft von morgen, in: Politische Studien, Zweimonatsschrift für Zeitgeschehen und Politik, 1972, Heft 203, S. 227 - 236
- Hollekamp, Helmut, Fachlehrer, quo vadis?, in: Bayerische Schule, 1972, Heft 11, S. 231
- Hoppe, Annelies, Petitionen - und sonst nichts!, in: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung vom 1. 8. 1971, S. 9
- Huber, Korbinian, Hauptsache: zufrieden, in: Bayerische Schule, 1971, Heft 18, S. 386
- König, Erwin, Die Lehrer müssen weiter warten, in: Bayerische Schule, 1972, Heft 14, S. 302
- Krieger, Hans, Verunsicherte Lehrer, Arbeitszeitforderungen rühren nicht an den Kern der Krise, in: Bayerische Staatszeitung Nr. 5 vom 4. 2. 1972
- Lehmann, Friedrich, Personalrat und Rechtsschutz, in: Die Bayerische Schule, 1959, Nr. 26, S. 426 - 427
- Linkenheil, Rolf, Der BLLV fühlt sich als Lobby und handelt danach, in: Schwäbische Zeitung Nr. 158 vom 14. 7. 1971

- Machalitzky, Wolfram, Warum Mitglied beim BLLV?, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 17, S. 403 - 407
- Maier, Hans, Schulreform und Lehrerbildung, in: Bayerische Schule, 1971, Heft 12, S. 252 - 255
- Mayer, Simon, Zum Selbstverständnis einer Lehrerorganisation, in: Die Bayerische Schule, 1969, Heft 14, S. 309 - 310
- Offe, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, Zur Analyse spät-kapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress, Gisela und Senghaas, Dieter (Hrsg.), Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme, 3. unveränderte Auflage, Frankfurt am Main 1971, S. 155 - 189
- Sontheimer, Kurt, Die Kritik am Pluralismus, in: Nuscheler, Franz, Steffani, Winfried (Hrsg.), Pluralismus, Konzeptionen und Kontroversen, München 1972, S. 211 - 212
- Wasser, Hartmut, Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung, 1971, Nr. 145, S. 1 - 24
- Weiß, Carl, Schicksalsfragen, Betrachtungen zur Vertreterversammlung 1963, in: Die Bayerische Schule, 1963, Nr. 15, S. 238 - 244
- Weiß, Carl, Sturm braust übers Land!, Zur Kundgebung des BLLV am 1. 2. 1953, in: Die Bayerische Schule, 1953, Sondernummer, S. 69
- o. V., In fast jeder Klasse Unruhe und Konflikte, in: Der Spiegel, 1972, Nr. 14, S. 52 - 82

3. Sonstige Quellen:

- Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer im BLLV (Hrsg.), Mitarbeiterhandbuch, o. O., o. J.
- Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer im BLLV (Hrsg.), Wissenswertes für junge Lehrer, Passau 1969
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Gemeinsame Geschäftsberichte der Jahre 1950 bis 1968
- Aufruf zur Gründung des Bayerischen Lehrervereins vom 16. August 1861, zit. nach: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), Regensburg 1961, Hundert Jahre BLLV, o. O., o. J., S. 189

Bayerischer Landtag, Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen, 65. Sitzung vom 25. 2. 1969

Bayerischer Landtag, Ausschuß für kulturpolitische Fragen, Protokoll der 54. Sitzung vom 4. 5. 1972, S. 1 - 18

Bayerischer Landtagsdienst Nr. 145 vom 4. 5. 1972

Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1877 vom 20. 1. 1972

Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/2144 vom 7. 3. 1972

Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/2213 vom 9. 3. 1972

Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht, 65. Sitzung vom 13. 3. 1969

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Beschlußprotokolle über die Sitzungen des Landesausschusses der Jahre 1962 bis 1972

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Beschlußprotokolle über die Sitzungen des Landesvorstandes der Jahre 1965 bis 1972

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Geschäftsberichte der Jahre 1953 bis 1971

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Bayerischer Lehrerkalender 1971 - 1972, 85. Jahrgang, o. O., o. J.

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), BLLV, München, o. J.

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (Hrsg.), Sozialwerk des BLLV, o. O., o. J.

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Konzept des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes zur Lehrerbildung, Diskussionspapier vom 25. 1. 1972, S. 1 - 4

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Offizielle Mitgliedsbeitragstabelle des BLLV, Stand 1. 7. 1972

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Satzung, Geschäftsordnung und Wahlordnung des BLLV, o. J.

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V., Schülerbelastung und Unterrichtszeit, Arbeitspapier vom 3. 5. 1972, S. 1 - 4

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), BLLV, o. O., 1958

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V. (Hrsg.), Regensburg 1961, Hundert Jahre BLLV, o. O., o. J.

Bayerischer Verwaltungsgeschichtshof München, X. Senat, Aktenzeichen 9X 60

Bayerisches Verwaltungsgericht München, III. Kammer, Aktenzeichen 3102/69

Bayerisches Verwaltungsgericht München, Fachkammer für Personalvertretungsangelegenheiten, Aktenzeichen IX - 9006/60

Berufswissenschaftliche Hauptstelle des BLLV, Stellungnahme zum Lehrplanproblem vom 10. 4. 1972, S. 1 - 14

BLLV-Intern Nr. 1 vom 14. 4. 1972, S. 1 - 5

BLLV-Intern Nr. 2 vom 5. 5. 1972, S. 1 - 8

BLLV-Intern Nr. 3 vom 19. 6. 1972, S. 1 - 6

BLLV-Mitgliederumfrage (Auswertung) des Bezirksverbandes Oberpfalz vom 1. 12. 1971

BLLV-Pressedienst Nr. 11 vom 13. 5. 1968, S. 1 - 5

BLLV-Pressedienst Nr. 7 vom 14. 6. 1971, S. 1 - 2

BLLV-Pressedienst Nr. 13 vom 15. 11. 1971, S. 1

BLLV-Pressedienst Nr. 14 vom 8. 12. 1971, S. 1 - 3

BLLV-Pressedienst Nr. 3 vom 31. 1. 1972, S. 1 - 3

BLLV-Pressedienst Nr. 5 vom 3. 2. 1972, S. 1

BLLV-Pressedienst Nr. 7 vom 22. 3. 1972, S. 1 - 2

BLLV-Pressedienst Nr. 9 vom 7. 4. 1972, S. 1 - 2

BLLV-Pressedienst Nr. 14 vom 7. 5. 1972, S. 1 - 2

BLLV-Pressedienst Nr. 16 vom 6. 6. 1972, S. 1 - 2

BLLV-Pressedienst Nr. 17 vom 10. 7. 1972, S. 1 - 2

BLLV-Pressedienst Nr. 18 vom 18. 7. 1972, S. 1 - 4

BLLV-Pressedienst Nr. 20 vom 8. 8. 1972, S. 1

BLLV-Pressedienst Nr. 30 vom 29. 11. 1972, S. 1 - 3

Bosl, Karl, Wilhelm Ebert - Ein Leben für die Schule, Gedanken aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrendoktor, o. O., o. J.

Ebert, Wilhelm, Ansprache an die Delegiertenversammlung in Regensburg 1967, zit.nach: Die Bayerische Schule, 1967, Heft 15, S. 233 - 235

Ebert, Wilhelm, Education as an Instrument for Peace in a World of Conflicts, unveröffentlichtes Manuskript einer Rede vor der University of the Pacific in Stockton/California am 2. 5. 1969, o. O., S. 1 - 13

Ebert, Wilhelm, unveröffentlichte Kurzfassung einer Rede am 15. 3. 1972 in Erlangen, S. 1 - 4

Ebert, Wilhelm, unveröffentlichtes Manuskript einer Rede am 8. 3. 1972 in Würzburg, S. 1 - 37

Fünfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts "Der Bayerische Rundfunk" vom 15. 1. 1970, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 1 vom 30. 1. 1970, S. 1 - 2

Grotz, Anton, Gedanken zur Aktivierung der Basis im BLLV, o. O., o. J., o.S.

Informationen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 129/72 vom 4. 8. 1972, S. 1 - 2

Informationen für Personalräte Nr. 4/69 vom 11. 7. 1969, S. 1 - 4

Informationen für Personalräte Nr. 4/71 vom 2. 7. 1971, S. 1 - 4

Information und Dokumentation der Berufswissenschaftlichen Hauptstelle des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verbandes e. V., o. O., o. J.

Küchenhoff, Günther, Der Deutsche Lehrerverband, eine Spitzenorganisation im Sinne des Bundesbeamtenrechts, Rechtsgutachten, Würzburg 1970, S. 1 - 20

Landgericht München I, 4. Zivilkammer, Aktenzeichen 4 Q 21/58

Landtagsamt des Bayerischen Landtags (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 7. Wahlperiode, München 1971

Lehmann, Friedrich, Ist der BLLV eine Spitzenorganisation im Sinne des Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes über den Senat?, unveröffentlichtes Rechtsgutachten vom 27. 12. 1967, S. 1 - 2

Machalitzky, Bernd, Der Vertrauensmann im BLLV, unveröffentlichte Aktennotiz vom April 1972, S. 1 - 2

Maier, Hans, Bildungspolitik am Scheideweg, Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus Professor Dr. Hans Maier am 13. Juli 1971 vor dem Bayerischen Landtag, München 1971

Maier, Hans, Bildungspolitik für morgen - Perspektiven und Konsequenzen, in: Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, vom 2. 2. 1972, S. 1 - 14

Meldung der Katholischen Nachrichtenagentur vom 13. März 1958

Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 25/72 vom 2. 2. 1972, S. 1 - 2

Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Pressereferat, Nr. 90/72 vom 30. 5. 1972, S. 1 - 4

Niederschrift über die mündliche Verhandlung des X. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 10. 2. 1961, Aktenzeichen 9 X 60

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, infas 5/71, Teil 1 vom 2. Juli 1971, S. 1 - 21

Resolution der Vertrauensleute des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbandes vom 30. 11. 1971

Resolution des BLLV-Kreisverbandes Ansbach-Stadt vom 18. 5. 1972

Resolution des BLLV-Kreisverbandes Straubing vom 1. 3. 1972

7-Punkte-Programm des Bayerischen Lehrervereins für eine Angliederung an die Gewerkschaft vom 23. 4. 1947, in: Guthmann, Johannes, Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte, München 1961, S. 351

Standespolitische Hauptstelle des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes e. V. (Hrsg.), Standespolitische Mitteilungen, Sondernummer vom 25. 5. 1971

Standespolitische Hauptstelle des BLLV (Hrsg.), Bemühungen des BLLV zur Verbesserung des individuellen Stundenmaßes der Lehrer an Volks- und Sonderschulen, Dokumentation vom 1. 12. 1971, S. 1 - 7

Standespolitische Hauptstelle des BLLV, Leitsätze des BLLV zum Stundenmaß (= Unterrichtspflichtzeit) der Lehrer und Fachlehrer an Grund-, Haupt- und Sonderschulen, Anlage zu Nr. 2/72 der Standespolitischen Mitteilungen vom 17. 3. 1972, S. 1 - 4

Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamtes, B I 1 - j/71,
Nr. 308, ausgegeben im April 1972

Ücker, Bernhard, Kommentar zur bayerischen Landespolitik, Manuskript der
Sendung vom 5. 2. 1972, 13.10 - 13.20 Uhr, im 1. Programm des Bayeri-
schen Rundfunks, S. 1 - 5

Union-Kurier, Wahlzeitung der CSU, 10. 10. 1970, o. S.

Verwaltungsgericht München, III. Kammer, Urteil vom 26. 4. 1971, zit. nach:
Der Spiegel Nr. 31 vom 26. 7. 1971, S. 56

4. Eigene Untersuchungen:

Befragung sämtlicher BLLV-Mitglieder mittels Fragebogen, Versandtermin:
7. 4. 1972

Schriftliche Umfrage bei den BLLV-Bezirksvorsitzenden am 14. 4. 1972

5. Eigene stenographische Aufzeichnungen über:

Bezirksversammlung des BLLV-Bezirksverbandes Oberbayern am 13. 11. 1971
in München

Gespräch einer BLLV-Delegation mit dem Bayerischen Staatsminister für Un-
terricht und Kultus, Professor Dr. Hans Maier, und leitenden Beamten sei-
nes Hauses am 13. 4. 1972 in München

Jahreshauptversammlung des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbandes
am 13. 3. 1971 in München

Klausurtagungen des BLLV der Jahre 1971 und 1972

Landesausschußsitzungen des BLLV der Jahre 1971 und 1972

Landesdelegiertenversammlung des BLLV vom 1. - 5. 6. 1971 in Bayreuth

Landesvorstandssitzungen des BLLV der Jahre 1971 und 1972

Mitgliederversammlung des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbandes
am 16. 5. 1972 in München

Parlamentarische Abende des BLLV mit Abgeordneten des Bayerischen Landtags der Jahre 1971 und 1972

Pressekonferenzen des BLLV der Jahre 1971 und 1972

Rede Wilhelm Eberts am 28. 3. 1972 in Vilshofen

Rede Wilhelm Eberts am 6. 4. 1972 in Coburg

Sendung des Studienprogramms des Bayerischen Rundfunks "Was denn sonst, wenn nicht Lehrerin?" am 16. 4. 1972 von 19.30 - 20.00 Uhr

Sitzung des Hauptvorstandes des Deutschen Lehrerverbandes am 12. 3. 1971 in München

6. Interviews:

Bosl, Karl, Vorstand des Instituts für Bayerische Geschichte der Universität München und ehemaliger Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes, interviewt am 26. 10. 1971

Bruckner, Wilhelm, Geschäftsführer des Deutschen Philologenverbandes und des Bayerischen Philologenverbandes, interviewt am 25. 11. 1971

Ebert, Wilhelm, Präsident des BLLV, interviewt am 29. 3. 1971 und 20.7.1971

Frister, Erich, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, interviewt am 25. 9. 1971

Glück, Ludwig, ehemaliger Vorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayerns und Leiter des Staatlichen Schulamts München, interviewt am 11. 10. 1971

Hottner, Heinz, Landesgeschäftsführer des BLLV, interviewt am 20.9.1971

Huber, Korbinian, Schriftleiter der "Bayerischen Schule", interviewt am 17. 3. 1972

Krause, Dieter, Pressereferent des BLLV, interviewt am 15. 7. 1971

Maler, Hans, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, interviewt am 19. 10. 1971

Meyer, Otto, Stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags, interviewt am 7. 6. 1972

Pletz, Hans, ehemaliger Vorsitzender des BLLV-Bezirksverbandes Schwaben sowie Vorsitzender des Bezirkspersonalrats bei der Regierung von Schwaben, interviewt am 24. 2. 1972

Scheuermann, Audomar, Vizepräsident des Bayerischen Senats und Vorstand des Kanonistischen Instituts der Universität München, interviewt am 6. 10. 1971

Schorb, Alfons, Leiter des Staatsinstituts für Bildungsforschung, interviewt am 13. 10. 1971

Syttkus, Hans, Landesschatzmeister des BLLV, interviewt am 27. 10. 1971

Wirth, Josef, Leiter des BLLV-Referats Internationale Zusammenarbeit, interviewt am 25. 10. 1971

7. Zeitschriften und Zeitungen, die des weiteren für die Arbeit herangezogen wurden:

Abendzeitung

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Augsburger Allgemeine Zeitung

Bayerische Schule

Bayerische Staatszeitung

Bild

Der Junglehrer

Der Spiegel

Die Welt

Die Zeit

Donau Kurier

Elternblatt

Erziehung und Wissenschaft

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Fränkischer Tag

Fränkische Schule

Heimatliche Schule

Jugendlust

Main-Echo

Main Post

Mittelbayerische Zeitung

Münchner Lehrerzeitung

Münchner Merkur

Münchner Stadtanzeiger

Nachrichtenblatt des Bezirksverbands Schwaben

Neue Presse Coburg

Nürnberger Nachrichten

Oberbayerische Schulzeitung

Passauer Neue Presse

Schwäbische Zeitung

Straubinger Tagblatt

Süddeutsche Zeitung

Wirtschaftswoche

Lebenslauf

Am 12. Februar 1940 wurde ich als Sohn der Kaufmannseheleute Wilhelm und Lydia Weimer, geb. Aschenbrenner, in München geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule trat ich 1951 in die Wirtschaftsoberrealschule in München ein, die ich nach 6 Jahren mit Erreichen der Mittleren Reife verließ, nachdem mein Vater 1955 verstorben war.

Am 1. September 1957 begann ich bei der Firma OSRAM GmbH, München, eine Lehrzeit als Industriekaufmann, die ich 1960 mit dem Kaufmannsgehilfenbrief abschloß. Bis zum Beginn meines Studiums war ich in derselben Unternehmung zunächst als Exportsachbearbeiter, dann als Assistent der Geschäftsführung tätig. Zwischenzeitlich diente ich meine Wehrpflichtzeit bei der ABC-Abwehr ab und erwarb den Dienstgrad eines Leutnants der Reserve.

Von 1962 bis 1964 besuchte ich die Deutsche Außenhandels- und Verkehrsschule Bremen e. V. in Bremen, wo ich die Abschlußprüfung zum Betriebswirt(HWL) mit gutem Erfolg bestand.

Am 8. Juli 1965 legte ich vor dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus das Begabtenabitur ab und studierte ab dem Wintersemester 1965/66 in München und Wien Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft. Im Frühjahr 1970 erlangte ich an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München den akademischen Grad eines Diplom-Volkswirts. Anschließend war ich drei Semester zunächst als Tutor, dann als Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität München tätig.

Wilhelm Weimer

